



BMVI-Online-Publikation, Nr. 02/2015

# Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreichs und der Schweiz

Ergebnisbericht

## Impressum

### Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), Berlin  
Referat G 30

### Auftragnehmer

Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung,  
Technische Universität Kaiserslautern  
Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß,  
Akad. Dir. apl. Prof. Dr.-Ing. Hans-Jörg Domhardt,  
Dr.-Ing. Kirsten Mangels, Dr.-Ing. Swantje Grotheer  
Julia Anslinger, Maximilian Krebs

### Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Klaus Einig

### Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

### Zitierhinweise

BMVI (Hrsg.): Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens,  
Österreichs und der Schweiz. Ergebnisbericht. BMVI-Online-Publikation 02/2015.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der  
des Herausgebers oder der wissenschaftlichen Begleitung identisch.

ISSN 2364-6020

© BBSR Mai 2015

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	6
Kurzfassung .....	7
Abstract.....	13
1. Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – Begleitforschung Internationale Erfahrungen.....	21
1.1 Anlass: Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen und Austausch mit internationalen Partnern.....	21
1.2 Zielsetzung und Fragestellungen.....	22
1.3 Ablauf sowie inhaltliches und methodisches Konzept .....	23
2. Daseinsvorsorge in ausgewählten europäischen Ländern – ein Überblick.....	26
2.1 Daseinsvorsorge in Österreich.....	26
2.1.1 Zum Begriffsverständnis.....	26
2.1.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge.....	26
2.1.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität.....	28
2.1.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung.....	30
2.1.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege.....	34
2.2 Daseinsvorsorge in der Schweiz.....	35
2.2.1 Zum Begriffsverständnis.....	35
2.2.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge.....	36
2.2.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität.....	37
2.2.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung.....	38
2.2.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege.....	38
2.3 Daseinsvorsorge in Italien.....	41
2.3.1 Zum Begriffsverständnis.....	41
2.3.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge.....	41
2.3.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität.....	44
2.3.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung.....	45
2.3.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit.....	46
2.4 Daseinsvorsorge in Schweden.....	48
2.4.1 Zum Begriffsverständnis.....	48
2.4.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge.....	48

2.4.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität.....	49
2.4.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung.....	51
2.4.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege.....	54
2.4.6 Daseinsvorsorge im Bereich digitale Infrastruktur – Digitale Agenda zur bestmöglichen Nutzung von Vorteilen der Digitalisierung.....	56
3. Querschnittsorientierte Strategien und innovative Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Beispiele aus europäischen Regionen.....	63
3.1 Bundesland Niederösterreich, Österreich.....	63
3.1.1 Unterstützung und Beratung durch den Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“.....	67
3.1.2 Regionalmanagement und Kleinregionen: Service- und Vernetzungsstellen zur Zusammenarbeit der Gemeinden.....	70
3.1.3 Kleinräumige Mobilitätsangebote: Gemeindebusse.....	73
3.1.4 Mobilitätszentrale: Unterstützung der Bürger und Gemeinden.....	76
3.1.5 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Niederösterreich in Deutschland nutzen.....	78
3.2 Kanton Graubünden, Schweiz.....	79
3.2.1 Potenzialarme Räume Graubünden – Umgang mit ungenutzten Potenzialen - Strategieentwicklung der Schweizer Kantone zur Unterstützung ländlicher Räume.....	83
3.2.2 Bus alpin zur Schließung der letzten Meile im ÖPNV.....	86
3.2.3 Nationalparkregion – Gesundheitsregion - Verbindung von Gesundheit und Tourismus im Unterengadin.....	88
3.2.4 Schule im alpinen Raum – Erfolgsfaktoren zum Erhalt von kleinen Schulen im alpinen ländlichen Raum sowie innovative didaktische Konzepte.....	91
3.2.5 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Graubünden in Deutschland nutzen.....	94
3.3 Autonome Provinz Südtirol, Italien.....	95
3.3.1 Strategie „Zukunft 2030“ zur kommunalen Entwicklung und interkommunalen Zusammenarbeit.....	99
3.3.2 Regionalmarketing in Südtirol – Dachmarken- und Destinationsentwicklung durch die Südtirol Marketing.....	102
3.3.3 Projekt zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten an der Schnittstelle von Tourismus und Landwirtschaft im Ultental.....	104
3.3.4 Stärkung des ÖPNV in Südtirol: Reaktivierung der Vinschgerbahn.....	106
3.3.5 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Südtirol in Deutschland nutzen.....	108
3.4 Provinz Västernorrland, Schweden.....	109

3.4.1 „Regional Service Programmes“ Västernorrland 2010-2013 und 2014-2018 .....	113
3.4.2 Der Kommunförbundet: querschnittsorientierte interkommunale Kooperation in Västernorrland .....	117
3.4.3 Strategien und Projektanwendungen für E-Health im Bereich der Altenpflege ....	119
3.4.4 Das Projekt Norrlandicus Care Lab – Verbesserung von medizinischer Versorgung und Altenpflege .....	122
3.4.5 Digitale Agenda Västernorrland: Strategien und Projekte im Bereich Breitbandausstattung und -nutzung .....	125
3.4.6 Sicherung des Schulsystems in Västernorrland: Strategie „Interkommunale Kooperation im Bereich Bildung“ .....	129
3.4.7 Unterstützung von Unternehmensgründern in der Gemeinde Kramfors.....	132
3.4.8 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Västernorrland in Deutschland nutzen .....	134
4. Internationale Erfahrungen im Themenfeld Sicherung der Daseinsvorsorge: Erfolgsfaktoren und Erkenntnisse der Informations- und Erfahrungsaustausche sowie Empfehlungen für die Übertragbarkeit.....	137
4.1 Erfolgsfaktor: Fachliche Schwerpunkte als Basis strategischer Überlegungen .....	137
4.1.1 Personenbezogene Interpretation der Daseinsvorsorge – Fürsorge-Denken auch für soziale Kleingruppen .....	137
4.1.2 Konzeptionell integrierte Betrachtungsweisen und multifunktionale Ansätze: Einbindung der Projekte in regionale und kommunale Aktionsprogramme und Entwicklungskonzepte .....	138
4.2 Erfolgsfaktor: Professionelles und flexibles Regional- und Projektmanagement .....	138
4.2.1 Projektorientierung mit speziellen flachen Projektorganisationsstrukturen .....	139
4.2.2. Flexible Standards – flexible quantitative und qualitative Niveaus .....	139
4.2.3 Projektspezifisch integrierte Betrachtungsweise .....	139
4.2.4 Unkonventionelle Projekte (interkommunale Forschungsprojekte).....	140
4.3 Erfolgsfaktor: Persönlichkeiten als Treiber von Regionalentwicklung und Projekten .....	140
4.4 Erfolgsfaktor: Organisationen – Institutionen – Finanzierung .....	141
4.4.1 Klein- und großräumige Ebenen der (kommunalen) Selbstverwaltung – Landkreise und Regionen als Handlungsebene .....	141
4.4.2 Finanzausstattung der Kommunen .....	141
4.4.3 Regionale Entwicklungsinitiativen – Netzwerke – Allianzen – Regionale Wertschöpfungsketten.....	141
4.4.4 Ehrenamtliches Engagement.....	142
4.4.5 „Open minded“ Governance – Zusammenarbeit der Verwaltungen und Ressorts.....	142
4.5 Erfolgsfaktor: Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung .....	142

4.6 Erfolgsfaktor: Marketing – Öffentlichkeitsarbeit – regionale und lokale Identifikation .....	143
4.7 Erfolgsfaktor: Öffentliche Förderprogramme .....	143
5. Empfehlungen für die MORO-Regionen – ein Fazit .....	146
5.1 Persönlichkeiten treiben Projekte voran .....	146
5.2 Ehrenamtliches Engagement stützen .....	146
5.3 Wagen und vorweg gehen .....	147
5.4 Erfolge kommunizieren – regionale Botschafter einsetzen .....	147
5.5 Nicht auf Erfolgen ausruhen .....	147
5.6 Themen und Akteure verbinden - (interkommunale) Kooperationen und Allianzen bilden .....	148
6. Handlungsempfehlungen für eine Fortführung und weitere Verwendung der gewonnenen Erkenntnisse .....	149
6.1 Projektbezogene Handlungsansätze .....	149
6.1.1 Aufbau eines ressortübergreifenden Modellvorhabens „Ländliche Räume 2030“ .....	150
6.1.2 Konzeptionelle und projektbezogene Weiterentwicklung des bestehenden MORO-Projekts zum Thema „Erreichbarkeiten“ .....	151
6.2 Weiterführung der Informations- und Erfahrungsaustausche .....	153
6.2.1 Weiterführung der internationalen Erfahrungsaustausche und Diskussion weiterer Best-Practice-Beispiele durch Fachexkursionen .....	154
6.2.2 Durchführung von internationalen Workshops .....	155
6.2.3 Finanzielle Anreize für Partnerschaften und europäische Mentorenschaften für Projekte .....	155
6.2.4 Qualifikations- und Weiterbildungsangebote sowie Trainings-Offensive als Begleitmaßnahme in den Bereichen Projektmanagement und Sprache .....	156
6.3 Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft peripherer Räume mit starker Betroffenheit vom demografischen Wandel als Interessensgemeinschaft der MORO-Regionen und organisatorische Weiterentwicklung mit einem ersten Arbeitsauftrag der Evaluierung des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge .....	156
7. Reflektion und Ausblick .....	157
Literaturverzeichnis .....	159

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Ablauf der Begleitforschung .....	23
Abbildung 2: Verkehrsverbünde in Österreich.....	29
Abbildung 3: Übersicht zur österreichischen Schulverwaltung .....	30
Abbildung 4: Anteil der Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss an der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren (2011).....	32
Abbildung 5: Schulabgänger mit Hauptschulabschluss in Deutschland 2010 .....	33
Abbildung 6: Aufbau des schweizerischen Gesundheitssystems.....	39
Abbildung 7: Liberalisierungsprozess im ÖPNV Schwedens .....	50
Abbildung 8: Das schwedische Schulsystem.....	52
Abbildung 9: Organisation des schwedischen Gesundheitswesens.....	54
Abbildung 10: Lage Niederösterreichs in Österreich.....	63
Abbildung 11: Lage der einzelnen Exkursionsziele in Niederösterreich .....	64
Abbildung 12: Bevölkerungsdichte in den politischen Bezirken Niederösterreichs .....	65
Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung in den politischen Bezirken Niederösterreichs 2001 bis 2011.....	66
Abbildung 14: Lage des Kantons Graubünden .....	79
Abbildung 15: Lage der Exkursionsziele in Graubünden.....	80
Abbildung 16: Bevölkerungsdichte in den Gemeinden Graubündens im Jahr 2011 .....	81
Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Graubündens 1996 bis 2011 ...	82
Abbildung 18: Potenzialarme Räume in Graubünden .....	84
Abbildung 19: Lage der Autonomen Provinz Bozen (Südtirol) in Italien .....	95
Abbildung 20: Lage der Exkursionsziele in Südtirol .....	96
Abbildung 21: Bevölkerungsdichte in den Bezirksgemeinschaften Südtirols 2011 .....	97
Abbildung 22: Bevölkerungsentwicklung in den Bezirksgemeinschaften Südtirols 1996 bis 2011.....	98
Abbildung 23: Lage der Provinz Västernorrlands Län in Schweden.....	109
Abbildung 24: Lage der Exkursionsziele in Västernorrland .....	110
Abbildung 25: Bevölkerungsdichte der Gemeinden Västernorrlands 2012.....	111
Abbildung 26: Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Västernorrlands 1997 bis 2012 .....	111
 Tabelle 1: Zuständigkeiten im Bereich Daseinsvorsorge .....	 42

## Kurzfassung

Der demografische Wandel und die Sicherung der Daseinsvorsorge sind nicht nur Themen, mit denen sich deutsche Kommunen und Regionen beschäftigen, sondern auch weitere europäische Länder. In der Diskussion um die Zukunft und Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume steht die Schaffung, Sicherung und Erhaltung von Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im Vordergrund.

Aufgrund vergleichbarer Problemstellungen in europäischen Ländern, können der Austausch von Wissen und Erfahrungen, die Diskussion beispielsweise über gemeinsame Herausforderungen und die Vorstellung innovativer Ansätze und Projekte für alle Beteiligten Vorteile und zahlreiche Anregungen bringen, beispielsweise um

- übertragbare Elemente zu reflektieren,
- bestehende Regelungen und Standards zu überdenken und
- geeignete Vorgehensweisen, Projekte und Lösungsansätze vor Ort zu unterstützen.

Zu beachten sind unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich der Grundversorgung und somit die Prüfung der Übertragbarkeit.

**Ziel der Begleitforschung Internationale Erfahrungen** im Rahmen des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge war vor allem

- das **Kennenlernen von innovativen Ansätzen, Strategien und Projekten** europäischer Länder zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- das **Kennenlernen unterschiedlicher Rahmenbedingungen**,
- der Beitrag zur **Initiierung des internationalen fachlichen Austausches**,
- die Verstetigung der internationalen Erfahrungen durch die **Initiierung von Netzwerken und Kooperationen** zwischen den Modell- und Partnerregionen.

Im Vordergrund der Begleitforschung Internationale Erfahrungen des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge stand die Durchführung von **internationalen Informations- und Erfahrungsaustauschen (als Fachexkursionen)** in deren Rahmen ein intensiver fachlicher und partnerschaftlicher Austausch der Modellregionen mit europäischen Partnerregionen stattfand. Sie führten in drei europäische Regionen:

- Niederösterreich (Österreich),
- Graubünden (Schweiz) und Südtirol (Italien) sowie
- Västernorrland (Schweden).

Um daraus langfristig Nutzen zu ziehen, können die Austausche durch Kooperationen und Netzwerke sowie auf der Basis der entstandenen persönlichen Kontakte verstetigt werden.

### ***Strukturelle Merkmale und Herausforderungen der europäischen Partnerregionen***

Die europäischen Partnerregionen liegen alle in peripheren, ländlichen und vergleichsweise strukturschwachen Räumen. Sie haben geringe Bevölkerungsdichten und sind von einer Überalterung geprägt. Oftmals sind innerhalb der Region sehr heterogene Entwicklungen vorzufinden, mit relativ starken Zentren mit wachsender Bevölkerung und sehr ländlichen Gebieten, in denen die Bevölkerungszahl schrumpft. Die Regionen unterscheiden sich durch besondere (siedlungs-)strukturelle Merkmale, wie z. B. die abgelegenen alpinen Dörfer und

Höfe in Südtirol oder der flachen Küstenlandschaft mit weiten Entfernungen zwischen größeren Siedlungen in Västernorrland. Aufgrund der aufgezeigten speziellen topografischen Bedingungen gestaltet sich die Erreichbarkeit der Zentren schwierig. Die sich aus den raumstrukturellen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen ergebenden zentralen Herausforderungen der europäischen Partnerregionen sind den deutschen Regionen sehr ähnlich:

- Je **geringer die Bevölkerungsdichte ist, desto höher sind tendenziell die Infrastrukturkosten pro Kopf**. Dies stellt eine erschwerte Ausgangssituation bei der Sicherung von Leistungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge dar.
- **Bevölkerungsverluste verstärken diese Problematik** und führen zu weiteren Tragfähigkeitsproblemen in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge. Beispielsweise ist durch rückgängige Schülerzahlen der Erhalt von Schulen gefährdet. Auch Imageprobleme resultieren aus rückläufigen Bevölkerungszahlen.
- Der starke **Anstieg der Zahl älterer Menschen bedingt eine Neuausrichtung der Infrastruktur** und wird gravierende Folgen vor allem für die Sozial- und Gesundheitssysteme mit sich bringen – dementsprechend werden auch geeignete Systeme für die Lebensformen und die Betreuung von betagten und hochbetagten Menschen zu entwickeln sein.
- Die **Wirtschaftsstruktur ist ein zentrales Element zur Entwicklung von Regionen**. Oftmals hängt das Image einer Region davon ab. Vor allem das Vorhandensein attraktiver Arbeitsplätze trägt maßgeblich zur Entwicklung von Regionen bei.
- Zur Sicherung und Anpassung der Daseinsvorsorge braucht es vor allem **moderne Infrastrukturen und gewisse finanzielle Spielräume** der Kommunen und Regionen.

In allen europäischen Partnerregionen setzen sich unterschiedliche Verwaltungsebenen und Institutionen mit den Folgen des demografischen Wandels sowie mit Strategien und Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge auseinander.

### ***Zuständigkeiten und Verantwortungen in der Daseinsvorsorge in den europäischen Partnerregionen***

Die Gemeinden haben in den vorgestellten Partnerregionen vielfältige Aufgaben, Verantwortlichkeiten bzw. Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge. Beispielsweise in Niederösterreich durch das Recht auf Selbstverwaltung oder in der Schweiz, wo das Verständnis der autonomen Verwaltung und Mitbestimmung, stark ausgeprägt ist.

Bei gemeinsamen Problemen und Herausforderungen entstehen, teilweise gerade durch die aufgezeigten unterschiedlichen Rahmenbedingungen, interessante Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge sowohl in einzelnen Daseinsvorsorgebereichen als auch im Sinne von querschnittsorientierten Strategien. Eine Übertragbarkeit von Strategien, Ansätzen und Projekten kann in vielen Fällen trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen möglich und sinnvoll sein. Standards und rechtliche Rahmenbedingungen der Partnerregionen können auch dazu anregen, Regelungen und Verantwortlichkeiten in Deutschland zu überdenken und gegebenenfalls zu verändern, um Handlungsspielräume zu erhöhen.

### **Projektbereiche der Daseinsvorsorge**

Die während der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche vorgestellten Strategien und Projekte können verschiedenen Daseinsvorsorgebereichen zugeordnet werden. Für den Aufbau der Zusammenfassung wurde eine Gliederung der Projekte zu den einzelnen Daseinsvorsorgebereichen gewählt.

#### **Projektbereich Bildung**

Die Projektbeispiele „Schule alpin“ in Graubünden und „Interkommunale Kooperation“ in Västernorrland zeigen unterschiedliche Herangehensweisen an das Thema Bildung. Beide Projekte möchten eine qualitativ hochwertige Bildung, auch im ländlichen Raum, erhalten und somit einen Beitrag zur Sicherung des Daseinsvorsorgebereichs Bildung leisten. In Graubünden soll der Erhalt der Schule am Ort vor allem (jungen) Familien die Möglichkeit geben, in den ländlichen Kommunen wohnen zu bleiben oder sogar zu ziehen und dadurch zum Erhalt auch weiterer Daseinsvorsorgebereiche und einem attraktiven Ort beizutragen. In Västernorrland soll durch die interkommunale Kooperation ein vielfältiges Angebot an weiterführenden Schulen, die entweder auf die Universität oder den Beruf vorbereiten, erhalten werden und somit vor allem Jugendlichen eine Perspektive zum Bleiben ermöglicht werden.

In Graubünden konnten als Erfolgsfaktoren für einen positiven Schulentwicklungsprozess vor Ort die Beteiligung aller betroffenen Akteure und eine gute Kommunikation und Information im Prozess festgehalten werden. Auch eine verstärkte Bedürfnisorientierung, eine Professionalisierung der Schulführung und eine kooperative Arbeits- und Lernkultur gehören zum Erfolg kleiner Schulen in Graubünden. Im Kanton kommen derzeit vermehrt Mehrjahrgangsstufen und kommunale Kooperationen, beispielsweise durch das Pendeln von Lehrerinnen und Lehrern, zum Einsatz. In Västernorrland werden Kommunen und Bildungseinrichtungen vor Ort durch den Kommunförbundet Västernorrland unterstützt, der die interkommunale Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung eines möglichst vielfältigen Angebotes an Ausbildungsmöglichkeiten stärkt.

Die Projekte zeigen, dass

- eine **übergeordnete Strategie**, rechtzeitiges strategisches Denken und Vorgehen,
- das **Einbinden und Kooperieren aller Akteure** (Schulen, Gemeinden, Eltern, Lehrer usw.) sowie
- eine **interkommunale Zusammenarbeit**

zum **Erhalt einer qualitativ hochwertigen Bildung** sowie zum Erhalt von Schulstandorten auch in ländlichen Räumen, beitragen kann.

Die Schulgrößen in beiden Regionen unterschreiten dabei zum Teil deutlich die in Deutschland geltenden Mindeststandards und zeigen, dass sich daraus zwar auch Herausforderungen für Qualität und Finanzierung (insbesondere da in beiden Beispielen eine kommunale Finanzierung notwendig ist) ergeben, diese aber durch Kooperationsansätze gelöst werden können. Im Rahmen von Pilot- und-/oder Modellvorhaben könnten alternative Standards und solche innovativen Strategien und Ansätze auch in Deutschland getestet werden.

#### **Projektbereich Mobilität**

Im Bereich Mobilität wurden die Kleinräumigen Mobilitätskonzepte, wozu die Gemeindebusse gehören, sowie die Mobilitätszentralen in Niederösterreich vorgestellt, in Südtirol die Wiederbelebung der Vinschgerbahn als Rückgrat des ÖPNV sowie in Graubünden der Bus alpin zur Schließung der letzten Meile. Alle Projekte tragen zur besseren Erreichbarkeit ländlicher Räume durch den ÖPNV bei, um damit auch dessen Standortattraktivität zu steigern. Die Verknüpfung verschiedener Themenbereiche, wie z. B. Mobilität und Tourismus, hilft den ÖPNV langfristig zu erhalten.

Folgende zentrale Erkenntnisse können festgehalten werden:

- **Übergeordnete Strategien sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen** helfen den betroffenen Gemeinden vor Ort,
- **Ehrenamtliches Engagement** trägt zur Projektrealisierung, -identifikation und Nutzung bei,
- **Neue Denkmuster**, z. B. die Organisation von Gemeindebussen als Vereinsform, bringen erfolgreiche Projekte hervor,
- **Verbinden verschiedener Themenbereiche** bringt für viele Daseinsvorsorgebereiche Vorteile,
- **Attraktivität und Komfort des ÖPNV**, sowohl für Einheimische, als auch für zusätzliche Nutzergruppen, wie z. B. Touristen, erhöht die Nutzung,
- **Zusatzservices**, beispielsweise Fahrradverleihsysteme, erhöhen die Attraktivität,
- **Zusätzliche Nutzergruppen** tragen zum Erhalt des ÖPNVs bei.

### ***Projektbereich Gesundheit und Pflege***

Vorge stellt wurden in Västernorrland die Strategien und Projektanwendungen für E-Health im Bereich der Altenpflege sowie das Norrlandicus Care Lab und die Nationalparkregion – Gesundheitsregion in Graubünden. Diese Projekte verfolgen alle dasselbe Ziel: Die Sicherung der medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen. Die unterschiedlichen Vorgehensweisen und unterschiedlichen Zielgruppen zeigen die Vielfältigkeit, mit der die Thematik bearbeitet werden kann und liefern folgende zusammenfassende Erkenntnisse:

- durch die **Verbindung verschiedener Themenbereiche** können neue Angebote entwickelt werden und somit die medizinische Versorgung erhalten werden,
- zur Realisierung solcher neuen Angebote bedarf es der **Zusammenarbeit verschiedener Akteure**,
- **Kontinuität und kleine Schritte** sind für Veränderungen notwendig,
- ebenso **Kommunikation und Kreativität**,
- **digitale Infrastruktur** kann so genutzt werden, dass sie zur Sicherung der Daseinsvorsorge im Bereich der medizinischen Versorgung beiträgt,
- **Innovationen**, auch im Bereich Gesundheit und Altenpflege, unterstützen die Weiterentwicklung und auch die Sicherung dieses Daseinsvorsorgebereiches.

### ***Projektbereich Digitale Infrastruktur***

In Västernorrland wurde der Breitbandausbau und digitale Infrastruktur vorgestellt. Die Bereitstellung einer qualitativvollen digitalen Infrastruktur ist für Kommunen in ländlichen Räumen

von zentraler Bedeutung, da diese eine wesentliche infrastrukturelle Grundlage für Aktivitäten von Unternehmen und Bevölkerung ist. Die Zahl der Internetnutzer steigt stetig. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Infrastrukturen auch für den Bereich Sicherung der Daseinsvorsorge noch lange nicht ausgereizt.

Mit der **Nutzung der digitalen Infrastruktur** können **Daseinsvorsorgeleistungen verschiedener Bereiche qualitativ verbessert, ergänzt oder** sogar – sofern sie nicht stationär vor Ort sind – **virtuell erbracht werden**. Die Projektbeispiele aus dem Bereich Gesundheit und Altenpflege haben einzelne Anwendungen aufgezeigt, die die Daseinsvorsorge unterstützen. Das Innovationspotenzial weiterer, internetgestützter Anwendungen zur Ergänzung, Verbesserung und Sicherung von Daseinsvorsorgeleistungen ist derzeit als sehr hoch einzuschätzen. Hier gilt es einerseits bereits bestehende Forschungsergebnisse in die praktische Umsetzung zu bringen und andererseits weitere Projektideen zu entwickeln. Durch die Erhöhung der Anwendungsfelder und somit der Nutzerfrequenz kann ein Ausbau der Breitbandversorgung für Unternehmen interessanter werden, wodurch wiederum das Anbieten neuer Anwendungsfelder attraktiver wird.

### ***Projektbereich Querschnittsstrategien in der Kommunal- und Regionalentwicklung***

Die Projekte dieses Bereiches gehören nicht zwangsläufig zum Bereich der Daseinsvorsorge, tragen jedoch zur Sicherung verschiedener Daseinsvorsorgebereiche bei, indem sie das Ziel der Stärkung und Attraktivierung von Dorf- und Stadtzentren, die Förderung des Eigenimages sowie die interkommunale und regionale Zusammenarbeit stärken und die Region als Ganzes betrachten. Beispiele sind in Niederösterreich und Schweden zu finden. Dieser Projektbereich trägt mittelbar zum Erhalt und der Initiierung von Daseinsvorsorgeleistungen bei und zwar durch

- die Erhöhung der **Attraktivität von Orts- und Stadtzentren**,
- die **Unterstützung des Einzelhandels** und somit auch der Nahversorgung,
- die **unabhängige Unterstützung und Beratung von Kommunen** bei Maßnahmen und Projekten, auch im Rahmen der Daseinsvorsorge,
- die **Stärkung der Kompetenzen vor Ort**, auch im Hinblick auf Fragen zum demografischen Wandel und der Daseinsvorsorge,
- die **fachliche und personelle Unterstützung**, um Themen interkommunal gemeinsam zu bearbeiten, darunter auch Themen der Daseinsvorsorge, sowie **regionale Strategien** mit der entsprechenden **Projektentwicklung und -umsetzung**.

### ***Projektbereich Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung***

Der Projektbereich Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung enthält Projekte, die nicht im engeren und unmittelbaren Sinne dem Bereich der Daseinsvorsorge zuzuordnen sind, aber es handelt sich bei den dargestellten Ansätzen um

- querschnittsorientierte Strategien, die die Daseinsvorsorge mit als ein Thema aufgreifen, aber als Ausgangspunkt die regionale Wirtschaftsentwicklung im Blick hatten,
- Strategien zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten sowie
- Ansätze und Strategien für Regionales Marketing.

Die vorgestellten Strategien und umgesetzten Projekte stellen „Transmitter Themen“ dar, mit denen Anliegen zur Sicherung der Daseinsvorsorge mittel- und teilweise auch unmittelbar mit angestoßen werden können.

In den europäischen Partnerregionen in der Schweiz, in Italien sowie in Schweden hat sich gezeigt, dass das Thema der Daseinsvorsorge mittelbar und als Folgethema von teilweise querschnittsorientierten und integrierten Strategien behandelt wird, die zunächst eher regionalwirtschaftlich orientiert sind. Dabei wurden folgende Aspekte deutlich:

- Die Stärkung der regionalen Wirtschaft stellt ein **wichtiges „Transmitter“-Thema für Fragen und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** dar – eine Diskussion kann unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen angeregt und Projekte umgesetzt werden.
- Die Stärkung der regionalen Wirtschaft, von **Unternehmen und Unternehmensgründungen** sowie die Unterstützung **regionaler und lokaler Wertschöpfungsketten** haben das Ziel Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen zu erhalten bzw. zu schaffen, damit Leben in den ländlichen Räumen wieder attraktiv wird oder attraktiv bleibt. Daseinsvorsorgeeinrichtungen werden dadurch verstärkt nachgefragt.
- Regionales Marketing und die **Steigerung der Identität mit der Region** sind weitere wichtige Ansätze, um die Menschen und damit auch die Nutzer öffentlicher Infrastruktureinrichtungen vor Ort zu halten.
- Das Verknüpfen mit Fragen der regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung ermöglicht eine positive Sicht- und Herangehensweise – anstatt negative Veränderungen in den Mittelpunkt zu rücken.

### **Reflektion und Ausblick**

Die durchgeführten internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche trugen zu einem intensiven Austausch und zu anregenden Diskussionen der Modellregionen mit den europäischen Partnerregionen bei. Daraus sind Vernetzungen und persönliche Kontakte entstanden. Ebenso lernten die Vertreter der Modellregionen zahlreiche innovative Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den europäischen Partnerregionen kennen

Die europäischen Ansätze und Projekte sind dabei, aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen, nicht immer „1:1“ übertragbar, aber es gibt übertragbare Elemente und sie regen dazu an Rahmenbedingungen zu hinterfragen.

Die vorgestellten europäischen Ansätze und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge haben meist einen fachlichen Schwerpunkt, indem sie einen bestimmten Bereich der Daseinsvorsorge verbessern möchten. Integrierte Ansätze, wie das MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge darstellt, waren kaum vertreten, jedoch waren die Einzelprojekte stets von einer integrierten Betrachtungsweise gekennzeichnet.

Anknüpfend ergeben sich Fragestellungen bezüglich

- der Weiterführung europäischer Austausche und Kontakte zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- der Förderung integrierter Betrachtungsweisen und Kooperationen,
- flexibler Rahmenbedingungen für Einzelprojekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- virtueller Angebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge,

- der Verstärkung des Austausches der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge untereinander sowie weiterer Regionen.

## Abstract

Demographic change and the provision of public services are not issues only German municipalities and regions have to deal with, also other European countries do. Currently priority in the discussion about the future development and prospects of rural areas, have the generation, conservation and preservation of infrastructures and services.

Due to similar problems in European regions, the exchange of knowledge and experiences, discussions about for example common challenges and current innovative approaches and projects, can bring benefits and stimulations for all participants, in order

- to reflect on transferable elements,
- to reconsider existing standards and regulations and
- to encourage discussions about new procedures, projects and approaches.

Of course hereby different legal frameworks concerning the provision of public services need to be considered if it comes to the definition of transferable elements.

**Aim of the concomitant research “International experiences”** within the “MORO Action Programme on the Regional Provision of Public Services” was mainly

- **to learn about innovative approaches, strategies and projects** in European regions to provide services of general interest,
- **to learn about different conditions,**
- to contribute to **a lively international exchange between experts,**
- to stabilize the international exchange by **initiating networks and collaborations** between the German model regions and European partner regions.

The concomitant research “International experience” within the “MORO Action Programme on the Regional Provision of Public Services” was mainly responsible for the **implementation of international exchanges of experience (as field trips)** to enable the model regions to discuss frameworks and approaches on site and get in personal contact to regional stakeholders in European partner regions. Field trips were organized in three European regions:

- Lower Austria (Austria)
- Grisons (Switzerland) and South Tyrol (Italy) and
- Västernorrland (Sweden).

Collaborations and networks can be stabilized easier and better on the basis of personal contacts.

### ***Structural characteristics and challenges of the European partner regions***

The European partner regions are all located in peripheral, rural and relatively structural weak areas. They have low population densities and are characterized by aging. The regions are often characterized by very heterogeneous developments, relatively strong centres with a growing population and very rural areas in which the population is shrinking. The regions

differ in particular concerning (settlement) structural characteristics, for example the remote alpine villages and farms in South Tyrol or the flat coastal landscape with long distances between major settlements in Västernorrland. Due to the identified specific topographical conditions, the accessibility of the centres is difficult.

The challenges the European partner regions face, resulting from spatial and socio-economic structures, are very similar to those the German regions have to deal with:

- **The lower the population density, the higher tends to be the infrastructure costs per capita.** This can be a difficult initial situation with regard to the provision of public services and facilities.
- **Population losses amplify this problem** and lead to further load capacity problems for many public services. For example, schools are in danger to be closed down by shrinking numbers of pupils. Additional image problems can be a result of declining population numbers.
- The **increasing number of elderlies requires a realignment of infrastructures** and will have serious consequences for the social and health systems. Thus also suitable solutions for different ways of life and the care of elderly and aged people need to be developed.
- The **economic structure is a key element for the development of regions.** Often the image of a region depends on it. Especially attractive jobs contribute significantly to the development of regions.
- For the provision and adaptation of public services particularly **modern infrastructure and a certain financial leeway** of municipalities and regions is needed.

In all European partner regions, different administrative levels and institutions deal with the consequences of demographic change, as well as strategies and projects to provide public services.

### ***Responsibilities for the provision of public services in the European partner regions***

The municipalities in the partner regions have various tasks and responsibilities for the provision of public services as for example, laid down in the right to self-government in Lower Austria or in Switzerland, where the understanding of the autonomous administration and participation is very strong.

Challenges concerning the provision of public services are similar in the partner regions and interesting projects, approaches and cross sector strategies emerge in some cases especially because frameworks are different. And even if frameworks are different, approaches and strategies can be transferable. Standards and legal frameworks of the partner regions can also stimulate to rethink standards and responsibilities in Germany and possibly lead to modifications that result in new increased scopes of action.

### ***Different fields of action in provision of public services***

During the field trips aiming at an exchange of information and experience several strategies and projects were presented which could be grouped in different project sections. In this abstract they are structured thematically.

### ***Project section education***

Two different approaches in the field of provision of good education were presented by the project "school alpine" in Grisons and "Inter-municipal cooperation" in Västernorrland. Both projects aim at ensuring a high quality education in rural areas, and thus contribute to provide public services. In Grisons especially young families should be addressed through the preservation of the school in the village. Underlying consideration is that the school makes families stay or even move in and thus contribute to a lively centre. In Västernorrland the approach is aiming at the preservation of various secondary school and higher education offers in order to make teenager and young adults stay. In Grisons success factors for a positive local school development process were the participation of all concerned stakeholders, good communication and information in the process. Additionally an increased adaptation to fit the needs of the pupils, the professionalization of school leadership and a cooperative working and learning culture are part of the success of small schools in Grisons. In the Canton currently two innovative approaches are used: classes in which children of different ages are taught and teachers being employed at several schools, commuting from school to school. In Västernorrland educational institutions are supported on site by the Kommunförbundet Västernorrland, which strengthens the inter-municipal cooperation.

The projects demonstrate that following features can contribute to obtain a high quality education and the preservation of schools in rural areas:

- an **overarching strategy** and timely strategic thinking and operation,
- the **integration and cooperation of all stakeholders** (schools, communities, parents, teachers, etc.) and
- an **inter-municipal cooperation**.

The school sizes in the two visited regions undercut clearly the minimum standards in Germany and make obvious that even if municipal financing of local education facilities and offers is necessary (as it is the case in the two examples that were visited), the challenges for quality and financing can be mastered by cooperation approaches. As part of pilot projects, and / or model projects, alternative standards and alike innovative strategies and approaches could be tested in Germany as well.

### ***Project section mobility***

In the project section mobility, in Lower Austria the small-scaled mobility concepts, including the municipality buses, and the mobility centres were introduced. In South Tyrol the revival of Vinschgerbahn and in Grisons the "bus alpine", to close the last mile, were presented. All projects contribute to better accessibility of rural areas by public transport, in order to increase its attractiveness for residents. The linkage of different topics, such as Mobility and Tourism, helps to preserve public transport offers in the long run. The following central findings can be stated:

- **Overarching strategies and support services** help the affected local communities,
- **Voluntary work** contributes to the project implementation, -identification and use,
- **New thought patterns**, for example the organization of municipal buses systems in the legal form of an association, produce successful projects,
- **Linking various topics** brings benefits to many areas of public services,
- **Attractiveness and comfort of public transport**, both for locals, as well as additional user groups, such as tourists, increase the demand,
- **Additional services**, such as bike rental systems, increase the attractiveness,

- **Additional user groups** contribute to the preservation of public transport.

### ***Project section health and care***

In Västernorrland the strategies and project applications for e-Health in the field of geriatric care, the so called Norrlandic Care Lab, was presented and in Grisons the “National Park region - health region” was in the centre of attention. Both projects have the same objective: ensuring medical care in rural areas. The different approaches show the diversity of this topic and provide the following summarised findings:

- Through the **combination of different topics** new offers can be developed and thus receive medical care,
- The realization of new services requires **cooperation of different actors**,
- **Continuity and small steps** are necessary for change,
- As well as **communication and creativity**,
- **Digital infrastructure** can be used in a way that help to preserve public services in the field of medical care,
- **Innovations**, in the range of better health and elder care, support the development and the protection of public health services.

### ***Project section digital infrastructure***

In Västernorrland the approach for the expansion of broadband and digital infrastructures was presented. Providing a high-quality digital infrastructure for communities in rural areas is very important, since this is an essential infrastructural basis for activities of enterprises and population. The number of internet users is increasing and the opportunities of digital infrastructures for the provision of public services are nowhere near exhausted.

**With the use of digital infrastructures, public services of different sections can either qualitatively be improved, supplemented or even rendered virtually**, when they are not available stationary. The project examples in the field of health and elderly care have demonstrated several applications which support public services. The innovation potential of further internet-based applications for extension, improvement and assurance of public services is currently assessed as very high. On the one hand it is necessary to apply existing research results correspondingly and on the other hand additional project ideas should be developed and supported. With an increasing number of applications and thus number of users, the expansion of digital infrastructure becomes more attractive for providers.

### ***Project section cross sectoral urban and regional development***

Projects in this section contribute to the protection of different public services by strengthening and enhancing the attractiveness of town centres and also by strengthening the inter-municipal and regional cooperation. Examples were presented in Lower Austria and Västernorrland. This project section contributes indirectly to the preservation and the initiation of public services namely through

- increasing the **attractiveness of town centres**,
- **supporting the retail** and thus also the local amenities,
- support and **consultation of local authorities** in order to provide public services,

- **strengthening local expertise**, especially with regard to deal with challenges of the demographic change and of provision of public services,
- **technical and personnel support to inter-municipal cooperation** in providing public services.

### ***Project section regional economy and value chains***

This project section includes projects which are not directly linked to the provision of public services, but the approaches are

- cross section oriented strategies that deal also with the provision of public services, even if the starting point was the development of the regional economy,
- strategies to strengthen regional value chains and
- strategies for regional marketing.

The presented strategies and implemented projects provide "transmitter themes", with which the concern to protect public services can also be initiated both, indirectly and directly.

The projects and strategies of the European partner regions in Switzerland, Italy and Sweden have shown that the topic of public services is supported indirectly by cross-section and integrated strategies dealing with issues of regional economy. Following aspects became obvious:

- Strengthening the regional economy is an **important "transmitter" theme for issues and projects to protect public services** - a discussion can inspire different groups of actors and consequently projects can be implemented.
- The strengthening of the regional economy, of **enterprises and business start-ups** as well as the support of **regional and local value chains** aim at enhancing employment opportunities in rural areas, so life in the rural areas stays attractive. Subsequently public services are increasingly in demand.
- Regional Marketing and an **increased regional identity** of the inhabitants are additional important approaches to make people stay or move in a region and thus raise the number of users of public services.
- The connection with issues of regional economy and value chains enables a positive vision and attitude – instead of putting negative changes in the centre of the dialogue.

### ***Reflection and outlook***

The international information and experience exchanges contributed to an intensive exchange and stimulated discussions between representatives of the model regions and the European partner regions. Networking and personal contacts have been created. In addition, the representatives of the model regions got to know many innovative strategies and projects to protect public services in the European partner regions.

The European approaches and projects are due to different conditions, not always completely transferable, but there are transferable elements and they encourage the model regions to challenge general conditions.

The introduced European approaches and projects to protect public services usually have a technical focus, by looking to improve a particular section of public services. Integrated approaches, such as the "MORO Action Programme on the Regional Provision of Public Ser-

vices” were barely represented, but the individual projects were always characterized by an integrated perspective.

Follow up appear questions concerning

- the continuation of European exchanges and contacts regarding the provision of public services,
- the promotion of integrated approaches and cooperation,
- flexible frameworks for individual projects to provide public services,
- virtual offers to protect public services,
- the stabilization of the exchange of model regions between themselves and other regions.



# 1. Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – Begleitforschung Internationale Erfahrungen

## 1.1 Anlass: Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen und Austausch mit internationalen Partnern

In der Diskussion um die Zukunft und Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume steht die Schaffung, Sicherung und Erhaltung von Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im Vordergrund.

Die Gefährdung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge insbesondere im Zuge des Rückgangs der Bevölkerungszahlen sowie der Alterung der Bevölkerung ist nicht nur in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik ein Thema – europaweit sind Regionen davon betroffen. Beispiele hierfür sind die dünn besiedelten Regionen Skandinaviens oder die abgelegenen Talschaften des Alpenraums, wo aufgrund der anhaltenden „Landflucht“ die Gewährleistung einer Grundversorgung für die verbleibende Bevölkerung eine besondere Herausforderung darstellt.

Im Sinne eines Wissens- und Erfahrungsaustausches stellt es einen Mehrwert dar, wenn sich Akteure und Verantwortungsträger aus verschiedenen von dieser Problematik betroffenen Regionen Europas über die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Grundversorgung sowie erforderliche und bereits umgesetzte Projekte und Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge austauschen.

Die Akteure stehen vor vergleichbaren Herausforderungen: Wie kann eine leistungsfähige und finanziell tragbare Daseinsvorsorge gesichert werden, wenn immer weniger Menschen in der Region leben? Natürlich herrschen europaweit regional unterschiedliche Rahmenbedingungen, wie etwa durch rechtliche Regelungen sowie spezielle landschaftliche oder wirtschaftsstrukturelle Merkmale. Auch das Selbstverständnis zur Herangehensweise unterscheidet sich in den jeweiligen Regionen. Dies führt zu unterschiedlichen Ansätzen und beteiligten Akteuren.

Die beispielhaft vorgestellten und in den unterschiedlichen europäischen Regionen realisierten Projekte sind vor diesem Hintergrund nicht immer „1:1“ übertragbar, regen jedoch dazu an,

- übertragbare Elemente zu reflektieren,
- bestehende Regelungen zu überdenken und
- die Diskussion geeigneter Vorgehensweisen, Projekte und Lösungsansätze vor Ort zu befruchten.

Ebenfalls kann es für die Akteure sehr hilfreich sein, über gemeinsame Herausforderungen zu diskutieren und zu sehen, dass andere in derselben Situation mit den gleichen Problemen sind. Durch das Feststellen von Gemeinsamkeiten können Tipps und Anregungen ausgetauscht werden. Um daraus langfristig Nutzen zu ziehen, können die Austausche durch Kooperationen und Netzwerke sowie auf der Basis der entstandenen persönlichen Kontakte verstetigt werden. Durch aktives Netzwerken kann eine Interessensgemeinschaft entstehen, die durch gezieltes Lobbying weitere Vorteile und weiteren Nutzen für ländliche Regionen und ihrer Sicherung der Daseinsvorsorge schaffen kann.

## 1.2 Zielsetzung und Fragestellungen

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, durchgeführt als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), unterstützt ausgewählte Modellregionen in ländlichen Räumen „sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten.“<sup>1</sup> Die Projektsteuerung des Aktionsprogrammes wird durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) erbracht. Zudem gibt es eine zentrale Projektassistenz und verschiedene Begleitforschungen. Diese stellen „weitere fachliche Unterstützungsleistungen für die einzelnen Modellregionen und das Aktionsprogramm insgesamt“<sup>2</sup> dar.

Die Begleitforschung Internationale Erfahrungen sammelt und bereitet Erfahrungen aus europäischen und außereuropäischen Regionen beim Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels auf und vermittelt diese an die Beteiligten des Aktionsprogramms. Sie unterstützt die internationale Vernetzung des Aktionsprogramms insgesamt und einzelner Modellregionen.

Hauptziel der Begleitforschung Internationale Erfahrungen im Rahmen des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge war die Organisation und Durchführung eines **Austauschs zwischen den deutschen Modellregionen des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge (ArD) und europäischen Partnerregionen** mit vergleichbaren Problemlagen. Weitere Ziele waren

- das **Kennenlernen von innovativen Ansätzen, Strategien und Projekten** zur Sicherung der Daseinsvorsorge in anderen europäischen Ländern,
- das **Kennenlernen unterschiedlicher Rahmenbedingungen**,
- der Beitrag zur **Initiierung des internationalen fachlichen Austausches**,
- die Verstetigung der internationalen Erfahrungen durch die **Initiierung von Netzwerken und Kooperationen** zwischen den Modell- und Partnerregionen,
- **Anregungen für die eigene Arbeit** zu bekommen,
- die gegenseitige **Unterstützung** zu stärken,
- den fachlichen und persönlichen Austausch zwischen den Modellregionen zu stärken,
- den **Blick über den Tellerrand** zu werfen.

Als europäische Partnerregionen wurden ländliche Regionen ausgewählt, die sich mit ähnlichen Problemen wie die Modellregionen konfrontiert sehen und die sich durch innovative Ansätze zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge auszeichnen.

Folgende Fragestellungen wurden bearbeitet:

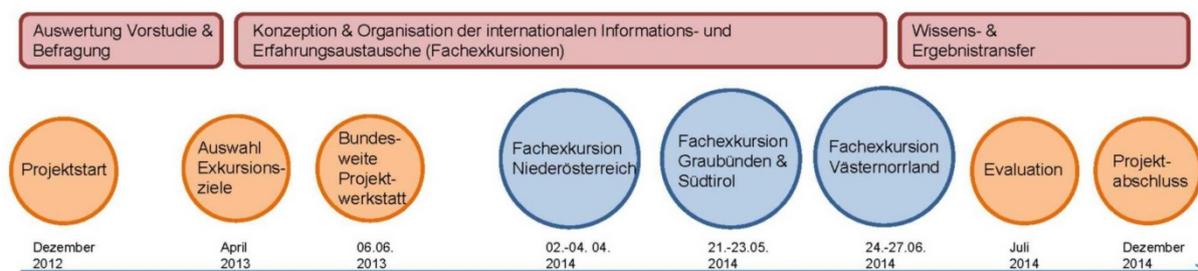
- Welche innovativen Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge gibt es in europäischen Ländern mit ähnlichen strukturellen Merkmalen?
- Welche integrierten Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge gibt es in europäischen Ländern?
- Welche Schlüsse können aufbauend auf den Ansätzen und Projekten für Deutschland gezogen werden?
- Inwiefern sind Ansätze und Strategien übertragbar?

### 1.3 Ablauf sowie inhaltliches und methodisches Konzept

Im Vordergrund der Begleitforschung Internationale Erfahrungen des MORO Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge stand die Durchführung von internationalen Informations- und Erfahrungsaustauschen (als Fachexkursionen) in deren Rahmen ein intensiver fachlicher und partnerschaftlicher Austausch der Modellregionen mit europäischen Partnerregionen stattfand bzw. initiiert wurde. Gleichzeitig konnten auch die Partnerregionen vom Austausch mit den Modellregionen und dem MORO Ansatz profitieren, wodurch ein Dialog stattfinden konnte und ein Austausch in beide Richtungen stattfand. Die Informations- und Erfahrungsaustausche führten in drei europäische Regionen:

- Niederösterreich (Österreich),
- Graubünden (Schweiz) und Südtirol (Italien) sowie
- Västernorrland (Schweden).

**Abbildung 1: Ablauf der Begleitforschung**



**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2014.

Die Begleitforschung gliederte sich in folgende aufeinander aufbauende Schritte:

Dezember 2012	<b>Projektstart</b>
Januar 2013	<b>Auswertung der Vorstudie</b> „Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen“ und <b>Befragung der Modellregionen</b> , wie z. B. über Ziele und Themenfelder.
April 2013	<b>Auswahl der Exkursionsziele</b> nach strukturellen Kriterien (Lage, Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Bevölkerungsdichte, Wirtschaftsleistung und Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheits- und Breitbandversorgung) und dem Vorhandensein innovativer Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge.
ab April 2013	<b>Konzeption und Organisation der drei Fachexkursionen:</b> Im Mittelpunkt standen innovative Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge der jeweiligen Partnerregion.
06.06.2013	<b>Bundesweite Projektwerkstatt des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge:</b> Informationen zu den Fachexkursionen sowie erster Erfahrungsaustausch mit Partnerregionen

- ab März 2013 Jeweils eine Woche vor den Erfahrungsaustauschen Versand von **Exkursionsreadern** zur Vorbereitung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Informationen zur Daseinsvorsorge & Region sowie zu Strategien & Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge)
- 02.04. bis 04.04.2014 Internationaler Informations- und Erfahrungsaustausch nach **Niederösterreich**.
- 21.05. bis 23.05.2014 Internationaler Informations- und Erfahrungsaustausch nach **Graubünden und Südtirol**.
- 24.06. bis 27.06.2014 Internationaler Informations- und Erfahrungsaustausch nach **Västernorrland**.

**Evaluation** der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Bewertung der Fachexkursionen, der einzelnen Termine und Inhalte der Austausche sowie die Bereitschaft und das Interesse einer Weiterführung und Vertiefung einer Kooperation mit der Partnerregion bzw. ausgewählten Akteuren.

- ab September 2014 **Wissens- und Ergebnistransfer:** Die Ergebnisse wurden den Modellregionen und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Der Abschlussbericht der Begleitforschung Internationale Erfahrungen stellt die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassend dar. Der vorliegende Bericht ist somit keine Vergleichsstudie zu innovativen Lösungen der Daseinsvorsorge in Europa und keine Best-Practice-Sammlung. Er bereitet, aufbauend auf den Fachexkursionen, die erfolgreichen Projektbeispiele der europäischen Partnerregionen auf.

Durch das Erleben der jeweiligen Region vor Ort bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen direkten räumlichen Eindruck und konnten so die Situation sehr gut einschätzen. Das Exkursionsprogramm sah Vorträge von Referentinnen und Referenten aus unterschiedlichen Ämtern, Verwaltungsebenen und Institutionen, Diskussionsrunden sowie Besuche von innovativen Projekten, wie z.B. der Vinschgerbahn oder des Gemeindebusses vor. Es fand während der Exkursionen ein sehr intensiver fachlicher und partnerschaftlicher Austausch zwischen den Modellregionen sowie zwischen den Modell- und europäischen Partnerregionen statt. Am Ende jeder Fachexkursion fand eine gemeinsame Abschlussrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer statt. Dieses Abschlussfazit fiel bei jeder Fachexkursion sehr positiv aus. Die Vorstellung innovativer Projekte der Partnerregionen, das Erleben der Regionen vor Ort sowie die Diskussionsrunden untereinander und mit den europäischen Partnern fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Modellregionen besonders anregend und gewinnbringend. Auch der informelle Austausch wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensiv genutzt und wurde von allen sehr geschätzt. Die europäischen Partnerregionen waren am MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge und einem weiteren Austausch ebenfalls sehr interessiert. Durch diesen ersten persönlichen Kontakt zwischen Modell- und Partnerregionen sollen weitere Vernetzungen entstehen. Dies können beispielsweise bilaterale Austausche sein, Verstetigung des persönlichen Kontaktes, Aufbau eines Netzwerkes oder konkrete Projektkooperationen im Rahmen von europäischen Förderprogrammen. Interessierte Modell- und Partnerregionen gibt es und erste persönliche Vernetzungen fanden bereits statt.

---

<sup>1</sup> Internetauftritt Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, aufgerufen unter: <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/22/>, Zugriff 25.11.2014.

<sup>2</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, (Hrsg.): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld. Kurzinformation über Ziele, Ablauf und Modellregionen. MORO-Informationen 10/1. Berlin.

## 2. Daseinsvorsorge in ausgewählten europäischen Ländern – ein Überblick

### 2.1 Daseinsvorsorge in Österreich

#### 2.1.1 Zum Begriffsverständnis

In Österreich findet der deutschsprachige Terminus „Daseinsvorsorge“ allgemeine Anwendung<sup>3</sup> und hat weitgehend die gleiche Bedeutung wie in Deutschland. Zur Daseinsvorsorge zählen demnach jene Dienstleistungen, „die im öffentlichen Interesse erbracht werden, mit Gemeinwohlverantwortung verbunden sind und als wesentlich für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft angesehen werden“.<sup>4</sup> Dabei wird nach allgemeiner Auffassung davon ausgegangen, dass solche Leistungen sowohl durch die öffentliche Hand als auch von privaten Unternehmen bereitgestellt werden können.<sup>5</sup> Verwendung findet der Begriff der Daseinsvorsorge vor allem zur Kategorisierung staatlicher, kommunaler bzw. öffentlicher Aufgaben. Dazu zählen wie auch in Deutschland beispielsweise „Verkehrseinrichtungen (Straßen, Eisenbahnen, Krafffahr-, Luftverkehrs- und Schifffahrtslinien), Bildungs- und Kultureinrichtungen (Universitäten, Schulen, Museen, Bibliotheken, Theater), Krankenanstalten, Ver- und Entsorgungsanlagen (Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung) sowie Kommunikationseinrichtungen (Post, Rundfunk)“.<sup>6</sup>

#### 2.1.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge

##### ***Verfassungsmäßiges Recht auf kommunale Selbstverwaltung***

Wenngleich auch Bund und Bundesländer sowie von ihnen beauftragte Private im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, so kommt den kommunalen Versorgungsleistungen in Österreich eine besondere Rolle zu. Insgesamt gibt es in der Republik Österreich 2.354 Gemeinden.<sup>7</sup> „Nach den Bestimmungen der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 bis 120) ist der Wirkungsbereich der Gemeinde ein eigener und ein vom Bund oder vom Land übertragener, das heißt, dass die Gemeinde sowohl eine Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung und zugleich Verwaltungssprengel ist.“<sup>8</sup> Die Gemeinde ist gemäß Art. 118 Abs. 2 B-VG (Bundes-Verfassungsgesetz) für alle Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der örtlichen Gemeinschaft gelegen und geeignet sind, durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer Grenzen besorgt zu werden, verantwortlich. Die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs kann die Gemeinde somit eigenständig und ohne staatliche Weisungen erledigen. Die Gemeinden besitzen also eine eigene Rechtspersönlichkeit mit dem verfassungsrechtlich gewährleisteten subjektiven Recht auf Selbstverwaltung. Sie haben zwar keinen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt und der Gerichtsbarkeit und sind lediglich Trägerinnen der Verwaltung, allerdings haben sie ein selbständiges Verwaltungsrecht.<sup>9</sup>

### **Gemeinden für zahlreiche Bereiche der Daseinsvorsorge zuständig**

Die österreichische Kommunalwirtschaft erreicht in der Praxis einen beachtlichen Umfang, die Netzinfrastruktur ausgenommen nehmen die Gemeinden in nahezu allen Bereichen der Daseinsvorsorge eine herausragende Stellung ein.<sup>10</sup> Die Gemeinden sind verantwortlich für

- Straßen und Wege,
- öffentliche Bauten,
- Wasserversorgung,
- Abwasserentsorgung,
- Abfallentsorgung,
- Energieversorgung,
- umwelt- und kulturell relevante Leistungen,
- soziale Versorgungsleistungen,
- Gesundheit, Alten- und Krankenpflege
- sowie Kinderbetreuung.<sup>11</sup>

„Die Gemeinde kann – sofern dafür nicht bundes- oder landesgesetzliche Bindungen bestehen – frei bestimmen, ob und welche Verwaltungsaufgaben sie in kommunaler Daseinsvorsorge wahrnimmt und ob sie dabei in den Formen des Hoheitsrechts oder des Privatrechts handelt.“<sup>12</sup>

### **Verschiedene Instrumente zur Aufgabenerfüllung im Bereich Daseinsvorsorge**

Grundsätzlich stehen den Gemeinden in Österreich folgende Instrumente zur Aufgabenerledigung im Bereich der Daseinsvorsorge zur Verfügung:

- Eigenleistung bzw. Regiebetrieb
- Eigenbetriebe
- Anstalten
- Privatrechtlich organisierte öffentliche Unternehmen
- Auftragsvergabe mittels öffentlicher Ausschreibung
- Zusammenarbeit mit Privaten – Public Private Partnership
- Gemeindekooperationen in Form von Verwaltungsgemeinschaften, Gemeindeverbänden oder gemeinsamen Unternehmen – Anwendung insbesondere in den Bereichen Wasser, Abwasser, Abfall, Kindergärten und Schulen, Straßenerhaltung und Rettungswesen.<sup>13</sup>

Bezüglich des Inhalts und der Erledigung der kommunalen Aufgaben unterscheiden sich die Gemeinden Österreichs somit nicht wesentlich von Deutschland. Aus rechtlicher Sicht ist jedoch die Besonderheit festzustellen, dass die Versorgungsrolle der Gemeinden nicht nur abgesichert, sondern in beträchtlichem Umfang vor Eingriffen der Bundes- und Landesverwaltung sowie der Bundes- und Landesgesetzgebung geschützt ist.<sup>14</sup>

### ***Steigende Anforderungen des europäischen Gemeinschaftsrechts***

PÜGRY konstatiert allerdings, dass aufgrund steigender Anforderungen des europäischen Gemeinschaftsrechts immer mehr Regelungen auf Landes- und Bundesebene getroffen werden (z. B. in den Daseinsvorsorgebereichen im Umweltsektor wie z. B. Wasser, Abwasser, Abfall), die zu einer Einschränkung der kommunalen Autonomie führen können.<sup>15</sup> In Deutschland sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten, denn auch hier lässt der Anwendungsvorrang des europäischen Rechts das grundgesetzlich verankerte kommunale Selbstverwaltungsrecht im Kollisionsfall zurücktreten.<sup>16</sup>

### **2.1.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität**

Nach Art. 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes ist Verkehr in Österreich Bundesaufgabe. Der Bereich des öffentlichen Verkehrs ist allerdings nicht explizit erwähnt und die Zuständigkeit damit nicht genau geregelt. Die von den Gebietskörperschaften wahrgenommenen Verantwortungsbereiche sind vielmehr historisch gewachsen. Im Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (ÖPNRV-G 1999) regelt der Bund die organisatorischen und finanziellen Grundlagen für den Betrieb des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (Verkehr im ländlichen Raum) konkreter. Darin werden drei Aufgaben des ÖPNRV genannt:

- Schienenpersonenverkehr,
- Kraftfahrlinienverkehr,
- Nah- und Regionalverkehrsplanung.<sup>17</sup>

#### ***Aufgaben im Bereich ÖPNV auf die Gebietskörperschaften verteilt***

Die Aufgaben sind auf die Gebietskörperschaften verteilt. Gemäß der gesetzlichen Regelung übernimmt der Bund die Verantwortung dafür, dass jenes Grundangebot im ÖPNV finanziert wird, das 1999/2000 vorhanden war. Die weitergehende Verkehrs(bedarfs)planung sowie die Anpassung des Systems an künftige Bedürfnisse werden den Ländern und Gemeinden überlassen. Leistungen, die über das Grundangebot 1999/2000 hinausgehen, werden nicht vom Bund finanziert, Einsparungen gegenüber dem Grundangebot 1999/2000 müssen in die Qualitätssicherung des Angebots investiert werden. Ergeben also die Nah- und Regionalverkehrspläne der Länder und Gemeinden, dass das Grundangebot im Bereich des öffentlichen Verkehrs ausgebaut werden soll, so kann man auf der Grundlage des ÖPNRV-G prinzipiell davon ausgehen, dass der Bund sich nicht an der Finanzierung beteiligt, sondern diese den Ländern und Gemeinden überlässt.

#### ***Verkehrsverbände als Schnittstelle***

Das ÖPNRV-G sieht Verkehrsverbände als Institutionen vor, die die Festsetzung der Beförderungspreise, die Verkehrsplanung und Fahrplangestaltung, die Bestellung von Verkehrsdiensten, die Qualitätskontrolle und die Marketing- und Vertriebsaktivitäten sowie Kundeninformation übernehmen.<sup>18</sup> Die Verkehrsverbände sind somit Schnittstelle zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen, Gebietskörperschaften und Politik.<sup>19</sup>

**Abbildung 2: Verkehrsverbünde in Österreich**

**Quelle:** Internetauftritt Interessengemeinschaft Österreichischer Verkehrsverbünde, aufgerufen unter: <http://www.verkehrsverbund.at/verbuende/uebersicht/>, Zugriff 11.02.2014.

Die räumliche Zuständigkeit der Verkehrsverbünde soll sich nach Gesetz an den Fahrgastströmen orientieren und kann bundesländerübergreifend sein. Die Verkehrsverbünde sind in der Regel als Gesellschaften mit beschränkter Haftung organisiert, Eigentümer sind meist die jeweiligen Bundesländer. Somit erfolgt die Nah- und Regionalverkehrsplanung, die formal in der Verantwortung der Länder und Gemeinden liegt, praktisch in Abstimmung zwischen den Ländern und den Verkehrsverbänden in einem Bundesland.<sup>20</sup> Österreich ist seit 1997 das einzige Land mit einer flächendeckenden Verbundlandschaft weltweit.<sup>21</sup>

#### Weiterführende Informationen

- Internetauftritt Interessengemeinschaft Österreichischer Verkehrsverbünde, aufgerufen unter: <http://www.verkehrsverbund.at/>, Zugriff 11.02.2014.
- Internetauftritt Verkehrsverbund Niederösterreich-Burgenland, aufgerufen unter: [www.vvnb.at/](http://www.vvnb.at/), Zugriff 11.02.2014.

## 2.1.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung

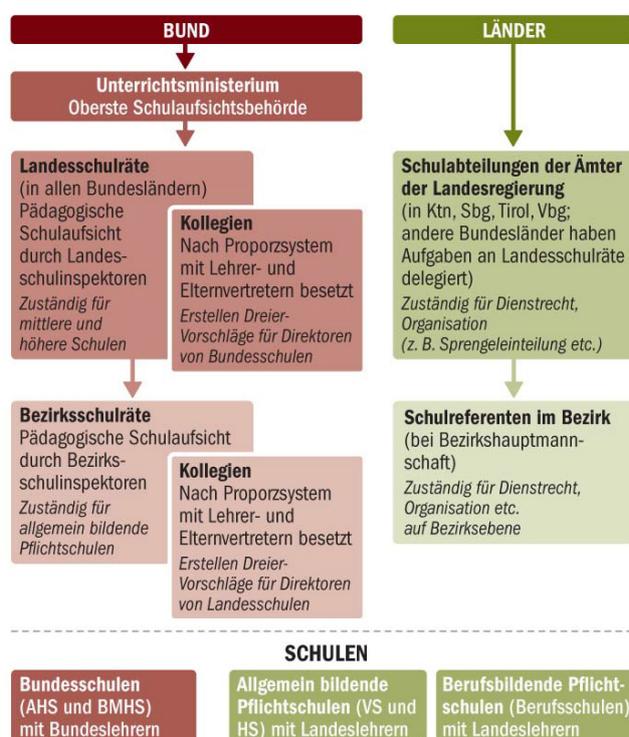
### **Zuständigkeiten im Bereich des Schulwesens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt**

Der *Nationalrat* beschließt sämtliche Rahmengesetze für Schulunterricht und -organisation (z. B. generelle Regelungen für die Lehrpläne, Bildungsziele, Budget, Personal, Qualitätsmanagement).

Das *Unterrichtsministerium* ist die oberste Schulaufsichtsbehörde und in einigen Bereichen für die Ausführung zuständig, etwa beim Stellenplan für die Bundesschulen.

Die *Landesschulräte (LSR)* sind Bundesbehörden, die in jedem Bundesland eingerichtet sind. Der LSR ist mit seinen Landesschulinspektoren für die pädagogische Aufsicht der Schulen zuständig, außerdem obliegt ihm die Einstellung bzw. Entlassung von Lehrern und die Zuweisung von Pädagogen an die Schulen (in Kooperation mit den Bezirksschulräten). Wichtigster Entscheidungsträger des LSR sind die dort jeweils eingerichteten *Kollegien*, dort sind u. a. Lehrgewerkschafter und Elternsprecher vertreten. Für die mittleren und höheren Schulen (AHS und BMHS) ist der LSR die Schulbehörde erste Instanz, für die allgemein bildenden Pflichtschulen zweite Instanz.

**Abbildung 3: Übersicht zur österreichischen Schulverwaltung**



**Quelle:** verändert nach Internetauftritt Die Presse, aufgerufen unter:

[http://diepresse.com/images/uploads/c/2/9/482345/27s03\\_System\\_Schulverwaltung20090526201422.jpg](http://diepresse.com/images/uploads/c/2/9/482345/27s03_System_Schulverwaltung20090526201422.jpg), Zugriff 20.08.2013.

In einigen Bundesländern gibt es die *Schulabteilungen der Ämter der Landesregierung*, die für die äußere Organisation der öffentlichen Pflichtschulen (Errichtung, Erhaltung, Aufblas-

sung, Sprengelteilung), das Dienstrecht und als Dienstgeber der Pflichtschullehrer zuständig sind. In den Bundesländern, in denen es diese Landesbehörde nicht gibt, wie beispielsweise in Niederösterreich, sind die Aufgaben an den jeweiligen Landesschulrat delegiert.

Die *Bezirksschulräte*, ebenfalls eine Bundesbehörde, sind in allen politischen Bezirken Österreichs eingerichtet. Für die allgemein bildenden Pflichtschulen sind sie Schulbehörde erster Instanz, die Schulaufsicht für diese wird durch die Bezirksschulinspektoren wahrgenommen. Auch hier sind als wichtiges Entscheidungsgremium, z. B. was die Bestellung von Landesschul-Direktoren angeht, *Kollegien* eingerichtet.

In jedem politischen Bezirk gibt es zudem *Schulreferenten*. Dies sind Landesbedienstete, die bei der Bezirkshauptmannschaft angesiedelt sind und für Dienstrecht und äußere Schulorganisation der Pflichtschulen im jeweiligen Bezirk zuständig sind.

An Bundesschulen, also an *allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS)* und *berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS)*, unterrichten Bundeslehrer. Für die Bereitstellung und Instandhaltung dieser Schulgebäude ist der Bund zuständig. An allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen (*Volks- und Hauptschulen* sowie *Berufsschulen*) unterrichten Landeslehrer. Für die Schulgebäude der Volks- und Hauptschulen sind die Gemeinden, für die der Berufsschulen die Länder zuständig.<sup>22</sup>

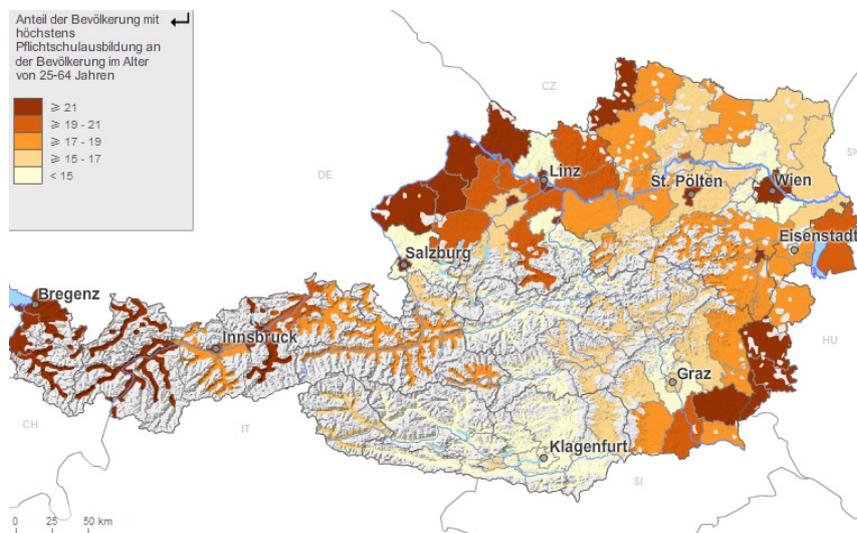
In den letzten Jahren gab es vermehrt Bemühungen, die Zuständigkeiten in der Schulverwaltung zu entflechten und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.

### **Bildungsunterschiede zwischen Stadt und Land**

Obgleich durch zahlreiche Maßnahmen in den letzten Jahren die regionalen Disparitäten sowie die Unterschiede zwischen dem Bildungsstand von Frauen und Männern verringert werden konnten, besteht bei der Quote von Reifeprüfungen bzw. Hochschul- und Universitätsabschlüssen noch immer ein Rückstand der ländlichen Räume gegenüber den urbanen Räumen.<sup>23</sup>

Die folgende Karte zeigt demgemäß, dass der Anteil der Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss neben den Zentren der Agglomerationsräume (z. B. Stadt Wien, Stadt Linz, Stadt Salzburg) insbesondere in den ländlichen Regionen Österreichs (z. B. westliches Tirol, nordöstliches Oberösterreich, Waldviertel, südliches Burgenland) überdurchschnittlich ist, während sich in den zentral oder im Umland der Zentren gelegenen Regionen ein gegenteiliges Bild zeigt.

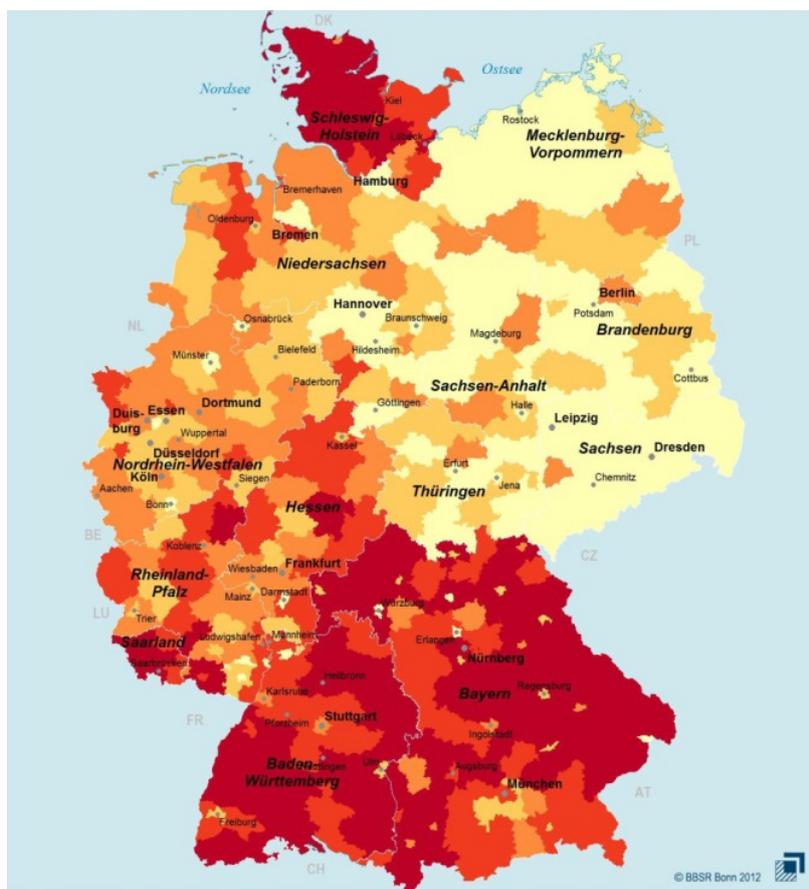
**Abbildung 4: Anteil der Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss an der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren (2011)**



**Quelle:** Internetauftritt Statistik Austria, aufgerufen unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/bildungsstand\\_der\\_bevoelkerung/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/bildungsstand_der_bevoelkerung/index.html), Zugriff 12.02.2014.

In Deutschland lässt sich eine solche Unterscheidung zwischen urbanen und ländlich-peripheren Räumen nicht ziehen. Aufgrund der unterschiedlichen Bildungssysteme der Bundesländer unterscheiden sich die Anteile der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss vornehmlich nach Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bundesland.

Abbildung 5: Schulabgänger mit Hauptschulabschluss in Deutschland 2010



Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss an den Schulabgängern in %

- bis unter 14,6
- 14,6 ... 17,4
- 17,4 ... 21,5
- 21,5 ... 26,8
- 26,8 und mehr

Kreise und kreisfreie Städte  
Zeitbezug 2010  
Datengrundlage: Statistik der  
allgemeinbildenden Schulen des Bundes  
und der Länder

**Quelle:** Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung INKAR. CD-ROM. Bonn, 2012.

### **Gegenwärtig noch flächendeckende Ausstattung mit Schulen**

Grundsätzlich ist festzustellen, dass alle politischen Bezirke Österreichs mit den Pflichtschulen, d. h. Volks- und Hauptschulen gegenwärtig gut und flächendeckend ausgestattet sind. Der Anteil der Kleinschulen mit mehr als einer Schuljahresstufe pro Klasse beträgt 25%.<sup>24</sup> Alle Bezirke verfügen weiterhin über mindestens eine allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule, wobei es hier innerhalb Österreichs erhebliche Ausstattungsunterschiede zu verzeichnen gibt (z. B. Nachteile für periphere Räume in der Länge der Wege vom Wohnort zum Schulort – deutliche Auswirkungen auf die jeweiligen Besuchsquoten der jeweiligen Schularten). Ländliche Bildungswege nach der Pflichtschule sind generell stärker berufsorientiert als städtische.<sup>25</sup>

Aufgrund der demografischen Entwicklungen und weil Schülermindestzahlen dauerhaft unterschritten werden, sind allerdings insbesondere in den ländlich-peripheren Räumen zahlreiche Schulstandorte gefährdet, vereinzelt haben bereits Schulen geschlossen.<sup>26</sup>

## **2.1.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege**

### ***In Zukunft erhöhter Bedarf an Einrichtungen der Pflege und Altenbetreuung***

Der Trend im Bereich der Pflege und Altenbetreuung geht in Österreich hin zu einer Dezentralisierung und Schaffung kleinerer Einheiten, zu einer Differenzierung der Angebote, und zur Förderung mobiler Dienstleistungen und der Einhaltung von Qualitätsstandards.<sup>27</sup> Die Kompetenzen für das Gesundheits- und Sozialwesen sind in Österreich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt: Während der Bund die Finanzierung von stationären und mobilen Pflegeleistungen durch das bundesgesetzlich geregelte und nach Pflegebedürftigkeit gestaffelte Pflegegeld übernimmt, sind die Bundesländer für die Organisation des Pflegewesens und der Altenbetreuung zuständig. Während stationäre Einrichtungen meist von den Gebietskörperschaften betrieben werden, sind die mobilen Dienstleistungen meist in Verantwortung freier Wohlfahrtseinrichtungen.<sup>28</sup>

In Zukunft stellen sich diverse Herausforderungen: Aufgrund der prognostizierten demografischen Entwicklungen wird der Bedarf an Einrichtungen der Pflege und Altenbetreuung stark steigen. Gleichzeitig werden die Haushalte immer kleiner, wodurch Pflegeleistungen seltener durch Angehörige erbracht werden können. Diese Probleme werden, ähnlich wie auch in Deutschland, Österreich insgesamt betreffen, aber regional unterschiedlich ausgeprägt sein, insbesondere werden sich unterschiedliche Entwicklungen zwischen urbanen und ländlichen Räumen ergeben – letztere sind von den demografischen Veränderungsprozessen in besonderem Maße betroffen. Die Sicherung von Pflege- und Altenbetreuungseinrichtungen im ländlichen Raum ist eine der zentralen Aufgaben in der Zukunft.<sup>29</sup>

## 2.2 Daseinsvorsorge in der Schweiz

### 2.2.1 Zum Begriffsverständnis

#### **„Service public“ in der Schweiz als Pendant zur deutschen Daseinsvorsorge**

Die Schweizer Verfassung kennt keine mit Deutschland vergleichbare Leitvorstellung der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“. In der Schweiz entspricht die Terminologie des „Service public“ etwa dem in Deutschland verwandten Begriff der Daseinsvorsorge.<sup>30</sup> Der Service public fand in den 1980er Jahren Eingang in die deutschsprachigen Gesetzes- und Verwaltungstexte in der Schweiz und erlebte in den 1990er Jahren unter dem Eindruck der umstrittenen Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im öffentlichen Sektor Hochkonjunktur. Durch diese Prozesse, die auch unter Einfluss der EU-Wettbewerbspolitik und der Globalisierung standen, kam es zu einer vermehrten Entkoppelung von Träger und Dienstleister – die früheren Erbringer von Dienstleistungen mussten ihre Monopole aufgeben.<sup>31</sup> Betroffen waren hierbei wie auch in Deutschland beispielsweise das Post- und Telekommunikationswesen, der Schienenverkehr und die Elektrizitätsversorgung. Aufgrund dessen sah sich die Regierung der Schweiz gezwungen, den flächendeckenden Service public zu definieren und Maßnahmen zu bestimmen, die auch zu seiner zukünftigen Sicherstellung beitragen.<sup>32</sup>

Im Bericht des Schweizer Bundesrats zur „Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)“ wird der Begriff sodann folgendermaßen definiert: „Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.“<sup>33</sup> Danach gehört zum Service public zunächst der Infrastrukturbereich mit den Sektoren Post, Telekommunikation, elektronische Medien (Radio und Fernsehen), öffentlicher Verkehr sowie Straßen. Auch die leitungsgebundenen Energien und der Luftverkehrssektor zählen zum Service public. Bund, Kantone und Gemeinden verfügen dabei jeweils über unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche.<sup>34</sup>

Der Bericht des Schweizer Bundesrats erläutert weiterhin, was unter Grundversorgung zu verstehen ist: Diese „ist eine politisch zu bestimmende Basisausstattung mit Infrastrukturgütern und -dienstleistungen, die je nach Sektor im Einzelfall zu definieren und den sich ändernden technischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen anzupassen sind. Dabei gelten jeweils folgende Grundsätze:

- Inhalt: Was zur Grundversorgung gehört, muss durch die Gesetzgebung festgelegt werden.
- Bedarf: Der Wandel der Bedürfnisse von Bevölkerung – wie auch von Unternehmen – ist zu berücksichtigen.
- Zugänglichkeit: Die Dienstleistungen müssen in allen Landesgegenden flächendeckend erbracht werden und für alle Bevölkerungsgruppen gut erreichbar sein.
- Qualität: Die Qualitätsanforderungen werden in den Gesetzen und Verordnungen vorgegeben und durch die Behörden überwacht und durchgesetzt.

- Preis: Die Preise für die Dienstleistungen müssen für alle erschwinglich sein.
- Kontinuität: Die Dienstleistungen müssen ohne Unterbrechung erbracht werden. Für die konkrete Ausgestaltung dieser Grundsätze der Grundversorgung sind unterschiedliche Lösungen je nach Sektor zu suchen.<sup>35</sup>

Wie der Bericht des Schweizer Bundesrats zeigt, steht die materielle Infrastruktur (Verkehr, Telekommunikation, Post, Ver- und Entsorgung usw.), im Vordergrund der Service public-Diskussion, die sich im Übrigen weitgehend auf diejenigen Bereiche, für die der Bund zuständig ist, Post, Telekommunikation, öffentlicher Verkehr, Strassen und elektronische Medien (Radio und Fernsehen), beschränkt. In einem weiteren Sinn spielt in der Debatte aber auch die immaterielle Infrastruktur (Gesundheit, Ausbildung, Kultur, Freizeit) eine wichtige Rolle.<sup>36</sup>

## **2.2.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge**

### ***Teilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden***

Auch in der Schweiz gibt es eine Teilung der Zuständigkeit – der Bund, die 26 Kantone und die 2.495 Gemeinden nehmen jeweils eigene Aufgaben wahr. „Der Bund ist einzig für die Bereiche zuständig, die ihm die Bundesverfassung ausdrücklich überträgt. Alle anderen Aufgaben (z. B. das Bildungswesen, die Spitäler oder die Polizei) sind Sache der Kantone. Somit verfügen diese über eine große Autonomie. Die Gemeinden sind für die Aufgaben zuständig, die ihnen vom Kanton oder vom Bund explizit übertragen werden. Sie können aber auch Vorschriften erlassen in Bereichen, die sie direkt betreffen, auch wenn das kantonale Recht dies nicht ausdrücklich vorsieht.“<sup>37</sup>

Bis vor wenigen Jahren lagen sämtliche Leistungen des Service public in der Verantwortung der öffentlichen Hand. Durch die Öffnung der nationalen Volkswirtschaften, die Schaffung des europäischen Binnenmarkts und die zunehmende Globalisierung kam es zu einem verstärkten Wettbewerb der Unternehmen, aber auch der Gemeinwesen.<sup>38</sup>

### ***Privatisierung und Deregulierung von Infrastrukturbereichen***

In den letzten Jahren sind in der Schweiz verschiedene Infrastrukturbereiche privatisiert, teilprivatisiert oder dereguliert worden, z. B. der öffentliche Verkehr, die Telekommunikation, die Post oder die elektronischen Medien.<sup>39</sup>

Durch die Privatisierung und Teilprivatisierung der Infrastruktur unterliegt diese nicht mehr der uneingeschränkten Kontrolle und Einflussnahme durch die öffentliche Hand. Die Infrastrukturpolitik ist folglich nur noch bedingt ein Instrument der Regional- und Umverteilungspolitik. Anliegen des Service public müssen vielmehr partnerschaftlich zwischen den Ebenen des Gemeinwesens und Privaten verwirklicht werden. Das bedeutet, dass an die Stelle von hoheitlichen Leistungsaufträgen z. B. vertragliche Leistungsvereinbarungen treten.<sup>40</sup>

## **2.2.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität**

### ***Eisenbahn und Postwesen sind Sache des Bundes***

Verfassungsrechtliche Bestimmungen zum öffentlichen Verkehr finden sich in Art. 87 und 92 BV (Bundesverfassung). Laut Art. 87 BV ist die Gesetzgebung über den Eisenbahnverkehr Sache des Bundes. Weiterhin ist in Art. 92 BV festgelegt, dass das Postwesen, das traditionsgemäß auch den regelmäßigen und gewerbsmäßigen Transport von Personen auf der Straße umfasst, Bundeskompetenz ist.<sup>41</sup>

### ***Kantone beteiligen sich am Regionalverkehr***

Die Kantone haben somit keine originären verkehrsrechtlichen Kompetenzen. Allerdings wurden ihnen mit der Revision des Eisenbahngesetzes Mitte der 1990er Jahre verschiedene neue Aufgaben übertragen. Die Kantone haben beispielsweise das Recht, die regionalen Verkehrsleistungen gemeinsam mit dem Bund zu bestellen, sowie die Pflicht, „einen Teil der mit bestellten geplanten ungedeckten Kosten abzugelten (Abgeltungsprinzip)“<sup>42</sup>. Beim Vollzug haben die Kantone einen gewissen Gestaltungsspielraum.

Die Kosten des abgeltungsberechtigten öffentlichen Regionalverkehrs werden zwischen Bund und Kantonen und in einem zweiten Schritt zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt: Bund und Kantone erstatten den Transportunternehmen die laut Planrechnung ungedeckten Kosten des von ihnen gemeinsam bestellten Verkehrsangebotes. Angebote des Ortsverkehrs sowie Linien, die ausschließlich dem Ausflugsverkehr dienen, sind jedoch von Bundesleistungen ausgeschlossen. Im Ortsverkehr engagieren sich hauptsächlich die Gemeinden und einige Kantone. Die Finanzierung von Verkehrsmaßnahmen in Agglomerationen ist vorwiegend Aufgabe der Kantone und Gemeinden, das bundesseitige Engagement ist nur ergänzend und betrifft die Infrastrukturausgaben und nicht die Betriebskosten des öffentlichen Verkehrs.

### ***Organisation des Öffentlichen Personenverkehrs über Tarifverbände***

Auch in der Schweiz ist die Organisation des öffentlichen Personenverkehrs über Tarifverbände üblich – diese werden durch die Kantone und Gemeinden finanziert, der Bund zahlt nur dann bei abgeltungsberechtigten Linien mit, wenn die Tarifausfallentschädigungen statt an den Verbund direkt an die Transportunternehmen ausgerichtet werden.<sup>43</sup>

### ***Anbindung für Ortschaften mit mehr als 100 Einwohnern gesetzlich garantiert***

In der Schweiz wird durch Gesetz und in der Finanzverantwortung des Bundes sichergestellt, dass jedes Dorf mit mehr als 100 Personen ganzjährig täglich mit mindestens vier Verbindungen zu versorgen ist. Kunden können mit einer Karte und garantierten Anschlüssen durch die ganze Schweiz fahren. Bemerkenswert ist, dass nur 50 Prozent der Kosten des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz aus Zuschüssen bestritten werden, der Rest wird erwirtschaftet.<sup>44</sup>

## 2.2.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung

Die Zuständigkeit für das Bildungswesen ist, ähnlich wie in Deutschland, föderal geprägt und variiert je nach Bildungsstufe und Bildungseinrichtung<sup>45</sup>, die Hauptverantwortung liegt jedoch bei den Kantonen<sup>46</sup>. Die Kantone und Gemeinden tragen rund 90% der Bildungsfinanzierung.<sup>47</sup>

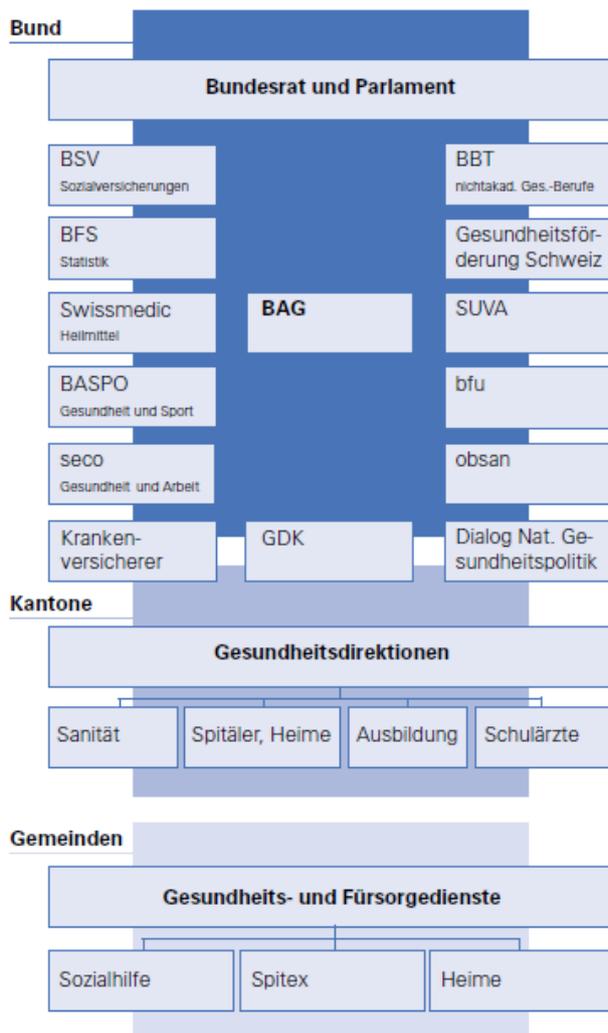
Für alle Schweizer Kinder ist ein neunjähriger Schulbesuch obligatorisch, unterteilt in Primarstufe (meist 6 Jahre) und Sekundarstufe I (meist 3 Jahre). In 17 Kantonen ist auch der Besuch eines ein- oder zweijährigen Kindergartenjahres Pflicht.<sup>48</sup> Die überwiegende Mehrheit der Schüler absolviert die obligatorische Schule in der öffentlichen Schule ihrer Wohngemeinde.<sup>49</sup> Im Anschluss an die Sekundarstufe 1 treten die Jugendlichen in die Sekundarstufe II über. Unterteilen lässt sich diese in allgemeinbildende und berufsbildende Ausbildungsgänge.<sup>50</sup>

Betrachtet man die Zuständigkeiten im Schulsystem, ist festzustellen, dass die Bundesverfassung (Art. 19 und 62 BV) gewährleistet, dass die Kantone für einen ausreichenden Grundschulunterricht (Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I) sorgen, der allen Kindern offen steht und an öffentlichen Schulen unentgeltlich ist. Die Kantone sind zuständig für die Regelung und Aufsicht der obligatorischen Schule inkl. Kindergarten. Die Gemeinden sind Träger der Primarschulen und Kindergärten. Schulen der Sekundarstufe I können auch vom Kanton geführt werden. Die Kantone sind zuständig für die gymnasialen Maturitätsschulen und Fachmittelschulen (Sekundarstufe II). Sie sind Träger der Schulen und übernehmen deren Aufsicht und Finanzierung. Bund und Kantone sind gemeinsam verantwortlich für die gesamtschweizerische Anerkennung der gymnasialen Maturität. Für die Anerkennung der Fachmittelschulen und ihrer Abschlüsse gelten interkantonale Regelungen.<sup>51</sup> Diese werden in der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) getroffen, die für die nationale Koordination der Bildungs- und Kulturpolitik verantwortlich ist. Sie setzt sich aus den 26 kantonalen, für Erziehung, Bildung, Kultur und Sport verantwortlichen Regierungsmitgliedern zusammen.<sup>52</sup>

## 2.2.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege

### *Föderalistischer Aufbau des Gesundheitssystems*

Das Gesundheitssystem der Schweiz ist föderalistisch aufgebaut. Gesundheitsleistungen und Gesundheitspolitik verteilen sich auf die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden. Diese Situation – ein kleinräumiges Land mit 26 kantonalen Gesundheitssystemen und hoher Gemeindeautonomie – führt in vielen Bereichen zu Zersplitterung und Überschneidungen.<sup>53</sup>

**Abbildung 6: Aufbau des schweizerischen Gesundheitssystems**

**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2014.

**Quelle:** Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): *Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz*. S. 6.

Auf Bundesebene sind Bundesrat und Parlament für die Ausrichtung der schweizerischen Gesundheitspolitik verantwortlich. Sie entwerfen und erlassen Gesetze und Verordnungen. Eine nationale, von Bund und Kantonen gemeinsam getragene Gesundheitspolitik ist in Erarbeitung. Die Kantone verfügen aufgrund der historischen Entwicklung der Schweiz mit ihren traditionell föderalen Strukturen über weitgehende Kompetenzen im Gesundheitsbereich. Seit einigen Jahren ist aber eine verstärkte Kooperation zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu beobachten. Beispielsweise findet zwischen Bund und Kantonen ein regelmäßiger Dialog zu Gesundheitsfragen statt.<sup>54</sup>

Die Kantone und ihre Gesundheitsbehörden nehmen die Hauptverantwortung wahr<sup>55</sup>, sie vollziehen die vom Bund erlassenen Gesetze und Verordnungen. Die Bundesbestimmungen können durch kantonale Ausführungsgesetze ergänzt werden. Im Vollzug der gesetzlichen

Vorgaben sind die Kantone jedoch autonom.<sup>56</sup> Die Aufgaben der kantonalen Gesundheits- und Sanitätsdirektionen sind die:

- „Sicherstellung der Gesundheitsversorgung: Spitalplanung, Bau und Betrieb kantonalen Spitäler und Heime, spitalexterne Krankenpflege (Spitex), sozialpsychiatrische Dienste, schularztliche Dienste, Notfall- und Rettungsdienste, Gesundheitspolizei u.a.m.
- Aufsicht über Spitäler, Heime und Kliniken
- Prävention und Gesundheitsförderung (zusammen mit Bund und Gemeinden)
- Berufszulassung für medizinische und paramedizinische Berufe (Ärztinnen und Ärzte, Physiotherapeutinnen und -therapeuten usw.)
- Lebensmittelkontrolle, Giftkontrolle, Umweltschutz
- Finanzierung/Subventionierung verschiedener Einrichtungen; Prämienverbilligung KVG für wirtschaftlich schwache Personen.“<sup>57</sup>

Die Aufgaben der gemeindlichen Gesundheits- und Frsorgebehrden variieren je nach Größe der Gemeinde. U. a. gehören dazu die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung (Spitäler und Heime, Spitex, Beratungs- und Sozialdienste, Schulzahnpflege), die Prävention und Gesundheitsförderung (zusammen mit Bund und Kanton) und der koordinierte Sanitätsdienst (mit Bund, Kantonen und privaten Organisationen).<sup>58</sup> Zum Teil werden diese Aufgaben gemeinsam mit Nachbargemeinden wahrgenommen oder an Private delegiert.<sup>59</sup> Insgesamt lässt sich feststellen, dass das schweizerische Gesundheitssystem mit Kosten, die einem Anteil von 11,3% des Bruttoinlandsprodukts entsprechen (2005), zu den teuersten Gesundheitssystemen der Welt zählt.<sup>60</sup>

## 2.3 Daseinsvorsorge in Italien

### 2.3.1 Zum Begriffsverständnis

Anders als in Deutschland, wo der Begriff der Daseinsvorsorge nicht nur in der politisch-gesellschaftlichen Debatte, sondern auch als Rechtsbegriff auftaucht, fehlt in Italien eine einheitliche gesetzliche Definition für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.<sup>61</sup>

#### ***Bewusstsein für das Thema Sicherung der Daseinsvorsorge ist in Italien noch nicht so weit entwickelt***

„In Italien wird das Thema Daseinsvorsorge durchaus diskutiert, ohne aber die spezifische Situation im ländlichen Raum näher zu behandeln. Im Mittelpunkt stehen vielmehr, ausgehend von vielfach als unzureichend empfundenen Standards und strukturellen Problemen, Fragen von Qualität und Effizienz der Leistungen sowie die Frage der Finanzierung“<sup>62</sup> Reformen, die seit den 1990er Jahren angegangen wurden, sollten beispielsweise das Verhältnis zwischen Bürgern, staatlichen Stellen und Leistungserbringern verbessern, Leistungen und Effizienz steigern sowie umfassende Standards formulieren. Durch die Finanzkrise, das fehlende Vertrauen in die Reformfähigkeit öffentlicher Akteure sowie der Frage nach der Sinnhaftigkeit der bisherigen Quantifizierungs- und Standardisierungsansätze bleibt der Erfolg derzeit noch abzuwarten.<sup>63</sup> Angesichts der ähnlich wie in Deutschland prognostizierten negativen demografischen Entwicklung „scheint das Bewusstsein für das Thema zumindest auf Landesebene noch nicht weit entwickelt. Auf den Internetseiten der nationalen Regierung finden sich keine Einträge zu Begriffen wie „Demografischer Wandel“ oder „Überalterung“. In den Regionen wird das Thema dagegen durchaus zur Kenntnis genommen. Diverse regionale Entwicklungsprogramme bemühen sich um Maßnahmen gegen die Entvölkerung ländlicher Räume. Die Regionen haben zum Teil bereits eigene Analysen durchführen lassen und Defizite der Daseinsvorsorge identifiziert. Auch in wissenschaftlichen Arbeiten findet das Thema Beachtung. In der Diskussion überwiegt dabei die Makroperspektive: Thematisiert werden die volkswirtschaftlichen Belastungen der Alterung, der nötige Ausbau der Altenpflege sowie sozial- und familienpolitische Maßnahmen, um den demografischen Wandel möglicherweise noch eindämmen zu können.“<sup>64</sup>

### 2.3.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge

#### ***Regionen erhalten vermehrt Kompetenzen***

In Italien führte lange Zeit die nationale Ebene federführend die Kontrolle in sämtlichen politischen Feldern. Im Zuge von verschiedenen Reformen, hervorgerufen durch europäische Vorgaben sowie als Reaktion auf Korruptionsskandale und politische Krisen, erlangten jedoch auch die Regionen vermehrt neue Kompetenzen.<sup>65</sup> Bereits seit vielen Jahrzehnten sind einige Regionen Italiens mit einem weitgehenden Autonomiestatus ausgestattet.<sup>66</sup>

#### ***Die Provinz Bozen-Südtirol hat einen besonderen Autonomiestatus***

Die autonome Provinz Bozen-Südtirol bildet zusammen mit der Autonomen Provinz Trient die Region Trentino-Südtirol – diese ist eine von insgesamt fünf italienischen Regionen, die über weitgehende Gesetzgebungsbefugnisse verfügen.<sup>67</sup> Wichtige Dokumente, die die Au-

tonomie und damit die besondere Stellung Südtirols im italienischen Staatsgefüge garantieren, sind die italienische Verfassung, der Pariser Vertrag von 1946 zur internationalen Absicherung der Südtiroler Autonomie und das Zweite Autonomiestatut von 1972, mit dem nach mehrjährigen Verhandlungsetappen die autonomen Verwaltungskompetenzen erweitert und größtenteils von der Region Trentino-Südtirol an die beiden Provinzen Trient und Bozen übergeben wurden – somit erhielt die Autonome Provinz Bozen-Südtirol de facto den Status einer Region im italienischen Staatsverband, deren legislative und administrative Autonomie weit über die Zuständigkeiten einer Region mit Normalstatut hinausreicht.<sup>68</sup> Die Zuständigkeiten sind wie folgt aufgeteilt:

**Tabelle 1: Zuständigkeiten im Bereich Daseinsvorsorge**

Zuständigkeit	Südtirol	Staat
Kindergärten	primär	
Soziales (Altenheime, Pflege, etc.)	primär	
Gesundheit	sekundär	
Öffentlicher Nahverkehr	primär	
Handwerk	primär	
Industrie	primär	
Zivilschutz	primär	
Sport	sekundär	
Verteidigung		staatlich
Justiz		staatlich

**Quelle:** Internetauftritt der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol, Dienststelle für Kommunikation, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/729212/de/autonomie/rechtsgrundlagen-autonomie.asp>, Zugriff 04.12.2013.

Bei der primären Zuständigkeit muss das Land die Gesetzgebungsbefugnis nicht mit dem Staat teilen. Seit der Verfassungsreform im Jahr 2001 gelten folgende Schranken für diese Art der Gesetzgebung: Einhaltung der Verfassung, der europäischen und internationalen Verpflichtungen. Bei der sekundären Zuständigkeit unterliegt die Gesetzgebungsbefugnis des Landes „der Einhaltung der von der staatlichen Gesetzgebung vorgegebenen grundle-

genden Prinzipien“<sup>69</sup>. Der Staat gibt somit den Rahmen vor und das Land regelt die Details.<sup>70</sup>

Bei der Erledigung der öffentlichen Aufgaben ist stets eine weitere Eigenheit Südtirols zu beachten, nämlich „das Zusammenleben dreier Sprachgruppen in einem relativ kleinen Land: Zwei Drittel der 500.000 Südtiroler sprechen deutsch, ein Viertel italienisch und vier Prozent ladinisch. Ein komplexes und ausdifferenziertes Rechtssystem, Ämterrotation, paritätische Gremienbesetzung und die proportionale Vertretung aller Sprachgruppen sind die Garanten für das friedliche Miteinander von Deutschen, Italienern und Ladinern. Der Ausgleich und die Machtteilung zwischen den Sprachgruppen basiert auf der Beteiligung aller ethnischen Gruppen am politischen Entscheidungsprozess, auf einem hohen Grad an Autonomie für jede Sprachgruppe besonders in der Kultur- und Bildungspolitik, dem so genannten Proporzprinzip als Grundregel der politischen Vertretung, der Personalaufnahme in den öffentlichen Dienst und der Verteilung bestimmter öffentlicher Ressourcen (z. B. Gelder für die Kultur oder den sozialen Wohnbau) und dem Minderheitenveto als letztem Mittel zur Verteidigung von grundlegenden Interessen der eigenen Sprachgruppe.“<sup>71</sup>

### ***Privatisierung von Infrastrukturbereichen in den letzten Jahren***

In Italien insgesamt wurden bereits verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge durch liberalisierte Rahmenbedingungen sowie formelle oder materielle Privatisierungen der Anbieter einer Reform unterzogen, so dass sie unter marktähnlichen Bedingungen bereitgestellt werden. Dies betraf z. B. den Telekommunikationsbereich oder die Energieversorgung.<sup>72</sup> Das System der Organisation von Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge hat sich in den vergangenen Jahren ausdifferenziert, in den 20 Regionen Italiens und 8.092 Gemeinden finden sich viele verschiedene Lösungswege und Regulationsformen.<sup>73</sup> Die Gesetzgebung stellt den Kommunen bei der Auswahl öffentlicher Güter und Dienstleistungen, ihrer Erzeugung sowie der Form der Bereitstellung erhebliche Freiräume im Sinne lokaler Selbstbestimmung zur Verfügung, sodass sie im europäischen Vergleich eine erhebliche Gestaltungskraft entfalten können.<sup>74</sup>

Ein wichtiges „Instrument zur Gestaltung der Beziehungen zwischen Erstellern und Nutzern öffentlicher Dienstleistungen – und damit auch der Daseinsvorsorge – ist die Service-Charta („Carta dei Servizi“), ein in dieser Form nur in Italien existierendes Instrument. Es handelt sich dabei um ein Dokument, das u. a. Qualitätsstandards, Informationen zur Nutzung des Angebots, zu Reklamationen und Erstattungsmöglichkeiten zusammenfasst. Das Konzept der Service-Charta wurde 1994 auf Initiative der Regierung eingeführt, um Qualität, Transparenz und Kundenorientierung öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern. Jedes Unternehmen ist verpflichtet, eine Service-Charta zu erstellen, zu veröffentlichen und jährlich zu aktualisieren, wobei die Regierung detaillierte Rahmenbedingungen vorgibt. Den Unternehmen obliegt es, Formulierungen zu finden und Standards festzulegen, die ihrer jeweiligen Situation angemessen sind.“<sup>75</sup>

### ***Integrierte, sektorübergreifende Konzepte in Italien bisher selten***

In Italien sind konzeptionelle Überlegungen im Sinne von sektorenübergreifenden und strategisch geplanten Maßnahmen oder Ansätzen bisher selten, was u. a. darauf zurückgeführt werden kann, dass die Organisation der Daseinsvorsorge zumeist nur auf einen speziellen Bereich (wie etwa den ÖPNV) zugeschnitten ist. Auch die sehr kleinteilige Kommunalstruktur kann als Begründung angeführt werden. So entstehen bspw. benötigte Konzepte oftmals aus

der örtlichen Situation heraus und sind damit vielmehr auf die spezifische Situation vor Ort zugeschnitten als integriert. Trotzdem können etwa interkommunale Kooperationen in Italien als eine Art von Strategie angesehen werden, die sich inhaltlich auch mit dem Thema der Daseinsvorsorge auseinandersetzt.<sup>76</sup> Interkommunale Kooperationen haben in Italien durchaus eine längere Tradition und sind zudem weit verbreitet. Für die gemeinsame Umsetzung von bestimmten Aufgaben können italienische Kommunen diese an von ihnen gebildete Vereinigungen (*unione di comuni*), die den deutschen Zweckverbänden ähneln, abtreten. Durch solche kooperativen Zusammenschlüsse können öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und effizient erstellt werden, darunter z. B. auch einige Sektoren der Daseinsvorsorge (lokaler ÖPNV, Bildung, Flächennutzungsplanung, etc.). Eine weitere Form interkommunaler Zusammenarbeit wird durch sog. *convenzioni* (Verträge) gebildet, in denen sich verschiedene Kommunen vertraglich zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung verpflichten. Diese Verträge verlangen jedoch nicht direkt die Bildung einer weiteren Institution, wie es bei den eben angesprochenen *unioni* (Vereinigungen) der Fall ist.<sup>77</sup>

### **2.3.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität**

#### ***ÖPNV ist in Südtirol Angelegenheit der Provinzverwaltung***

„Laut Autonomiestatut und Durchführungsbestimmung Nr. 527/1987 hat das Land Südtirol primäre Gesetzgebungsbefugnis im Transportwesen im Interessensbereich des Landes - also im Personennahverkehr. Das bedeutet, dass die Autonome Provinz Bozen - Südtirol alle entsprechenden Gesetze selbst erlassen kann; dadurch gibt es landesweit einheitliche Kriterien im ÖPNV (Fahrpläne, Tarife, Dienstverträge usw.).

Die Autonome Provinz Bozen, also das Land Südtirol, ist für die Organisation des ÖPNV innerhalb der Provinzgrenzen zuständig; es besitzt eine weitgehende Gesetzgebungsbefugnis, die ihm alleine vorbehalten ist, auch gegenüber dem italienischen Zentralstaat. Die Organisation des ÖPNV erfolgt aber in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Gemeinden, die in bestimmten Fällen auch einen kleineren Teil der Finanzierung lokaler Dienste (z. B. Citybusse) übernehmen.

Die staatlichen Eisenbahngesellschaften sind hingegen nach wie vor für die Infrastruktur und technische Vorrichtungen (Signalsysteme u. ä.) entlang der meisten Bahntrassen zuständig (ausgenommen ist die Bahnlinie Meran-Mals im Vinschgau, die von den staatlichen Eisenbahnen in den 90er Jahren aufgelassen wurde, später von Südtirol übernommen und 2005 reaktiviert wurde); infrastrukturelle Eingriffe sind somit immer mit den staatlichen Akteuren abzustimmen bzw. von deren Genehmigung abhängig. Um hier mehr Handlungsautonomie zu erhalten zielt das Land Südtirol auf die Übernahme von zusätzlichen Kompetenzen ab.“<sup>78</sup>

#### ***Das Gebiet Südtirols ist ein gemeinsames Verkehrsverbundsystem***

In Südtirol ist der öffentliche Personennahverkehr durch den Zusammenschluss von verschiedenen öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem Verkehrsverbundsystem gekennzeichnet. Verschiedene Konzessionäre betreiben die öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. die Busunternehmen SAD Nahverkehr AG und SASA - Städtischer Autobus Service AG, das staatliche Bahnunternehmen Trenitalia oder das Konsortium der Linienkonzessionsinhaber der Autonomen Provinz Bozen („LiBUS“, bestehend aus 20 kleineren Unternehmen).<sup>79</sup>

„Die Kosten des ÖPNV werden von der öffentlichen Verwaltung getragen; diese behält die Tarifeinnahmen ein und investiert sie wiederum in den ÖPNV. Allerdings ist der Kostendeckungsgrad durch die Tarifeinnahmen relativ gering: Bis 2012 betrug er 16,4%, seit Einführung eines neuen Tarifsystems am 14.02.2012 können rund 24% der laufenden Kosten über Tarifeinnahmen gedeckt werden. Die Konzessionäre, die den öffentlichen Liniendienst betreiben, werden anhand der gefahrenen Kilometer im "gross cost"-System vergütet: d. h. dass das Land Südtirol die Tarifeinnahmen behält, während die Konzessionäre einen Fixbetrag pro km erhalten. Die Standardkosten unterscheiden sich je nach Konzessionär.“<sup>80</sup>

### **2.3.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung**

Das Schulsystem Südtirols unterscheidet sich im Wesentlichen nicht vom italienischen Schulwesen, das im Allgemeinen durch eine sehr einheitliche Organisation gekennzeichnet ist.<sup>81</sup> Dennoch besitzt Südtirol aufgrund seines besonderen Autonomiestatuts auch eine sekundäre Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Bildungspolitik. Die italienische Zentralregierung setzt zwar den primären rechtlichen Rahmen, ermöglicht aber dem Land, die inhaltliche Ausgestaltung an die regionalen Bedingungen und Verhältnisse anzupassen. Südtirol kennt demzufolge nach italienischer Vorgabe kein selektiv gegliedertes Schulsystem wie in Österreich oder in Deutschland. Nach der fünfjährigen Grundschule schließt sich eine dreijährige Mittelschule für alle an. Die Aufteilung erfolgt in der Oberstufe, die zum Schuljahr 2011/12 auf der Grundlage eines italienischen Gesetzes reformiert worden ist. Mit dem Abschluss der Mittelschule entscheiden die Schülerinnen und Schüler, ob sie ihren Bildungsweg in einem Gymnasium, einer Fachoberschule oder einer Berufsschule fortsetzen wollen. Auf allen Wegen ist die Matura (das Abitur) erreichbar.<sup>82</sup>

#### ***Dezentralisierung der administrativen Zuständigkeiten für das Bildungswesen***

Bezüglich der administrativen Zuständigkeiten für das Bildungswesen lässt sich feststellen, dass in Italien die Dezentralisierung die traditionelle zentralistische Steuerung der Schulen abgelöst und den Schulen Autonomie beschert hat, u. a. in den Bereichen Didaktik, Organisation, Forschung, Schulentwicklung, Schulversuche, Verwaltung und Finanzen. Neben der Verpflichtung der Schulen zur Zusammenarbeit mit anderen Schulen und mit lokalen Körperschaften eröffnet das Autonomiegesetz auch die Möglichkeit, Schulverbünde zu bilden.<sup>83</sup>

#### ***Organisation der Kleinschulen Südtirols in Schulsprengeln***

Die einzelnen Schulen in Südtirol, insbesondere die Grundschulen, sind sehr klein. Mehrere Grundschulen arbeiten grundsätzlich als Schulsprengel in einem Netzwerk zusammen, dem auch eine Mittelschule angehört. Zusammen bilden sie als Sprengel eine autonome Organisationseinheit, die in der Regel 500 bis 900 Schüler umfasst, mit einem gemeinsamen Kollegium und einer gemeinsamen Schulkonferenz. Der Schulsprengel hat die Verpflichtung, ein pädagogisches Profil zu entwickeln und sich intern zu evaluieren. Während die einzelnen Schulen über einen Schulstellenleiter bzw. eine -leiterin verfügen, untersteht der Schulsprengel der Leitung eines Direktors. Dieser hat die pädagogische Gesamtverantwortung und ist auch für die Verwaltung des Schulsprengels zuständig.<sup>84</sup>

#### ***Trennung der Südtiroler Schulverwaltung nach Sprachgruppen***

Eine Besonderheit der Südtiroler Schulverwaltung ist die Trennung nach Sprachgruppen. Die Schülerinnen und Schüler der deutschen und italienischen Sprachgruppe haben das Recht auf Unterricht in der Muttersprache (bei gleichzeitiger Unterrichtung der zweiten Sprache), in

den ladinischen Ortschaften besteht paritätischer Unterricht (alle Sprachen vertreten). Sowohl die deutsche, die italienische als auch die ladinische Sprachgruppe verfügen über eigene Schulämter, Schulamtsleiter und über je einen eigenen Landesrat in der Südtiroler Landesregierung.<sup>85</sup>

### **2.3.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit**

#### ***Staatliches Gesundheitswesen mit Einrichtungen auf nationaler, landesweiter und kommunaler Ebene***

Italien schützt das Grundrecht auf Gesundheit im Artikel 32 der Verfassung. Zur Verwirklichung des Gesundheitsschutzes hat Italien ein staatliches Gesundheitswesen eingeführt. Zentrale verantwortliche Institutionen sind auf staatlicher Ebene der nationale Gesundheitsdienst, auf Landesebene der Landesgesundheitsdienst, im jeweiligen Einzugsgebiet der Sanitätsbetrieb und auf lokaler Ebene der Gesundheitssprengel.<sup>86</sup>

Der nationale Gesundheitsdienst umfasst dabei alle Einrichtungen, Dienste und Tätigkeiten, die für die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der physischen und psychischen Gesundheit der Bevölkerung zuständig sind. Bei diesem weitschichtigen Aufgabenbereich ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Regionen und Provinzen notwendig.<sup>87</sup>

Der Gesundheitsdienst ist daher dezentral organisiert, die regionalen Verwaltungen haben weitgehende Autonomie in Gesundheitsfragen.<sup>88</sup> „Im Zuge der Umsetzung der staatlichen Sanitätsreform wurde in Südtirol 1981 der Landesgesundheitsdienst eingeführt. Dieser erfüllt die Aufgaben des nationalen Gesundheitsdienstes in Südtirol, unter Berücksichtigung der regionalen und staatlichen Befugnisse. Die Aufgaben und strategischen Ziele des Landesgesundheitsdienstes werden in einem Landesgesundheitsplan erarbeitet. Im Landesgesundheitsbericht werden dann die tatsächlich erbrachten Gesundheitsdienstleistungen jährlich analysiert.“<sup>89</sup>

#### ***Der Südtiroler Sanitätsbetrieb als zentrale Institution für die Gesundheitsbetreuung***

Um eine bestmögliche medizinische Betreuung zu gewährleisten, führte der Gesetzgeber als neues Organisationsmodell die Sanitätseinheiten ein, die für die Erbringung aller Gesundheitsdienstleistungen in einem bestimmten Einzugsgebiet zuständig waren. In Südtirol bestanden bis 1993 vier Sanitätseinheiten, ehe sie in sogenannte Sanitätsbetriebe umgewandelt wurden. Diese wurden 2007 wiederum abgeschafft und durch einen zentralen Südtiroler Sanitätsbetrieb ersetzt.<sup>90</sup> Dieser ist für den Gesundheitsschutz und die Gesundheitsbetreuung der ansässigen Bürger und Gäste zuständig. Die medizinische Betreuung umfasst dabei die Prävention, Heilbehandlung und Rehabilitation und erfolgt in vier Gesundheitsbezirken (Bozen, Meran, Brixen, Bruneck). Diese übernehmen die operative Tätigkeit in den sieben öffentlichen Krankenhäusern (Bozen, Meran, Schlanders, Brixen, Sterzing, Bruneck, Innichen), d. h. sie erfüllen alle Aufgaben, die mit der direkten und indirekten Betreuung und der Behandlung der Patienten zu tun haben. Dazu gehören Leistungen im Pflegebereich, Leistungen im Krankenhaus, Verwaltungsdienste und Leistungen im Territorium. Die Gesundheitsbezirke haben keine Rechtspersönlichkeit, verfügen aber über einen bestimmten vom Gesetz vorgegebenen Handlungs- und Entscheidungsspielraum (Autonomie).<sup>91</sup>

Der Südtiroler Sanitätsbetrieb und dessen Gesundheitsbezirke koordinieren wiederum die Aktivitäten der landesweit 20 Gesundheitssprengel, welche verschiedene Dienstleistungen u.a. Vorbeugung, Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Beratung bürgernah anbieten. Der

Gesundheitssprengel ist somit die kleinste operative Einheit des Landesgesundheitsdienstes und ist Bezugspunkt für die Bevölkerung, welche medizinische Leistungen in Anspruch nehmen muss.<sup>92</sup>

***Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist in Italien nach dem Wohnsitzprinzip geregelt***

Jeder Bürger muss sich bei dem für seinen Wohnsitz zuständigen lokalen Gesundheitsdienst melden. Bei der Anmeldung erhält der Versicherte dann eine sogenannte Gesundheitskarte. Diese ermöglicht ihm die freie Wahl eines Familienarztes.<sup>93</sup> Dieser übernimmt die Primärversorgung und fungiert als erster Ansprechpartner. Die Familienärzte sind entweder in den Ambulanzen der Gesundheitsdienste angestellt oder arbeiten freiberuflich. Wenn der Versicherte einen Facharzt konsultieren möchte, ist i.d.R. die Überweisung des Familienarztes erforderlich.<sup>94</sup> Obwohl Regelleistungen der Gesundheitsversorgung kostenlos sind, erfolgt die Finanzierung des Gesundheitsdienstes nur teilweise durch öffentliche Gelder (z. B. Steuern). Daneben werden auch Arbeitgeberbeiträge und private Zuzahlungen (z. B. für Facharztbesuche, Rezeptgebühren, Medikamente) herangezogen. Rund 30% der Italiener sind privatversichert, hierbei handelt es sich meist um Zusatzversicherungen, welche den Zugang zu den Leistungen ermöglichen, die nicht vom öffentlichen Gesundheitsdienst übernommen werden.<sup>95 96</sup>

## 2.4 Daseinsvorsorge in Schweden

### 2.4.1 Zum Begriffsverständnis

#### ***Daseinsvorsorge angelehnt an das Konzept Services of General Interest***

Das schwedische Verständnis des Begriffs Daseinsvorsorge ist stark an die Terminologie des Konzeptes SGI (Services of General Interest) der Europäischen Union angelehnt, da dem Begriff als solches in Schweden keine theoretische Basis zu Grunde lag. Demnach werden unter Daseinsvorsorgeleistungen sowohl marktbezogene als auch nichtmarktbezogene Dienstleistungen von allgemeinem Interesse verstanden, die von staatlichen Stellen erbracht werden. Hierunter fallen einerseits technische und soziale Infrastrukturen, andererseits ebenfalls kommerzielle Dienstleistungen, wie bspw. der Einzelhandel. Des Weiteren ist in Schweden der Terminus SSGI (Social Services of General Interest) gebräuchlich, da die Begrifflichkeiten „social service“ und „public services“ dem schwedischen Verständnis der europäischen Terminologie SGI am nächsten zu entsprechen scheinen.<sup>97,98</sup>

### 2.4.2 Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge

Die Verwaltung in Schweden besteht aus drei Ebenen: Die staatliche, regionale und kommunale Verwaltung. Die regionale Verwaltung wird in 21 Provinzen (*län*) mit der Provinzialregierung (*länsstyrelsen*) wahrgenommen. Die kommunale Verwaltung erfolgt auf zwei Ebenen, dem Provinziallandtag (*landsting*) und der Gemeinde (*kommun*). Schweden besteht aus 290 Gemeinden und 20 Provinziallandtagen.

#### ***Nationale Ebene setzt Rahmen***

Die nationale Ebene kann durch die Aufstellung von Gesetzen oder Richtlinien zwar direkten Einfluss auf die kommunale Ebene ausüben und den Gemeinden spezifische Zuständigkeiten zuweisen<sup>99</sup>, sie hat jedoch keinen Einfluss darauf, wie die Kommunen diese Vorgaben umsetzen. Folglich bestehen daher lokale Unterschiede bezüglich der Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen.

#### ***Regionale Staatsverwaltung zwischen nationaler und kommunaler Ebene***

Die regionale Staatsverwaltung (*länsstyrelserna*) stellt eine weitere Ebene dar und bildet die Schnittstelle zwischen nationaler und kommunaler Ebene, da sie einerseits die Staatsinteressen in den Provinzen (*län*) und andererseits die regionalen Interessen auf Reichsebene vertritt.<sup>100</sup>

#### ***Local self-government zur Selbstverwaltung der Kommunen und Provinzen***

Eines der wichtigsten Prinzipien des schwedischen demokratischen Systems ist das „local self-government“, das den Gemeinden (*kommun*) und Provinzen (*län*) die größtmögliche Freiheit einräumt, sich selbst zu verwalten und zu organisieren – und auch zu entscheiden, wie Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden. Hierbei gibt es die Möglichkeit, dass die Leistungen entweder durch die Kommunen selbst, kommunale

Unternehmen, Anbieter, die vertraglich verpflichtet werden oder kooperative Unternehmen, Privatpersonen sowie Gesellschaften erbracht werden.<sup>101</sup>

Die zwei Organe der kommunale Selbstverwaltung sind die Gemeinden (*kommun*) als lokale Einheit und die Provinziallandtage (*landsting*) als regionale Einheit.<sup>102</sup>

### ***Bereiche und Zuständigkeiten der Daseinsvorsorge***

Im Allgemeinen zählen folgende Bereiche zur Deckung der Daseinsvorsorge:

- Kinderbetreuung
- Schulwesen
- Sozialdienst
- Altenpflege
- Gesundheitswesen
- Rettungsdienst, Brand- und Zivilschutz
- Bereitstellung technischer Infrastrukturen.<sup>103</sup>

Zu den Aufgabenbereichen der Provinzialregierungen zählt u. a. das Polizei- und Verkehrswesen.<sup>104</sup>

Die Provinziallandtage sind im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vor allem für das Gesundheitswesen zuständig und tragen die Krankenhäuser in ihrem Gebiet. Die öffentliche Zahnbehandlung und die psychiatrische Krankenpflege gehören ebenfalls zu ihren Aufgaben.<sup>105</sup>

Die Gemeinden sind grundsätzlich für die Kinderbetreuung und das Schulwesen zuständig. Dazu zählen etwa die Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr, die Vorschule und die Grundschule sowie die weiterführenden Schulen. Auch die Erwachsenenbildung und der Schwedischunterricht für Einwanderer zählen zu den gemeindlichen Aufgaben. Das gleiche gilt für die Altersfürsorge und die Behindertenpflege.<sup>106,107</sup>

Gemeinsam zuständig sind die Provinziallandtage und Gemeinden für den öffentlichen Personennahverkehr.<sup>108</sup>

### **2.4.3 Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität**

#### ***Regionale Zweckverbände bestellen und finanzieren den ÖPNV, kommerzielle Verkehre sind seit 2012 möglich***

Regionale Zweckverbände bestellen und finanzieren ähnlich wie in Deutschland die im öffentlichen Interesse erforderlichen Verkehre. Parallel zu den öffentlich bestellten Verkehren können seit Inkrafttreten des neuen ÖPNV-Gesetzes 2012 Busunternehmen lokale und regionale Verkehre auf kommerzieller Basis ohne staatliche Zuschüsse oder Ausgleichszahlungen überall anbieten. Kommerzielle Verkehre können somit zu den öffentlich bestellten Verkehren in Konkurrenz stehen. Dadurch sollen die Kundenfokussierung und die Dynamik am Markt erhöht sowie die Angebotsvielfalt gesteigert werden.<sup>109</sup>

#### ***„Verkehrsversorgungsprogramm“ ist Grundlage des ÖPNV***

Grundlage für die regionale ÖPNV-Versorgung ist jeweils ein vom Zweckverband zu erstellendes „Verkehrsversorgungsprogramm“. Dieses basiert stets auf einer Marktanalyse, in der unter Abstimmung mit angrenzenden Zweckverbänden, Verkehrsunternehmen und weiteren Interessierten festgestellt wird, welcher Verkehr eine Ausschreibung benötigt und welcher Verkehr kommerziell betrieben werden kann. Im „Verkehrsversorgungsprogramm“ werden dann die langfristigen und strategischen Ziele des ÖPNV und ihr Beitrag zur regionalen Entwicklung festgelegt. Die Belange von Umwelt und mobilitätseingeschränkten Menschen werden dabei beachtet. Außerdem werden verkehrsträgerübergreifend die zu bestellenden und die kommerziellen Verkehre berücksichtigt. Vertriebsleistungen und Informationen werden über alle Angebote unternehmensneutral organisiert, d. h., dass alle Unternehmen beispielsweise Zugang zu den im öffentlichen Eigentum stehenden Infrastruktureinrichtungen (Haltestellen, Umsteigepunkte) erhalten und dass Informationen zu Linien, Haltestellen und Fahrzeiten sowohl von kommerziellen als auch bestellten Angeboten in ein gemeinsames Informationssystem integriert werden.<sup>110</sup>

### **Zunehmende Deregulierung und Liberalisierung des ÖPNV-Systems**

Wie auch andere Infrastrukturbereiche ist das schwedische ÖPNV-System in den letzten Jahren von einem Prozess zunehmender Deregulierung und Liberalisierung geprägt.<sup>111</sup>

**Abbildung 7: Liberalisierungsprozess im ÖPNV Schwedens**



**Quelle:** Internetauftritt der Technischen Universität Berlin, aufgerufen unter: [http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz\\_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf](http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf), Zugriff 16.08.2013.

## 2.4.4 Daseinsvorsorge im Bereich Bildung

### ***Das schwedische Schulsystem besteht aus Vorschule, Grundschule und Gymnasium***

Das schwedische Schulsystem besteht im Wesentlichen aus der in jeder Gemeinde angebotenen freiwilligen Vorschule, einer neunjährigen Pflichtschule und anschließend einer dreijährigen Gymnasialzeit (optional).

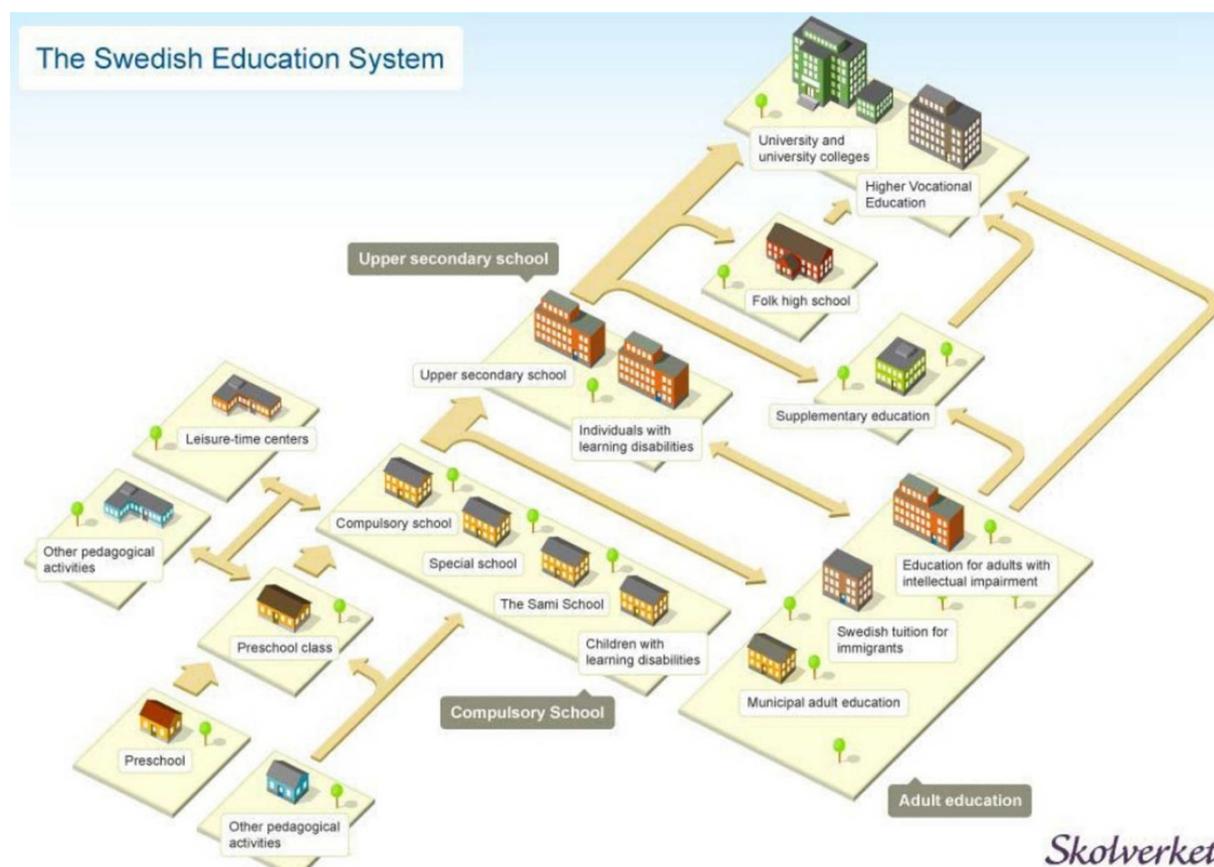
Die Vorschule (*förskola*) ist für Kinder von ein bis fünf Jahren. Für Kinder, deren Eltern erwerbstätig sind oder studieren, müssen die Gemeinden einen Platz in der Vorschule bereitstellen. Ein Besuch der Vorschule wird immer häufiger, vier von fünf der Ein- bis Fünfjährigen besuchen die Vorschule. „Vor dem Eintritt in die Grundschule wird allen Kindern zu Beginn des Herbstsemesters des Jahres, in dem sie ihren sechsten Geburtstag feiern, ein Platz in einer Vorschulklasse (*förskoleklass*) angeboten“<sup>112</sup>, zur Förderung der Entwicklung und des Lernens der Kinder und der Schaffung einer Basis für die weitere Schullaufbahn.

An die Vorschule schließt sich die obligatorische neunjährige Grundschule an. Für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren gibt es eine Betreuung vor und nach den Unterrichtszeiten. Zu den Pflichtschulen zählen auch die Samen-Schule, die Förderschulen (*specialskolor*) und die Programme für Schüler mit Behinderungen.

Die anschließende weiterführende Schule (*gymnasium*) ist freiwillig und gebührenfrei. Die verschiedenen theoretisch und berufspraktisch orientierten Ausbildungsprogramme laufen über drei Jahre. Fast alle Schüler besuchen nach der Grundschule die weiterführende Schule. „Um in ein nationales Programm aufgenommen zu werden, müssen die Schüler die Grundschuloberstufe in den Fächern Schwedisch (bzw. Schwedisch als Zweitsprache), Englisch und Mathematik mindestens mit der Note „ausreichend“ abgeschlossen haben. Um die weiterführende Schule besuchen zu können, müssen die Schüler in weiteren neun Fächern mindestens ein Ausreichend erzielt haben. Für die Aufnahme in ein berufsvorbereitendes Programm gilt wiederum die Anforderung, dass die Schüler in weiteren fünf Fächern mindestens die Note „ausreichend“ erreicht haben.“<sup>113</sup>

In Schweden steigt die Zahl der Privatschulen, was auch von der schwedischen Regierung unterstützt wird. Rund 12 Prozent der Grundschul Kinder und 24 Prozent der Jugendlichen an weiterführenden Schulen besuchten im Jahr 2010 eine Privatschule. Privatschulen müssen durch die Schulaufsichtsbehörde genehmigt werden. Sie sind verpflichtet die nationalen Lehr- und Unterrichtspläne einzuhalten. Das schwedische Privatschulsystem ist steuerfinanziert und für die Schüler gebührenfrei<sup>114</sup>. Jede Gemeinde kalkuliert die Kosten, die pro Schülerin und Schüler in einem speziellen Ausbildungsgang entstehen. Diese Summe kann einer privaten ebenso wie einer gemeindlichen Schule zur Verfügung gestellt werden.

Abbildung 8: Das schwedische Schulsystem



Quelle: Internetauftritt Skolverket, aufgerufen unter:

[http://www.skolverket.se/polopoly\\_fs/1.179236!/image/SVUS-Original-2012-EN\\_350x263.jpg](http://www.skolverket.se/polopoly_fs/1.179236!/image/SVUS-Original-2012-EN_350x263.jpg), Zugriff: 22.10.2014.

### **Internationale Schulleistungsuntersuchungen zeigen sinkende Kenntnisstände bei schwedischen Kindern**

Internationale Schulleistungsuntersuchungen (wie z. B. die PISA-Studie) zeigten in den vergangenen Jahren, dass der Kenntnisstand schwedischer Kinder sinkt. Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurde das Schulsystem geändert. Beispielsweise wurde ein neues Schulgesetz, neue Lehrpläne (z. B. werden in den Klassen 3, 6 und 9 nun in mehreren Fächern obligatorische landesweite Prüfungen geschrieben, um die Fortschritte der Schüler zu messen), ein neues sechsstufiges Benotungssystem und eine Qualitätsbescheinigung für fest angestelltes Lehrpersonal in Schulen und Vorschulen/Vorschulklassen eingeführt.<sup>115</sup>

### **Nationale Ebene setzt Rahmen, Gemeinden füllen diesen eigenständig aus**

Bezüglich der Zuständigkeiten ist festzustellen, dass Richtlinien, Lehrpläne und landweite Ziele für das öffentliche Schulwesen vom schwedischen Parlament (Reichstag) und der Regierung bestimmt werden. „Aus dem Staatshaushalt erhalten die Gemeinden einen bestimmten Betrag für ihre unterschiedlichen Aufgaben. Innerhalb des von Parlament und Reichstag vorgegebenen Rahmens und der festgelegten Ziele entscheidet dann jeweils die einzelne Gemeinde, wie die Arbeit der Schule erfolgen soll. Die Kommunen sind die Träger der Grundschule. Dies beinhaltet auch, dass sie Arbeitgeber des Schulpersonals und für die

Weiterbildung des Personals zuständig sind. Die Finanzierung, Organisation, Entwicklung und Bestandsaufnahme sollen in einem kommunalen Schulplan festgelegt werden. Aus dem Plan sollen besonders die Maßnahmen hervorgehen, welche die Gemeinde zu ergreifen beabsichtigt, um die landesweit geltenden Zielsetzungen für die Schule zu erreichen. Ausgehend von den Lehrplänen und den landesweiten Zielen sowie vom Schulplan soll der Rektor jeder einzelnen Schule einen lokalen Arbeitsplan erstellen. Dies soll in Abstimmung mit den Lehrern sowie dem übrigen Personal geschehen. Gemeinsam mit den Schülern arbeitet der Lehrer Unterrichtsziele aus. Diese Ziele und die unterschiedlichen Bedürfnisse und Voraussetzungen der Schüler bilden den Ausgangspunkt für die Wahl der Arbeitsweise.“<sup>116</sup>

### ***Qualitätskontrollen zur Zielerfüllung der Schule und Begleitung durch das Zentralamt für Schulen und Erwachsenenbildung***

Jährlich muss von den Gemeinden und Schulen eine Qualitätskontrolle durchgeführt werden. Dafür wird die Erfüllung der Ziele einer jeden Schule beschrieben und analysiert. Zudem werden jährlich vom Ausschuss für Qualitätskontrolle des Zentralamts für Schule und Erwachsenenbildung Themenkontrollen durchgeführt.

„Das Zentralamt für Schule und Erwachsenenbildung (*Skolverket*) hat die Aufgabe, die Tätigkeit der Schule zu begleiten und auszuwerten und die Aufsicht über die Ausbildung auszuüben. Jedes dritte Jahr legt es dem Parlament und der Regierung eine zusammenfassende Beurteilung des schwedischen Schulwesens vor. Sie bildet die Grundlage für einen landesweiten Entwicklungsplan für die Schule. Im Rahmen ihrer Schulaufsichtspflicht hat das Zentralamt für Schule und Erwachsenenbildung dafür zu sorgen, dass den Bestimmungen des Schulgesetzes gefolgt werden und dass die Rechte des einzelnen Schülers respektiert werden.“<sup>117</sup>

## 2.4.5 Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit und Pflege

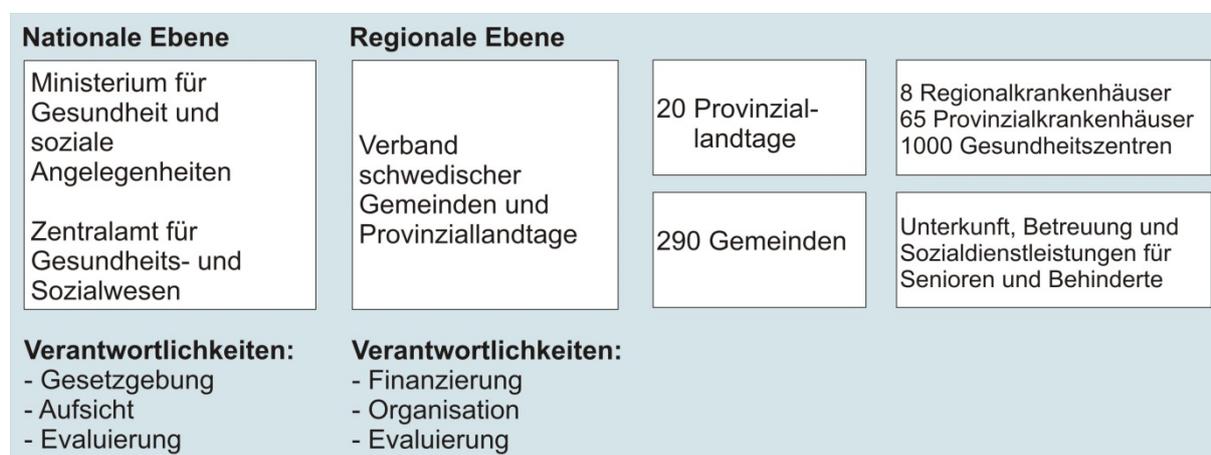
### **Staatliches Gesundheitssystem mit einer Versicherung der gesamten Bevölkerung nach dem Wohnsitzprinzip**

Schweden verfügt über ein staatliches, im Wesentlichen steuerfinanziertes und dezentral organisiertes Gesundheitssystem. Versichert ist die gesamte Bevölkerung nach dem Wohnsitzprinzip. Es gibt keine Versicherungspflichtgrenze.<sup>118</sup>

Auf staatlicher Ebene werden mittels Gesetzen und Verordnungen Grundsätze für die Gesundheitsversorgung festgelegt und die Ausrichtung der Gesundheitspolitik bestimmt. Weitere Regelungen werden durch Übereinkommen mit dem Verband schwedischer Gemeinden und Provinziallandtage getroffen.<sup>119</sup> Die zentrale Rolle bei der Gesundheitsversorgung spielen 18 Provinziallandtage (*Landsting*) sowie als Sonderfälle zwei Regionen (Skane und Västera Götaland als Zusammenschlüsse von Landtagen) und eine Kommune (Gotland).<sup>120</sup> Die Koordination des Gesundheitswesens ist eine der zentralen Aufgaben der Provinziallandtage.<sup>121</sup> Sie sind für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung zuständig, die Einrichtungen der medizinischen Versorgung werden überwiegend von ihnen betrieben. Die Provinziallandtage sind für die gesamte Planung der angebotenen Leistungen sowie für die Verteilung der finanziellen Mittel und die Finanzierung der Gesundheitsversorgung verantwortlich – dies erfolgt vorwiegend durch die Erhebung einer auf das Einkommen bezogenen Steuer. Je nach Kommunalpolitik können die Provinziallandtage „innerhalb eines vorgegebenen Rahmens eigene Schwerpunkte in der Gesundheitsversorgung setzen“<sup>122</sup>, wodurch es zu deutlichen regionalen Unterschieden kommen kann<sup>123</sup>.

Die Provinziallandtage sind für die ambulante und stationäre Versorgung zuständig. Primärversorgungszentren übernehmen die ambulante Versorgung. Mit den poliklinischen Abteilungen nehmen aber auch die Krankenhäuser an der ambulanten Versorgung teil.<sup>124</sup> Zusätzlich zu den öffentlichen Leistungsanbietern gibt es vertraglich an den nationalen Gesundheitsdienst gebundene private ärztliche Praxen. Im Bereich der Seniorenbetreuung im Rahmen der Heim- und Hauspflege und der Betreuung von Menschen mit Behinderungen sind die Gemeinden verantwortlich.<sup>125</sup>

**Abbildung 9: Organisation des schwedischen Gesundheitswesens**



**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

*Quelle: Internetauftritt Schweden-Navigator, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.*

### **Primärversorgungszentren zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung**

Zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung sind die Provinziallandtage (*landsting*) in mehrere Primärversorgungsgebiete unterteilt, die oftmals den kommunalen Grenzen entsprechen. In diesen Gebieten erfolgt die Primärversorgung durch etwa 800 von den Provinziallandtagen betriebenen Primärversorgungszentren und durch 300 privat betriebene Einrichtungen. Letztere finden sich insbesondere in großen Städten, auf sie entfielen im Jahr 2003 etwa 29 Prozent aller Arztkontakte in der ambulanten Versorgung.<sup>126</sup> In den Primärversorgungszentren sind Allgemeinmediziner, Kinderärzte und Pflegekräfte, Hebammen und Geburtshelfer, Physiotherapeuten sowie Gynäkologen beschäftigt. Angeboten werden Impfprogramme für Kinder, Schwangerschaftsuntersuchungen, medizinische Untersuchungen, Beratungen und Behandlungen.<sup>127</sup>

### **Distriktpflegekräfte übernehmen Erstkontakte der Patienten**

Erstkontakte der Patienten erfolgen häufig über eine Distriktpflegekraft. Distriktpflegekräfte stehen unter ärztlicher Aufsicht und haben folgende Aufgaben:

- Durchführung von Hausbesuchen, insbesondere bei älteren Patientinnen und Patienten,
- Einschätzen der Lage,
- Verordnen von Medikamenten,
- Verweisen der Patientinnen und Patienten bei Bedarf an Allgemeinärztinnen und -ärzte oder Krankenhäuser.

„Die fachärztliche Versorgung erfolgt überwiegend über an der ambulanten Versorgung beteiligten Krankenhausabteilungen. Patientinnen und Patienten haben die Möglichkeit, diese direkt in Anspruch zu nehmen. Im internationalen Vergleich ist die Anzahl der Arztkontakte pro Einwohner und Jahr in Schweden mit 2,8 (2003) gering.“<sup>128</sup>

### **Drei Stufen der stationären Versorgung: Distriktkrankenhäuser, Zentralkrankenhäuser und Regionalkrankenhäuser**

Im Bereich der stationären Versorgung existieren in Schweden drei Stufen:

- Von den Provinziallandtagen betriebene Distriktkrankenhäuser, die in der stationären Grundversorgung tätig sind,
- Ein von den Provinziallandtagen betriebenes Zentralkrankenhaus mit zusätzlichen Fachabteilungen,
- Ein Regionalkrankenhaus, das durch den Zusammenschluss mehrerer Provinziallandtage zu einer Region betrieben wird und für komplizierte Fälle oder seltene Erkrankungen zuständig ist. Dabei wird das Regionalkrankenhaus von einem Provinziallandtag betrieben und bekommt die Kosten für die Behandlung der Einwohner anderer Landtage erstattet.<sup>129</sup>

### ***Staatliches Unternehmen Apoteket AB übernimmt den Vertrieb von Arzneimitteln***

Der Vertrieb von Arzneimitteln ist in Schweden verstaatlicht und dem staatlichen Unternehmen Apoteket AB übertragen. „Die Abgabe von Medikamenten erfolgt in 900 Apotheken und 1.000 vertraglich angebotenen Geschäften. Bei diesen handelt es sich insbesondere um Lebensmittelgeschäfte in ländlichen Gebieten.“<sup>130</sup>

### ***Vermehrte Kooperationen zur Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens und effizienterem Ressourceneinsatz***

Um die Leistungen auch in Zukunft aufrechterhalten zu können und Ressourcen effizienter einzusetzen, sind vermehrt Kooperationen zwischen den einzelnen Verantwortlichkeiten notwendig. „Der schwedischen Bevölkerung mit relativ vielen älteren Menschen eine gute Gesundheitsversorgung zu bieten, ist eine große Herausforderung und verlangt eine funktionierende Koordination der Gesundheitsversorgung durch die Provinziallandtage und der Seniorenbetreuung durch die Gemeinden. Mit dem Konzept der „medizinischen Nahversorgung“ soll diese Aufgabe gelöst werden. Dabei werden die Leistungen verschiedener Akteure – wie des örtlichen Krankenhauses, des Gesundheitszentrums und des Sozialdienstes – so koordiniert, dass die Bedürfnisse der Patienten erfüllt werden. In Zukunft sollen im Rahmen der Nahversorgung die meisten alltäglichen medizinischen Dienstleistungen erbracht sowie Patienten mit multiplen chronischen Erkrankungen behandelt werden.“<sup>131</sup>

## **2.4.6 Daseinsvorsorge im Bereich digitale Infrastruktur – Digitale Agenda zur bestmöglichen Nutzung von Vorteilen der Digitalisierung**

Eine effiziente IT-Infrastruktur ist wesentlich, um Wachstum und Entwicklung in einer dünn besiedelten Provinz wie Västernorrland zu erhalten. In der Provinz gibt es derzeit Gebiete, in denen es keine Mobilfunk- und Breitbandversorgung gibt. Auch andere Regionen in Schweden sind von dieser Problematik betroffen.<sup>132</sup> Trotzdem gilt Schweden als ein Vorreiter im Einsatz von Informationstechnologien, wozu ein entsprechend ausgebauter Zugang zu Informationstechnologien Grundvoraussetzung ist. Um diesen Zugang zu gewährleisten, besteht in Schweden ein durch politische Maßnahmen geschaffener unterstützender rechtlicher Rahmen, der einen schnellen Ausbau fördert.<sup>133</sup> Mit einer nationalen digitalen Agenda sollen seit 2011 weitere Fortschritte unterstützt werden. Ziel der schwedischen Regierung ist es, das Land zu werden, welches die Vorteile der Digitalisierung am besten nutzt.<sup>134</sup> **Bis zum Jahr 2020 sollen 90% der Bevölkerung an eine Breitbandversorgung mit einem Standard von 100 Mbits/s angeschlossen sein.** Die Provinzialregierungen, wie etwa die Länsstyrelsen Västernorrland, arbeiten zur Unterstützung der nationalen digitalen Agenda regionale digitale Agenden und regionale IuK-Aktionspläne aus. Dabei kooperieren sie mit öffentlichen Einrichtungen auf lokaler, regionaler oder nationaler sowie mit privaten Unternehmen.<sup>135</sup>

- 
- <sup>3</sup> Vgl. Favry, Eva; Hiess, Helmut (2008): Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in Österreichs ländlichen Gebieten, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2.2008, S. 57.
- <sup>4</sup> Huemer, Ulrike: Die Daseinsvorsorge der Gemeinden unter Liberalisierungsdruck. In: *juridikum* 2005, S. 160. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden, S. 399.
- <sup>5</sup> Vgl. Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, a. a. O., S. 399
- <sup>6</sup> Adamovich, Ludwig; Funk, Bernd-Christian (1987): Allgemeines Verwaltungsrecht, S. 3. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, a. a. O., S. 400.
- <sup>7</sup> Vgl. Internetauftritt Statistik Austria, aufgerufen unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/klassifikationen/regionale\\_gliederungen/ortschaften/index.html](http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/ortschaften/index.html), Zugriff 20.08.2013.
- <sup>8</sup> Ebenda.
- <sup>9</sup> Vgl. Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, a. a. O., S. 404 f.
- <sup>10</sup> Vgl. ebenda, S. 400.
- <sup>11</sup> Vgl. ebenda, S. 400 f.
- <sup>12</sup> Ebenda, S. 401.
- <sup>13</sup> Vgl. ebenda, S. 411.
- <sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 401.
- <sup>15</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>16</sup> Vgl. Schladebach, Marcus (2000): Der Einfluss des europäischen Umweltrechts auf die kommunale Bauleitplanung, Berlin, S. 82.
- <sup>17</sup> Vgl. Köfel, Manuel; Mitterer, Karoline (2013): ÖPNV-Finanzierung in Österreichs Städten. Aktuelle Finanzierung und neue Steuerungs- und Finanzierungsmodelle. Endbericht KDZ Managementberatungs- und Weiterbildungs GmbH, S. 17.
- <sup>18</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>19</sup> Vgl. Internetauftritt Verkehrsverbund Ost-Region, aufgerufen unter: <http://www.vor.at/der-vor/ueber-den-vor/>, Zugriff 11.02.2014.
- <sup>20</sup> Vgl. Köfel, Manuel; Mitterer, Karoline (2013): ÖPNV-Finanzierung in Österreichs Städten. Aktuelle Finanzierung und neue Steuerungs- und Finanzierungsmodelle. Endbericht KDZ Managementberatungs- und Weiterbildungs GmbH, S. 18.
- <sup>21</sup> Vgl. Internetauftritt Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, aufgerufen unter: <http://www.bmvit.gv.at/verkehr/nahverkehr/verbuede/index.html>, Zugriff 11.02.2014.
- <sup>22</sup> Vgl. Internetauftritt Der Standard, aufgerufen unter: <http://derstandard.at/1237227593337/Schulverwaltung-Intransparenz-und-Doppelgleisigkeiten>, Zugriff 12.02.2014.
- <sup>23</sup> Vgl. Favry, Eva; Hiess, Helmut (2008): Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in Österreichs ländlichen Gebieten. A. a. O. S. 61 f.
- <sup>24</sup> Vgl. Favry, Eva; Hiess, Helmut (2008): Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in Österreichs ländlichen Gebieten, a. a. O., S. 61 f.
- <sup>25</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>26</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>27</sup> Vgl. ebenda, S. 64.
- <sup>28</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>29</sup> Vgl. ebenda, S. 65.
- <sup>30</sup> Vgl. Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, aufgerufen unter: <http://www.crema-research.ch/bawp/2008-03.pdf>, Zugriff 26.08.2013.

- 
- <sup>31</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013. S. 41.
- <sup>32</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>33</sup> Bericht des Bundesrates «Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)», aufgerufen unter: <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2004/4569.pdf>, Zugriff 26.08.2013. S. 2.
- <sup>34</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>35</sup> Ebenda, S. 2 f.
- <sup>36</sup> Vgl. Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche. A. a. O.
- <sup>37</sup> Internetauftritt Schweizer Behörden, aufgerufen unter: <https://www.ch.ch/de/schweizer-federalismus/>, Zugriff 02.09.2013.
- <sup>38</sup> Vgl. Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche. A. a. O.
- <sup>39</sup> Vgl. Ebenda
- <sup>40</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>41</sup> Vgl. Seelhofer, Maria (2009): Möglichkeiten und Grenzen von Verkehrs- und Tarifverbänden im Kontext des öffentlichen Regionalverkehrs in der Schweiz. Masterarbeit an der Universität Bern. S. 20 ff.
- <sup>42</sup> Ebenda.
- <sup>43</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>44</sup> Vgl. Internetauftritt Österreichischer Städtebund, aufgerufen unter: [http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-in-der-schweiz.html?tx\\_felogin\\_pi1\[forgot\]=1](http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-in-der-schweiz.html?tx_felogin_pi1[forgot]=1), Zugriff 02.09.2013.
- <sup>45</sup> Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeiten-bildungswesen>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>46</sup> Vgl. Internetauftritt Schweizerischer Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, aufgerufen unter: <http://www.edk.ch/dyn/16600.php>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>47</sup> Vgl. Internetauftritt Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat, Präsenz Schweiz, aufgerufen unter: <http://www.swissworld.org/de/bildung/bildungssystem/>, Zugriff 15.04.2014.
- <sup>48</sup> Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/obligatorische-schule-inkl-kindergarten>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>49</sup> Vgl. Internetauftritt Schweizerischer Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, aufgerufen unter: <http://www.edk.ch/dyn/14798.php>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>50</sup> Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/sekundarstufe-ii-4>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>51</sup> Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeiten-bildungswesen>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>52</sup> Vgl. Internetauftritt Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat, Präsenz Schweiz, aufgerufen unter: <http://www.swissworld.org/de/bildung/bildungssystem/>, Zugriff 15.04.2014.
- <sup>53</sup> Vgl. Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz. S. 5.
- <sup>54</sup> Vgl. ebenda. S. 7.
- <sup>55</sup> Vgl. Egger, Thomas: Medizinische Grundversorgung - Herausforderungen und Lösungsansätze für die schweizerischen Berggebiete. Vortrag im Rahmen der bundesweiten Projektwerkstatt im MORO-Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge am 06.06.2013, aufgerufen unter: [http://www.regionaledaseinsvorsorge.de/index.php?eID=tx\\_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/files/pdf/BPW\\_2013/Praesentation\\_Egger.pdf&t=1378216151&hash=fae911239d13add7b8dde637fba43bc029f40941](http://www.regionaledaseinsvorsorge.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/files/pdf/BPW_2013/Praesentation_Egger.pdf&t=1378216151&hash=fae911239d13add7b8dde637fba43bc029f40941), Zugriff 02.09.2013.

- 
- <sup>56</sup> Vgl. Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz. S. 10.
- <sup>57</sup> Ebenda.
- <sup>58</sup> Ebenda.
- <sup>59</sup> Ebenda. S. 12.
- <sup>60</sup> Vgl. ebenda. S. 5.
- <sup>61</sup> Vgl. Donati, Daniele; Grasse, Alexander (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien. In: Krautscheid, Andreas (2009): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Gemeinwohl. S. 340.
- <sup>62</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013. S. 33 f, aufgerufen unter: [http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr\\_bericht\\_vorstudie.pdf](http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf), Zugriff 22.06.2013.
- <sup>63</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>64</sup> Ebenda.
- <sup>65</sup> Vgl. ebenda, S. 62
- <sup>66</sup> Vgl. Köppl, Stefan (2007): Das politische System Italiens, Wiesbaden, S.176 ff.
- <sup>67</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>68</sup> Vgl. Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/729212/de/autonomie/autonomie.asp>, Zugriff 04.12.2013.
- <sup>69</sup> Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/land/landesverwaltung/suedtirol/zustaendigkeiten.asp>, Zugriff 15.04.2014.
- <sup>70</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>71</sup> Ebenda.
- <sup>72</sup> Vgl. Donati, Daniele; Grasse, Alexander (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien. A. a. O. S. 337.
- <sup>73</sup> Vgl. ebenda. S. 338.
- <sup>74</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>75</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. A. a. O. S. 62.
- <sup>76</sup> Vgl. ebenda. S. 72.
- <sup>77</sup> Vgl. ebenda. S. 72f.
- <sup>78</sup> Schriftliche Auskunft von Frau Karin Leiter, Ressort für Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal, Autonome Provinz Bozen-Südtirol
- <sup>79</sup> Vgl. Internetauftritt Südtirol Mobil, aufgerufen unter: <http://www.sii.bz.it/de/die-konzessionaere-des-verkehrsverbunds-suedtirol>, Zugriff 04.09.2013.
- <sup>80</sup> Schriftliche Auskunft von Frau Karin Leiter, Ressort für Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal, Autonome Provinz Bozen-Südtirol
- <sup>81</sup> Vgl. Abel, Andrea (2010): Sprachen in der Ausbildung - Schulsystem und Lehrerausbildung in Südtirol. In: Geiger-Jaillet, Anemone (2010): Lehren und Lernen in deutschsprachigen Grenzregionen. S. 116.
- <sup>82</sup> Vgl. Internetauftritt Eine Schule für alle – NRW Bündnis, aufgerufen unter: <http://www.nrw-eineschule.de/artikel/die-suedtiroler-bildungslandschaft>, Zugriff 27.08.2013.
- <sup>83</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>84</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>85</sup> Vgl. Internetauftritt Münchner Bezirksverband des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, aufgerufen unter: [http://www.mlv.blv.de/1-aktuell/bilder-und-texte/2010-05-30\\_Suedtirol/%28Microsoft%20PowerPoint%20-%20Schulsystem%20S-374dtirol%29.pdf](http://www.mlv.blv.de/1-aktuell/bilder-und-texte/2010-05-30_Suedtirol/%28Microsoft%20PowerPoint%20-%20Schulsystem%20S-374dtirol%29.pdf), Zugriff 27.08.2013.

- 
- <sup>86</sup> Vgl. Internetauftritt Deutsches Schulamt, Bereich Innovation und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: [http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale\\_netz\\_kap\\_5.pdf](http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf), Zugriff 28.08.2013.
- <sup>87</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>88</sup> Vgl. Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: [http://www.aok-bv.de/politik/europa/index\\_01378.html](http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01378.html), Zugriff 27.08.2013.
- <sup>89</sup> Internetauftritt Deutsches Schulamt, Bereich Innovation und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: [http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale\\_netz\\_kap\\_5.pdf](http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf), Zugriff 28.08.2013, S. 82 f.
- <sup>90</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>91</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>92</sup> Vgl. Internetauftritt Deutsches Schulamt, Bereich Innovation und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: [http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale\\_netz\\_kap\\_5.pdf](http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf), Zugriff 28.08.2013.
- <sup>93</sup> Vgl. Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: [http://www.aok-bv.de/politik/europa/index\\_01378.html](http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01378.html), Zugriff 28.08.2013.
- <sup>94</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>95</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>96</sup> Vgl. Bathelt, Julia (2005): Das italienische Gesundheitssystem. In: Rheinisches Ärzteblatt 5/2005. S. 14 f.
- <sup>97</sup> Vgl. Jungermann, Franziska (2010): Schwedens Politik zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge am Beispiel Jämtlands, in: Europa Regional 18 (2-3), S. 72f, aufgerufen unter: <http://87.234.205.235/Ar/Text/ER2010-2-3Jung.pdf>, Zugriff 22.06.2013.
- <sup>98</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013, S. 26, aufgerufen unter: [http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr\\_bericht\\_vorstudie.pdf](http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf), Zugriff 22.06.2013.
- <sup>99</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>100</sup> Vgl. ARL/Nordregio/Blekinge Tekniska Högskola (Hrsg.) (2001): Planungs-begriffe in Europa. Deutsch-Schwedisches Handbuch der Planungs-begriffe. Tysk-svensk handbok för planerings-begrepp. Hannover - Stockholm - Rönneby, S.19.
- <sup>101</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013, S. 65, aufgerufen unter: [http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr\\_bericht\\_vorstudie.pdf](http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf), Zugriff 22.06.2013.
- <sup>102</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: [http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale\\_Selbstverwaltung\\_in\\_Schweden.pdf](http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf), Zugriff 30.05.2014.
- <sup>103</sup> Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013, S. 65, aufgerufen unter: [http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr\\_bericht\\_vorstudie.pdf](http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf), Zugriff 22.06.2013.
- <sup>104</sup> Vgl. ebenda, S. 66.
- <sup>105</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: [http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale\\_Selbstverwaltung\\_in\\_Schweden.pdf](http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf), Zugriff 30.05.2014.
- <sup>106</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>107</sup> Vgl. Internetauftritt der Swedish Association of Local Authorities and Regions a, aufgerufen unter: [http://english.skl.se/municipalities\\_county\\_councils\\_and\\_regions/the\\_role\\_of\\_the\\_municipalities](http://english.skl.se/municipalities_county_councils_and_regions/the_role_of_the_municipalities), Zugriff 30.5.2014.

- 
- <sup>108</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: [http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale\\_Selbstverwaltung\\_in\\_Schweden.pdf](http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf), Zugriff 30.05.2014.
- <sup>109</sup> Vgl. Pasold, Stephanie: Deregulierung des schwedischen ÖPNV-Systems. Das neue schwedische ÖPNV-Gesetz, aufgerufen unter: [http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz\\_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf](http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf), Zugriff 16.08.2013.
- <sup>110</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>111</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>112</sup> Internetauftritt Schweden, aufgerufen unter: <http://www.sweden.se/de/Startseite/Ausbildung/Fakten/Das-schwedische-Schulsystem/>, Zugriff 08.10.2013.
- <sup>113</sup> Ebenda.
- <sup>114</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>115</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>116</sup> Internetauftritt Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Nordrhein-Westfalen e.V. (GGG NRW), aufgerufen unter: <http://www.ggg-nrw.de/website/Europa/GGG-Schweden.pdf>, Zugriff 23.08.2013.
- <sup>117</sup> Ebenda.
- <sup>118</sup> Vgl. Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: [http://www.aok-bv.de/politik/europa/index\\_01403.html](http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01403.html), Zugriff 23.08.2013.
- <sup>119</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.
- <sup>120</sup> Vgl. Internetauftritt Bundeszentrale für politische Bildung, aufgerufen unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72915/s-versorgungsstrukturen>, Zugriff 03.09.2013.
- <sup>121</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.
- <sup>122</sup> Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: [http://www.aok-bv.de/politik/europa/index\\_01403.html](http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01403.html), Zugriff 23.08.2013.
- <sup>123</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.
- <sup>124</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>125</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>126</sup> Vgl. Internetauftritt Bundeszentrale für politische Bildung, aufgerufen unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72915/s-versorgungsstrukturen>, Zugriff 03.09.2013.
- <sup>127</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>128</sup> Ebenda.
- <sup>129</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>130</sup> Ebenda.
- <sup>131</sup> Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.
- <sup>132</sup> Vgl. Niklas Guss, Vortragsnotizen zum Vortrag „Experiences from Västernorrland“ bei der bundesweiten Projektwerkstatt der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge, 06.06.2013, Berlin.
- <sup>133</sup> Vgl. Internetauftritt UdL DIGITAL, aufgerufen unter: <http://www.udldigital.de/ahndung-von-urheberrechtsverletzungen-eignet-sich-schweden-als-vorbild/>, Zugriff: 15.10.2014.
- <sup>134</sup> Vgl. Ministry of Enterprise, Energy and Communications Sweden (Hrsg.)(2011): ICT for Everyone – A Digital Agenda for Sweden, aufgerufen unter: <http://www.government.se/content/1/c6/18/19/14/70f489cb.pdf>, Zugriff: 15.10.2014.

---

<sup>135</sup> Vgl. Niklas Guss, Vortragsnotizen zum Vortrag „Experiences from Västernorrland“ bei der bundesweiten Projektwerkstatt der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge, 06.06.2013, Berlin.

### 3. Querschnittsorientierte Strategien und innovative Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Beispiele aus europäischen Regionen

#### 3.1 Bundesland Niederösterreich, Österreich

Das Bundesland Niederösterreich liegt im Nordosten der Republik Österreich und umschließt die Bundeshauptstadt Wien, die ein eigenes Bundesland darstellt. Es ist mit einer Fläche von knapp 20.000 km<sup>2</sup> das größte österreichische Bundesland. Niederösterreich gliedert sich in fünf Hauptregionen (Waldviertel, Weinviertel, NÖ-Mitte, Mostviertel, Industrieviertel) und 21 politische Bezirke. Das Bundesland hat rund 1,6 Mio. Einwohner (Stand 2013). Größte Stadt und seit 1986 Hauptstadt ist St. Pölten (ca. 52.000 Einwohner) (Stand 2013).

Abbildung 10: Lage Niederösterreichs in Österreich



**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Internetauftritt Wikimedia, aufgerufen unter:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Nieder%C3%B6sterreich\\_in\\_Austria.svg/800pxNieder%C3%B6sterreich\\_in\\_Austria.svg.png](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Nieder%C3%B6sterreich_in_Austria.svg/800pxNieder%C3%B6sterreich_in_Austria.svg.png), Zugriff 12.11.2013.

Abbildung 11: Lage der einzelnen Exkursionsziele in Niederösterreich

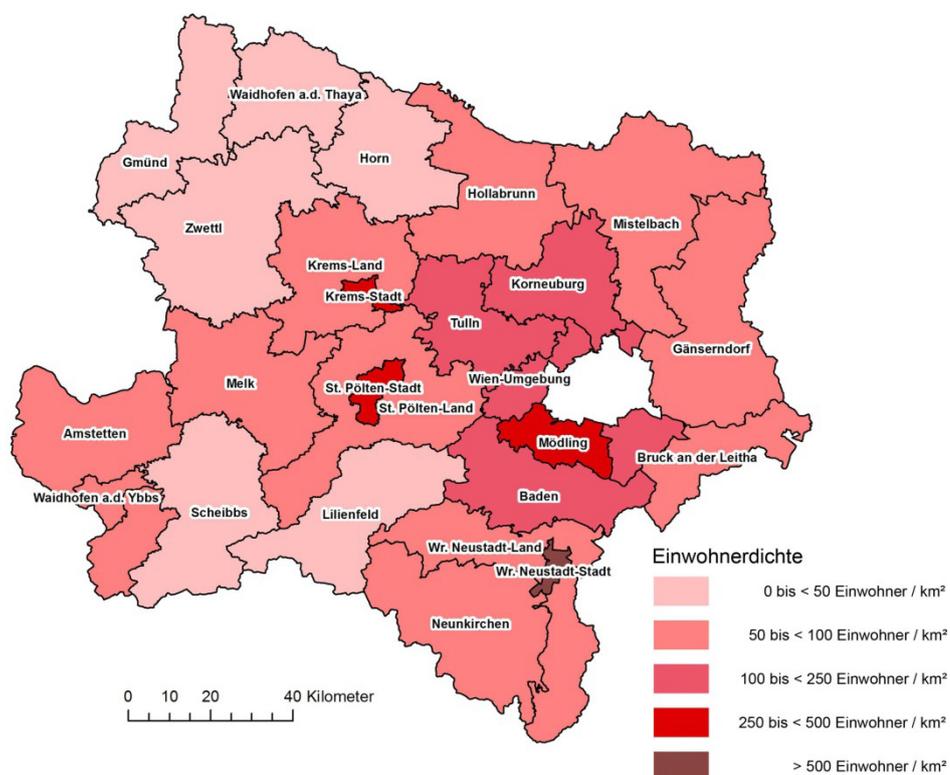


*Entwurf:* Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

*Quelle:* Internetauftritt Google Maps, Zugriff 12.11.2013.

Merkmale:

- **Geringe Bevölkerungsdichte** (84,4 Einwohnern/km<sup>2</sup>) mit regionalen Unterschieden: Während die Bezirke im Umland der Bundeshauptstadt Wien hohe Bevölkerungsdichtewerte aufweisen, zeichnen sich die peripher gelegenen Bezirke (insbesondere im Nordwesten und Südwesten), wie etwa das Wald- oder Mostviertel durch geringe Bevölkerungsdichten aus (in weiten Teilen unter 50 Einwohner/km<sup>2</sup>).<sup>136</sup>

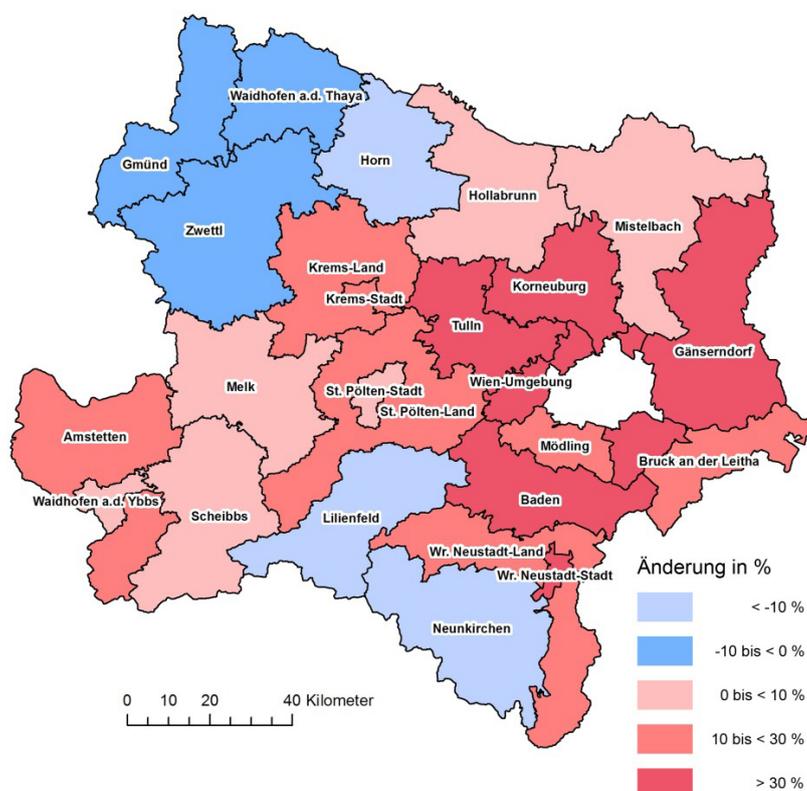
**Abbildung 12: Bevölkerungsdichte in den politischen Bezirken Niederösterreichs**

**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Internetauftritt des Amtes der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter:  
[http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen\\_ssi.asp](http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen_ssi.asp), Zugriff: 22.01.2013

- **Insgesamt Bevölkerungswachstum**, aufgrund positiver Wanderungsbilanzen, jedoch auch hier regionale Unterschiede: Die im Agglomerationsraum Wien gelegenen Bezirke gewinnen Bevölkerung, während die peripheren Regionen Bevölkerung verlieren.

**Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung in den politischen Bezirken Niederösterreichs 2001 bis 2011**



*Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.*

*Quelle: Internetauftritt des Amtes der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter:  
[http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen\\_ssi.asp](http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen_ssi.asp), Zugriff: 22.01.2013*

- **Zunahme der älteren Bevölkerung:** im Alter von über 65 Jahren wird die Bevölkerung zahlen- und anteilmäßig stark zunehmen.<sup>137</sup>
- **Unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** im österreichischen Vergleich.
- Vergleichsweise **hohe Bedeutung des primären und sekundären Sektors:** Im Jahr 2009 waren rund 9% der Erwerbstätigen (regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort) im primären Sektor beschäftigt, rund 25% im sekundären Sektor und rund 67% im tertiären Sektor.
- Niederösterreich zählt somit zu den **bedeutendsten industriell und agrarisch geprägten Bundesländern** Österreichs; die wichtigsten Wirtschaftszentren liegen entlang der Westachse sowie im südlichen Wiener.<sup>138</sup>
- Die **Arbeitslosigkeit beträgt 6,8%**, was dem österreichischen Durchschnitt entspricht<sup>139</sup>, Bezirke mit einer besonders hohen Arbeitslosigkeit waren im Januar 2014 Gmünd (14,6%) und Krems (Stadt) (12,9%) im Waldviertel.<sup>140</sup>

### **3.1.1 Unterstützung und Beratung durch den Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Kleine Gemeinden, die etwas bewegen wollen***

Bei der Realisierung von Dorferneuerungs- und Stadterneuerungsprojekten sehen sich viele Kommunen vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Oft fehlen Kenntnisse und Fachinformationen bei den ehrenamtlichen Vertretern der Gemeinden oder es herrschen unterschiedliche Ansichten über eine Weiterentwicklung des Dorfes.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Beratung und Information der Kommunen, Hilfe zur Selbsthilfe***

Der Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“ wurde 1990 gegründet und unterstützt und begleitet Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Bereich der Dorf- und Stadterneuerung sowie Gemeinde- und Regionalentwicklung. Mit derzeit rund 500 Mitgliedern sind fast alle niederösterreichischen Städte und Gemeinden vertreten. Aktiv betreut werden jährlich rund 20 Städte in der Stadterneuerung, 200 Orte in der Dorferneuerung, sowie bis zu 21 Gemeinden im Prozess Gemeinde 21 zur Verankerung und Umsetzung des Landesentwicklungskonzeptes. Gemäß Satzung vertritt der Verein die Interessen seiner Mitglieder beim Land Niederösterreich, dem Bund und anderen Organisationen und bildet somit ein Bindeglied zwischen diesen. Mitglieder können nur niederösterreichische Gemeinde und Städte sein, denen dann u. a. folgende Angebote offenstehen: Information, Beratung, Prozessbegleitung, Moderation und Projektmanagement, etwa bei der Planung eines Generationenspielplatzes. Bei einem Dorferneuerungsprozess wird beispielsweise jeder Haushalt zu einem Informationsabend eingeladen, in dem sich die Initiativgruppe bildet. Somit wird auch eine Bürgernähe geschaffen.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins,
- Kommunen, Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Unternehmen,
- Bürgerinnen und Bürger.

Zur Projektbearbeitung bilden sich verschiedene Arbeitsgruppen. Um ein Projekt in der Dorferneuerung zu realisieren muss beispielsweise ein Verein vor Ort (Dorferneuerungsverein) gegründet werden, der hinter dem Projekt steht und die Umsetzung unterstützt, bei der Stadterneuerung muss beispielsweise ein Beirat gegründet werden.

#### ***Finanzierung***

Der Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“ finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Kostenbeiträge aus

Beratungstätigkeiten, Spenden, Förderungen und sonstige Zuwendungen. Er wird kofinanziert von EFRE, ELER und ESF.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Der Verein „Niederösterreichische Stadt- und Dorferneuerung“ hat bereits unterschiedliche Projekte umgesetzt, wie etwa das Radwegenetz Tulln, die Ankündigungstafeln Guntramsdorf, der Arkadensaal in Langenlois und der Jugendpark Mistelbach.

Erfolgsfaktoren für erfolgreich umgesetzte Projekte sind:

- die Übernahme von **Verantwortung durch die Gemeinde** und ihre Vertreter,
- **Engagement** der Bürgerinnen und Bürger,
- **Beratung und Information**,
- **Moderation**, auch in Konfliktfällen,
- Hilfe zur Selbsthilfe, und somit **Stärkung der Kompetenzen** vor Ort
- **Prioritätensetzung**.

#### **Literaturverzeichnis sowie weiterführende Informationen zum Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“**

- Internetauftritt Verein, aufgerufen unter: <http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageld=895>, Zugriff 06.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Sabine Klimitsch: „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung“, am 02.04.2014 in Krems an der Donau, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich

### 3.1.2 Regionalmanagement und Kleinregionen: Service- und Vernetzungsstellen zur Zusammenarbeit der Gemeinden

#### *Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Umlandgemeinden von Wien wachsen, periphere Regionen schrumpfen*

Viele Themen der kommunalen Entwicklung, gerade auch im Bereich der Daseinsvorsorge, können Kommunen alleine nicht lösen. Interkommunale Zusammenarbeit und eine Betrachtung der gesamten Region, helfen Strategien und Projekte für eine zukunftsfähige Entwicklung zu realisieren. Kirchturmdenken und Konkurrieren um Bewohner und Unternehmen helfen nicht dabei, die Gemeinde zu entwickeln. Ehrenamtliche Strukturen der Gemeindevertreter führen zu fachlichen und zeitlichen Engpässen. Auch die knappen Kassen der Kommunen erlauben keine großen Projekte zur Realisierung. Hilfreich ist eine fachliche und personelle Unterstützung von benachbarten Kommunen in einer Region. Durch Kooperationen können Infrastrukturen erhalten werden.

#### *Inhaltliche Ausprägungen: Zusammenarbeit der Gemeinden durch das Regionalmanagement und die Kleinregionen*

Der **gemeinnützige Verein Regionalmanagement Niederösterreich** wurde 2004 von der niederösterreichischen Landesregierung und der niederösterreichischen Landesakademie gegründet und unterstützt die Förderung einer umfassenden Landesentwicklung auf Regions- und Kleinregionsebene. In jeder der fünf Hauptregionen Niederösterreichs gibt es ein solches Regionalmanagement. Im Waldviertel erfolgt die Unterstützung beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Mobilität, Bildung, Tourismus und Freizeit sowie Netzwerkbildung. Das Regionalmanagement stellt eine Vernetzungs- und Servicestelle für Gemeinden und Menschen in der Region dar und agiert auch als Förderlotse. Zur Unterstützung der Arbeit der Regionalmanager wird von der niederösterreichischen Landesregierung die Erarbeitung Regionalwirtschaftlicher Konzepte gefördert. Die Bestandteile dieser Konzepte (sozioökonomische Strukturanalyse, Stärken/Schwächen-Profil, Regionale Entwicklungsstrategien und Schlüsselprojekte) werden unter intensiver Einbindung der regionalen Akteure erarbeitet. Die Regionalentwicklung Waldviertel unterhält die Europa Plattform Pro Waldviertel. Im Bereich Siedlung und Wohnen positioniert sich das Waldviertel als zukünftiger Wohnstandort. Unter Mitarbeit des Vereins Interkomm wird eine Imagekampagne in Wien durchgeführt, Innenmarketing betrieben, Zuzug und Nachfrage forciert und auf demografische Veränderungen reagiert. In Zukunft soll das Waldviertel nicht nur für Ferien und Freizeit stehen, sondern auch für Arbeiten und Leben, Schulen und Chancen, Lebensräume und Lebensqualität.

Bei den **Kleinregionen** handelt es sich um einen freiwilligen Zusammenschluss von meist sechs oder mehr Gemeinden zur Abstimmung, Definition und Umsetzung regional bedeutsamer Ziele, Strategien und Maßnahmen. Gemeinsam werden verschiedene Themen bearbeitet, wie z. B. Kleinregionale Identität und Marketing (Pflichtfeld), Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft. Für die Daseinsvorsorge ist diese Ebene eine wichtige Raumeinheit. Die Gemeinden erarbeiten ein Kleinregionales Entwicklungskonzept und Kleinregionale Rahmenkonzepte. Die erste Kleinregion wurde bereits Mitte der 1980er Jahre gegründet. Derzeit sind rund 85% der niederösterreichischen Gemeinden Mitglied in einer der 58 Kleinregionen. Sinnvoll ist die Anknüpfung an bestehende LEADER-Gruppen. Die Klein-

regionsbetreuung ist beim Regionalmanagement angesiedelt. Einen umfassenden Überblick zu den Kleinregionalen Projekten bietet die Kleinregionale Projektdatenbank. Die Vorteile der Zusammenarbeit sind vielfältig und reichen von Kosteneinsparung und Effizienzsteigerungen über die Erweiterung des Aktionsradius bis hin zur Umsetzung innovativer Maßnahmen und Projekte. Außerdem kann die Konkurrenzsituation gemindert werden.

### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Niederösterreichische Landesregierung,
- Niederösterreichische Landesakademie,
- Mitarbeiter des Regionalmanagements und der Kleinregionen,
- Kommunen, Bürgermeister, Gemeinderäte
- Institutionen,
- Unternehmen,
- Bürgerinnen und Bürger.

Durch den Zusammenschluss in Kleinregionen und Regionen kommt es zu einer intensiven Vernetzung und Kooperation der örtlichen Akteure. Zur Projektrealisierung müssen die benachbarten Kommunen mit weiteren Akteuren zusammenarbeiten, wodurch projektspezifische weitere Vernetzungen entstehen.

### ***Finanzierung***

Das Regionalmanagement Waldviertel wird kofinanziert aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Land Niederösterreich.

Das Land Niederösterreich unterstützt die Kleinregionen fachlich und finanziell. Kleinregionale Förderinstrumente beziehen sich auf die Konzepte Kleinregionales Entwicklungskonzept und Kleinregionales Rahmenkonzept sowie die Förderung pilothafter Projekte und Personalkosten im Management.

### ***Erfolgsfaktoren und Herausforderungen***

Das Regionalmanagement setzt zahlreiche Prozesse um, beispielsweise treibt es derzeit den Imagewandel des Waldviertels in Richtung lebenswerter Wohnstandort, weg von Urlaub- und Freizeitimage voran. Auch die Kleinregionen setzen zahlreiche Projekte, auch zur Daseinsvorsorge, um. Durch interkommunale Kooperationen können Infrastrukturen erhalten werden. Die Erarbeitung von Zielen und Strategien führen zu einem langfristigen Mehrwert für die Kleinregionen. Zu den strategischen Schwerpunktthemen erfolgt eine Projektentwicklung und -begleitung. Wichtig ist ebenfalls eine stetige Erfolgskontrolle sowie Qualifizierung und Coaching. Insgesamt wird die Identität der Region gestärkt.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu Regionalmanagement und Kleinregionen**

- Internetauftritt Regionalmanagement Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.regionalmanagement-noe.at/>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt Regionalmanagement Waldviertel, aufgerufen unter: <http://www.rm-waldviertel.at/>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt Kleinregionen, aufgerufen unter: <http://www.kleinregionen-noe.at/>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung zu den Kleinregionen, aufgerufen unter: <https://www.noelandsregierung.at/Land-Zukunft/Raumordnung/Kleinregionen.html>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung Raumordnung und Regionalpolitik, aufgerufen unter: <http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=123>, Zugriff 06.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Samhaber: „Regionalentwicklung Waldviertel“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.
- Vortrag und Präsentationsfolien Barbara Ziegler: „Kleinregionen in Niederösterreich“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

### 3.1.3 Kleinräumige Mobilitätsangebote: Gemeindebusse

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Analyse des niederösterreichischen Mobilitätsverhaltens sowie darauf aufbauende Strategien der niederösterreichischen Landesregierung***

Für die Angelegenheiten der bedarfsgerechten Mobilitätssicherung in Niederösterreich auf Ebene des Landes ist die Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung zuständig. Gerade in peripheren Gebieten werden „bedarfsorientierte Verkehrsmittel wie Anrufsammeltaxis (AST) und Rufbusse“<sup>141</sup> gefördert, beispielsweise auch durch die landesweite „Dispositionszentrale für bedarfsgesteuerte Verkehrssysteme“<sup>142</sup>. Diese sollen den traditionellen Linienverkehr ergänzen. Die „letzte Meile“ kann durch sogenannte Gemeindebusse geschlossen werden.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Kleinräumige Mobilitätsangebote***

Die Landesregierung Niederösterreich fördert ebenfalls die Einrichtung Kleinräumiger Mobilitätsangebote für den ländlichen Raum, wie z. B. Anrufsammeltaxen (AST) oder Gemeindebusse, um die Gemeinden in der Umsetzung einer bedarfsgerechten Erschließung, auch in kleinräumigen und peripheren Strukturen abseits des bestehenden Linienverkehrs, zu unterstützen. Wenn kein Taxiunternehmen vor Ort fährt, welches ein AST führen könnte, können Gemeindebusse in kleinen, sehr peripheren Gemeinden eingerichtet werden.

#### ***Projektbeispiele Gemeindebus: Ernsti-Mobil der Gemeinde Ernstbrunn und Gemeindebus Gerersdorf der Gemeinde Gerersdorf***

Die Projektbeispiele zeigen zwei Gemeinden, die einen Gemeindebus realisiert haben: Die Marktgemeinde Ernstbrunn (ca. 3.100 Einwohner) sowie die Gemeinde Gerersdorf (ca. 900 Einwohner). Beide Gemeinden hatten zum Ziel, die Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, auch Haus-zu-Haus-Transporte für verschiedenste Zwecke (z. B. Arztbesuch, Besuch von Veranstaltungen, Besorgungen etc.) sind dadurch innerhalb des Bedienungsgebietes möglich. In beiden Gemeinden wurde dazu ein Verein gegründet. Dies erlaubt die Beförderung von Vereinsmitgliedern. Die Landesregierung fördert Gemeindebusse beispielsweise durch die Zusammenstellung eines Versicherungspaketes, in dem alle Versicherungen enthalten sind, die für den Betrieb nötig bzw. empfehlenswert sind. Ehrenamtliche Fahrer übernehmen die verschiedenen Schichten vor Ort. In Ernstbrunn wird der Betrieb am Wochenende und an Feiertagen durch Gemeinderatsmitglieder gewährleistet. Der Gemeindebus Gerersdorf ist barrierefrei und behindertengerecht ausgestattet. Fahrtickets und Beitritts-erklärungen zum Verein sind in Ernstbrunn bei rund 40 Mobilitätspartnern erhältlich.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Rahmenumgebung und Förderung: Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung
- Gemeinden, die AST- oder Rufbus-Projekte initiieren und tragen, Gemeinderäte und Bürgermeister
- Vereinsmitglieder und ehrenamtliche Engagierte, z. B. für Fahrdienste
- Partner: Unternehmen, Einzelhandel, sonstige Institutionen

Durch die Unterstützung der Landesregierung von Gemeinden und Regionen im ländlichen Raum in Mobilitätsfragen entstehen zahlreiche Vernetzungen zwischen den Verwaltungsebenen. Auch vor Ort bilden sich zahlreiche Netzwerke durch die Projekte, beispielsweise durch die Gründung eines gemeinnützigen Vereins für den Gemeindebus oder durch Kooperationen mit Unternehmen und Einzelhandel für den Vertrieb der Fahrkarte, Mitgliedschaften und Spenden. Auch die Initiierung der Mobilitätszentralen weiterer Projekte, beispielsweise eines Schulgipfels, ermöglichen die Entstehung zahlreicher Kooperationen und Netzwerke.

### **Finanzierung**

Finanzierungsquellen der Gemeindebusse sind hauptsächlich Spenden (Privatpersonen und Unternehmen), Mitgliedsbeiträge und der Ticketverkauf. Das Land Niederösterreich fördert solche Mobilitätsangebote, beispielsweise durch Beratung und das Zusammenstellen eines Versicherungspaketes, in welchem alle Versicherungen enthalten sind, die für den Betrieb eines Gemeindebussystems nötig bzw. empfehlenswert sind. Alle laufenden Betriebskosten wie Steuern, Versicherung aber auch anfallende Wartungen und Instandsetzungen, Bewerbung und Administration werden durch die Vereine getragen.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Die Realisierung der Gemeindebusse in einigen Gemeinden zeigen den Erfolg. Seit der Einführung der Gemeindebusse steigen die Fahrgastzahlen. In Ernstbrunn stieg beispielsweise die Anzahl der verkauften Tickets jährlich, seit dem Start Ende 2011 wurden bereits 5.105 Tickets an Vereinsmitglieder verkauft.

Folgende Faktoren tragen zur Sicherung und Verbesserung der Mobilität in den ländlichen Regionen bei:

- **Strategischer Rahmen** der niederösterreichischen Landesregierung
- **Unterstützung** der Gemeinden durch die Landesregierung
- Hohes **ehrenamtliches Engagement**, durch Bürgermeister, Gemeinderäte sowie Bürgerinnen und Bürger, z. B. als freiwillige Fahrerinnen und Fahrer der Gemeindebusse
- Zahlreiche **Kooperationen**, z. B. im Ticketverkauf und der Initiierung weiterer Projekte
- das Annehmen und die **Nutzung** von Bürgerinnen und Bürgern

Eine Herausforderung wird es weiterhin sein, die Mobilität in peripheren Räumen nachhaltig zu sichern sowie das Engagement der ehrenamtlichen Helfer aufrecht zu erhalten oder sogar noch zu erhöhen.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum Thema Kleinräumige Mobilitätsangebote in Niederösterreich**

- Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung zu Kleinräumigen Mobilitätsangeboten, aufgerufen unter: <http://www.noel.gv.at/Verkehr-Technik/Oeffentlicher-Verkehr/Kleinraeumige-Mobilitaetsangebote-.html>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt Gemeinde Ernstbrunn zum Gemeindebus, aufgerufen unter: <http://www.ernstbrunn.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=222529618&detailonr=222529618>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt Gemeinde Gerersdorf zum Gemeindebus, aufgerufen unter: <http://www.gerersdorf.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=224318311&detailonr=224318311>, Zugriff 06.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Ao. Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Zibuschka: „Öffentlicher Verkehr in NÖ. Strategie und Maßnahmen“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.
- Vortrag und Präsentationsfolien Regina Rausch: „Mikro ÖV in Niederösterreich. Kleinräumige Mobilitätsangebote“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.
- Vortrag und Präsentationsfolien Herbert Wandl: „Gemeindebus Gerersdorf“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.
- Vortrag und Präsentationsfolien Horst Gangl: „Mikromobilität in der Marktgemeinde Ernstbrunn“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

### **3.1.4 Mobilitätszentrale: Unterstützung der Bürger und Gemeinden**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Analyse des niederösterreichischen Mobilitätsverhaltens sowie darauf aufbauende Strategien der niederösterreichischen Landesregierung***

Die Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung untersuchte das Pendlerverhalten der Niederösterreicher mittels Mobiltelefonen. Das Ergebnis zeigt, dass 1/3 der Pendler nach Wien pendeln, 1/3 in die Bezirkshauptorte und 1/3 differenziert. Darauf aufbauend wurden Strategien für die verschiedenen Pendlergruppen entwickelt, wie z. B. die Bahnhofsoffensive für Wienpendler oder die Mobilitätszentralen Niederösterreich für die Bezirkspendler.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Mobilitätszentralen als Ansprechpartner vor Ort und Kleinräumige Mobilitätsangebote***

Die Landesregierung ist durch die Mobilitätszentralen in den fünf niederösterreichischen Hauptregionen vor Ort für Gemeinden, Schulen, Institutionen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger präsent. Sie fungieren als Ansprechpartner in der Region und bieten im Bereich Mobilität Beratung, Service und Informationen für die verschiedenen lokalen Akteure an. Sie betreiben Qualitäts-, und Projektmanagement sowie Öffentlichkeitsarbeit.

#### ***Projektbeispiel Mobilitätszentrale: Mobilitätszentrale Waldviertel***

Die Schwerpunkte der Arbeit der Mobilitätszentrale im Waldviertel sind u. a. die Steigerung der Nutzung des Öffentlichen Verkehrs durch Erhöhung der Attraktivität sowie Verbesserung des Angebotes. Beispielsweise werden regionale Fahrplanhefte herausgegeben und Fahrplandialoge, Schulgipfel sowie Informationsveranstaltungen veranstaltet. Die Mobilitätszentrale im Waldviertel wurde 2013 in das Regionalmanagement integriert.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Rahmenumgebung und Förderung: Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung
- Mobilitätszentralen in den fünf Hauptregionen Niederösterreichs (Koordination von Verkehrsangeboten und die Beratung von Akteuren)
- Kommunen
- Bürgerinnen und Bürger
- Schulen
- Unternehmen, Einzelhandel, sonstige Institutionen

Durch die Unterstützung der Landesregierung von Gemeinden und Regionen im ländlichen Raum in Mobilitätsfragen entstehen zahlreiche Vernetzungen zwischen den Verwaltungsebenen. Auch vor Ort bilden sich zahlreiche Netzwerke durch die Projekte, beispielsweise durch die Gründung eines gemeinnützigen Vereins für den Gemeindebus oder durch Kooperationen mit Unternehmen und Einzelhandel für den Vertrieb der Fahrticket, Mitgliedschaften und Spenden. Auch die Initiierung weiterer Projekte durch die Mobilitätszentralen, beispiels-

weise eines Schulgipfels, ermöglichen die Entstehung zahlreicher Kooperationen und Netzwerke.

### **Finanzierung**

Die Personal- und Betriebskosten der Mobilitätszentrale trägt die Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten der niederösterreichischen Landesregierung. Zusätzlich steht für die Mobilitätszentrale Waldviertel ein Betrag von 10.000 € pro Jahr für die Umsetzung von Mobilitätsprojekten zur Verfügung. Die Gemeinden müssen keinen Beitrag zur Finanzierung der Mobilitätszentrale leisten, höchstens Projekte mitfinanzieren.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Die Initiierung zahlreicher Projekte der Mobilitätszentralen zeigen den Erfolg. Folgende Faktoren tragen zur Sicherung der Mobilität bei:

- **Strategischer Rahmen** der niederösterreichischen Landesregierung
- **Unterstützung** der Gemeinden durch die Landesregierung
- Zahlreiche **Kooperationen**
- das Annehmen und die **Nutzung** der Projekte von Bürgerinnen und Bürgern

Eine Herausforderung wird es weiterhin sein, die Mobilität in peripheren Räumen nachhaltig zu sichern sowie das Engagement der ehrenamtlichen Helfer aufrecht zu erhalten oder sogar noch zu erhöhen.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu Mobilitätszentralen in Niederösterreich**

- Internetauftritt Mobilitätszentralen, aufgerufen unter: <http://www.n-mobil.at/>, Zugriff 06.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Ao. Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Zibuschka: „Öffentlicher Verkehr in NÖ. Strategie und Maßnahmen“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.
- Vortrag und Präsentationsfolien Sonja Kreutzer: „Mobilitätszentralen Niederösterreichisch“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

### 3.1.5 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Niederösterreich in Deutschland nutzen

Folgende Erfahrungen aus den niederösterreichischen Ansätzen und Projekten können einen Mehrwert für deutsche Akteure im Bereich Daseinsvorsorge darstellen:

- **Übergeordnete Strategien und Unterstützungsleistungen** der Landesregierung stellen für Kommunen einen Mehrwert dar, etwa durch finanzielle oder fachliche Hilfe in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge,
- Zur Unterstützung von **regionalen integrierten Ansätzen** sowie der **interkommunalen Zusammenarbeit** auch im Bereich der Daseinsvorsorge gibt es durch das Regionalmanagement oder die Kleinregionen landesweit einheitlich institutionalisierte Organisationen,
- Maßnahmen zur Erhöhung der **Attraktivität von Orts- und Stadtzentren**, leisten einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- Kommunen erfahren bei ihren kommunalen Projekten als Vereinsmitglieder eine **unabhängige Unterstützung** durch Mitarbeiter des Vereins mittels Beratung und Begleitung, gleichzeitig werden die Kompetenzen vor Ort gestärkt,
- Das vorzufindende **große ehrenamtliche Engagement** trägt maßgeblich zur Projektrealisierung und langfristigen Erhaltung sowie zur Projektidentifikation und Nutzung bei,
- **Innovative Organisationsstrukturen**, wie z. B. die Vereinsform der Gemeindebusse, tragen zur Entwicklung und Realisierung neuer Möglichkeiten und guter Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge bei.

## 3.2 Kanton Graubünden, Schweiz

Der Kanton Graubünden liegt im Südosten der Schweiz. Mit einer Fläche von 7.105 km<sup>2</sup> ist er der flächenmäßig größte Schweizer Kanton. Er gliedert sich in elf Bezirke, 39 Kreise und 158 politische Gemeinden. Der Kanton hat rund 193.000 Einwohner. Die größten Gemeinden Graubündens sind der Hauptort Chur (ca. 34.000 Einwohner), Davos (ca. 11.000), Landquart (ca. 8.000), Domat/Ems (ca. 7.000) und St. Moritz (ca. 5.000).

Abbildung 14: Lage des Kantons Graubünden



**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Internetauftritt Wikimedia, aufgerufen unter:

[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Switzerland%2C\\_administrative\\_divisions\\_-\\_de\\_-\\_colored.svg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Switzerland%2C_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg), Zugriff 11.12.2013.

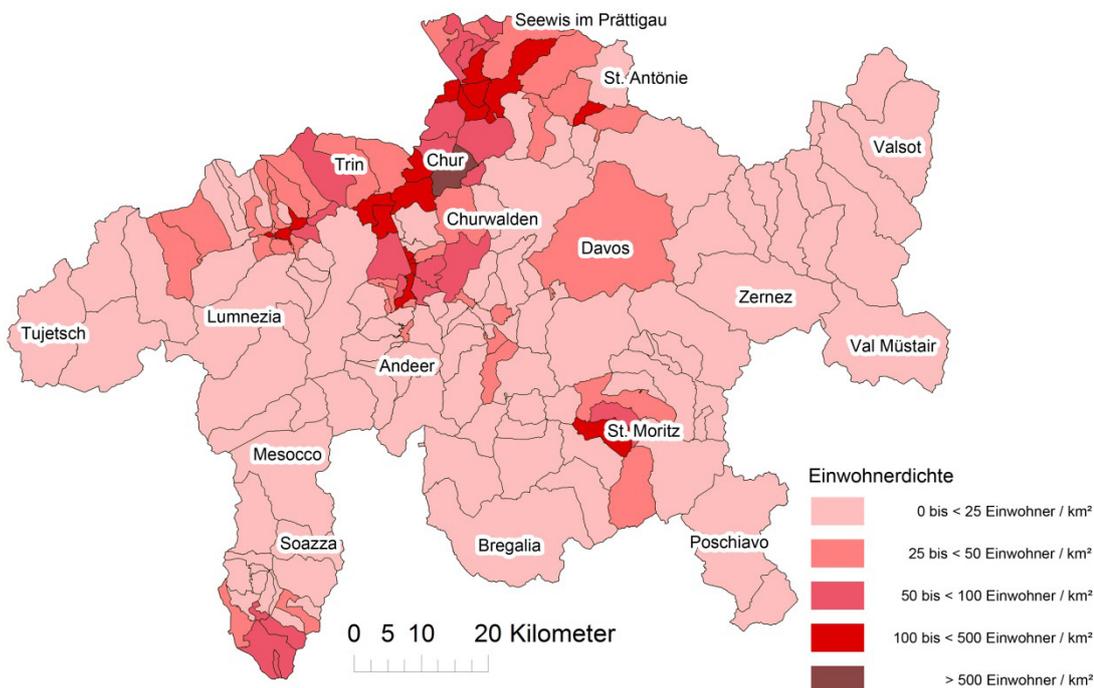
**Abbildung 15: Lage der Exkursionsziele in Graubünden**

**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Kartengrundlage:** Internetauftritt Google Maps, Zugriff 15.04.2014.

**Merkmale:**

- **Geringe Bevölkerungsdichte** (27 Einwohner/km<sup>2</sup>): Am dünnsten besiedelter Schweizer Kanton, auch im Vergleich mit den umliegenden Regionen der Schweiz, Österreichs, Deutschlands, Italiens und Frankreichs sehr dünn besiedelt und verfügt, gemessen an seiner Fläche, nur über wenige größere Siedlungen.<sup>143</sup> Es gibt regionale Unterschiede: Der nördliche Teil Graubündens weist vergleichsweise höhere Bevölkerungsdichtewerte auf als der hochalpin geprägte Süden.<sup>144</sup>

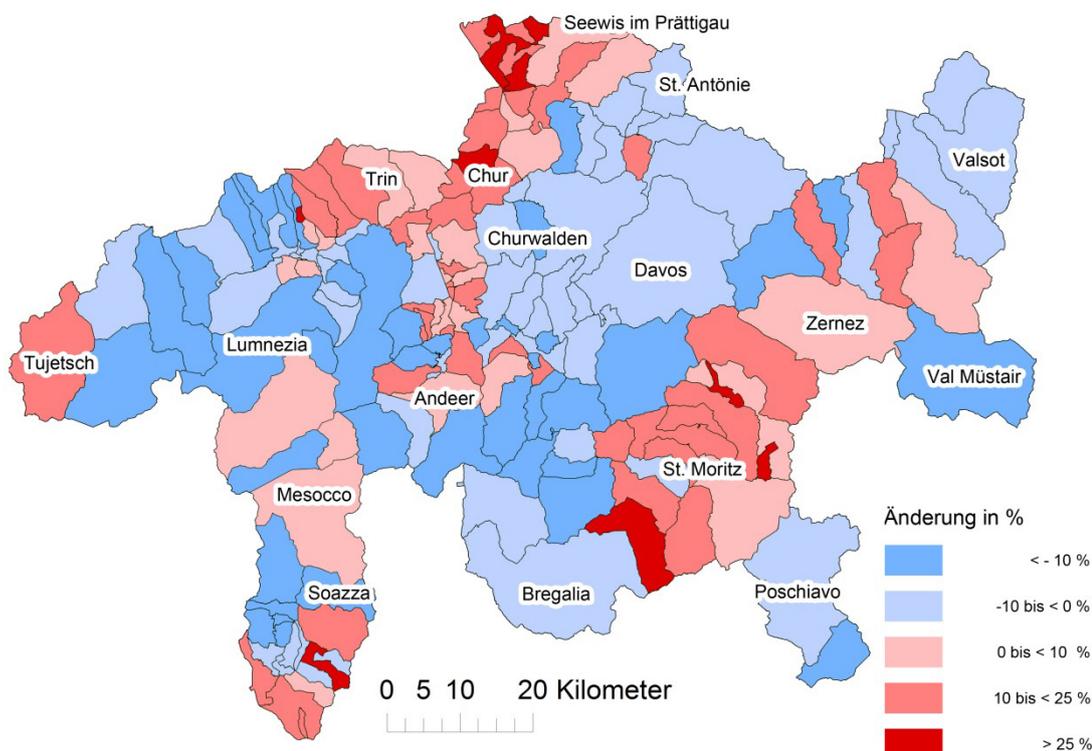
**Abbildung 16: Bevölkerungsdichte in den Gemeinden Graubündens im Jahr 2011**

**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden.

**Kartengrundlage:** GeoGR AG Geodatendrehscheibe Graubünden

- **Insgesamt Bevölkerungswachstum:** Im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich und auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. In den einzelnen Gemeinden ist eine sehr heterogene Entwicklung festzustellen: Insbesondere der Norden Graubündens konnte eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnen, während vor allem die Gemeinden im Zentralraum Graubündens Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten.<sup>145</sup>

**Abbildung 17: Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Graubündens 1996 bis 2011**

*Entwurf:* Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

*Quelle:* Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden.

*Kartengrundlage:* GeoGR AG Geodatendrehscheibe Graubünden

- **Überalterung der Bevölkerung**, insbesondere im ländlichen Raum.<sup>146</sup>
- **Unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**, im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt. Die wichtigste Bedeutung für die Beschäftigung haben die Bereiche Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, Handel, Baugewerbe und Gesundheits- und Sozialwesen. Eine nicht zu vernachlässigende Zahl der Beschäftigten ist in der Land- und Forstwirtschaft tätig.<sup>147</sup> Einige Gemeinden in Graubünden besitzen noch einen hohen Anteil an Beschäftigten im primären Sektor (zum Teil deutlich über 70%), wenngleich dies meist klassisch ländlich geprägte, kleine Gemeinden sind. Auffällig ist der hohe Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor in den touristisch geprägten Gemeinden.<sup>148</sup>
- **Nahezu keine Arbeitslosigkeit**, die Arbeitslosenquote lag in den letzten Jahren stets bei unter 2%.<sup>149</sup>

### **3.2.1 Potenzialarme Räume Graubünden – Umgang mit ungenutzten Potenzialen - Strategieentwicklung der Schweizer Kantone zur Unterstützung ländlicher Räume**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Neue Regionalpolitik als Anlass, Tourismusgeprägter Kanton, Abwanderung und wirtschaftliche Schrumpfung***

In einigen strukturschwachen Gebieten der schweizerischen Bergkantone sind Abwanderung und wirtschaftliche Schrumpfungsprozesse bereits extrem ausgeprägt. Im Rahmen der Umsetzung der Neuen Regionalpolitik, eines 2008 initiierten Schweizer Bundesprogramms zur Unterstützung des Berggebiets, des ländlichen Raums und der Grenzregionen bei der Bewältigung des Strukturwandels, forderte der Bund die betroffenen Kantone – hierunter auch den Kanton Graubünden – auf, spezifische Strategien für jene Gebiete zu entwickeln, in denen klassische Strukturpolitik nicht mehr greift. Ein Vorgehen zum Umgang mit peripheren, schlecht erreichbaren Räumen sollte erarbeitet werden.

Der Kanton Graubünden ist in 39 Kreise, 11 Bezirke, 14 Regionen und 146 Gemeinden gegliedert. Auf einer Fläche von 7.105 km<sup>2</sup> (17,2% der Gesamtfläche der Schweiz) wohnen 194.000 Menschen (2,4% der Schweizer Bevölkerung). Der Kanton hat ca. 87.000 Arbeitsplätze, mit einem hohen Anteil des Gast- und Baugewerbes. Der Tourismus spielt eine große Rolle, 17% aller Unternehmen und 15% aller Arbeitsplätze in Graubünden sind im Gastgewerbe angesiedelt. Die gesamte touristische Wertschöpfung pro Jahr beträgt ca. 3,3 Mio. CHF (rund 30% des kantonalen BIP).

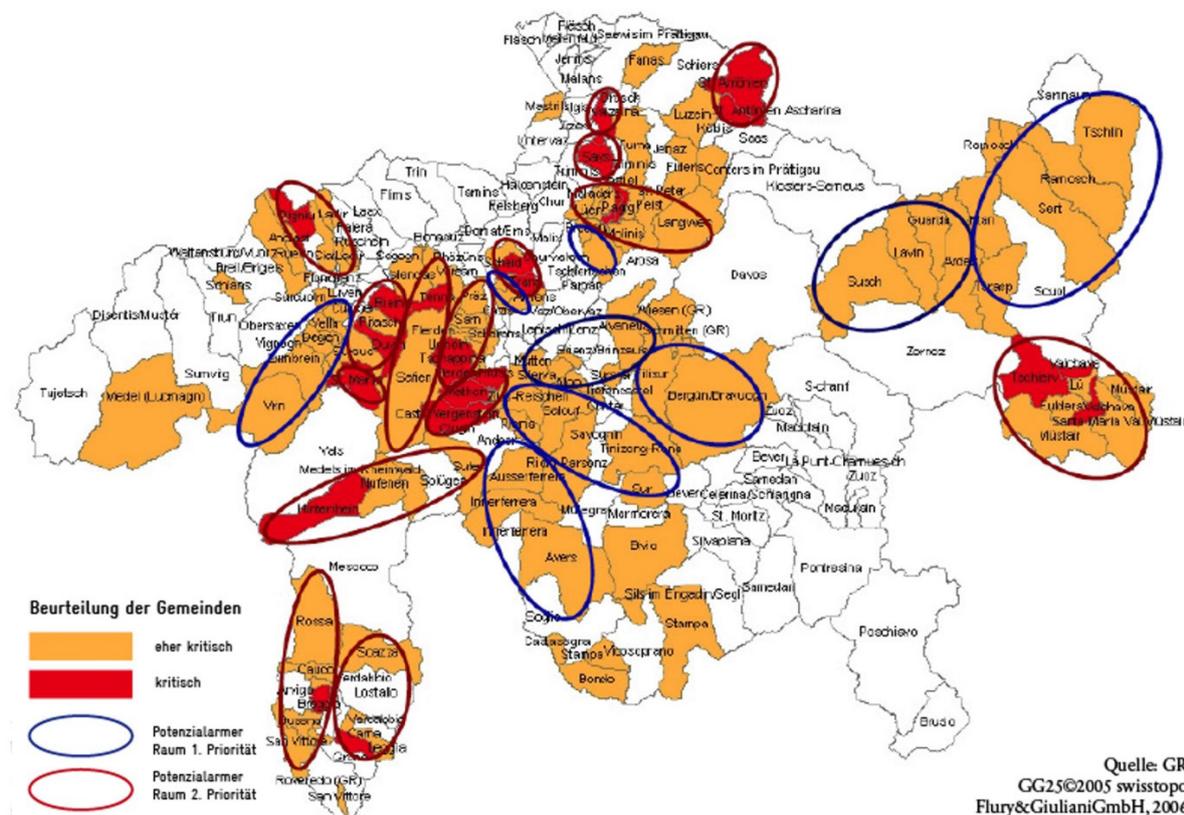
#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Festlegen von potenzialarmen Räumen sowie Erarbeitung von Strategien zum Umgang mit ungenutzten Potenzialen***

Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik erarbeitete der Kanton Graubünden eine Strategie „Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund“, deren Ergebnisse 2009 veröffentlicht wurden. Diese beinhaltet

- zunächst eine Analyse und Selektion bzw. Kategorisierung der Gemeinden und Identifizierung potenzialarmer Räume,
- die Erarbeitung einer (kantonalen) Strategie sowie
- Maßnahmen für die Umsetzung der Gesamtstrategie auch als Grundlage für einen effizienten Mitteleinsatz aller raumrelevanten Förderinstrumente.

Potenzialarme Räume wurden definiert als geographisch-topographisch abgrenzbare Räume, mit Gemeinden, die mittel- bis langfristig in ihrer (Über-)Lebensfähigkeit gefährdet sind. Mehrere Prozesse ergeben eine „Abwärtsspirale“. Dazu zählen beispielsweise eine negative Beschäftigungs- und Wertschöpfungsentwicklung, eine ungünstige Entwicklung der Altersstruktur bzw. Abwanderung, ein Abbau der Grundversorgungsleistungen und ungünstige Finanzkennzahlen. Alle Gemeinden des Kantons wurden aufgrund dieser Indikatoren untersucht. Als Ergebnis wurden kritische und eher kritische Gemeinden identifiziert. Basierend auf dieser Analyse wurden potenzialarme Räume erster und zweiter Priorität abgegrenzt, die jeweils mehrere Gemeinden umfassen. Diese Bildung größerer (funktionaler) Raumeinheiten, beispielsweise von Talschaften, bietet in der Strategieentwicklung mehr Chancen zur Hebung ungenutzter Potenziale.

Abbildung 18: Potenzialarme Räume in Graubünden



**Quelle:** Internetauftritt Avenir Suisse, aufgerufen unter: <http://www.avenir-suisse.ch/wp-content/uploads/2012/02/potenzialarme-Räume.png>, Zugriff: 20.02.2014

Ziel war die Entwicklung realistischer Strategien, um Schrumpfungsprozesse zu steuern, Gebiete zu stabilisieren und wirtschaftliche Potenziale zu schaffen bzw. zu aktivieren. Durch Strategien und Maßnahmen soll eine Trendumkehr in Wachstum oder ein Trendbruch in Stabilisierung erreicht werden. Vor allem soll die Nutzung endogener, insbesondere regionalwirtschaftlicher Potenziale gefördert werden.

Potenziale können beispielsweise in den Bereichen Tourismus, Ansiedlung von Unternehmen, Infrastruktur, Bildung und Energie bestehen.

#### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke**

- Projektsteuerung: Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden
- Projektbearbeitung: Prozesssteuerung Brugger und Partner AG und fachliche Erarbeitung Flury&Giuliani GmbH

Der Kanton Graubünden arbeitete bei diesem Projekt mit den Gemeinden des Kantons zusammen. Dazu zählten Gemeindevertreter, lokale Akteure der Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung sowie Bürgerinnen und Bürger.

## **Finanzierung**

- Kanton Graubünden

## **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Die kantonsweite Erarbeitung von Plänen und die Entwicklung von Konzepten stellt einen Anstoß für die regionale Entwicklung dar. Erfolgsfaktoren für dessen Umsetzung sind

- die Eigeninitiative vor Ort, nicht auf Tätigwerden des Kantons warten,
- die Verantwortung vor Ort,
- eine aktive Mitarbeit der Regionen, durch Begleitung und Unterstützung der Kantonsregierung,
- aktive Akteure vor Ort, die Projekte mittragen und umsetzen,
- Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Entwicklung, dafür werden die fähigsten Köpfe in den Talschaften benötigt,
- markt- und exportorientierte Betrachtungsweise.

Die Strategie stellt einen Beitrag zu einem konstruktiveren Umgang mit Schrumpfungprozessen dar und dient einer wirkungsvollen, zielgenauen Entwicklung von Förderstrategien und einem effektiven Mitteleinsatz der begrenzten Mittel für Strukturpolitik und Service public. In der Bevölkerung wurde die Vorgehensweise des Projektes kontrovers diskutiert, vor allem in den betroffenen Gebieten. Auch die mediale Beachtung war groß. Insgesamt lässt sich feststellen, dass ein notwendiger Diskussionsprozess in Gang gebracht und eine Aufbruchsstimmung erzeugt werden konnte. Es wurden keine schnellen Lösungen erzielt, aber der Bericht war eine gute Grundlage für nachfolgende Aktivitäten.

### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu „Potenzialarmen Räumen“**

- Studie zu Potenzialarmen Räumen, aufgerufen unter:  
[https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Handlungsmoeglichkeiten\\_und\\_Strategien\\_von\\_Kanton\\_und\\_Bund\\_2006.pdf](https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Handlungsmoeglichkeiten_und_Strategien_von_Kanton_und_Bund_2006.pdf), Zugriff 11.08.2014.
- Brugger und Partner AG (BHP), Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Flury & Giuliani GmbH – Agrar- und regionalwirtschaftliche Beratung (Hrsg.) (2006): Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund, Zürich.
- Vortrag und Präsentationsfolien Michael Caffisch: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### 3.2.2 Bus alpin zur Schließung der letzten Meile im ÖPNV

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Jedes Dorf mit mehr als 100 Personen an ÖPNV angebunden, Orts- und Freizeitverkehr nicht abgeltungsberechtigt***

Der öffentliche Verkehr in der Schweiz sieht als Grundversorgung in der Abgeltungsverordnung vor, dass jedes Dorf mit mehr als 100 Personen ganzjährig mit mindestens vier Verbindungen täglich versorgt wird. Die Abgeltung durch Bund und Kantone erfolgt dabei nach dem Bestellprinzip. Weitere Kriterien sind mindestens 32 transportierte Fahrgäste pro Tag und eine minimale Wirtschaftlichkeit. Der Orts- und Freizeitverkehr sind laut Abgeltungsverordnung nicht abgeltungsberechtigt, eine Ausnahme bildet beim Ortsverkehr der Agglomerationsverkehr. Einige touristisch interessante Strecken werden von Postauto Schweiz AG freiwillig ohne Abgeltungen erschlossen, jedoch wird ein Zuschlag erhoben. Einige touristische interessante Region, die nicht abgeltungsberechtigt sind, sind daher nicht oder nur schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Bus alpin fördert ÖPNV und schließt die „letzte Meile“***

Bus alpin erschließt attraktive Ausflugsziele mit dem öffentlichen Verkehr, um diesen insgesamt sowie den Tourismus zu stärken. Damit der Bus ausreichend genutzt wird, ist die Verknüpfung mit dem Tourismus bedeutend. Dadurch können auch die vorgelagerten Verkehre profitieren, sodass die ganze Linie gestärkt wird. Der Verein Bus alpin verknüpft somit die Themen ÖPNV und Tourismus und schließt die „letzte Meile im ÖPNV“, insbesondere zu touristischen Zielen. Er fördert solche öffentlichen Verkehrsangebote zu touristischen Ausflugszielen in den Berggebieten, die nicht von öffentlichen Abgeltungen profitieren können. Bus alpin leistet durch die verbesserte ÖV-Erschließung auch dieser kleinen Ortschaften einen Beitrag zur Steigerung der touristischen Attraktivität der Mitgliedsregionen sowie eine bessere ÖPNV Anbindung. Dadurch wird die regionale Wertschöpfung erhöht. Gleichzeitig wird ein Umsteigeeffekt vom Auto auf den ÖV angestrebt. Die Mitgliedsregionen werden von Bus alpin bei Angebotsentwicklung, Betriebsaufbau, Vermarktung und Finanzierung der ÖV-Angebote unterstützt. Bislang nehmen elf Schweizer Regionen an Bus alpin teil. Diese verteilen sich über das ganze Bundesgebiet. In Graubünden ist die Region Naturpark Beverin Mitglied im Verein und trägt somit zur verkehrlichen Anbindung der elf Parkgemeinden und ihrer insgesamt vier Täler bei.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

Nationale Träger des Vereins sind die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), ein Verein, der sich für die Interessen der Berggebiete einsetzt, der Schweizer Alpen-Club SAC, der den umweltverträglichen Bergsport fördert, der VCS Verkehrs-Club der Schweiz sowie das PostAuto Schweiz AG. Weitere Sponsoren und Partner sind z. B. die Schweizer Berghilfe und der Verband Schweizer Wanderwege. 2008 wurde die Interessensgemeinschaft Bus alpin gegründet und am 8. April 2011 schließlich der „Verein für die öV-Erschließung touristischer Ausflugsziele im Schweizer Berggebiet“ Bus alpin. Weitere Akteure in den verschiedenen Regionen sind die Kantone, Gemeinden, Tourismusverbände, Naturpärke und touristische Leistungserbringer.

Zahlreiche Kooperationen und Netzwerke haben sich gebildet: Der Verein Bus alpin an sich sowie durch die aktive Zusammenarbeit der beteiligten Akteure (Institutionen, Kantone, Ge-

meinden, Tourismusverbände und touristische Leistungserbringer) zu den jeweiligen Projektrealisierungen.

### **Finanzierung**

Die Kosten reichen jährlich je Region von 30.000 bis 70.000 CHF. Die Einnahmen aus dem Ticketverkauf decken 30 bis 90% der Kosten. Das restliche Geld muss durch Geldgeber und Sponsoren gedeckt werden. Somit sind regionale Sponsoren wichtig.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Jährlich hat Bus alpin rund 20.000 Fahrgäste. Im Jahr 2007 erhielt das Projekt den Innovationspreis öffentlicher Verkehr (Preisausschreibung des Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), des Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verbandes (SEV) sowie des Verbandes öffentlicher Verkehr (VÖV)).

Maßgebliche Faktoren, die zum Projekterfolg beitragen, sind

- das **Zusammenbringen von touristischen Angeboten mit Angeboten des öffentlichen Verkehrs,**
- **starke regionale Verankerung,** durch Trägerschaft bei Gemeinden oder Naturparks sowie
- **starke nationale Partner,** durch die die nationale Ausstrahlung, des Modells gewährleistet und die Übertragbarkeit ermöglicht wird.

Eine Fahrgastbefragung aus dem Pilotprojekt in den Jahren 2006 und 2007 verdeutlichte folgende Erfolgsfaktoren:

- Zusätzliche regionale Wertschöpfung jährlich circa ein bis zwei Millionen Franken,
- 30% der Fahrgäste sind Umsteigerinnen und Umsteiger vom Auto.

Weitere Herausforderungen bestehen in der Erhaltung der Attraktivität bestehender Linien sowie die Realisierung zusätzlicher Linien.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum Bus alpin**

- Internetauftritt Bus alpin, aufgerufen unter: <http://www.busalpin.ch/>, Zugriff 11.08.2014.
- Internetauftritt Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter: <http://www.sab.ch/Bus-alpin.878.0.html>, Zugriff 11.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Egger: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### 3.2.3 Nationalparkregion – Gesundheitsregion - Verbindung von Gesundheit und Tourismus im Unterengadin

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Natur- und Kulturlandschaft, Tourismus und medizinische Versorgung***

Der Schweizer Nationalpark, genannt „Nationalparkregion“ umfasst das Unterengadin und das Val Müstair. Der Region gehören 11 Gemeinden an und sie hat knapp 8.500 Einwohner. Die Bruttowertschöpfung der Region beträgt 770 Mio. CHF, wobei eine starke Abhängigkeit vom Tourismus festzustellen ist. Zahlreiche Hotels und Ferienwohnungen stellen über 11.500 Betten zur Verfügung und kommen insgesamt auf 1,2 Mio. Übernachtungen pro Jahr. Touristisch attraktiv ist die Region sowohl in den Winter- als auch in den Sommermonaten, es gibt rund 340 Pistenkilometer, zahlreiche (Winter-)Wanderwege und Bike-Wege. Die Region zeichnet sich durch ihre Natur- und Kulturlandschaft, der naturnahen Landwirtschaft, und ihrer (Tourismus-)Infrastruktur aus.

Für die Region bestehen zahlreiche Herausforderungen im Bereich Medizin:

- zunehmende **Spezialisierung** bei gleichzeitigem Fachkräftemangel,
- steigender **Kostendruck**,
- abnehmende **Hausarztichte** in den Randregionen,
- zunehmende **Anspruchshaltung** im Tourismus,
- zunehmende **Überalterung**,
- zunehmende **Morbidität**.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Nationalparkregion – Gesundheitsregion - Förderung des Tourismus sowie der medizinischen Grundversorgung***

Um bestehende Potenziale im Bereich Gesundheit und Tourismus zu nutzen, wurde das Projekt „Nationalparkregion – Gesundheitsregion“ initiiert. Es sollen durch innovative Verbindungen der beiden Bereiche Synergien geschaffen, bestehende Angebote erhalten und neue Angebote geschaffen werden. Somit können bestehende Gästesegmente gesichert sowie neue erschlossen werden, wodurch eine regionale Wertschöpfung entstehen kann. Eine Partizipation am wachsenden Gesundheitsmarkt ist somit möglich und es können auch in touristisch nachfrageschwachen Zeiten Angebote geschaffen werden. Zudem soll eine langfristig tragbare Gesundheitsversorgung der einheimischen Bevölkerung gesichert werden, beispielsweise profitiert das Spital von dieser Entwicklung und kann erhalten werden.

Das Projekt gliedert sich in mehrere Phasen. 2011 begann die erste Phase mit einer Vorprüfung und Projekteinreichung. Die zweite Phase ging bis Ende 2012. Es wurde ein Strategieprozess mit allen Schlüsselakteuren durchgeführt sowie ein Projektportfolio entwickelt und terminiert. In der dritten Phase, von 2012 bis 2015, werden die Projekte realisiert und vermarktet. Zudem erfolgen ein Projektmonitoring, eine wissenschaftliche Aufarbeitung sowie die Erarbeitung eines Schlussberichts. Die Betriebsphase erfolgt ab Ende 2015.

Verschiedene Angebotssparten werden verfolgt, zu denen jeweils Projektideen entwickelt und einige bereits verwirklicht wurden.

- **Thema Gesundheit:** Workshops und Bildungsangebote, im Fokus steht eine umfassende Kongressorganisation (Logistik, Verpflegung, Sponsoren, Unterkunft, Referenten, Rahmenprogramm, Teilnehmer/Begleitpersonen).
- **Primärprävention und Leistungsfähigkeit:** Vortrags- und Exkursionsreihen, Anreicherung des Gästeprogrammes mit Vorträgen, Führungen und Exkursionen zu Themen wie z. B. Vortragsserie Schüssler Salze, Führung Kräuter und Heilpflanzen; Gesundheitsprävention und Selbsterfahrung, z. B. 7-Tageswanderung auf der Via Engiadina mit integrierten Gesundheitsdienstleistungen.
- **Sekundär-/Tertiärprävention:** Ferien für Gäste mit Pflegebedarf und deren Angehörige, bei denen ein Pflegedienst in der Region die Pflege übernimmt und in die Ferienwohnung kommt; Gluten-/ -laktosefreie Erholung, sowohl in den Beherbergungsbetrieben und Restaurants als auch in Lebensmittelgeschäften.
- **Rehabilitation:** Psycho-onkologische Reha, im Hotel Velvedere einige Zimmer als Spitalzimmer ausgestattet, für Erholung im Ferienumfeld.
- **Heilung und Linderung:** Muskulo-skelettale Rehabilitation.

### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

Das Projekt „Nationalparkregion-Gesundheitsregion“ wurde initiiert von der Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, der Universität St. Gallen und vom "Center da sandà Engiadina Bassa" (Gesundheitszentrum Unterengadin), in der wichtige regionale Anbieter der Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung sowie Wellness vereint sind.

Zahlreiche Akteure arbeiten zur Projektrealisierung zusammen, sowohl aus dem Tourismusbereich als auch dem medizinischen Bereich. Dazu gehören die Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, Hotels, Restaurants und der Einzelhandel. Universitäten, das örtliche Krankenhaus, Ärzte und Pflegedienste.

### ***Finanzierung***

Die Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG hat jährlich rund 5 Mio. Euro zur Verfügung. 4,5 Mio. sind fest durch öffentliche Gelder, wie Kurtaxe und Tourismusabgabe der Betriebe. Rund 1 Mio. CHF sind selbst finanziert, durch Verkaufserlöse etc.

Die Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, die Universität St. Gallen und das "Center da sandà Engiadina Bassa" tragen die Projektsumme von 1,4 Mio. und werden zusätzlich durch Bund und Kanton im Rahmen der Neuen Regionalpolitik finanziell unterstützt.

### ***Erfolgsfaktoren und Herausforderungen***

Die verschiedenen Teilprojekte sind mehrheitlich in vermarktungsfähige Produkte umgesetzt, die Schaffung einer Marke „Nationalparkregion – Gesundheitsregion“ unter dem Markendach Graubünden ist umgesetzt und wird weiterentwickelt. Weitere neue Angebote sollen in diesem Bereich geschaffen werden. Durch die neuen Angebote profitieren auch andere Da-

seinsvorsorgebereiche, wie z. B. die Nahversorgung. Es gilt nun die Vermarktung der entstandenen Angebote weiter zu intensivieren.

Auch im Daseinsvorsorgebereich Medizin ist eine Zunahme der Angebote zu verzeichnen, beispielsweise durch Sprechstunden für Onkologie, HNO, Augenheilkunde und Neuropädiatrie sowie eine Zunahme der Patientenzahlen. Es konnten 47 neue Vollzeitstellen geschaffen werden, was einem Plus von 28% entspricht und die **Gewinnung von Fachkräften** fällt leichter.

Als Erfolgsfaktoren des Projektes wurden herausgestellt:

- Tragfähige Projektarchitektur,
- Schrittweise Innovation statt großen Würfeln,
- Langfristige Projektanlage und (personelle) Kontinuität,
- Fokussierung und Priorisierung,
- Herstellen von Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit in den Arbeitsgruppen,
- Intensive Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren,
- Kreativität.

#### Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zur „Naturparkregion – Gesundheitsregion“

- Internetauftritt Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, aufgerufen unter: [www.engadin.com/gesundheit](http://www.engadin.com/gesundheit), Zugriff 12.08.2014.
- Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: [http://www.cseb.ch/download/Cseb-de\\_filebase/AttachmentDocument/Allegra-Nationalparkregion.pdf](http://www.cseb.ch/download/Cseb-de_filebase/AttachmentDocument/Allegra-Nationalparkregion.pdf), Zugriff 12.08.2014.
- Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: <http://www.cseb.ch/Cseb-de/Home>, Zugriff 12.08.2014.
- Tagungsband „Zukunftsorientierte Lösungsansätze zur Sicherung der Grundversorgung“ der Schweizer Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter: [http://www.sab.ch/uploads/media/ST226\\_GrundversorgungFT\\_09.2014.pdf](http://www.sab.ch/uploads/media/ST226_GrundversorgungFT_09.2014.pdf), Zugriff 08.10.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Urs Wohler: „Nationalparkregion Gesundheitsregion“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### **3.2.4 Schule im alpinen Raum – Erfolgsfaktoren zum Erhalt von kleinen Schulen im alpinen ländlichen Raum sowie innovative didaktische Konzepte**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Sinkende Schülerzahlen und Rückgang von Schulstandorten***

Sinkende Schülerzahlen und bildungspolitische Entwicklungen stellen den Kanton Graubünden, vor allem in ländlich geprägten Gebieten, vor große Herausforderungen. Dies veranlasst u. a. Schulzusammenschlüsse und Umstrukturierungen. Den Gemeinden kommt hier eine wichtige Aufgabe zu, da sie für den Bereich Schulwesen zuständig sind. Gerade im ländlich alpinen Raum gibt es viele kleine und zum Teil sehr kleine Schulen. Laut Schulgesetz des Kantons Graubünden hat eine kleine Schule weniger als zehn Abteilungen, wobei eine Abteilung einer Schulklasse entspricht und die kleinste organisatorische Einheit des Schulsystems ist. Festgelegt ist ebenfalls die Mindestschülerzahl pro Abteilung. Sie beträgt in der **Primarschule und im Kindergarten mindestens fünf Schülerinnen und Schüler, in der Realschule sieben und in der Sekundarschule zehn**. Gemeinden erhalten eine Zusatzpauschale zur Finanzierung, wenn der Weg für Schülerinnen und Schüler zum nächsten Schulstandort zu weit ist. Das Projekt definiert zusätzlich kleine Schulen als Schulen, die auf Grund der geringen Schülerzahl Mehrjahrgangsklassen führen.

Insbesondere die Kleinschulen in peripheren Gebieten sind durch den Schülerrückgang gefährdet und ein Rückgang an Schulträgerschaften und Schulstandorten ist zu verzeichnen. Dies hat nicht nur Folgen für Schülerinnen und Schüler, die längere Schulwege zurücklegen und sich an ändernde Tagesstrukturen anpassen müssen, sondern auch für Lehrerinnen und Lehrer, die kleinere Klassen und Mehrjahrgangsklassen unterrichten, wenig kollegialen Austausch haben und evtl. auch die Doppelrolle Schulleitung und unterrichtender Lehrer erfüllen müssen. Auch die Dörfer sind von den Folgen betroffen, da die Schule identitätsstiftend wirkt, ein zentrales Element der Dorfstruktur ist und den Zusammenhalt dörflicher Gemeinschaften unterstützt. Sie kann zum Bleiben junger Familien beitragen. Bei der Wahl des Wohnortes spielen für Familien mit Kindern das Angebot und der Ruf der Schule eine zentrale Rolle. In Graubünden gewinnen Mehrjahrgangsstufen an Bedeutung sowie kommunale Kooperationen, um Synergien zu nutzen. Das Projekt bezieht sich auf die Schweizer Kantone St. Gallen und Graubünden im Osten der Schweiz sowie auf das im Süden gelegene Wallis. Außerdem nimmt das österreichische Bundesland Vorarlberg an der Untersuchung teil. Die beteiligten Schulen liegen alle im ländlich-alpinen Raum.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: „Schule im alpinen Raum“ untersucht Erfolgsfaktoren kleiner Schulen und innovative didaktische Konzepte***

Das Forschungsprojekt „Schule im alpinen Raum I“ untersuchte in den Jahren 2009 bis 2011 die Bedeutung und Entwicklungschancen kleiner Schulen in Dörfern im ländlichen, alpinen Raum. Die Daten wurden anhand von Fragebögen und Interviews gewonnen und bilden die Grundlage der Ergebnisse und Aussagen. Darauf aufbauend wird mit „Schule im alpinen Raum II“ die Forschung in den Jahren 2012 bis 2015 fortgesetzt. Untersuchungsgegenstand sind die Arbeitsbedingungen von Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern an kleinen Schulen sowie die dort entwickelten innovativen didaktischen Konzepte.

### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke „Schule im alpinen Raum I“**

Am Projekt „Schule im alpinen Raum I“ waren die Pädagogischen Hochschulen Vorarlberg, Graubünden, St. Gallen und Wallis beteiligt. Die Projektkoordination oblag der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg. Die Pädagogische Hochschule Graubünden untersuchte dabei die Erfolgsfaktoren der Entwicklung kleiner Schulen. Insgesamt waren 53 Grund- und Oberstufenschulen am Projekt beteiligt, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. Auch bei dem Folgeprojekt „Schule im alpinen Raum II“ waren die Pädagogischen Hochschulen Vorarlberg, Graubünden und St. Gallen Hauptakteure.

Eine Hochschulkooperation arbeitet gemeinsam an den Fragestellungen. Die hieraus entstandenen Ergebnisse können Schulstandorte in vielen ländlichen Regionen nutzen.

Zudem entstand ein Netzwerk durch die Zusammenarbeit mit den untersuchten Schulen. Innovative Beispielprojekte können herausgestellt werden, um so Nachahmer zu finden und weitere Ideen zu entwickeln. Auch die Schulen untereinander kooperieren, indem beispielsweise Lehrer in mehreren Schulen eingesetzt werden. Gemeindeübergreifende Ansätze gewinnen zunehmend an Bedeutung.

### **Finanzierung**

- INTERREG IV-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- Schule im alpinen Raum I wurde zusätzlich vom Kanton Wallis finanziell unterstützt.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen innovativer kleiner Schulen und didaktischer Konzepte**

Das Projekt stellte fest, dass meist strukturelle Probleme wie z. B. sinkende Schülerzahlen, Ursachen für einen Schulentwicklungsprozess in ländlichen Gemeinden sind. Mit einem solchen Prozess wollen die Akteure die Schule im Dorf halten, da sie dazu beiträgt, dass (junge) Familien im Ort wohnen bleiben und somit auch für die weitere Ortsentwicklung eine wesentliche Rolle spielt. Neben einem professionellen Projekt- und Zeitmanagement identifizierte das Forschungsprojekt u. a. folgende Erfolgsfaktoren zum **Erhalt kleiner Schulen** und insbesondere für deren **Entwicklungsprozess**:

- **Alle Beteiligten**, sowohl Lehrer als auch Eltern und Einwohner der Gemeinde, sind in den Prozess **einzubeziehen**. Dadurch können Widerstände abgebaut und Vorbehalte geklärt werden.
- Eine gute **Kommunikation** zwischen allen Akteuren und Beteiligten des Entwicklungsprozesses sowie eine transparente Informationspolitik untereinander und mit der Bevölkerung tragen zum Gelingen bei.
- In einer **Arbeitsgruppe** zur Planung und Steuerung des Prozesses, sollten verschiedene Akteure beteiligt sein, wodurch die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse gewährleistet wird.
- Eine **fachliche Begleitung** sowie externe Beratung unterstützt den Prozess, da die Arbeit äußerst komplex ist.

- Durch **Evaluationen** werden der Prozess und seine Zielerreichung überprüft und neue Aufgaben und Ziele definiert. Somit wird die Weiterentwicklung fortwährend unterstützt.

Zudem werden die Entwicklungschancen erhöht, wenn der Prozess frühzeitig und mit professioneller Begleitung gestartet wird und nicht erst wenn die Schule akut gefährdet ist. Dabei sollten die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperationen positiv diskutiert werden.

Es wurden die Arbeitsbedingungen sowie die didaktische Gestaltung des Unterrichts in kleinen Schulen untersucht, um innovative didaktische Konzepte zu ermitteln. Es konnten mehrere Trends abgeleitet werden, wie etwa

- eine **verstärkte Bedürfnisorientierung**, in der vermehrt auf individuelle Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler geschaut wird,
- eine **Professionalisierung der Schulführung**, bei der nicht nur das Verwalten, sondern das pädagogisch Entwickeln der Schule im Vordergrund steht und
- eine **kooperative Arbeits- und Lernkultur**, in der Schülerinnen und Schüler lernen zusammen zu arbeiten und zu kooperieren.

Ein weiterer Erfolg stellt die Qualitätssicherung in den kleinen Schulen dar. Beispielsweise kann eine Dreisprachigkeit im Unterricht realisiert werden. Gleichzeitig stellt dies eine Herausforderung für die Zukunft dar. Weitere Herausforderungen stellen sinkenden Schülerzahlen und der Umgang mit den bildungspolitischen Entwicklungen dar.

#### Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu Schule alpin I und II

- Internetauftritt Schule alpin I, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/aktuelles.html>, Zugriff 12.08.2014.
- Internetauftritt Schule alpin II, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/>, Zugriff 12.08.2014.
- Internetauftritt Schule alpin, aufgerufen unter: [http://www.schulealpin.ch/assets/files/FHNW\\_Kongress\\_2014\\_Vortrag\\_SchuleAlpin%20%282%29.pdf](http://www.schulealpin.ch/assets/files/FHNW_Kongress_2014_Vortrag_SchuleAlpin%20%282%29.pdf), Zugriff 12.08.2014
- Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Ursina Kerle: „Schulische Versorgung in Graubünden - Unterengadin“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### 3.2.5 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Graubünden in Deutschland nutzen

Folgende Erfahrungen aus den Ansätzen und Projekten Graubündens können einen Mehrwert für deutsche Akteure im Bereich Daseinsvorsorge darstellen:

- Eine **kritische und ehrliche Auseinandersetzung und Gesamtbetrachtung der Region** sowie der Anstoß einer ehrlichen Diskussion, wie dies im Rahmen der „Potentialarmen Räume“ geschah, führt zur Sensibilisierung und weitergehenden Beschäftigung der lokalen Akteure mit dem Thema Daseinsvorsorge
- Ein möglichst **frühzeitiges strategisches Vorgehen**, sowohl in übergeordneten Regionalstrategien als auch in fachlichen Ansätzen, erlauben eine zukunftsfähige Entwicklung der Daseinsvorsorge,
- (persönliche) **Kontinuität** bei der Bearbeitung und Beschäftigung eines Themas führt zur Realisierung von Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- **Flexible Gestaltungsspielräume** ermöglichen fachlichen Ansätzen die Sicherung der Daseinsvorsorge, beispielsweise unterschreiten die Schulgrößen deutlich die in Deutschland geltenden Mindeststandards und zeigen, dass sich daraus zwar auch Herausforderungen für Qualität und Finanzierung ergeben, diese aber durch Kooperationsansätze gelöst werden können.
- durch die **Verbindung verschiedener Themenbereiche** können neue Angebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge entwickelt werden, beispielsweise durch die Verknüpfung des Themas Tourismus mit dem Thema Gesundheit oder Mobilität,
- Projekterfolge zeichnen sich aus durch
  - ein Vorgehen in kleinen Schritten,
  - die Zusammenarbeit verschiedener Akteure,
  - Kommunikation,
  - Kreativität,
  - Persönlichkeiten und persönliche Kontakte.

### 3.3 Autonome Provinz Südtirol, Italien

Die autonome Provinz Bozen-Südtirol liegt im äußersten Norden Italiens. Zusammen mit der südlich benachbarten Provinz Trient bildet sie die Region Trentino-Südtirol. Südtirol besitzt eine Fläche von 7.400 km<sup>2</sup> und gliedert sich in acht Bezirksgemeinschaften und 116 Gemeinden. In Südtirol leben 510.000 Menschen. Die wichtigsten Städte Südtirols sind die Hauptstadt Bozen (rund 103.000 Einwohner), Meran (37.000), Brixen (21.000), Leifers (17.000) und Bruneck (15.000).

**Abbildung 19: Lage der Autonomen Provinz Bozen (Südtirol) in Italien**



**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Internetauftritt Wikipedia, aufgerufen unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:South\\_Tyrol\\_in\\_Italy.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:South_Tyrol_in_Italy.svg), Zugriff 02.12.2013.

Abbildung 20: Lage der Exkursionsziele in Südtirol

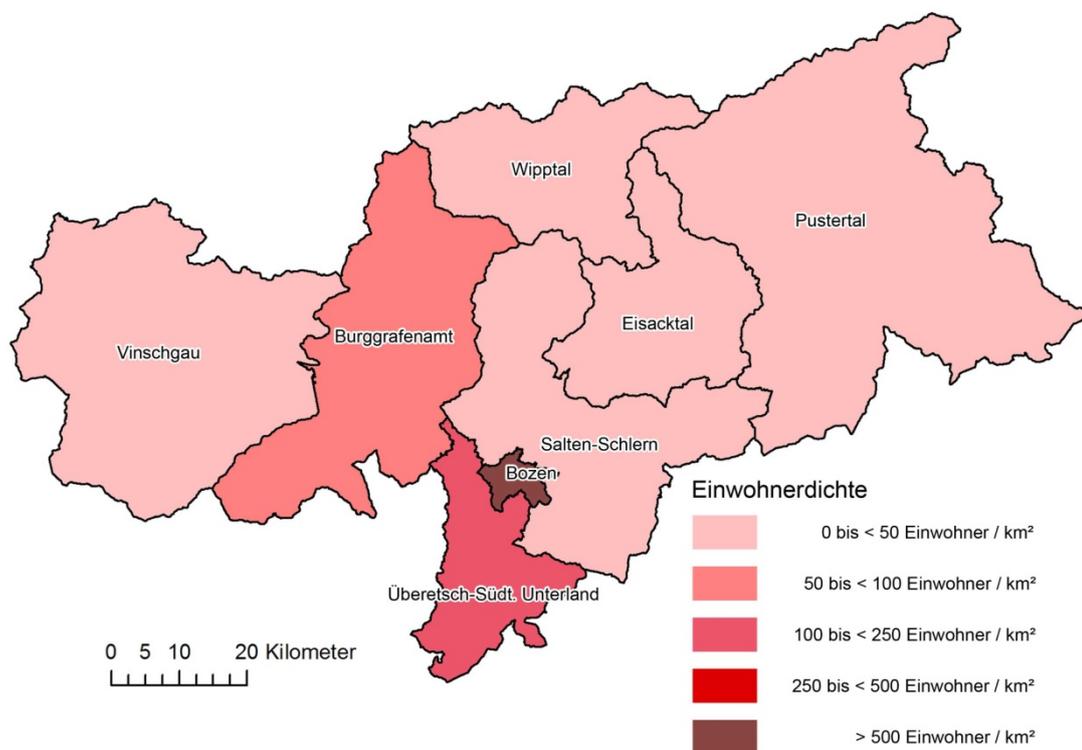


**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Kartengrundlage:** Internetauftritt Google Maps, Zugriff 15.04.2014.

Merkmale:

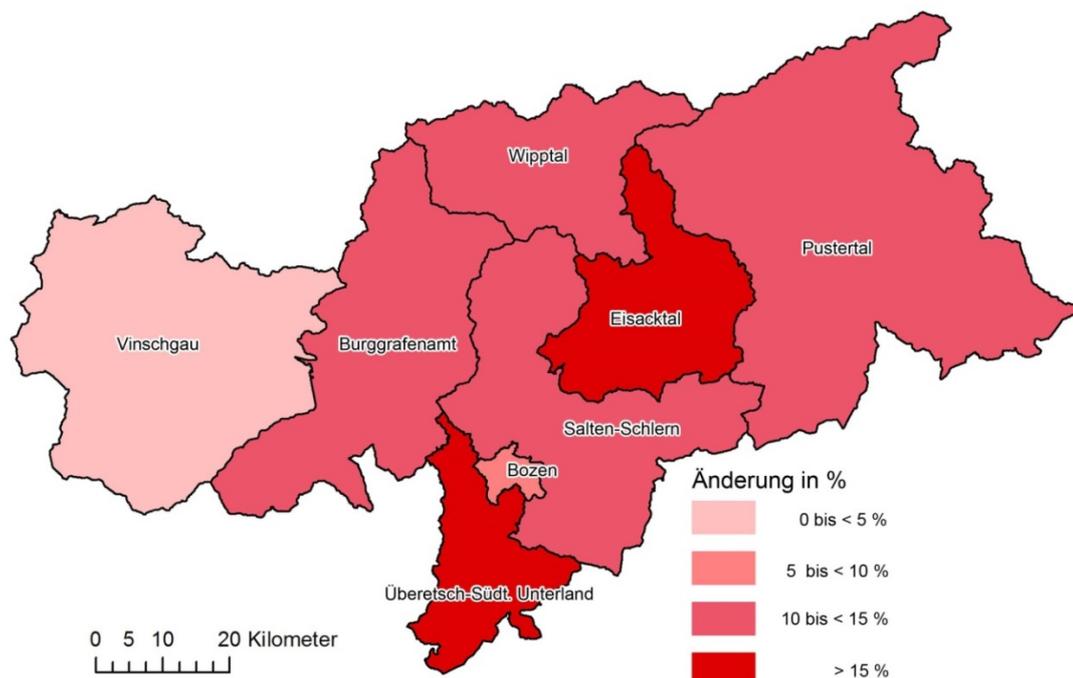
- **Geringe Bevölkerungsdichte** (68,9 Einwohner/km<sup>2</sup>), regional differenziert betrachtet weist der Zentralraum Südtirols mit der Stadt Bozen und den zwei Bezirksgemeinschaften Burggrafenamt und Überetsch-Südtiroler Unterland die im Vergleich höchsten Bevölkerungsdichtewerte auf, die flächendeckend alpin geprägten Bezirksgemeinschaften im Osten und Westen Südtirols sind hingegen dünn besiedelt.

**Abbildung 21: Bevölkerungsdichte in den Bezirksgemeinschaften Südtirols 2011**

**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (ASTAT).

- **Positive Bevölkerungsentwicklung** durch Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne, wobei peripher gelegene Gemeinden im Ultental und im Passeiertal (Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt) entgegen dem allgemeinen Trend leicht an Bevölkerung verloren haben, während die Gemeinden im Zentralraum rund um die Stadt Meran Zugewinne verzeichnen konnten.<sup>150</sup>

**Abbildung 22: Bevölkerungsentwicklung in den Bezirksgemeinschaften Südtirols 1996 bis 2011**

**Entwurf:** Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (ASTAT).

- **Leistungsstarke Wirtschaft** im italienweiten und europäischen Vergleich.<sup>151</sup>
- Vergleichsweise **hoher Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft**. Noch immer ist der primäre Sektor eine Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand vieler Gemeinden Südtirols.
- Auch die **Industrie** spielt eine wichtige Rolle für Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Das produzierende Gewerbe ist stark durch Klein- und Kleinstbetriebe geprägt. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist in Südtirol mit drei bis vier Beschäftigten pro Betrieb im internationalen Vergleich gering.<sup>152</sup>
- Die Wirtschaftszweige des **tertiären Sektors** bieten dem größten Teil der Erwerbstätigen Südtirols Beschäftigung. Mehr als 70% arbeiten im Dienstleistungsbereich. Dabei sind insbesondere die Bereiche Handel, Beherbergungsbetriebe und Gaststätten sowie das Schul-, Sozial- und Gesundheitswesen von hoher Bedeutung.
- Die **Arbeitslosenquote ist vergleichsweise sehr niedrig** und lag mit 3,3% im Jahr 2011 deutlich unter dem italienischen Durchschnitt.<sup>153</sup>

### 3.3.1 Strategie „Zukunft 2030“ zur kommunalen Entwicklung und interkommunalen Zusammenarbeit

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Periphere Gemeinden in Tälern durch abnehmende Bevölkerung und hohen Anteil an Erwerbstätigen im primären Sektor geprägt***

Die peripher gelegenen Talschaften in Südtirol, beispielsweise im Ultental und im Passeiertal, sind nur dünn besiedelt. Aufgrund der topografischen Bedingungen gestaltet sich die Erreichbarkeit der Zentren aus den peripheren Talschaften schwierig. Die Bevölkerungsentwicklung in peripher gelegenen Gemeinden im Ultental und Passeiertal ist leicht abnehmend, diese Gemeinden werden auch in Zukunft – vor allem bedingt durch Abwanderungen – Bevölkerung verlieren.

In den peripher gelegenen Gemeinden im Ultental und im Passeiertal sind die meisten Erwerbstätigen im tertiären Sektor tätig, jedoch gibt es einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Beschäftigten im primären Sektor. Im Dienstleistungsbereich sind insbesondere die Bereiche Handel, Beherbergungsbetriebe und Gaststätten sowie das Schul-, Sozial- und Gesundheitswesen von hoher Bedeutung. Die Landwirtschaft ist durch Milchwirtschaft, Wein- und Apfelanbau geprägt. In abgelegenen Talschaften stellt die Landwirtschaft im Nebenerwerb eine wichtige Einkommensquelle dar.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Zukunft 2030 - Passeiertal, Ultental, Deutschnonsberg und Meraner Umland - Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental und Passeiertal***

Für abwanderungsgefährdete Gemeinden erarbeitet das Projekt „Zukunft 2030“ aufbauend auf endogenen Potenzialen und gemeinsam mit lokalen Akteuren und allen Interessierten interkommunale und intersektorale Konzepte, die insbesondere Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort schaffen sollen, um einer weiteren Abwanderung entgegenzuwirken. Durch interkommunale Zusammenarbeit sollen Wirtschaftskraft und Standortattraktivität gestärkt und dadurch ein aktives Dorfleben und somit lebendige ländliche Räume erhalten werden.

Drei lokale Handlungsfelder werden bearbeitet:

- die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen in öffentlichen und privaten Unternehmen,
- die Steigerung der lokalen Wertschöpfung durch die Nutzung endogener Potenziale,
- sowie die Generierung neuer Erwerbsmöglichkeiten durch eine gesteuerte Zuwanderung und Multilocals.

Multilocals meint Personen, die mehrere Lebensschwerpunkte haben und beispielsweise auch an mehreren Wohnsitzen gemeldet sind. Eine dauerhafte Rückkehr steht dabei jedoch nicht im Vordergrund. In Südtirol ist dieses Phänomen besonders stark ausgeprägt, da viele junge Menschen lange ihren Wohnsitz bei ihren Eltern halten, regelmäßig in ihre Heimatgemeinde kommen und weiterhin an ihrer Region interessiert sind. Multilocals sollen noch stärker für temporäres ehrenamtliches Engagement in ihrer alten Heimat gewonnen werden.

Bestehende, erfolgreiche Aktivitäten, wie z. B. LEADER-Projekte, werden optimiert und weitergeführt und mögliche neue, innovative Wege für die Beschäftigung aufgezeigt. Zunächst wird eine gemeinsame Vision mit strategischen Leitlinien erarbeitet. Die darauf aufbauend gemeinsam erarbeiteten Projekte haben den Anspruch integrativ und interdisziplinär sowie umsetzungsfähig zu sein.

### ***Projektbeispiele: Inwertsetzung Ultner Bergbauernhöfe und Neu-Belebung des Badlwesens***

Es wurden sechs umsetzungsorientierte Geschäftspläne entwickelt, u. a. zur

- Belebung des Wintertourismus am Deutschnonsberg,
- Inwertsetzung der Ultner Bergbauernhöfe, etwa durch geführte Touren mit einem Wanderführer, der Touristen die Vielfältigkeit und Besonderheiten der Ultner Bergbauernkultur näher bringt oder durch Hofbesuche mit authentischer Darstellung des bäuerlichen Alltags durch die Landwirte, gekoppelt mit Verkostung oder Verkauf lokaler Produkte. Eine Internetseite macht auf dieses Produkt speziell aufmerksam,
- Inwertsetzung von Produkten an der Schnittstelle von Landwirtschaft, Handel und Tourismus im Passeiertal und Meraner Umland sowie
- Neu-Belebung des Badlwesens im Ultental, beispielsweise durch den Ausbau des Badlwegs und die Aufwertung des ehemaligen „Badls“ Mitterbad.

### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Projektleitung und -bearbeitung: Institut für Regionalentwicklung und Standortmanagement der Europäischen Akademie Bozen
- interkommunal, interdisziplinär und mit unterschiedlichen Akteursgruppen (u. a. Bevölkerung, lokale Politik, Unternehmensvertreter) besetzte lokale Arbeitsgruppen zur Entwicklung, Bearbeitung und Umsetzung von Teilprojekten

Bei der interkommunalen Zusammenarbeit sollen gerade auch strukturstarke und strukturschwache Gemeinden zusammenarbeiten, um erfolgreiche Projekte zu initiieren. Problemfelder sind oft gemeindeübergreifend vorhanden und auch strukturstarke Gemeinden können davon (zukünftig) betroffen sein. Kooperationen entstehen durch die Zusammenarbeit der Europäischen Akademie Bozen mit den Gemeinden und ihren Vertretern sowie lokalen Akteure der Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung. Auch Akteure der Tourismusbranche sowie Bürgerinnen und Bürger gehören dazu.

### ***Finanzierung***

- Europäischer Sozialfonds (ESF)

### ***Erfolgsfaktoren und Herausforderungen***

Für das Projekt sind folgende Erfolgsfaktoren von Bedeutung:

- Sensibilisierung von Bevölkerung und lokalen Politikern für das Thema,
- Aufmerksamkeit für endogene Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten wurde erzielt,
- Beachtung bestehender Strukturen sowie Stärkung und Zusammenführung bereits bestehender Initiativen,

- Einbeziehung und intensive Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren sowie interkommunale Zusammenarbeit,
- Nutzung und Inwertsetzung endogener Potenziale,
- Umsetzungsorientierte Herangehensweise.

Die Beschäftigung mit den bearbeiteten Themen stellt einen dauerhaften Prozess dar, der auch in Zukunft fortgeführt werden sollte. Weitere Projektumsetzungen können auf den erarbeiteten Grundlagen entstehen.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu „Zukunft 2030“**

- Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter:  
<http://www.eurac.edu/de/research/projects/pages/ProjectDetails.aspx?pid=11064>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter:  
<http://www.eurac.edu/en/research/institutes/regionaldevelopment/Projects/Documents/Zukunft2030-NL-1-DE.pdf>, Zugriff 19.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Thomas Streifeneder, Miriam L. Weiß: „Zukunft 2030. Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental und Passeiertal“, am 22.05.2014 in Ulten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### **3.3.2 Regionalmarketing in Südtirol – Dachmarken- und Destinationsentwicklung durch die Südtirol Marketing**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Starke Landwirtschaftliche und touristische Prägung Südtirols, Südtirol als Lebens- und Arbeitsraum***

In Südtirol leben 512.000 Menschen. Die Landschaft ist geprägt durch das Weltkulturerbe Dolomiten, durch Apfel- und Weinanbau sowie Milchwirtschaft. 10% der Äpfel in Europa kommen aus Südtirol, es werden 372 Mio. Liter Milch produziert. Diese Produkte gilt es zu fördern und entsprechend zu platzieren. Es gibt 4.800 Bergbauernhöfe, 4.218 Beherbergungsbetriebe (Hotels, Pensionen, Garni) sowie weitere 5.988 nicht gewerbliche Betriebe (Privatzimmervermieter, Urlaub auf dem Bauernhof). Insgesamt hat Südtirol somit 220.608 Betten. Der Tourismus in Südtirol hat sowohl eine Winter- als auch eine Sommersaison, in der derzeit mehr Touristen kommen.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Etablierung der Dachmarke Südtirol als Regionalmarke***

Durch die Einführung der Dachmarke Südtirol im Jahr 2004 wurden bestehende Einzelmarken von (landwirtschaftlichen) Produkten und Dienstleistungen unter einem gemeinsamen Namen zusammengeführt und vertrieben. Da die Region als touristische Destination und Herkunftsort vieler Produkte und Dienstleistungen einem intensiven Wettbewerb mit anderen Regionen ausgesetzt ist, sollen somit bestehende Kräfte gebündelt werden. Mit der Etablierung der Dachmarke Südtirol arbeitet die Region an ihrer (touristischen) Attraktivität und möchte zum begehrtesten Lebensraum werden, um so Menschen auch zum dauerhaften Bleiben zu gewinnen. Dabei soll die Marke sowohl bei Einheimischen als auch Touristen identitätsstiftend wirken und Unternehmen, z. B. bei der Vermarktung lokaler Produkte, unterstützen. Die Marke darf nur von Partnern genutzt werden, wofür eine Prüfung vorausgeht. Somit wird sichergestellt, dass die Marke ein Qualitätssiegel ist und auch bleibt.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Agentur Südtirol Marketing (SMG) – als öffentliche Einrichtung im Jahr 2000 gegründet
- Land Südtirol als Eigentümerin der Marke Südtirol
- Unternehmen, die Produkte unter der Dachmarke vertreiben

Die Agentur Südtirol Marketing arbeitet mit verschiedenen Tourismusregionen innerhalb von Südtirol, Tourismusorganisationen, den Produktpartnern (Unternehmen, die die Dachmarke Südtirol verwenden) sowie Wirtschaftsverbänden zusammen. Finanzierung

#### ***Finanzierung***

Die Agentur Südtirol Marketing ist eine öffentliche Einrichtung mit einem Jahresbudget von ca. 13 Mio. Euro. Davon werden 6 Mio. Euro aus Verkauf mit Produkten, aus Anzeigen etc. generiert. Vom Land wird die SMG mit Zuschüssen unterstützt. 2004 investierte es 12,3 Mio. € in seine Dachmarke. Die Entwicklungskosten dieser werden auf 375.000 € geschätzt.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Die Dachmarke Südtirol wurde in den Ländern Deutschland, Italien, Schweiz, Österreich, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Polen und Tschechien eingeführt. Die Marke wird beispielsweise für Wein, Südtiroler Speck und Äpfel benutzt, die ebenfalls EU-geschützte Produkte darstellen. Angewendet wird sie derzeit 46 mal für Südtiroler Wein, 28 mal für Speck und 32 mal für Äpfel. Das Standortzeichen wird 1.027 mal verwendet, das Qualitätszeichen 273 und die Dachmarke 2.233.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu Südtirol Marketing und der Dachmarke Südtirol**

- Internetauftritt Südtirol Marketing (SMG), aufgerufen unter: <http://www.smg.bz.it>, Zugriff 19.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Andreas Tschurtschenthaler: „Lebens(t)raum Südtirol“, am 23.05.2014 in Bozen, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### **3.3.3 Projekt zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten an der Schnittstelle von Tourismus und Landwirtschaft im Ultental**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Regionale und landwirtschaftliche Produkte***

Die sechs Gemeinden des Gebiets Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal, Unsere liebe Frau im Walde – St. Felix, Laurein, Proveis, Ulten, St. Pankraz und Martell, bilden eine gemeinsame LEADER-Aktionsgruppe. Bei allen Gemeinden handelt es sich um kleinstrukturierte, ländlich und landwirtschaftlich geprägte sowie von den zentralen Verkehrswegen benachteiligt liegende Kleingemeinden. Die Lokale Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal hat gemeinsam mit den Interessenvertretungen und Gemeinden im Gebiet beschlossen, sich bei LEADER-Projekten auf nachhaltig wirksame Maßnahmen zu konzentrieren, z. B.:

- Diversifizierung der Landwirtschaft,
- Dorferneuerung und Verbesserung des Wegenetzes und der Erholungsinfrastruktur,
- Verbesserung der touristischen Nutzung landwirtschaftlicher Produkte (Produktentwicklung, Angebotsgestaltung, Marketing).

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten bilden und unterstützen: Start-Up „Bergauf. Ultner Wollprodukte“***

Zur Steigerung der Attraktivität sowie von lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten werden die Aus- und Weiterbildung sowie Gründungsmöglichkeiten unterstützt. Mit Mitteln aus der LEADER-Förderung wurde ein – den lokalen Gegebenheiten angepasstes – Gründerzentrum errichtet, in dem sich junge Unternehmen ansiedeln können. Ein solches Unternehmen ist das Start-Up „Bergauf. Ultner Wollprodukte“. Es nutzt lokale Rohstoffe für neue Produkte. In der Region fallen in der Landwirtschaft viele Tonnen Schafwolle an, die vorher überwiegend entsorgt wurden. Das Unternehmen setzt hier an und sammelt ein- bis zweimal im Jahr die unbehandelte Schafwolle bei den Landwirten ein. Als Gegenleistung können sich die Abgeber entsprechend der Abgabemenge produzierte Sachen aussuchen. Das Unternehmen verarbeitet diese Wolle vor Ort in verschiedene (überwiegend Filz-)Produkte weiter, wofür alte Maschinen angeschafft wurden. Produziert werden Hausschuhe, Tischsets, Körbe, Kissen, Taschen, Handytaschen, iPad-Hüllen, Jacken usw., die in einem der Produktionsstätten im Gründerzentrum angeschlossenen Laden verkauft werden. Abnehmer sind Touristen, aber auch Einheimische und Hotels. Auch individuelle Anfragen werden entsprechend den Wünschen bearbeitet und hergestellt. Neu entwickelt wurde gerade eine Wellnessbehandlung für Hotels. Es gibt beispielsweise ein Wollbad und eine Massage mit Wollbäuschen. Mit dem Start-Up wurden Arbeitsplätze insbesondere für Frauen aus dem Tal geschaffen, die vormals zum Teil länger arbeitslos waren.

Die Umsetzung des Projektes wurde unterstützt durch die bereits langjährig im Ultental bestehende Winterschule Ulten, in der der Gedanke zur Unterstützung lokaler bzw. regionaler Wirtschafts- und Produktkreisläufe durch Kurse zur Nutzung und Verarbeitung lokaler Rohstoffe wie Holz, Kräuter, Wolle oder Wasser für neue Produkte (und Anwendungen) bereits seit Anfang der 1990er Jahre verfolgt wird. Die Winterschule Ulten bietet den heute bis zu 1.000 Teilnehmern Kurse und Seminare sowie eine dreijährige Ausbildung.

### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke**

- LEADER-Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltales mit den sechs Gemeinden Unsere liebe Frau im Walde – St. Felix, Laurein, Proveis, Ulten, St. Pankraz und Martell
- Sozialgenossenschaft Lebenswertes Ulten als Trägerorganisation des Start-Up

Zahlreiche Kooperationen entstehen durch die Zusammenarbeit der Gemeinden mit Unternehmen und Existenzgründern. Die Wollprodukte und -Anwendungen werden in ausgewählten regionalen Hotelbetrieben verwendet und von diesen gekauft.

### **Finanzierung**

Durch die LEADER-Förderung wurde das Gründerzentrum errichtet, in dessen Kontext sich das Unternehmen „Bergauf“ in Ulten ansiedelte. Mittlerweile funktioniert die „Bergauf. Ultner Wollprodukte“ ohne externe Fördermittel.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Der Erfolg zeigt sich darin, dass die Produkte verkauft werden. Weitere Erfolgsfaktoren sind:

- Nutzung lokaler Rohstoffe und deren Weiterentwicklung zu hochwertigen Produkten
- Generierung lokaler Wertschöpfung und Wertschöpfungsketten
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Einbindung starker Persönlichkeiten
- Nutzung der Produkte im Tourismusbetrieben zur Stärkung der lokalen Alleinstellungsmerkmale

Zukünftige Herausforderungen bestehen in der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie der Aufbau neuer regionaler Wertschöpfungsketten sowie die Erhaltung der bereits entstandenen.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu den Projekten**

- Internetauftritt Bergauf. Ultner Wollprodukte, aufgerufen unter: <http://bergauf.it/>, Zugriff 19.08.2014
- Internetauftritt Winterschule Ulten, aufgerufen unter: <http://www.winterschule-ulten.it/>, Zugriff 19.08.2014.
- Vortrag Waldtraut Schvienbacher am 22.05.2014 in Kuppelwies, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

### 3.3.4 Stärkung des ÖPNV in Südtirol: Reaktivierung der Vinschgerbahn

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: ÖPNV bedeutende Rolle im Überlandverkehr und zur Erreichbarkeit peripherer Gemeinden***

Der ÖPNV spielt gerade im Überlandverkehr von Südtirol eine große Rolle und gewährleistet die Erreichbarkeit zahlreicher peripherer Ortschaften. Erwerbstätige sowie Schülerinnen und Schüler haben durch den ÖPNV die Möglichkeit in die größeren Zentren zu pendeln. Damit kann der Abwanderung aus den Berggebieten und Nebentälern entgegengewirkt werden. Auch für den Tourismus ist der ÖPNV bedeutend, so zählen etwa Seilbahnen ebenfalls zum öffentlichen Verkehrsnetz. Die Südtiroler Landesregierung unterstützt den ÖPNV. In den letzten Jahren wurde das öffentliche Verkehrsnetz stetig modernisiert. Dazu wurden u. a. Bus- und Zugstrecken ausgebaut sowie Bahnstrecken und deren Bahnhöfe reaktiviert.

Die Bahnlinie der Vinschgerbahn verläuft von Mals im Vinschgau bis nach Meran auf einer Länge von knapp 60 km mit rund 700 Höhenmetern.

Die Vinschgerbahn wurde 1991 stillgelegt. Nachdem sie 1999 in das Eigentum der Autonomen Provinz Bozen überging, beschloss die Landesregierung die Wiederinbetriebnahme. Am 05.05.2005 konnte die Bahn schließlich wieder eröffnet werden. Sie bildet den Motor für die Entwicklung des ÖPNV in Südtirol.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Reaktivierung der Vinschgerbahn – ein erfolgreiches Beispiel zur Förderung des ÖPNVs***

Wichtig war den Verantwortlichen bei der Inbetriebnahme von Anfang an, eine hohe (Service-)Qualität der Bahn anzubieten. So sollte beispielsweise das Umsteigen, sowohl räumlich als auch zeitlich, möglichst bequem sein. Ein nahtloses Umsteigen von Bahn und Bus ist vor allem an den Stellen wichtig, an denen es in die Täler geht. Die Taktung der Busse als Zubringer ist mit dem Fahrplan der Bahn abgestimmt, ebenso der Beginn der Schulen. Außerdem gibt es ein elektronisches Kartensystem, das verschiedene Vorteile für Betreiber und Reisende mit sich bringt. Durch seine leichte Handhabung und Bedienbarkeit ist es sehr Nutzerfreundlich. Es ermöglicht ein angenehmes Reisen mit der automatischen Nutzung des günstigsten Tarifs. Viermal im Jahr werden die Beträge abgebucht, dabei gibt es gestaffelte Tarife pro gefahrene Kilometer (je mehr km im Jahr zurückgelegt werden, desto günstiger wird der km-Tarif), maximal zahlt der Kunde 640 Euro im Jahr. Mit dem System wird ein schnelles Einsteigen ermöglicht, zuverlässige Fahrgastzahlen werden für Planung und Organisation erhoben sowie Fahrkartenschalter entlastet.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Initiierung: Landesregierung der Autonomen Provinz Südtirol
- Bauherr und Projektleitung: Südtiroler Transportstrukturen AG (STA), eine Inhouse-Gesellschaft des Landes Südtirol
- Sicherheits-Assessment: TÜV Süd

Für die Reaktivierung der Vinschgerbahn arbeiteten zahlreiche Akteure zusammen. Abstimmungen zwischen Schule und Projektleitung waren beispielsweise bei der Fahrplangestal-

tung notwendig. Auch für Zusatzangebote war die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren notwendig.

### **Finanzierung**

- Südtiroler Landesregierung (jährlich werden 155 Mio. Euro in den ÖPNV investiert)
- Ticketverkauf

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Die Vinschgerbahn trägt zur Stärkung der Mobilität und des ÖPNVs bei. Seit der Wiederinbetriebnahme steigen die Fahrgastzahlen stetig an, von 1 Mio. im Jahr 2005 auf knapp 3 Mio. Fahrgäste im Jahr 2009. Eine Fahrgastbefragung ergab, dass es viele Umsteiger vom PKW auf die Vinschgerbahn gibt. Die Bahn ist ebenfalls attraktiv für den Tourismus, wozu auch spezielle Angebote, wie z. B. der angeschlossene Fahrradverleih beitragen. Vor allem das Kartensystem ist innovativ und trägt mit seiner leichten Handhabung und Benutzerfreundlichkeit zum Erfolg bei. Durch den politischen Willen, konnte die Reaktivierung zügig vorangetrieben werden.

Für die Reaktivierung der Vinschgerbahn und deren Erfolg zeichnen sich drei Faktoren ab:

- **Verlässlichkeit,**
- **gutes Angebot** und
- **Komfort.**

Zukünftig sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden:

- **Anbindung der Skigebiete**, beispielsweise durch Seilbahnen,
- **Erweiterung der Verbindungen**, auch grenzüberschreitend,
- Verbesserung der **Echtzeitinformationen**,
- Erhöhung der **Dienstleistungen des Fahrkartensystems**, beispielsweise durch die Mitbenutzung in der Seilbahn, zum Fahrrad absperren, zur Nutzung von Car Sharing Angeboten etc.

Darin bestehen auch die zukünftigen Herausforderungen, der Erweiterung, der Verbesserung der Zusatzservices sowie der weiteren Erleichterung des Zugangs zur Vinschgerbahn für Kunden, beispielsweise über bestimmte Tickets und Tarife, Abos für Schülerinnen und Schüler sowie Senioren, Mobilcard für Urlaubsgäste und den SüdtirolPass.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zur Mobilität in Südtirol und der Vinschgerbahn**

- Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/mobilitaet/default.asp>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt Vinschgerbahn, aufgerufen unter: <http://www.vinschgauerbahn.it/de/554.asp>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt Südtiroler Transportgemeinschaft, aufgerufen unter: <http://www.sta.bz.it/>, Zugriff 19.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Joachim Dejaco: „Die neue Vinschgerbahn als Motor für die Entwicklung des ÖPNV in Südtirol“, am 23.05.2014 in Meran, im Rahmen des internationalen Informations- und

Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.
--

### 3.3.5 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Südtirol in Deutschland nutzen

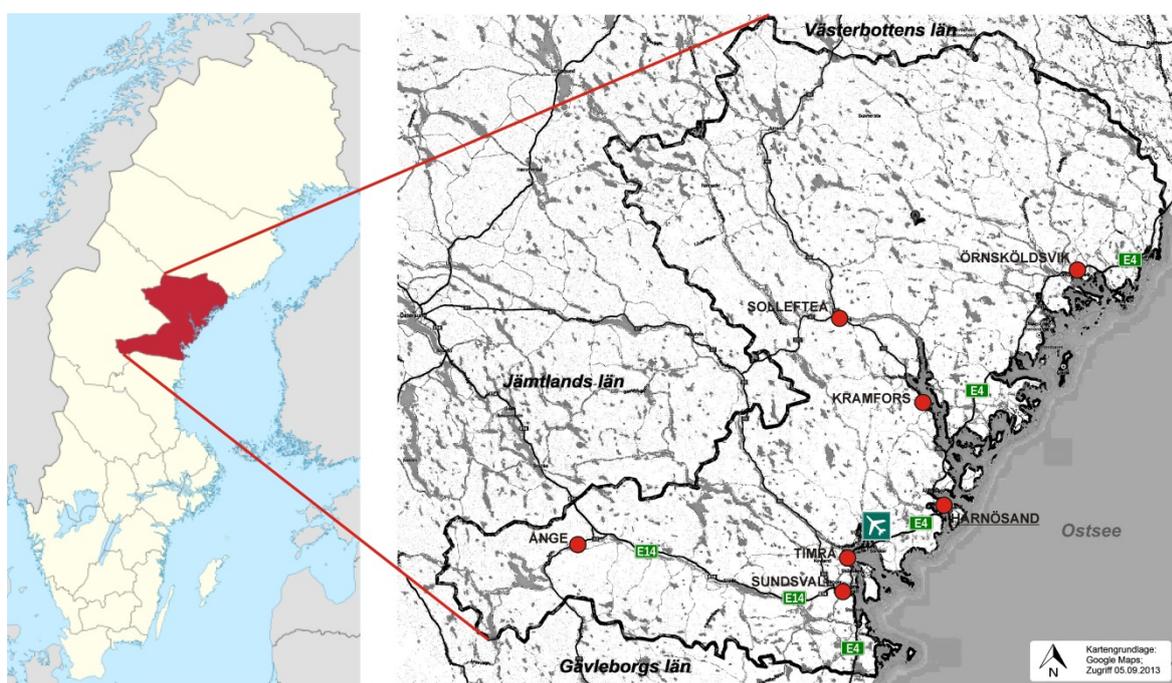
Folgende Erfahrungen aus den Ansätzen und Projekten Südtirols können einen Mehrwert für deutsche Akteure im Bereich Daseinsvorsorge darstellen:

- Die Themen **Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung** können einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlich-peripheren Räumen leisten, indem sie querschnittsorientierte und integrierte Strategien enthalten sowie Themen der Daseinsvorsorge mittelbar oder als Folgethema behandeln.
- Die Stärkung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung regionaler und lokaler Wertschöpfungsketten haben das Ziel Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen zu erhalten bzw. zu schaffen, damit Leben in den ländlichen Räumen wieder attraktiv / ermöglicht wird oder attraktiv bleibt. Daseinsvorsorgeeinrichtungen werden damit auch verstärkt nachgefragt.
- **Regionales Marketing** und die Steigerung der Identität mit der Region sind weitere wichtige Ansätze, um die Menschen und damit auch die Nutzer öffentlicher Infrastruktureinrichtungen vor Ort zu halten.
- **Attraktivität und Komfort des ÖPNV**, sowohl für Einheimische, wie auch für zusätzliche Nutzergruppen, wie z. B. Touristen, erhöht die Nutzung,
- **Zusatzservices**, beispielsweise Fahrradverleihsysteme, erhöhen die Attraktivität.

### 3.4 Provinz Västernorrland, Schweden

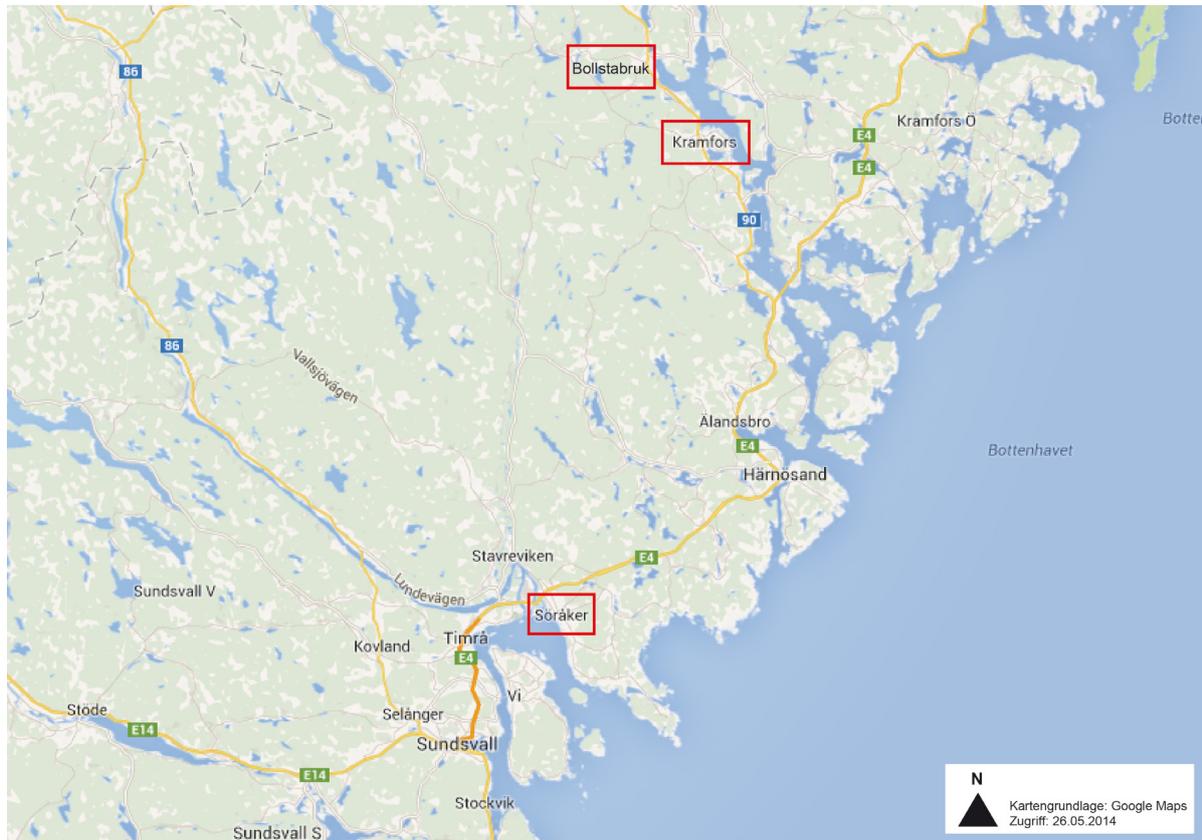
Die Provinz Västernorrlands Län liegt bezogen auf die Nord-Süd-Ausdehnung etwa in der Mitte Schwedens. Die Küste macht mit 1.121 km fast 10% der Küste des gesamten Landes aus. Auf rund 22.000 km<sup>2</sup> Fläche konzentrieren sich städtische Zentren und Verkehrswege im Küstengebiet. Die dominante Flächennutzung ist mit nahezu 75 Prozent die Forstwirtschaft.<sup>154</sup> Die Provinz hat ca. 240.000 Einwohner. Sie besteht aus sieben Gemeinden: Ånge, Härnösand, Kramfors, Örnsköldsvik, Sollefteå, Sundsvall und Timrå. Hauptstadt ist die Küstenstadt Härnösand (ca. 17.500 Einwohner).

**Abbildung 23: Lage der Provinz Västernorrlands Län in Schweden**



**Entwurf:** Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

**Quelle:** Internetauftritt Google Maps, Internetauftritt Wikipedia, aufgerufen unter:  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:V%C3%A4sternorrlands\\_l%C3%A4n\\_in\\_Sweden.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:V%C3%A4sternorrlands_l%C3%A4n_in_Sweden.svg), Zugriff  
10.10.2013.

**Abbildung 24: Lage der Exkursionsziele in Västernorrland**

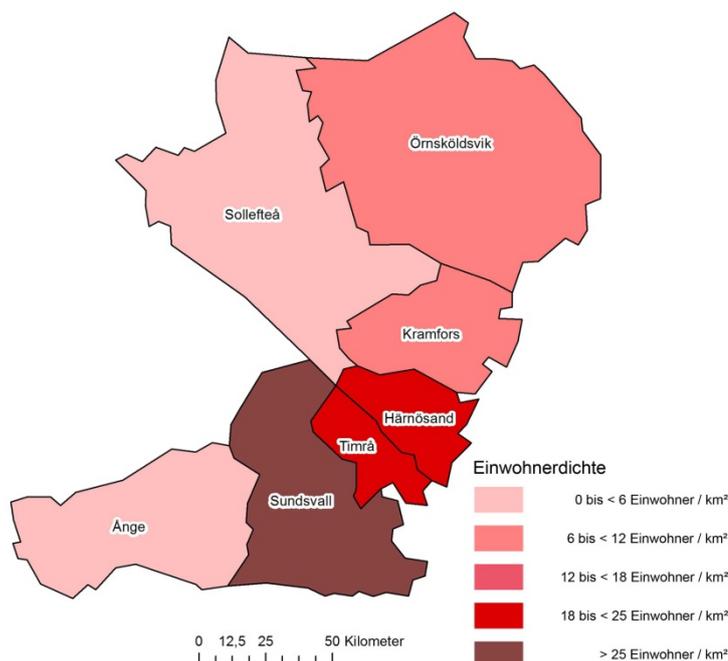
**Entwurf:** Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2014.

**Kartengrundlage:** Internetauftritt Google Maps, Zugriff 26.05.2014.

Merkmale:

- **Sehr geringe Bevölkerungsdichte** (11 Einwohnern/km<sup>2</sup>), wobei die südlichen Kommunen noch eine höhere Bevölkerungsdichte als die restlichen Gemeinden aufweisen.<sup>155</sup>

Abbildung 25: Bevölkerungsdichte der Gemeinden Västernorrlands 2012

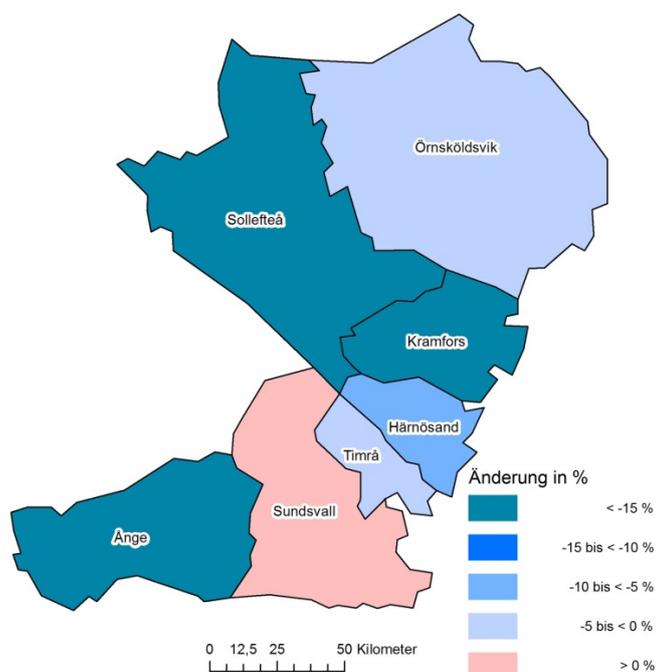


*Entwurf: Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.*

*Quelle: Statistics Sweden.*

- **Stetiger Bevölkerungsverlust**<sup>156</sup>: Die Zuwanderung kann den Bevölkerungsrückgang abmildern aber nicht aufhalten.<sup>157</sup>

Abbildung 26: Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Västernorrlands 1997 bis 2012



*Entwurf: Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.*

*Quelle: Statistics Sweden.*

- Die zunehmende **Alterung der Bevölkerung** ist in Västernorrland überdurchschnittlich ausgeprägt und wird es laut Prognose auch in Zukunft sein.<sup>158</sup>
- Insbesondere in der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre gibt es ein **unausgeglichenes Geschlechterverhältnis**<sup>159</sup>, mit einem Überschuss an Männern, da viele junge Frauen die Region verlassen.<sup>160</sup>
- Hinsichtlich der Rolle der einzelnen Wirtschaftszweige zeigt sich eine noch immer **hohe Bedeutung des primären Sektors**, wenn der Anteil der Wertschöpfung in diesem Bereich mit dem Wert für Schweden verglichen wird. Der Waldreichtum Västernorrlands ist der zentrale Standortfaktor für die Forstwirtschaft.
- **Große Unternehmen** sind nach wie vor das Rückgrat der regionalen Wirtschaftsstruktur. Weiterhin ist festzustellen, dass die Bereiche produzierendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Information und Kommunikation in Västernorrland einen deutlich höheren Anteil an der Wertschöpfung haben als im schwedischen Durchschnitt. Unterdurchschnittlich ist dagegen der Anteil der Wertschöpfung in den Bereichen Bergbau, Handel, Wissenschaft und Gesundheit.<sup>161</sup>
- Der Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren von einer **zunehmenden Deindustrialisierung** bei gleichzeitiger Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors gekennzeichnet sowie einer Umstrukturierung des öffentlichen Sektors, im sozialstaatlich geprägten Skandinavien traditionell wichtiger Arbeitgeber. Es gab hier vor allem eine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen am Arbeitsmarkt.
- Die **Arbeitslosenquote** liegt in Västernorrland mit 7% deutlich über dem schwedischen Durchschnitt von 4,8%.<sup>162</sup>
- Die Struktur des Arbeitsmarktes mit einem wenig diversifizierten Branchenmix ist immer noch ein Problem, was sich auf die Attraktivität Västernorrlands als Wohn- und Arbeitsort auswirkt und zu einer überdurchschnittlichen Abwanderung insbesondere der jungen Bevölkerung führt.<sup>163</sup>

### 3.4.1 „Regional Service Programmes“ Västernorrland 2010-2013 und 2014-2018

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Dünne Besiedlung, abnehmende Bevölkerung und Alterung, schwierig Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten***

Västernorrland ist nur sehr dünn besiedelt. In den letzten Jahren nahm die Bevölkerung stetig ab. Junge Menschen wandern vermehrt ab und die Bevölkerung altert zunehmend. Vor allem in den peripher – von der Küste entfernt – gelegenen Gemeinden sind diese Entwicklungen deutlich. Die Aufrechterhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wird dadurch zunehmend erschwert. Knapp 5% der Bevölkerung haben mehr als 10 Minuten Fahrtzeit zum nächsten Lebensmittelgeschäft.

Zur Entwicklung der Region Västernorrland wurde eine Regionale Entwicklungsstrategie formuliert, die das Wachstum unterstützen soll. Sie bezieht sich auf den Zeitraum von 2011 bis 2020. Eine Reihe verschiedener Programme soll dazu beitragen, deren Ziele zu erreichen. Dazu zählt auch die „Regionalen Service Programme Västernorrland“. Das erste Regionale Serviceprogramm lief von 2010 bis 2013, gefolgt vom aktuell gültigen Programm, dessen Laufzeit 2014-2018 beträgt.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Verfügbarkeit von Lebensmitteln, Kraftstoff und Kommunikation durch koordinierte Dienstleistungen und Förderung***

Basis der Regionalen Serviceprogramme ist jeweils eine Analyse der regionalen Entwicklung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Strukturbereiche. Themen sind etwa Nahversorgung (z. B. Lebensmittel, Banken, Post), öffentlicher Nahverkehr, Schulwesen, Pflege und Kommunikation. Basierend auf den Analysen werden Ziele für ein regionales Wachstum und zur Sicherung der Daseinsvorsorge sowie erste Projektansätze zu deren Umsetzung formuliert. Ziel ist der Erhalt von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie von Lebensmittelgeschäften, da sie besondere Funktionen in ländlichen Gebieten übernehmen. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau der Netze für Mobilfunk und Breitbandversorgung. Das aktuelle Regionale Serviceprogramm enthält vier Prioritäten:

- **Verfügbarkeit von Lebensmitteln:** Die Verfügbarkeit von Lebensmitteln soll vor allem in ländlichen Räumen gesichert und verbessert werden. Kleine Läden können nicht mit großen konkurrieren, aber sie können durch bestimmte Merkmale für Kunden attraktiv sein. Shop-Mentoren unterstützen Ladenbesitzer die Attraktivität ihrer Geschäfte zu erhöhen und bieten Qualifizierungsmaßnahmen für Besitzer und Mitarbeiter an. Auch Themen wie Logistik und Beschaffung werden behandelt. Durch die Analyse von Kaufmustern, Werbung und Initiativen sollen Kunden geworben und der sinkenden Kundenloyalität vorgebeugt werden.
- **Verfügbarkeit von Kraftstoff:** Zur Sicherung und Verbesserung der Verfügbarkeit von Kraftstoff tragen bestimmte Maßnahmen zur Stabilisierung des Tankstellennetzes bei. Dazu gehört beispielsweise die Förderung von Tankstellen. Durch Investitionszuschüsse der Provinzialregierung entstanden viele Tankstellen in ländlichen Gebieten. Eine weitere Maßnahme ist die Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Tankstellen. Die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen soll erleichtert werden. Ein Projekt testet hier neue Lösungen.

- **Verfügbarkeit angemessener Kommunikation und Verkehr:** Diese Programmpriorität beinhaltet drei Themen. Das Thema Straßen und Transport beinhaltet beispielsweise die Aufbereitung von Schotterstraßen mit Bedeutung für die lokale Versorgung oder die Einrichtung von Pendlerparkplätzen. Beim Thema Infrastruktur der Informations- und Kommunikationstechnologien und Mobiltelefone werden Analysen der Breitbandverfügbarkeit oder Entwicklungsprojekte im IT-Bereich durchgeführt. Zum Thema Post und Zahlungsservice gehören Pilotprojekte zur Verbesserung von Post- und Zahlungsdienstleistungen, da Bargeld in ländlichen Räumen nur noch sehr schwierig zu bekommen ist und viele Dienstleistungen mit Karte bezahlt werden. Außerdem wird untersucht, ob die Post- und Telekommunikationsbehörden (z. B. Postboten) weitere Aufgaben übernehmen können.
- **Verfügbarkeit durch koordinierte Dienstleistungen und Förderung:** Dazu gehören die Entwicklung repräsentativer Funktionen, z. B. durch Dialog mit Dienstleistungsunternehmen wie der Post, die lokalen Service Points, eine organisatorische Koordination und eine koordinierte Kapitalisierung.

***Projektbeispiel Service Points zur Nahversorgung in der Gemeinde Örnköldsvik, eingebettet in das kommunale Projekt Gleichgewicht zwischen Stadt und Land (Västernorrland)***

Die Gemeinde Örnköldsvik erstreckt sich etwa 60 Kilometer entlang der Küste Schwedens und reicht bis zu 100 Kilometer ins Hinterland und ist eine traditionelle Industriegemeinde. Sie hat circa 55.000 Einwohner, wovon knapp 30.000 in der Stadt Örnköldsvik leben. Die Bevölkerungsentwicklung ist insgesamt negativ.

Der Service Point ist ein Treffpunkt für Menschen, die im ländlichen Raum leben oder diesen bereisen. Er kann in einem Geschäft oder einer Tankstelle eingerichtet werden und beinhaltet ein kleines Café, einen Computer mit einer Internet- und WiFi-Verbindung sowie Informationen über die Gemeinde, insbesondere für Touristen. Er dient zur Lebensmittelversorgung und bietet ebenfalls einen Lieferservice für Lebensmittel an. Ein gewisser Abstand zum nächsten Nahversorgungsladen muss gewährleistet sein. Weiterhin soll ein Service Point mindestens drei Veranstaltungen im Jahr organisieren. Für die Bereitstellung eines Service Points wird ein Drei-Jahres-Vertrag abgeschlossen. Die Vergütung pro Service Point beträgt 10 000 SEK für Café, Computer, Touristinformation, Aktivitäten, Lieferservice für Essen, maximal jedoch 50 000 SEK pro Einrichtung. Außerdem gibt es Zuschüsse für den Heimliefer-service. Jeder Service Point tritt mit einem einheitlichen Logo auf.

***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Projektleitung: Provinzialregierung Västernorrland (Länsstyrelsen Västernorrland)
- Projektpartner: Akteure der Nahversorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie der Kommunikation.

Kooperationen bilden sich durch die verschiedenen Projektbeteiligten, wie die Provinzialregierung, Akteure der Nahversorgung (z. B. Lebensmittel, Banken, Post), des öffentlichen Nahverkehrs, des Schulwesens, sowie der Pflege und Kommunikation. Durch Ressourcenbündelung sowie stärkere Zusammenarbeit von Behörden, Organisationen und Einwohnern werden gemeinsame lokale und integrierte Lösungen entwickelt. Dabei spielen Kommunikation und Kooperation eine zentrale Rolle.

## **Finanzierung**

Die Formulierung und Erarbeitung der Regionalen Serviceprogramme erfolgte durch die Provinzialregierung von Västernorrland. Für die Umsetzung der dort entwickelten Projekte kamen unterschiedliche Förderprogramme zum Einsatz.

- LEADER-Mittel (In der Programmperiode 2010 bis 2013 wurden Umsetzungsprojekte zu 50 bis 60 % mit EU-Mitteln, vor allem LEADER-Mitteln finanziert),
- regionale Projektförderungen,
- Fonds für lokale Dienstleistungen (Tillväxtverket),
- das Projekt „Nachhaltige Dienstleistungsentwicklung im ländlichen Raum“ sowie
- Gemeinden und Behörden.

## **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen – Verkehrsinfrastruktur und Breitband**

Die derzeitige Programmperiode läuft von 2014 bis 2018 und baut auf den Erfahrungen der letzten Periode von 2010 bis 2013 sowie Ergebnissen einer 2013 durchgeführten Umfrage über die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung und ihren Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge auf. Erfolgversprechend am Ansatz der Regionalen Serviceprogramme sind

- der **integrierte Ansatz** Ziele und Projekte zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu formulieren,
- die Verknüpfung der formulierten Ziele, Prioritäten und Projekte mit **finanziellen Fördermöglichkeiten**,
- die Möglichkeit zum **regionalen Wissenstransfer** guter Beispiele und -Ansätze innerhalb von Västernorrland (regionaler Ansatz) sowie
- die Sensibilisierung von Bewohnern, beispielsweise bei kleinen Geschäften vor Ort einzukaufen sowie die Stärkung der lokalen Identität.

Weiterer Handlungsbedarf wird hinsichtlich des inhaltlichen Schwerpunkts gesehen, der vermehrt Themen des Öffentlichen Personennahverkehrs, der Straßenqualität, des Mobilfunknetzes und des Breitbandanschlusses beinhalten sollte. Darüber hinaus bestehen weitere zukünftige Herausforderungen hinsichtlich

- einer stärkeren Einbeziehung der Unternehmen, Organisationen und der Bevölkerung der ländlichen Regionen bei der Umsetzung sowie
- einer konsequenteren Ressourcenbündelung und Sicherung von Daseinsvorsorgeleistungen in den ländlichen Räumen.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu den „Regionalen Service Programmen“**

- Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter:  
<http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/vart-uppdrag/regionalt-serviceprogram-2014-2018/Pages/default.aspx>, Zugriff 21.08.2014.
- Regionales Strategieprogramm, aufgerufen unter:  
<http://www.almi.se/Images/Mitt/Dokument/Smart%20Europe%20Peer%20review%20Team/RUS-%20V%C3%A4sternorrland%20Brief%20version%20eng.pdf>, Zugriff 21.08.2014.
- Regionales Serviceprogramm Västernorrland 2010- 2013, aufgerufen unter:  
<http://www.tillvaxtverket.se/download/18.74f57d0f1283a4f88ff800040991/1369959561511/V%C3%A4sternorrland.pdf>, Zugriff 21.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Ivar Hallin: „Regional Service Programs in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum Projekt Gleichgewicht zwischen Stadt und Land**

- Internetauftritt Örnköldsvik, aufgerufen unter: [www.ornskoldsvik.se/landsbygd](http://www.ornskoldsvik.se/landsbygd), Zugriff 21.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Ann Holst: „Örnköldsvik. A simple choice“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

### 3.4.2 Der Kommunförbundet: querschnittsorientierte interkommunale Kooperation in Västernorrland

#### *Räumlicher Bezugsrahmen*

In Schweden sind verschiedene Formen der interkommunalen Kooperation möglich, u. a. durch den Zusammenschluss in einem Kommunalverband (kommunförbundet). Ein Kommunalverband kann aus mehreren Gemeinden mit einem oder mehreren Provinziallandtagen bestehen. Ihm können behördliche Aufgaben übertragen werden. Im Jahr 2004 gab es etwa 84 Kommunalverbände in Schweden.<sup>164</sup> Der Kommunförbundet Västernorrland besteht aus sieben Gemeinden, die sich zusammengeschlossen haben, um ihre zukunftsfähige Entwicklung zu gewährleisten und eine gemeinsame regionale und nachhaltige Entwicklung zu koordinieren und zu initiieren.

#### *Inhaltliche Ausprägungen*

Verschiedene Themenbereiche werden gemeinsam bearbeitet, darunter auch Themen der Daseinsvorsorge. Schwerpunktthemen des Verbundes sind u. a. „Wachstum und Entwicklung“, „Soziale Dienste“, „Bildung“, „Beschäftigung und Umwelt“.<sup>165, 166</sup> Im Bereich „Soziale Dienste“ geht es beispielsweise um Unterstützung, soziale Betreuung, Gesundheits- und Altenpflege. Die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen wird angestrebt. Einen Schwerpunkt bildet auch das Thema E-Health.<sup>167</sup> Der Vorstand setzt sich aus Kommunalpolitikern zusammen. Es gibt einen Direktor und je nach Anzahl der Projekte sind 25-30 Mitarbeiter im Kommunförbundet beschäftigt. Das „förbundsmöte“ ist das höchste Entscheidungsgremium und besteht aus 65 Vertretern der politischen Parteien des Bezirks.<sup>168</sup> Die Zusammenarbeit des Verbandes erfolgt mit den Gemeinden, die Eigentümer und Partner sind, sowie weiteren regionalen Akteuren. Wichtig für die Arbeit des Kommunalverbandes sind der offene Dialog mit lokalen Akteuren, das Teilen und Diskutieren neuer Ideen sowie das Aufzeigen von Problemen und Chancen. Der Kommunalverband bietet Kurse und Konferenzen zu bestimmten Themen an und unterstützt als Projektkoordinator die Umsetzung innovativer Ideen. Dazu hat er ebenfalls eine **Forschungs- und Entwicklungseinheit (FoU Västernorrland)**<sup>169, 170</sup>

#### *Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke*

- Kommunförbundet Västernorrland
- Gemeinden und Städte
- Unternehmen, Institutionen

Der Kommunförbundet an sich ist bereits eine Kooperation der sieben Gemeinden Västernorrlands. Hinzu kommen weitere Kooperationen und Netzwerke im Bereich der Projektarbeit, beispielsweise mit Bildungseinrichtungen.

### **Finanzierung**

- Kommunen Västernorrland
- Öffentliche Förderprogramme für die Projektarbeit

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Folgende Erfolgsfaktoren zeichnen den Kommunförbundet Västernorrland aus:

- Interkommunale Kooperation und Zusammenarbeit in verschiedenen Themenfeldern,
- Experten treiben Projekte und Themen voran,
- Es werden nicht nur die gemeindlichen Pflichtaufgaben bearbeitet, sondern ebenfalls Forschung und Entwicklung in bestimmten Bereichen der Daseinsvorsorge betrieben.

Zukünftige Herausforderungen bestehen weiterhin ganz grundsätzlich in den Fragen zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Vor allem im Bereich Nutzung der digitalen Infrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge, gerade auch im Bereich Medizin und Altenpflege, besteht Forschungs- und Entwicklungsbedarf.

#### **Weiterführende Informationen zum Kommunförbundet Västernorrland**

- Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/>, Zugriff 30.05.2014
- Internetauftritt Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.fouvasternorrland.se>, Zugriff 21.08.2014.

### 3.4.3 Strategien und Projektanwendungen für E-Health im Bereich der Altenpflege

***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Alternde Bevölkerung, junge Menschen verlassen Region, hoher Anteil häusliche Pflege, sinkende Steuereinnahmen und hohe Pflegekosten***

Die Bevölkerung in Västernorrland altert. Sowohl das Verhältnis als auch die Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf steigt. Von 1980 bis 2030 wird sich die Bevölkerung über 80 Jahren auf knapp eine Million Menschen fast verdoppelt haben. Derzeit beträgt der Anteil der über 65-Jährigen 17,3% an der gesamten Bevölkerung Schwedens, in ländlichen Räumen sogar 23,2%. Heutzutage werden 80% der älteren Menschen von Familienmitgliedern gepflegt. Die Aufrechterhaltung dieser Pflegeleistung wird zukünftig erschwert, da viele junge Menschen die ländlichen Gebiete verlassen. Die Kosten für Pflegeangebote sind aufgrund sinkender Steuereinnahmen und großer Entfernungen hoch, manche Dienstleistungen sind nur in Städten verfügbar und für die ländliche Bevölkerung schlecht zu erreichen. Der notwendige Pflegebedarf kann von den Kommunen allein weder geleistet noch, zusätzlich erschwert durch den ansteigenden Sparzwang, finanziert werden. Deshalb gilt es Menschen, die ihre Angehörigen zuhause pflegen, besonders zu unterstützen. Informations- und Kommunikationstechnologie kann ungeachtet geographischer Distanzen genutzt werden und eine angemessene Unterstützung für ältere pflegende Angehörige in ländlichen Räumen sein.

***Inhaltliche Ausprägungen: Unterstützung von älteren pflegenden Angehörigen durch den Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK)***

Das Projekt setzt bei den Herausforderungen an und hat zum Ziel ältere pflegende Angehörige in ländlichen Regionen mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien bei ihren Pflegeleistungen zu unterstützen und ihnen darüber hinaus Möglichkeiten zum persönlichen Austausch zu bieten. Damit soll neben einer Möglichkeit zur Verbesserung der Pflegeleistungen und zur Reduzierung der persönlichen Besuche durch die (kommunal finanzierte) Gemeindeschwester auch der sozialen Isolierung, die mit der Pflege von – beispielsweise dementen – Angehörigen häufig einhergeht, entgegengewirkt werden.

In diesem Projekt werden die in der häuslichen Altenpflege tätigen (älteren) Angehörigen (in der Regel Ehe-/Lebenspartner) über einen Computer mit einer Webcam, der eine leistungsfähige Internetverbindung benötigt, durch Bildungs- und Informationsangebote sowie Netzwerke mit Fachkräften, beispielsweise mit Krankenschwestern, in ihrer Rolle unterstützt. Zudem können sie mit weiteren Betroffenen kommunizieren, beispielsweise wurden „Stammtische“ eingerichtet, bei denen ein persönlicher Austausch möglich war.

Das Projekt hatte eine Laufzeit von drei Jahren und insgesamt waren 95 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Durchschnittsalter von 76 Jahren beteiligt. Alle Teilnehmer hatten vorher keine oder nur sehr wenige Erfahrungen mit Computern. Sie wurden im Rahmen des Projektes in die Anwendung eingewiesen und konnten diese dann auch ohne größere Probleme nutzen. Die hierdurch erworbenen Kompetenzen brachten Ihnen zusätzlich Selbstvertrauen und die Möglichkeit auch andere (z. B. familiäre) Kontakte aufrecht zu halten bzw. wieder zu intensivieren.

### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke**

- Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland (FoU Västernorrland) zur wissenschaftlichen Projektbegleitung und Auswertung der Ergebnisse,
- Telia and Mid Sweden University,
- beteiligte Kommunen und deren Pflegekräfte (Gemeindekrankenschwestern), die die Teilnehmer fachlich-inhaltlich und technisch unterstützten.

Bei der Durchführung der Studie unterstützten die 15 beteiligten Gemeinden aus Nordschweden (hier waren auch Gemeinden aus anderen Provinzen Nordschwedens dabei) sowie die dort angestellten „Gemeineschwestern“ die älteren Studienteilnehmer bei der Nutzung der onlinebasierten Beratungen.

### **Finanzierung**

- Kommunförbundet Västernorrland
- Swedish Institute of Assistive Technology
- Västernorrland County Council (Landstinget Västernorrland)
- Telia and Mid Sweden University

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Digitale Dienstleistungen können einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung ländlicher Räume beitragen und gerade auch ältere Menschen und pflegende Angehörige unterstützen. Die Untersuchungen zeigten, dass ältere Menschen moderne Technik nutzen und sehr gut damit zurechtkamen. Die älteren Pflegekräfte haben Unterstützung durch luK als sehr nützlich empfunden, da

- der Unterstützungs- und Informationsbedarf inhaltlich und zeitlich genau auf die Person zugeschnitten und von ihr abgerufen werden konnte,
- sie durch die luK-Unterstützung einen sichereren Umgang in ihrer Rolle und gesteigerte Pflegekraftkompetenzen bekamen,
- sie Unterstützung in ihrer persönlichen Situation erhielten, wodurch viele eine Position in der Gesellschaft zurückgewinnen und ihre Lebensqualität steigern konnten, sodass weniger Einsamkeit und Isolation die Folge waren.

Insgesamt wurde weniger Hilfe von der (Gemeinde-)Krankenschwester benötigt.

Anknüpfend und aufbauend auf die im Rahmen dieses Projektes gemachten Erfahrungen hat die Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland das Projekt des Norrlandicus Care Lab (s. u.) mit angestoßen und entwickelt eine Reihe von Strategien bzw. identifiziert Herausforderungen zur verstärkten Nutzung von E-Health-Lösungen insbesondere in den ländlich geprägten Teilräumen der Provinz. Aktuell wird dabei u. a. über die Anwendungsmöglichkeiten des Projekts „Night Peace“ diskutiert:

„**Feeling secure – Night Peace**“ ist ein Dienst für Personen, die Betreuung oder zusätzliche Pflege und Sicherheit in ihrem Zuhause benötigen. Nächtliche Betreuung erfolgt nicht mehr durch physische Besuche, sondern die „Überwachung“ wird entweder proaktiv in bestimmten Intervallen durchgeführt oder durch Alarmer mittels Nachrichten an Computer und Mobiltelefon.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum Thema E-Health im Bereich Gesundheit/Altenpflege**

- Blusi, M.; Asplund, K.; Jong, M. (2013): Older family carers in rural areas: experiences from using caregiver support services based on Information and Communication Technology (ICT), in: Eur J Ageing (2013) 10:191–199, aufgerufen unter: <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10433-013-0260-1>, Zugriff 21.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Madeleine Blusi: „Together for better welfare“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Mattias Gillow: „E-Health in Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

### **3.4.4 Das Projekt Norrlandicus Care Lab – Verbesserung von medizinischer Versorgung und Altenpflege**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Berufe im Gesundheitswesen wenig attraktiv, wenig personenzentrierte Pflege***

Die Bevölkerung in Västernorrland altert. Sowohl das Verhältnis als auch die Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf steigt, wie im Projektbeispiel E-Health bereits erläutert wurde. Die Versorgung älterer, pflegebedürftiger Menschen gewinnt somit zunehmend an Bedeutung. Kommunen sind auf die Pflege von Familienmitgliedern angewiesen, da sie die Pflege älterer Menschen weder leisten noch finanzieren können. Das Problem wird dadurch verstärkt, dass viele junge Menschen die Region verlassen.

Das derzeit vorhandene Altenpflegeangebot wird zudem von traditionellen Ansichten dominiert, sowohl in der häuslichen Pflege als auch im Pflegeheim. Pflegerichtlinien empfehlen personenzentrierte Pflege, in welcher die Bedürfnisse der älteren Menschen im Mittelpunkt von Planung und Angebot der Dienstleistung stehen, die Realität sieht oftmals anders aus. Eine Organisation nach Bedürfnissen kann jedoch kosteneffizienter sein und in einer höheren Pflegequalität resultieren. Es besteht deshalb die Notwendigkeit neue Wege zu finden, um den Anforderungen der zukünftigen Altenpflege gerecht zu werden. Unkonventionelle Arbeitsmethoden in der häuslichen Pflege und in Pflegeheimen sind zu entwickeln, wo die Bedürfnisse der Älteren an erster Stelle stehen und die Organisationen sich entsprechend anpassen.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Innovationen in der Altenpflege vor Ort im „Norrlandicus Care Lab“ erproben***

Das „Norrlandicus Care Lab“ (NCL) liefert einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität in der Gesundheitsversorgung und insbesondere in der Altenpflege. Dazu erprobt und evaluiert es Innovationen, sowohl Produkte als auch Dienstleistungen und Arbeitsweisen in der Altenpflege. Es untersucht, ob durch die Innovationen eine erhöhte Wertschöpfung möglich ist und ob die Bedürfnisse der Nutzer tatsächlich erfüllt werden. Dabei sollen u. a. die Qualität, die Benutzerfreundlichkeit und die Wahrung der Menschenwürde geprüft werden. Die Innovationen werden in realen Umgebungen, etwa in privaten Wohnungen oder Altenheimen, von älteren Menschen ab 65 Jahren, ihren Verwandten sowie dem Gesundheits- und Pflegepersonal bewertet.

Außerdem sollen weitere Innovationen in der Altenpflege ermöglicht und deren Anzahl gesteigert werden. Neues innovatives Unternehmertum sowie neue Ideen werden dadurch gefördert. Das NCL ist eine offene Innovationsplattform für alle Akteure, um die Altenpflege durch Innovationen zu verbessern. Es bietet Unternehmen und Organisationen eine Test- und Evaluationsmethode als einen Baustein in deren Entwicklungsprozess für Produkte, Dienstleistungen und Prozesse.

Ein Pilotprojekt testet und entwickelt beispielsweise eine Bettunterlage, die automatisch Alarm gibt, wenn eine Patientin oder ein Patient eingenässt hat. Dies hat mehrere Vorteile, beispielsweise ist es angenehmer für Patienten, wenn es gleich bemerkt wird und für das Pflegepersonal entfällt das Testen mit der Hand.

### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke**

- Gemeinde Sundsvall,
- Krambo Bostads AB, Kramfors (kommunales Wohnungsunternehmen),
- Mittuniversitetet, Standorte in Sundsvall, Östersund, und Härnösand,
- Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland (FoU Västernorrland),
- Investera Mittsverige ingår (Verwaltungsmanagement und Unternehmensberatung)
- Åkroken Business Incubator.

Der Zellulose- und Papierhersteller SCA Hygiene products AB wird der erste Auftraggeber im Modellversuch „Norrländicus Care Lab“ sein. Der Start der Kooperation liegt vermutlich im Oktober 2014. Außerdem wurden drei weitere Projekte initiiert, welche das NCL als Modellprojekt nutzen. Es handelt sich dabei um die Projekte „InnovaTion Kramfors“, „E-thics“ der Universität Borås und „SIO“ (Strategische Innovationsbereiche) des SP Technical Institutes of Sweden.

### **Finanzierung**

Das „Norrländicus Care Lab“ ist eine Initiative von der Abteilung für soziale Dienste der Gemeinde Sundsvall. Zunächst erfolgte die Suche nach Partnern und Finanzierungsmöglichkeiten. Eine Pilotstudie im Zeitraum vom 1.10.12 bis 5.4.13 wurde von Vinnova und der Provinzialregierung finanziert. Insgesamt beträgt die Laufzeit des Modellversuchs „Norrländicus Care Lab“ drei Jahre, vom 1. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2016 und hat einen Umsatz von 2,9 Millionen €. Die Finanzierung wird von der Provinzialregierung Västernorrland und der Schwedischen Innovationsagentur Vinnova getragen.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

In der Altenpflege gibt es keine Tradition für Innovationen, aber es werden in diesem Bereich zunehmend innovative Dienstleistungen, Methoden und Produkte benötigt. Das Norrländicus Care Lab leistet einen Beitrag, die Altenpflege durch Förderung solcher Innovationen zu erneuern. Dabei sollen nicht nur technische Innovationen gefördert werden, sondern auch Dienstleistungen und Kooperationen.

Folgende Herausforderungen stellen sich dem NCL zukünftig:

- Die Organisation in den Behörden, die Methoden der öffentlichen Beschaffung gilt es so zu gestalten, dass eine innovative öffentliche Beschaffung möglich ist.
- Sicherung des Wissens und des Verständnisses dafür, wie Versuche und Forschungen in der Pflegeorganisation genutzt werden.
- Im Bereich der E-Health muss zukünftig die Funktionsfähigkeit der Systeme und die Abstimmung auf ihren jeweiligen Zweck verbessert werden, da die meisten IuK-Systeme im Gesundheitswesen für die Speicherung von Daten und nicht für deren Austausch ausgelegt sind. Dies gilt es zu beheben.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum Norrlandicus Care Lab**

- Internetauftritt Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.fouvasternorrland.se>, Zugriff 21.08.2014.
- Internetauftritt Norrlandicus Care Lab, aufgerufen unter: <http://norrlandicus.se/>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt Vinnova, aufgerufen unter: <http://www.vinnova.se/sv/Var-verksamhet/Gransoverskridandesamverkan/Samverkansprogram/Strategiska-innovationsomraden/>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt Inera, aufgerufen unter:  
[http://www.inera.se/Documents/TJANSTER\\_PROJEKT/Identifieringstjanst\\_SITHS/SITHS\\_om\\_bestallning\\_av\\_SITHS-kort\\_pa\\_olika\\_sprak.pdf](http://www.inera.se/Documents/TJANSTER_PROJEKT/Identifieringstjanst_SITHS/SITHS_om_bestallning_av_SITHS-kort_pa_olika_sprak.pdf), Zugriff 19.08.2014
- Internetauftritt Kommune Sundsvall, aufgerufen unter: <http://www.sundsvall.se/Kommun-och-politik/Projekt-och-samarbeten/Norrlandicus-Care-Lab/>, Zugriff 21.08.2014.
- Scandurra, Isabella; Blusi, Madeleine; Dalin, Rolf (2013): Norrlandicus Care Lab – The Novel Test Method for Aging Society Innovations, aufgerufen unter: [http://norrlandicus.se/wp-content/uploads/2013/11/NCL\\_NovelTestMethod\\_Vitalis\\_accept20140224.pdf](http://norrlandicus.se/wp-content/uploads/2013/11/NCL_NovelTestMethod_Vitalis_accept20140224.pdf), Zugriff 19.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Beatrice Einarsson: „Norrlandicus Care Lab - An open innovation platform for actors seeking to improve elder care through innovation. An initiative by the department of social services, the municipality of Sundsvall, Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

### 3.4.5 Digitale Agenda Västernorrland: Strategien und Projekte im Bereich Breitbandausstattung und -nutzung

***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Die Hälfte der schwedischen Bevölkerung hat eine 100 Mb/s Breitbandverbindung, Ziel der nationalen digitalen Agenda ist der Anschluss von 90% der Bevölkerung bis 2020***

Eine effiziente IT-Infrastruktur ist wichtig, um zukünftig Wachstum und Entwicklung in einer dünn besiedelten Provinz wie Västernorrland zu erhalten. Auch die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen ist von der Verfügbarkeit solcher Infrastrukturen abhängig. Ohne eine gut zugängliche IT-Infrastruktur sind keine Unternehmen zu Gründungen bereit und die Lebensbedingungen werden weniger attraktiv. Investitionen in Infrastrukturen sind somit eine wesentliche Grundlage für die Wirtschaftsentwicklung, einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Verfügbarkeit von Dienstleistungen in ländlichen Räumen. In der Provinz gibt es derzeit Gebiete, in denen es keine Mobilfunk- und Breitbandversorgung gibt. Nur 50% der Bevölkerung ist an eine Breitbandverbindung mit einem Standard von 100 Mb/s angeschlossen.

Die nationale digitale Agenda sieht vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Västernorrland Zugang zu einer voll entwickelten IT-Infrastruktur mit wettbewerbsfähigen Geschwindigkeit und Kapazität haben. Ziel ist es 90% der Bevölkerung mit einem Standard von 100 Mb/s bis zum Jahr 2020 zu versorgen.

***Inhaltliche Ausprägungen: Das Projekt „nya digitala perspektiv“ der Provinzialregierung Västernorrland unterstützt den Breitbandausbau***

Das einjährige Projekt „nya digitala perspektiv“ („Neue digitale Perspektiven“) vom Länsstyrelsen Västernorrland (Laufzeit Ende 2013 bis Ende 2014) unterstützt das Ziel der nationalen digitalen Agenda, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit einer Breitbandversorgung von 100 Mb/s auszustatten. Zunächst erfasste und analysierte das Projekt die aktuelle Situation bezüglich der Flächendeckung von Breitbandversorgung und Mobilfunk. Darauf aufbauend wurden folgende Dokumente und Maßnahmen erarbeitet und durchgeführt:

- **Regionale digitale Agenda**, mit dem Ziel neue Modelle der Zusammenarbeit und neue Dienstleistungen zu entwickeln, um die Möglichkeiten und Vorteile der Digitalisierung nutzen zu können. Dafür sind Projekte umzusetzen, die einen Beitrag zu einer attraktiven, wettbewerbsfähigen und innovativen Region leisten. Västernorrland soll zu einer führenden digitalen Pilot-Region werden.
- **Regionaler Aktionsplan für Informations- und Kommunikationstechnologieinfrastruktur**, mit dem Ziel 90% aller Haushalte und Unternehmen mit einer Breitbandversorgung von mindestens 100 Mb/s bis 2020 zu versorgen, auch alle öffentlichen Dienstleistungen sollen eine Versorgung von mindestens 100 Mb/s bis 2020 erhalten. Außerdem soll bis 2020 die Verfügbarkeit von offenen und betreiberneutralen Netzwerken zwischen allen Gemeinden des Landkreises gewährleistet sein.
- **Netzwerke der lokalen, regionalen und nationalen Zusammenarbeit**, Kooperationsnetzwerke und strategische Partnerschaften sowie ein intensiver Dialog zwischen Unternehmen und Regierung über die Planung von Initiativen, Gesetzen und technischen Möglichkeiten sind wichtige Unterstützungsinstrumente, um den Ausbau voranzutreiben.

- **Prozessorientierte Maßnahmen für private Unternehmen**

### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke**

- Projektträger: Länsstyrelsen Västernorrland
- Projektkoordination: Verwaltungsrat
- Lokale Verwaltungsebenen
- Unternehmen und private Akteure

Zur Zielerreichung sind ein intensiver Austausch sowie Kooperationen wichtig, auch um über die neuesten Entwicklungen und Trends informiert zu bleiben. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Interessengruppen stellt sich in verschiedenen Formen dar. Es gibt u. a. Arbeitsgruppen mit der nationalen Post- und Telekommunikationsbehörde (Post- och telestyrelsen (PTS)) und mit den Unternehmen Net4Mobility und Telia. Die Zusammenarbeit erfolgt beispielsweise durch Informationen über Pläne, Baugenehmigungen sowie regionale und lokale Möglichkeiten der Expansion. Durch eine Zusammenarbeit mit der Straßenbauabteilung können Leitungen direkt beim Bau einer neuen Straße mitverlegt werden, womit Zeit und Geld gespart werden kann.

### **Finanzierung**

Die Finanzierung erfolgt anteilig durch den europäischen Strukturfonds (Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“) sowie durch regionale und kommunale Gelder. Im Laufe des Projektes wurden auch neue Formen der Kofinanzierung für den Bau digitaler Infrastrukturen mit privaten und öffentlichen Akteuren entwickelt.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Die Unterstützung des Breitbandausbaus ist der Erfolg dieser Maßnahme, vor allem das Zusammenbringen der verschiedenen Akteure generiert zahlreiche Vorteile.

Zukünftig ist es weiterhin wichtig, die Zusammenarbeit von Regierung und Unternehmen zu fördern. Auch die Bildung von Netzwerken zwischen den Kommunen ist weiterzuführen. Dazu soll eine Organisation geschaffen werden, die die Zusammenarbeit koordiniert. Auch die Politik kann den Breitbandausbau weiter unterstützen.

Das Projekt soll neue Anwendungsfelder initiieren und zur stärkeren Nutzung durch die Bevölkerung und Unternehmen anregen, was den Ausbau für Unternehmen attraktiver und wirtschaftlicher macht.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur kostet sehr viel Geld. Demgegenüber müssen die finanziellen Einsparungen durch die Nutzung neuer Dienstleistungen, beispielsweise durch E-Government oder E-Health, berücksichtigt werden. Diese gilt es zu erforschen sowie neue Lösungen für die Daseinsvorsorge durch den Einsatz von Breitband sowie Informations- und Kommunikationstechnologie zu erarbeiten, umso den Ausbau zu nutzen und zu amortisieren. Das Projekt soll eine gute Entscheidungsgrundlage für weitere Investitionen sein. Forschungsbedarf besteht bei der Untersuchung der möglichen Angebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge mit Hilfe des Internets und deren Ermöglichung durch den Breitbandausbau. Die Verhaltensänderung zur Nutzung solcher digitaler Dienstleistungen dauert an. Weiterer Forschungsbedarf besteht bei der Untersuchung, wie Privathaushalte und Unternehmen das Internet nutzen, da es hierzu momentan zu wenig Analysen gibt.

**Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum digitalen Ausbau in Västernorrland**

- Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter:  
<http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/eu-och-internationellt/vara-projekt/Pages/nya-digitala-perspektiv.aspx>, Zugriff 20.08.2014
- Vortrag und Präsentationsfolien Niklas Guss: „The County administrative board`s coordination of ICT-infrastructure and digital development“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

### **3.4.6 Sicherung des Schulsystems in Västernorrland: Strategie „Interkommunale Kooperation im Bereich Bildung“**

***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Kommunen für Schulwesen verantwortlich, sinkende Anzahl Schülerinnen und Schüler, qualifiziertes Lehrpersonal für ländlichen Raum gewinnen***

Durch den hohen Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung in Schweden sind die Gemeinden für viele Aufgabenbereiche zuständig. Auch für die Organisation und Finanzierung des Schulwesens. Deshalb ist die Organisation und Budgetierung, trotz staatlicher Vorgaben des Schulgesetzes und der Lehrpläne, in den Gemeinden sehr unterschiedlich. Insbesondere in Västernorrland, wo die Einwohnerzahlen der Gemeinden zwischen 9.000 und 95.000 liegen, ergeben sich große Unterschiede. Nicht jede kleine Gemeinde kann jede mögliche weiterführende Schule vorhalten. Zusätzliche Herausforderungen stellen sinkende Schülerzahlen und die dauerhafte Bereitstellung von qualifizierten Lehrkräften sowie eine zeitgemäße IT-Ausstattung in den Schulen dar. Die freie Schulwahl in Schweden erlaubt es den Eltern und Schülern die Entscheidung nach praktischen Gesichtspunkten zu treffen, wodurch ein Wettbewerb zwischen Schulen besteht. Es gibt keine festgelegten Standards zu Klassengrößen, als Optimalfall werden 28 Schülerinnen und Schüler pro Klasse angesehen. In kleinen Schulen bilden jedoch ca. 60 bis 70 Schüler eine Compulsory school, die 9 Jahrgänge umfasst. Der Schulweg zur Compulsory school sollte nicht länger als 1 Stunde Busfahrt sein. Insgesamt halten Kommunen für die Upper secondary school 18 Programme vor, wovon sechs Programme auf die Universitäten vorbereiten und 12 auf den Beruf.

Durch die genannten Rahmenbedingungen ergibt sich die Notwendigkeit zur interkommunalen Kooperation im Bereich der Bildung. Dazu trägt auch die finanzielle Situation der Kommunen bei. Die Schrumpfung der Einwohnerzahl und dadurch geringere kommunale Steuereinnahmen wirken sich negativ auf die Finanzen der Kommunen aus. Sinkenden finanziellen Spielräumen steht eine gleichbleibende oder sogar zunehmende Aufgabenfülle gegenüber.

Durch einen Erhalt der Schulen und eines attraktiven Bildungsangebotes soll insbesondere dem Wegzug junger Bevölkerungsgruppen entgegen gewirkt werden.

***Inhaltliche Ausprägungen: Interkommunale Zusammenarbeit für strategische Bildungsentwicklung***

Der Kommunförbundet Västernorrland unterstützt mit verschiedenen Maßnahmen die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Bildung. Unter anderem sollen dadurch möglichst viele der Programme der Upper secondary school gesichert werden, um somit die Ausbildungsvielfalt in der Region zu erhalten und den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, dass sie vor Ort bleiben können und nicht für einen bestimmten Berufswunsch wegziehen müssen.

Dazu gehören:

- **Eine Regionale Ausbildungsstrategie** (Regional utbildningsstrategi), die der Kommunförbundet gemeinsam mit den Gemeinden entwickelt und die eine Definition von Problembereichen und die Formulierung von Prioritäten der Schulentwicklung beinhaltet. Durch die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für Schule und Bildung in Västernorrland, von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung sollen die Unterschiede in den Gemeinden verringert, der Kontakt zwischen den Schulen und Gemeinden erhöht sowie die Schulen vor Ort gestärkt werden. Weitere spezielle Bereiche der Zusammenarbeit sollen identifiziert werden.
- **Regelmäßige Treffen** des Kommunförbundets Västernorrland mit dem jeweiligen kommunalen Schulverwaltungschef zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Gemeinden.
- Das **Projekt Unternehmen – Schule – Arbeit** (Projektet Entreprenörskap - Skola - Arbetsliv (ESA) soll die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schule verbessern und somit den Übergang zwischen Schule und Beruf erleichtern. Beispielsweise werden Praktika unterstützt, wie etwa durch die Homepage praktikplatsen.se. Berufsberater sollen die Berufswahl unterstützen und die traditionellen beruflichen Geschlechterrollen aufbrechen. Die Aktivitäten der Berufsberater sind in die Bildungsstrategie der Gemeinden integriert.

### **Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke**

- Projektinitiierung und -koordination: Kommunförbundet Västernorrland
- Projektpartner: Beteiligte Kommunen und die Verwaltungschef der Schulen
- Projektpartner: Beteiligte Schulen
- Projektpartner: Arbeitsamt
- Projektpartner: Beteiligte Unternehmen

Die kommunale und institutionelle Zusammenarbeit soll eine gute Bildungslandschaft gewährleisten. Der Kommunförbundet Västernorrland initiiert und unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Schulen, weiteren Bildungseinrichtungen und Unternehmen.

So wird im Bereich der Schulentwicklung u. a. die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen zum Erhalt der Schulen unterstützt. Vor allem das Angebot weiterführender Schulen in der Fläche soll somit gesichert werden, beispielsweise durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen der Upper secondary school. Auch die Qualitätssicherung spielt eine zentrale Rolle. Durch die Zusammenarbeit sollen Synergien genutzt werden, damit in der gesamten Region eine gute Ausbildung gewährleistet werden kann und Angebote erhalten bleiben können. Auch die bestehende Konkurrenzsituation kann dadurch geschwächt werden.

### **Finanzierung**

Der Kommunförbundet wird von seinen Mitgliedsgemeinden finanziert. Für das Projekt hat er keine eigenen Mittel, um Anreize zur Zusammenarbeit zu schaffen. Er unterstützt die interkommunale Zusammenarbeit durch verschiedene Leistungen, beispielsweise durch Impulse für die Diskussion, Moderation sowie Vor- und Nachbereitung der Treffen.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Der Kommunförbundet Västernorrland und seine Gemeinden und Schulen sind mit der Regionalen Ausbildungsstrategie und dem Projekt Unternehmen – Schule – Arbeit auf einem guten Weg die interkommunale Arbeit im Bereich Bildung zu unterstützen. Ebenfalls tragen die regelmäßigen Treffen mit den kommunalen Schulverwaltungen zur Zusammenarbeit und Vermeidung von Schulschließungen bei. Eine Ausbildungsvielfalt in den Programmen der Upper secondary school vermindert Abwanderungen und trägt dazu bei, dass vor allem junge Menschen in der Region bleiben.

Zukünftige Herausforderungen bestehen darin, auch für Schülerinnen und Schüler in ländlichen Gemeinden eine gute Schulbildung mit zumutbaren Wegstrecken anbieten zu können. Mit 60 – 70 Schülern pro Compulsory school kann ein qualitativ hochwertiger Unterricht stattfinden. 40 Schülerinnen und Schüler sind jedoch zu wenig, um eine gute Bildung anzubieten. Außerdem gilt es qualifiziertes Lehrpersonal zu finden, das bereit ist, in ländlichen Räumen zu unterrichten – auch an mehreren Schulen – und zu leben. Dazu müssen beispielsweise attraktive Seiten ländlicher Räume und kleiner Schulen aufgezeigt werden. Eine große Herausforderung für die Zukunft ist auch der **Umgang mit Schulschließungen** und in diesem Zusammenhang die Frage, welche Wegstrecken für den Schulweg für Schülerinnen und Schüler zumutbar sind.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zum Kommunförbundet Västernorrland im Bereich Bildung**

- Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: [www.kfvn.se](http://www.kfvn.se), Zugriff 20.08.2014.
- Internetauftritt Praktikplatsen, aufgerufen unter: [www.praktikplatsen.se](http://www.praktikplatsen.se), Zugriff 20.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Peter Levin: „About the Swedish education system“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag Stefan Paulsson: „Inter-communal cooperation in the field of upper secondary school education in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

### **3.4.7 Unterstützung von Unternehmensgründern in der Gemeinde Kramfors**

#### ***Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Wenig Unternehmertum im ländlichen Raum***

Die großen Unternehmen, die während der Industrialisierung gegründet und in den letzten Jahrzehnten vermehrt durch Fusionen zusammengeschlossen wurden, sind nach wie vor das Rückgrat der regionalen Wirtschaftsstruktur von Västernorrland. Im Zuge des Strukturwandels lässt sich aber auch eine zunehmende Deindustrialisierung feststellen. Gleichzeitig gewinnt der Dienstleistungssektor immer mehr an Bedeutung. Dennoch ist Västernorrland heute aufgrund der geringeren Bildungs- und Beschäftigungschancen insbesondere für junge Menschen nicht sehr attraktiv, was sich besonders im ländlichen Raum bemerkbar macht. Die Gemeinde Kramfors liegt abseits der größeren Städte Västernorrlands und es gibt wenig Existenzgründer. Seit 2005 wurden durchschnittlich jedes Jahr 3,87 Unternehmen pro 1.000 Einwohner gegründet. Der schwedische Durchschnitt liegt bei 5,83.

#### ***Inhaltliche Ausprägungen: Kommunale Gründungs- und Unternehmensberatung***

Um insbesondere auch jungen Menschen eine (berufliche) Perspektive in der ländlichen Gemeinde Kramfors zu eröffnen und damit weitere Abwanderungen zu verhindern und den Standort zukunftsfähig aufzustellen, ist es das Ziel Unternehmensgründungen und Unternehmertum zu unterstützen. Hierzu wurde das Starthuset in Kramfors eingerichtet, welches kostenlose individuelle Beratungen anbietet, bei denen großer Wert auf Integrität und Verschwiegenheit gelegt wird. Die Beratungsleistung übernimmt ein von der Kommune angestellter ehemaliger Unternehmer und Unternehmensberater. Bei den Beratungen werden die derzeitigen Erfordernisse des Unternehmers und seiner Unternehmensidee identifiziert und darauf eingegangen. Die Unternehmer sollen angeleitet werden, selbstständig ein erfolgreiches Unternehmen aufzubauen. Dafür müssen sich Idee, Ressourcen und Kapital im Gleichgewicht halten. Eine gute Idee alleine reicht nicht. Eine Idee muss weitergedacht und die passenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Da es vor allem hieran mangelt, setzen die Unterstützungsleistungen hier an. Das „heilige Dreieck“ zeigt den Weg zu einer erfolgreichen Firma: Unternehmensidee und Unternehmensmodell, Personen und Kompetenzen sowie Kapital und Rentabilität.

#### ***Akteure, Zuständigkeiten und Netzwerke***

- Individuelle Gründungsberatung der Gemeinde Kramfors
- Bürger, Innovatoren, Unternehmer und Existenzgründer

Die Unterstützung von Unternehmern erfolgt über ein globales Netzwerk. Dazu gehören Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Schulen, Bürgerinnen und Bürger, Innovatoren und Unternehmer. Außerdem sind das Starthuset, Banken und Unternehmen der Gründungsförderung wie ALMI, Norrlandsfonds oder Saminvest involviert. Auch staatliche Institutionen wie die Schwedische Agentur für Ökonomie und regionales Wachstum oder Vinnova sind daran beteiligt.

#### ***Finanzierung***

- Gemeinde Kramfors.

### **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen**

Als Erfolg dieses Projektes ist sicherlich der Anstieg von Unternehmensgründungen in der Provinz Västernorrland zu werten. Jedoch ist ein dauerhaftes Bestehen der gegründeten Unternehmen im wirtschaftlichen Gefüge der ausschlaggebende Aspekt für die Wertung des Vorhabens als Erfolg. Zukünftige Herausforderungen könnten sich auch aus anderen Herausforderungen Västernorrlands ergeben wie z. B. der Sicherung der Daseinsvorsorge als wichtiger Standortfaktor für Unternehmen.

#### **Literaturverzeichnis und weiterführende Informationen zu Kramfors und dem Starthus**

- Internetauftritt Gemeinde Kramfors, aufgerufen unter: <http://www.kramfors.se/index.asp?id=1188>, Zugriff 20.08.2014.
- Artikel zum Starthuset aus dem Internetauftritt der allehanda, aufgerufen unter: <http://www.allehanda.se/angermanland/kramfors/starthuset-hjalper-nya-blivande-foretagare>, Zugriff 20.08.2014.
- Vortrag und Präsentationsfolien Anders Bosenius: „Rural service provision for entrepreneurs“, am 25.06.2014 in Bollstabruk, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

### 3.4.8 Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Erfahrungen aus Västernorrland in Deutschland nutzen

Folgende Erfahrungen aus den Ansätzen und Projekten Graubündens können einen Mehrwert für deutsche Akteure im Bereich Daseinsvorsorge darstellen:

- Die **Stärkung der regionalen Wirtschaft** durch kommunale Unterstützung von Unternehmen und Unternehmensgründungen sowie den Breitbandausbau, um somit als attraktiver Wohnstandort zu gelten und dadurch einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge leisten.
- Das Verknüpfen von Themen der Daseinsvorsorge mit der regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung ermöglicht (und erfordert) eine **positive Sicht- und Herangehensweise**, wobei der Fokus eindeutig auf den Chancen liegt, anstatt ggf. negative Veränderungen in den Mittelpunkt zu rücken.
- Das gesellschaftliche Bewusstsein zur **Fürsorge**, auch für soziale Kleingruppen, wird beispielsweise deutlich durch das Selbstverständnis Gemeinden in ländlichen Räumen zu erhalten und auch für wenige Menschen die bestmöglichen Leistungen der Daseinsvorsorge bereitzustellen.
- Ein Schwerpunkt der Arbeit zur Sicherung der Daseinsvorsorge liegt auf der **Fokussierung auf Forschung und Innovationen**, wozu kommunale Forschungseinrichtungen gegründet wurden, wie z. B. die Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrlands (FoU Västernorrland), die sich u. a. mit Innovationen zu Gesundheit und Altenpflege auseinandersetzen.
- Mit der **Nutzung der digitalen Infrastruktur** können zudem Daseinsvorsorgeleistungen anderer Bereiche entweder qualitativ verbessert, ergänzt oder sogar – sofern sie nicht stationär vor Ort sind – virtuell erbracht werden. Die Projektbeispielsweise aus dem Bereich Gesundheit und Altenpflege haben einzelne Anwendungen aufgezeigt, die die Daseinsvorsorge unterstützen.
- Das **Innovationspotenzial** weiterer, internetgestützter Anwendungen zur Ergänzung, Verbesserung und Sicherung von Daseinsvorsorgeleistungen ist derzeit als sehr hoch einzuschätzen. Hier gilt es einerseits bereits bestehende Forschungsergebnisse in die praktische Umsetzung zu bringen und andererseits weitere Projektideen zu entwickeln.
- Die **interkommunale Zusammenarbeit** sowie die Zusammenarbeit verschiedener Akteure wird durch die Bildung von Kommunalverbänden unterstützt.

- 
- <sup>136</sup> Vgl. Amt der NÖ Landesregierung.
- <sup>137</sup> Vgl. Österreichische Raumordnungskonferenz: Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2010-2030 mit Ausblick bis 2050. Teil 1: Endbericht zur Bevölkerungsprognose. Wien, 2010. S. 11 f.
- <sup>138</sup> Vgl. AMS Arbeitsmarktservice Österreich: Grafisches Arbeitsmarktinformationssystem – Bundeslandprofile 2011 Niederösterreich, aufgerufen unter: [http://www.arbeitsmarktprofile.at/2011/PDF/Niederosterreich\\_2011.pdf](http://www.arbeitsmarktprofile.at/2011/PDF/Niederosterreich_2011.pdf)
- <sup>139</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>140</sup> Vgl. Arbeitsmarktservice Österreich, aufgerufen unter: [http://www.ams.at/\\_docs/001\\_amd-NUTS3\\_monate\\_2014.xls](http://www.ams.at/_docs/001_amd-NUTS3_monate_2014.xls), Zugriff 27.02.2014.
- <sup>141</sup> Vgl. Internetauftritt Landesregierung Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.noe.gv.at/Gemeindeservice/Gemeindeservice/Verkehr-Technik/AST.print.html>, Zugriff: 06.08.2014.
- <sup>142</sup> Vgl. Internetauftritt Landesregierung Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.noe.gv.at/Gemeindeservice/Gemeindeservice/Verkehr-Technik/AST.print.html>, Zugriff: 06.08.2014.
- <sup>143</sup> Vgl. Amt für Raumentwicklung Graubünden: Siedlungsbericht Graubünden. Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980. Chur, 2007. S. 11.
- <sup>144</sup> Vgl. Internetauftritt Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, aufgerufen unter: <http://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dienstleistungen/volkswirtschaftlichegrundlagen/Seiten/default.aspx>, Zugriff 26.11.2013.
- <sup>145</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>146</sup> Vgl. Amt für Raumentwicklung Graubünden: Siedlungsbericht Graubünden. Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980. Chur, 2007. S. 14.
- <sup>147</sup> Vgl. Graubündner Kantonalbank / Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden: Durchblick 2013. Graubünden in Zahlen. S. 10f.
- <sup>148</sup> Vgl. Statistischer Atlas Graubünden, aufgerufen unter: <http://www.statistik.gr.ch/geoclip/>, Zugriff 26.11.2013.
- <sup>149</sup> Vgl. Graubündner Kantonalbank / Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden: Durchblick 2013. Graubünden in Zahlen. S. 8.
- <sup>150</sup> Vgl. Internetauftritt Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (ASTAT), aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/astat/de/service/daten-online.asp>, Zugriff 28.11.2013.
- <sup>151</sup> Vgl. Autonome Provinz Bozen/Südtirol, Landesinstitut für Statistik – ASTAT (Hrsg.) (2013): 2012. Statistisches Jahrbuch für Südtirol. S. 338. Bozen.
- <sup>152</sup> Vgl. Lun, Georg: Unsere Europaregion – ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. In: Die Gemeinde. Zeitschrift des Südtiroler Gemeindenverbandes. Ausgabe 6, Mai 2009. S. 6 f.
- <sup>153</sup> Vgl. Autonome Provinz Bozen/Südtirol, Landesinstitut für Statistik – ASTAT (Hrsg.) (2013): 2012. Statistisches Jahrbuch für Südtirol. S. 210f. Bozen.
- <sup>154</sup> Vgl. Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_255006.aspx](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____255006.aspx), Zugriff 14.10.2013.
- <sup>155</sup> Vgl. Internetauftritt der Europäischen Kommission Eurostat, aufgerufen unter: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Population\\_change\\_at\\_regional\\_level/de](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_change_at_regional_level/de), Zugriff 10.10.2013.
- <sup>156</sup> Vgl. ESPON & Leibniz Institute for Regional Geography (Hrsg.) (2011): SEMIGRA. Selective Migration and unbalanced Sex Ratio in Rural Regions. Targeted Analysis 2013/2/15. Interim Report | 30/September/2011, aufgerufen unter: [http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/TargetedAnalyses/SEMIGRA/SEMIGRA\\_Interim-Report\\_with-Annex.pdf](http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/TargetedAnalyses/SEMIGRA/SEMIGRA_Interim-Report_with-Annex.pdf), Zugriff 11.10.2013.

- 
- <sup>157</sup> Vgl. Internetauftritt Semigra - Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions, aufgerufen unter: [http://www.semigra.eu/de/cs\\_vasternorrand\\_de.html](http://www.semigra.eu/de/cs_vasternorrand_de.html), Zugriff 11.10.2013.
- <sup>158</sup> Vgl. Länsstyrelsen Västernorrland.
- <sup>159</sup> Vgl. Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_159278.aspx](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____159278.aspx), Zugriff 14.10.2013.
- <sup>160</sup> Vgl. ESPON & Royal Institute of Technology (KTH) (Hrsg.) (2011): SEMIGRA. Case Study Report: Västernorrland's County Version 1 April 2012, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrand/SiteCollectionDocuments/Sv/nyheter/2012/semigra-case-study-report-vasternorrand-12-05-01.pdf#page=19&zoom=70,0,427>, Zugriff 14.10.2013.
- <sup>161</sup> Vgl. Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/Pages/Product\\_\\_\\_\\_130402.aspx](http://www.scb.se/Pages/Product____130402.aspx), Zugriff 11.10.2013.
- <sup>162</sup> Vgl. Internetauftritt Länsstyrelserna, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrand/SiteCollectionDocuments/Sv/nyheter/2012/semigra-case-study-report-vasternorrand-12-05-01pdf#page=19&zoom=70,0,427>, Zugriff 14.10.2013.
- <sup>163</sup> Vgl. Internetauftritt Semigra - Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions, aufgerufen unter: [http://www.semigra.eu/de/cs\\_vasternorrand\\_de.html](http://www.semigra.eu/de/cs_vasternorrand_de.html), Zugriff 11.10.2013.
- <sup>164</sup> Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: [http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale\\_Selbstverwaltung\\_in\\_Schweden.pdf](http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf), Zugriff 30.05.2014.
- <sup>165</sup> Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/om-oss.html>, Zugriff: 30.05.2014.
- <sup>166</sup> Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: [http://kfvn.se/in\\_english\\_1859.html](http://kfvn.se/in_english_1859.html), Zugriff 30.05.2014.
- <sup>167</sup> Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/socialtjanst.html>, Zugriff 30.05.2014.
- <sup>168</sup> Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/om-oss.html>, Zugriff: 30.05.2014.
- <sup>169</sup> Vgl. ebenda.
- <sup>170</sup> Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: [http://kfvn.se/in\\_english\\_1859.html](http://kfvn.se/in_english_1859.html), Zugriff 30.05.2014.

## **4. Internationale Erfahrungen im Themenfeld Sicherung der Daseinsvorsorge: Erfolgsfaktoren und Erkenntnisse der Informations- und Erfahrungsaustausche sowie Empfehlungen für die Übertragbarkeit**

Die Erfolgsfaktoren und Empfehlungen wurden hauptsächlich aufbauend auf den Erkenntnissen der Strategie- und Projektbeispiele der Partnerregionen während der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche im Rahmen des MORO Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge zusammengefasst.

### **4.1 Erfolgsfaktor: Fachliche Schwerpunkte als Basis strategischer Überlegungen**

Zur Sicherung der Daseinsvorsorge gehören strategische Überlegungen, wie eine zukunftsfähige Kommunal- und Regionalentwicklung gestaltet werden kann und wie die Daseinsvorsorgeleistungen langfristig erhalten werden können. Dabei müssen langfristige strategische Überlegungen nicht zwangsläufig am Beginn stehen. Auch fachbezogene Einzelprojekte, die einem bestimmten Bereich der Daseinsvorsorge zugeordnet werden können, können strategische Überlegungen anstoßen. Zudem kann ausgehend von der Diskussion eines Daseinsvorsorgebereiches auch eine Diskussion über Strategien und Projekte in anderen Daseinsvorsorgebereichen angeregt und Zusammenhänge dargestellt werden, bis hin zur Erarbeitung integrierter Gesamtstrategien.

#### **4.1.1 Personenbezogene Interpretation der Daseinsvorsorge – Fürsorge-Denken auch für soziale Kleingruppen**

Ausgangspunkt für Überlegungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge kann, sowohl in strategischer als auch fachlicher Hinsicht, ein ausgeprägtes Fürsorge-Denken sein. Dieses Denken fördert eine positive Sichtweise und stellt grundsätzlich den betroffenen Menschen in den Fokus. Die zentrale Frage dabei lautet: Was brauchen die Menschen vor Ort und wie kann dies geleistet werden? Die Herangehensweise zur Sicherung der Daseinsvorsorge findet somit zunächst losgelöst von Vorgaben und festgelegten Rahmenbedingungen statt. Die erarbeiteten Strategien weisen somit eine hohe Flexibilität der Rahmenbedingungen auf.

Das gesellschaftliche Bewusstsein zur Fürsorge, auch für soziale Kleingruppen, war in Västernorrland besonders ausgeprägt. Das Selbstverständnis Gemeinden in ländlichen Räumen zu erhalten und auch für wenige Menschen die bestmöglichen Leistungen der Daseinsvorsorge bereitzustellen herrschte in der Partnerregion bei allen Beteiligten vor und wurde in den Diskussionen während des Erfahrungsaustausches als ein guter Ansatz gesehen losgelöst von gängigen Denkmustern an Problemstellungen heranzugehen und somit Fenster für innovative Pilotprojekten zu bieten.

#### **4.1.2 Konzeptionell integrierte Betrachtungsweisen und multifunktionale Ansätze: Einbindung der Projekte in regionale und kommunale Aktionsprogramme und Entwicklungskonzepte**

Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge sollen eine integrierte Betrachtung der verschiedenen Daseinsvorsorgeleistungen beinhalten. Denn sektorale Lösungen reichen bei vielen Themen der Daseinsvorsorge nicht aus, da zahlreiche Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Daseinsvorsorgebereichen bestehen und durch eine integrierte Betrachtungsweise oftmals effizientere Strukturen geschaffen werden können.

Das Beispiel der Regionalen Service Programme in Västernorrland sowie die Kleinregionalen Strategiepläne in Niederösterreich, wie die Kleinregionalen Entwicklungskonzepte oder Kleinregionalen Rahmenkonzepte, haben gezeigt, dass formulierte, interdisziplinäre Strategien, Ziele und Konzepte, maßgeblich zu einer überlegten, abgestimmten und zukunftsfähigen kommunalen und regionalen Entwicklung beitragen. Einzelne Projekte tragen zur Erreichung der jeweiligen Ziele bei. Durch eine gemeinsame Zielrichtung werden Ressourcen gebündelt.

Die entwickelte Strategie kann in einem integrierten Entwicklungskonzept zusammengefasst und somit verbindlich festgehalten werden. Ein integriertes Entwicklungskonzept beinhaltet dabei Projekte, die einzelnen Daseinsvorsorgebereichen zugeordnet sind, sowie übergeordnete Projekte. Die Regionalstrategien Daseinsvorsorge, die im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge von den Modellregionen erarbeitet wurden, stellen beispielsweise solch ein integriertes Entwicklungskonzept dar. Eine Herausforderung ist es alle Themen gemeinsam zu bearbeiten, deshalb kann es unter Umständen hilfreich sein, zunächst mit ein bis zwei Themen zu beginnen, um dann weitere hinzuzufügen. Zur Entstehung eines regionalen Entwicklungskonzeptes oder Aktionsplanes gilt es viele Akteure in den Prozess einzubeziehen und zu beteiligen. Dazu gehören beispielsweise die Abstimmung und Zusammenarbeit verschiedener Fachleute und Experten, Verwaltungsebenen und Zuständigkeitsbereichen. Die einzelnen Maßnahmen und Projekte sollen dabei einen Beitrag zur regionalen Gesamtstrategie leisten.

#### **4.2 Erfolgsfaktor: Professionelles und flexibles Regional- und Projektmanagement**

Zur Entwicklung von Strategien sowie zur Erarbeitung von Maßnahmen und Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge gehört ein professionelles Regional- und Projektmanagement. Dies leistet einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Implementierung und Umsetzung. Auch die erfolgreiche, engagierte und effiziente Zusammenarbeit von Projektpartnern wird dadurch unterstützt und erhält deren Motivation.

Zu einem **erfolgreichen Regional- und Projektmanagement** gehören beispielsweise die

- **Projektinitiierung:** In dieser Phase werden die Projektziele festgelegt und klar definiert sowie die betroffenen Projektpartner eruiert und eingebunden,
- **Projektplanung:** In dieser Phase wird die weitere Projektbearbeitung festgelegt, indem Regelungen zur Vorgehensweise, zum Zeitplan und den Meilensteinen des Projektes sowie die Finanzierung getroffen werden. Auch die Aufgabenverteilung, die Arbeitspakete sowie Verantwortlichkeiten sind festzulegen.

- **Projektdurchführung:** Zu dieser Phase gehören die Projektorganisation, die Realisierung, die Kommunikation und das Marketing
- **Projektelevaluierung:** sowie darauf aufbauend die Erarbeitung von Folgeaktivitäten zur weiteren Optimierung.

Auch eine professionelle Moderation und gegebenenfalls Mediation kann erheblich zu einem erfolgreichen Prozess beitragen.

#### **4.2.1 Projektorientierung mit speziellen flachen Projektorganisationsstrukturen**

Der Aufbau komplexer Organisationsstrukturen sollte hinsichtlich einer Fokussierung auf das Projekt vermieden werden. Zudem erlauben flache Strukturen, dass das Projekt auch mit vielen Akteuren auf gleicher Augenhöhe durchgeführt werden kann, wodurch keine Konkurrenzsituationen entstehen. Dennoch braucht es einen Projektverantwortlichen, der sich um die stetige Weiterbearbeitung des Projektes kümmert.

Als Beispiel ist hier das Projekt Nationalparkregion – Gesundheitsregion zu nennen.

#### **4.2.2. Flexible Standards – flexible quantitative und qualitative Niveaus**

Die Projekte der Partnerregionen haben gezeigt, dass eine Betrachtung der lokalen Gegebenheiten und darauf aufbauend die Entwicklung von Projekten, die vorgegebene Standards und Rahmenbedingungen nicht berücksichtigten, einen qualitativ wertvollen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge leisten können. Die zentrale Frage lautet: Was wird vor Ort wirklich benötigt und ist wichtig? Die Flexibilisierung von Standards sowie die Zulassung von flexiblen quantitativen und qualitativen Niveaus ermöglichen innovative und an die lokalen Gegebenheiten angepasste Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Es lohnt sich, für Modellprojekte die vorgegebenen Standards und Rahmenbedingungen aufzulösen und durch flexible Strukturen zu ersetzen, umso einen größeren Gestaltungsspielraum zu ermöglichen.

Die Bildungsprojekte, beispielsweise in Graubünden zeigen, dass es sich lohnt, kleine Schulen auch mit ungewöhnlichen Maßnahmen und flexiblen Standards zu erhalten.

#### **4.2.3 Projektspezifisch integrierte Betrachtungsweise**

Zur Sicherung der Daseinsvorsorge tragen viele Akteure und Institutionen bei. Oft gestalten sich Projekte sehr komplex, wozu eine integrierte Betrachtung und interdisziplinäre Gestaltung notwendig ist. Dazu ist die Abstimmung und Zusammenarbeit verschiedener Fachleute und Experten, Verwaltungsebenen und Zuständigkeitsbereichen von zentraler Bedeutung. Somit können Doppelstrukturen und –aufgaben vermieden und Synergieeffekte erzielt werden. Durch eine projektspezifisch integrierte Betrachtungsweise und die Verknüpfung verschiedener Themen können innovative, multifunktionale Projekte, mit einem Mehrwert für verschiedene Daseinsvorsorgebereiche, entstehen, die zur Sicherung der Daseinsvorsorge beitragen. Multifunktionalen Projekte sind für vielerlei Themenkombinationen denkbar und ermöglichen neue Perspektiven zur Sicherung der Daseinsvorsorge.

In der Partnerregion Västernorrland entstehen beispielsweise durch die Verknüpfung der Daseinsvorsorgebereiche medizinische Versorgung und digitale Infrastruktur zahlreiche Projekte, die zur Sicherung der Daseinsvorsorge beitragen.

#### 4.2.4 Unkonventionelle Projekte (interkommunale Forschungsprojekte)

Innovative Ideen und Projekte können einen Beitrag zur Sicherung verschiedener Daseinsvorsorgebereiche leisten. Neue Denkmuster können zu neuen Projekten führen. Neuartige Projekte entstehen z. B. durch die interkommunale Kooperation der Gemeinden in Västernorrland. Der Kommunförbundet Västernorrland hat eine eigene Forschungs- und Entwicklungseinheit, die neue Angebotsformen der Daseinsvorsorge durch die digitale Infrastruktur untersucht. Das kommunale Engagement geht somit weit über die Lösung der klassischen kommunalen Aufgaben hinaus. Das Beispiel Nutzung der digitalen Infrastruktur im Bereich Gesundheit in Västernorrland hat gezeigt, dass

- **multifunktionale Projekte** durch die Verknüpfung verschiedener Themenfelder entstehen können,
- **neuartige, innovative Projekte** durch die Untersuchung neuer Themenfelder entstehen können und
- **neue Kooperationen** verschiedener lokaler und regionaler Akteure sowie interkommunale Kooperationen einen Beitrag zur Entwicklung neuer Projekte leisten.

Im Ultental entstehen Projekte zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten an der Schnittstelle von Tourismus und Landwirtschaft, die zeigen, dass unkonventionelle Projekte durch den Aufbau **regionaler Wertschöpfungsketten entstehen können**.

### 4.3 Erfolgsfaktor: Persönlichkeiten als Treiber von Regionalentwicklung und Projekten

Hinter erfolgreichen Projekten stehen oft Einzelpersonlichkeiten, die sich für das Projekt einsetzen, Verantwortung übernehmen, weitere Akteure aktivieren und motivieren können und vorweg gehen. Dazu gehört der Mut, neue Wege zu gehen sowie neue Möglichkeiten auszuloten und auszuprobieren.

**Projekt-Treiber** kümmern sich darum, dass eine Idee nicht fallen gelassen wird, sondern weiter entwickelt und bis zur Umsetzung bearbeitet wird. Sie setzen sich für das Projekt oder den Prozess ein und fühlen sich für den **erfolgreichen Verlauf und die Umsetzung verantwortlich**. Sie können Menschen zur Mitarbeit gewinnen, aktivieren und motivieren. Gerade für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge ist es von Vorteil, wenn Führungspersönlichkeiten hinter dem Projekt stehen und deren Umsetzung fördern. Der Wille zur Veränderung muss dabei deutlich werden.

Beim Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung“ werden Projekte mit Kommunen nur dann weiterverfolgt, wenn der Gemeinde- und Stadtrat hinter dem Projekt steht und es Verantwortliche für das jeweilige Projekt gibt.

**Strukturen, die einen Gestaltungs- und Unterstützungsraum** bieten, erhöhen den Einsatz von Einzelpersonen zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Möglichkeiten zum Wirken von Einzelpersonen müssen geschaffen werden sowie Platz für kreative Projekte und Experimente.

Ein Beispiel stellt hier die Winterschule Ulten und deren Gründerin dar.

## **4.4 Erfolgsfaktor: Organisationen – Institutionen – Finanzierung**

Als weiterer Erfolgsfaktor zählt zum einen die Organisation und Finanzierung der Strategien und Projekte sowie zum anderen die Einbindung von Projektpartnern und Institutionen.

### **4.4.1 Klein- und großräumige Ebenen der (kommunalen) Selbstverwaltung – Landkreise und Regionen als Handlungsebene**

Als Handlungsebene zur Sicherung von Daseinsvorsorgeleistungen sind verschiedene Ebenen betroffen. In den Partnerregionen ist die kommunale Ebene durch die kommunale Selbstverwaltung sehr stark. Sie ist für viele Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge zuständig. Dies birgt für viele Bereiche zur Sicherung der Daseinsvorsorge Vorteile, jedoch auch Risiken. Dabei sind insbesondere die lokalen Strukturen zu beachten, wie groß (Fläche, Bevölkerung) die Kommunen in den Partnerregionen sind.

### **4.4.2 Finanzausstattung der Kommunen**

Knappe kommunale Kassen, gerade auch in ländlichen Räumen mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl, erfordern vielerorts einen rapiden Sparzwang. Darunter fallen oft die freiwilligen kommunalen Aufgaben. Werden der kommunalen Ebene mehr Aufgaben und Verantwortung übertragen, so muss auch die Ausgestaltung der Finanzströme entsprechend angepasst werden.

Ein Ansatz kann sein, durch Zusammenschlüsse und Vernetzungen eine höhere finanzielle Schlagkraft zu bekommen und Projekte gemeinsam zu finanzieren. Eine Finanzpolitik der Kommunen, in der nur sinnvolle Projekte unterstützt werden, die ebenfalls den demografischen Wandel berücksichtigen, trägt ebenfalls dazu bei.

### **4.4.3 Regionale Entwicklungsinitiativen – Netzwerke – Allianzen – Regionale Wertschöpfungsketten**

Regionale Entwicklungsperspektiven können sich durch den Zusammenschluss von lokalen Akteuren zu regionalen Entwicklungsinitiativen, Netzwerken und Allianzen ergeben sowie durch den Aufbau von Regionalen Wertschöpfungsketten.

Regionale Wertschöpfungsketten stärken die regionale Wirtschaft und erhöhen die Wertschöpfung vor Ort sowie die Wettbewerbsfähigkeit. Zudem können Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden. Regionale Wertschöpfungsketten beschreiben den gesamten Weg eines Produktes oder einer Dienstleistung. Dabei geht es um die Inwertsetzung lokaler Potenziale und ungenutzter Ressourcen unter Einbeziehung verschiedener Sektoren.

Sie können zu einem positiven Eigenimage beitragen sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Lebensqualität in einer Region erhöhen. Dadurch können sie einen Beitrag leisten, dass Menschen in der Region wohnen bleiben und somit bestimmte Tragfähigkeitsgrenzen für Infrastrukturen erhalten bleiben.

Als Beispiel ist die Lokale Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal zu nennen, die verschiedene LEADER-Projekte bereits realisierte, die lokale Rohstoffe zur Herstellung neuer Produkte und Dienstleistungen nutzen.

#### **4.4.4 Ehrenamtliches Engagement**

Für erfolgreiche Projekte ist es hilfreich, wenn möglichst früh viele Akteure eingebunden und informiert werden. Durch die Einbindung vieler Akteure und Partner werden Projekte auf eine breitere Basis gestellt und somit die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht. Auch die Motivation sich zu engagieren wird erhöht, was gerade in Zeiten von knappen kommunalen Kassen entscheidend für die Projektrealisierung und langfristige Projektdauer ist. Ehrenamtliche können durch die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Strukturen, wie z. B. Vereinen, gewonnen werden. Außerdem gilt es junge und ältere Menschen durch Motivation und Verdeutlichung der Nützlichkeit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu motivieren. Zukünftig liegt gerade bei „Jungen Alten“, also Menschen zu Beginn ihrer Rentenzeit, ein großes Potenzial. Die Attraktivität zur Mitarbeit erhöht sich, wenn die positiven Effekte deutlich werden und der zeitliche Aufwand überschaubar und begrenzt ist. Die Würdigung des Ehrenamtes ist selbstverständlich. Gemeinderatsmitglieder können einen entsprechenden Beitrag leisten, indem sie sich weiter für die Gemeinde einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Auch der Zusammenschluss in gemeinnützigen Vereinen kann Mitglieder anziehen und das Engagement erhöhen.

Die Gemeindebusse in Niederösterreich funktionieren nur aufgrund des großen ehrenamtlichen Engagements von Gemeinderatsmitgliedern sowie Bürgerinnen und Bürger.

#### **4.4.5 „Open minded“ Governance – Zusammenarbeit der Verwaltungen und Ressorts**

Zur Erarbeitung von integrierten Strategien und Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge sowie für fachbezogene Strategien und Projekte mit integrierter Betrachtungsweise ist es notwendig, dass Verwaltungen und Fachressorts zusammen arbeiten. Dafür muss eine Kultur der Offenheit und Transparenz herrschen. Auch die Erhöhung der Attraktivität der Zusammenarbeit und der Mehrwert soll herausgestellt werden.

In der Partnerregion Västernorrland ist die Zusammenarbeit von Verwaltung und Fachressorts zur Umsetzung der Digitalen Agenda ein Beispiel.

### **4.5 Erfolgsfaktor: Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung**

Eine breit angelegte und frühzeitige Bürgerbeteiligung hilft die Akzeptanz in der Bevölkerung für bestimmter Maßnahmen und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu erhöhen. Auch für die Erarbeitung von Strategien ist eine Bürgerbeteiligung hilfreich. In Zeiten der Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürger ist eine möglichst frühzeitige Einbindung in Prozesse der Regional- und Kommunalentwicklung wichtig, um so die notwendige Unterstützung zu bekommen. Durch gezieltes Informieren und Einbinden aller Schlüsselakteure sowie Bürgerinnen und Bürger gleich zu Beginn eines Prozesses oder Projektes erhöht sich deren Verständnis und auch Beteiligungsbereitschaft, denn ehrenamtliches Engagement ist in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und zunehmendem Sparzwang eine wichtige Stütze in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge. Ebenfalls wird somit eine Sensibilisierung sowie Be-

wusstseinsbildung für Themen wie demografischer Wandel, kommunale Finanzhaushalte und Sicherung der Daseinsvorsorge erreicht. Bürgerbeteiligung trägt letztlich auch zu einem Fürsorge-Denken bei, da alle Gruppen berücksichtigt und beteiligt werden.

In den Strategie- und Projektvorstellungen der Partnerregionen spielt die Einbindung von Bürgerinnen und Bürger sowie lokaler Akteure eine wichtige Rolle.

#### **4.6 Erfolgsfaktor: Marketing – Öffentlichkeitsarbeit – regionale und lokale Identifikation**

Ein professionelles Marketing unterstützt die Entwicklung einer Region oder Gemeinde maßgeblich. Das Regionalmarketing baut ein positives Image sowohl außerhalb als auch innerhalb der Region auf und wirkt insbesondere innerhalb der Region identitätsstiftend. Dadurch sollen Bürgerinnen und Bürger zum Bleiben animiert und weitere Einwohner gewonnen werden, um Einrichtungen der Daseinsvorsorge langfristig erhalten zu können.

Das Regionalmarketing für Südtirol der Agentur Südtirol Marketing soll sowohl nach außen wirken und Touristen als potentielle Bewohner anziehen, als auch nach innen wirken und identitätsstiftend sein.

Marketing und Öffentlichkeitsarbeit sollten auch für Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge professionell betrieben werden. Von Beginn an sind Schlüsselakteure sowie Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Erfolge zu kommunizieren ist wichtig für den gesamten Projekt- oder Prozessverlauf. Auch der Projektabschluss sollte entsprechend in Szene gesetzt werden. Zum einen kann dadurch für Themen sensibilisiert werden sowie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden werden.

Ein professionelles Marketing gehört auch zu den Service points in Västernorrland dazu. Eine hohe Attraktivität ist das Ziel der Geschäfte, welches auch durch einen einheitlichen Auftritt (Logo usw.) unterstützt wird.

#### **4.7 Erfolgsfaktor: Öffentliche Förderprogramme**

Zur Unterstützung von Regionen und Kommunen stehen zahlreiche öffentliche Förderprogramme zur Verfügung, auch von der Europäischen Union. Durch die Nutzung öffentlicher Förderprogramme ergeben sich zahlreiche Vorteile für Regionen und Kommunen. Sie leisten einen finanziellen Beitrag zur Projektrealisierung. Verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge können somit unterstützt werden. Ein weiterer Vorteil ist die Unterstützung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen europäischen Kommunen. Beispielsweise fördert die Europäische Union mit INTERREG die „europäische territoriale Zusammenarbeit“ und somit die Kooperationen, bspw. im Bereich Mobilität. Die Modellregionen können hier aufbauend auf den internationalen Informations- und Erfahrungsaustauschen eine Zusammenarbeit mit den Partnerregionen im Rahmen von INTERREG anstreben. INTERREG A fördert grenzübergreifende Projekte, INTERREG B fördert die Zusammenarbeit europäischer Partner in festgelegten Kooperationsräumen und INTERREG C fördert den Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Regionen der EU. Die Zusammenarbeit internationaler Partner, mit ähnlichen Problemlagen ist für alle Seiten von Vorteil ist.

Auch die positive Außenwirkung solcher EU-geförderten Projekte sollte nicht unterschätzt werden. Die zum Teil komplexen Antragsstrukturen und Berichtswesen sollen nicht abschreckend wirken. Ein Aufbau von Erfahrungen trägt zur erfolgreichen Fördermittelakquise bei und kann langfristig zahlreiche Projekte unterstützen. Zudem kann auf institutionelle Unterstützung zurückgegriffen werden und im Falle von INTERREG mit Partnern zusammengearbeitet werden, die schon Erfahrung mit Förderprogrammen haben.

Das Projekt Zukunft 2030 – Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental/Passeiertal des Instituts für Regionalentwicklung und Standortmanagement der Europäischen Akademie Bozen wird beispielsweise durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Und auch die Projekte der Lokale Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal wird durch LEADER des Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert.



## 5. Empfehlungen für die MORO-Regionen – ein Fazit

Aus den Erfahrungen und Erkenntnissen der vorgestellten Ansätze und Projekte der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche wurden konkrete Empfehlungen für Akteure im Bereich Daseinsvorsorge erarbeitet. Sie sollen helfen, erfolgreiche Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu initiieren und zu realisieren.

### 5.1 Persönlichkeiten treiben Projekte voran

Die Projekterfolge hängen maßgeblich von den beteiligten Akteuren ab, vor allem von herausragenden Einzelpersonen, die Verantwortung für ein Projekt übernehmen und sich besonders für deren Umsetzung einsetzen. Persönlichkeiten können auch für ein ganz bestimmtes Thema stehen, durch das sie immer wieder Projekte initiieren und das sie in Projekte einbringen. Dafür gilt es

- **Persönlichkeiten zu identifizieren und unterstützen:** Engagierte und motivierte Einzelpersonen, die anpacken können und motiviert sind, gilt es entsprechend zu erkennen sowie diejenigen mit Potenzial zu fördern.
- **Gestaltungsrahmen und –möglichkeiten zu schaffen:** Um das Potenzial engagierter Einzelpersonen zu nutzen und weiter zu fördern, müssen Strukturen geschaffen werden, die es Einzelpersonen ermöglicht sich einzubringen und (kreativ) tätig zu werden.

### 5.2 Ehrenamtliches Engagement stützen

Ehrenamtliches Engagement ist gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen bedeutend zur Sicherung bestimmter Daseinsvorsorgebereiche in schrumpfenden Regionen. Dabei müssen die Beteiligten einen Mehrwert in ihrem Engagement sehen und Freude an der Tätigkeit haben. Ehrenamtliches Engagement gilt es gezielt zu fördern, indem

- **klare Aufgabenstrukturen** vorherrschen,
- **soziale Kontakte** entstehen bzw. vertieft werden können,
- der Nutzen klar erkennbar ist, eventuell sogar ein eigener Mehrwert entsteht,
- die **Unterstützung und Wertschätzung** durch Verwaltung oder weitere Institutionen vorhanden ist.

Ein erfolgreiches Beispiel mit großer ehrenamtlicher Unterstützung stellen die niederösterreichischen Gemeindebusse dar, die in Vereinsform organisiert sind und durch ehrenamtliche Fahrer unterstützt werden.

### 5.3 Wagen und vorweg gehen

Neue Lösungswege und innovative Projekte leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zukunftsfähigen Entwicklung von Kommunen und Regionen. Dazu gehört es, Mut für neue Entwicklungen zu haben und diese auch anzustoßen. Um innovative Projekte zu realisieren braucht es

- **starke Persönlichkeiten** mit Weitsichtigkeit, die sich für ein Projekt einbringen und für die Idee kämpfen,
- das Erkennen und Heben lokaler, **ungenutzter Potenziale**,
- einen **kreativen Gestaltungsrahmen**, indem Projekte initiiert und umgesetzt werden können,
- **Interkommunale Kooperationen**, die über mehr nachdenken als die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen, wie dies beispielsweise in der Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunalverbandes Västernorrland der Fall ist.

### 5.4 Erfolge kommunizieren – regionale Botschafter einsetzen

Projekterfolge müssen öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt werden. Dies gilt sowohl für Projektfortschritte als auch für Projektabschlüsse. Um Werbung in eigener Sache zu machen, ein positives Standing zu erreichen und die Öffentlichkeit zu informieren können folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- **Regionale Botschafter** einsetzen, die sich für ein positives Image einsetzen,
- **Artikel und Beiträge** in Gemeindeblättern, Zeitungen und auf Homepages,
- **Rundschreiben** und Newsletter
- **Veranstaltungen**, z. B. Informations- oder Kick-off-Veranstaltungen,
- **Flyer und Plakate**.

### 5.5 Nicht auf Erfolgen ausruhen

Für eine auch langfristig erfolgreiche Kommunal- und Regionalentwicklung reicht es nicht sich auf den erreichten Projekterfolgen auszuruhen, vielmehr müssen Erfolge verstetigt werden und weitere Erfolge darauf aufgebaut werden. Dazu gehört eine

- **Evaluation** der umgesetzten Projekte, um daraus Erkenntnisse für weitere Ansätze und Projekte zu generieren,
- die stetige **(Weiter-) Entwicklung von Projekten**,
- **Beobachten und Nutzen von Fördermitteln**, wodurch aktuelle Themen bearbeitet werden und Projekte entsprechend unterstützt werden können.

## **5.6 Themen und Akteure verbinden - (interkommunale) Kooperationen und Allianzen bilden**

Um Synergieeffekte zu erzielen, ungenutzte Potenziale zu erschließen sowie innovative Projekte zu realisieren gilt es Themen und Akteure zu verbinden. Dies wird ermöglicht durch

- (interkommunale) Kooperationen,
- Netzwerke,
- Einbindung vieler Akteure,
- interdisziplinäre Ansätze,
- multifunktionale Projekte,
- gesamtheitliche Lösungen.

## 6. Handlungsempfehlungen für eine Fortführung und weitere Verwendung der gewonnenen Erkenntnisse

Die Begleitforschung „Internationale Erfahrungen“ im MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge konzipierte und organisierte ein internationales Partnerschaftsprogramm, dessen Schwerpunkt drei internationale Informations- und Erfahrungsaustausche (Fachexkursionen) bildeten. Die aus diesem Forschungsprojekt gewonnenen Erkenntnisse bieten eine Reihe von Anregungen für die weitere Erfüllung der Ressortaufgaben des Auftraggebers sowie Hinweise für die weitere Forschungsplanung.

Insgesamt können aus wissenschaftlicher Sicht in dreierlei Hinsicht Empfehlungen ausgesprochen werden:

1. Im Rahmen des internationalen Fachinformations- und Erfahrungsaustausches wurde in den Diskussionen sowohl mit den deutschen Modellregionen als auch mit den ausländischen Partnerregionen fachlich-inhaltliche Bedarfe und Herausforderungen deutlich, aus denen sich **konkrete projektbezogene Handlungsansätze**, beispielsweise für die Konzeption neuer Modellvorhaben der Raumordnung ableiten lassen.
2. Die internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche wurden von den Teilnehmern aus Deutschland sowie den Vertretern / Referenten der ausländischen Partnerregionen als sehr positiv bewertet. Ein solches Format bietet – über andere Ansätze von internationalem Austausch bzw. von Projektförderungen hinaus – sehr viele Vorteile und kann als Ideengeber und Innovationsimpuls dienen. Eine **Weiterführung dieser Erfahrungsaustausche** bietet insbesondere für einen Wissenschafts-Praxis-Transfer bzw. Gute-Praxis-Transfer vielfältige Möglichkeiten.
3. Die Vernetzung von Akteuren aus Regionen mit vergleichbaren Herausforderungen ist im Rahmen des gesamten MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge Prozesses als sehr wichtig und fruchtbar von den Beteiligten gewertet worden. Die Verstärkung eines solchen Austausches und deren Weiterentwicklung hin zu einer **Interessensvertretung für Räume** mit besonderer Betroffenheit vom demografischen Wandel werden als sinnvoll angesehen. Aus dem Beispiel der Schweiz mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) haben die durchgeführten internationalen Erfahrungsaustausche ein interessantes Vorbild aufgezeigt.

### 6.1 Projektbezogene Handlungsansätze

Modellvorhaben der Raumordnung haben sich als Instrument für die Erprobung innovativer Lösungen aktueller regionaler Herausforderungen bewährt. Der im MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge zu Recht eingeforderte Ansatz einer ressortübergreifenden Strategie und Handlungsweise könnte und sollte auch für Modellvorhaben des Bundes im Bereich der Förderung von ländlichen Räumen überlegt werden, um gebündelt eine integrierte Förderung der Entwicklung und eine Sicherung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume zu erreichen.

### 6.1.1 Aufbau eines ressortübergreifenden Modellvorhabens „Ländliche Räume 2030“

Ganz konkret lässt sich der Aufbau eines ressortübergreifenden Modellvorhabens „Ländliche Räume 2030“ vorschlagen. Mit der Beteiligung unterschiedlicher Bundesressorts (z.B. BMVI, BMEL, BMUB) können verschiedene Themen, die derzeit die Sicherung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume betreffen, integriert betrachtet und strategisch bearbeitet werden. Die umfangreichen Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge und den Ansätzen wie eine Regionalstrategie Daseinsvorsorge entwickelt und formuliert werden kann, bilden hierfür eine zentrale fachliche Basis. Die Sicherung der Daseinsvorsorge würde bei einem solchen Modellvorhaben nach wie vor eine zentrale Rolle spielen, wobei weitere Herausforderungen und Chancen der Entwicklung ländlicher Räume bei der Diskussion „Ländliche Räume 2030“ zu berücksichtigen wären, wie zum Beispiel:

- der Umgang mit Herausforderungen und neuen Chancen aufgrund des Klimawandels und der Energiewende;
- der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen und Nutzung der Trends zu regionalen Lebensmitteln oder
- die Bewältigung von Umbaustrategien in ländlichen Räumen, aufgrund von Schrumpfungprozessen.

Ein solches Modellvorhaben könnte einerseits die Formulierung bzw. Entwicklung einer integrierten, regionalen Strategie „Ländlicher Raum 2030“ als auch die Umsetzung erster innovativer Pilotprojekte finanzieren.

#### ***Aufbau einer ressortübergreifenden Plattform mit Modellprojekten zur Daseinsvorsorge***

Ergänzend zur Konzeption eines neuen Modellvorhabens der Raumordnung erscheint es sinnvoll, die bereits im Rahmen von Modell- und Pilotprojekten unterschiedlicher Ressorts gemachten Erfahrungen gemeinsam sichtbar zu machen. Dies könnte die Sichtbarkeit und Verbreitung innovativer Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge ggf. ergänzt um weitere Ansätze zur Stärkung der regionalen Entwicklung ländlicher Räume deutlich erhöhen.

Zur Förderung integrierter Betrachtungsweisen und Initiierung integrierter Strategien und Projekte sollte eine **ressortübergreifende (Internet-)Plattform** mit zentralen Informationen über Modellprojekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge aufgebaut und fortlaufend weitergeführt werden. Ergänzend hierzu ist anzustreben, dass

- Gestaltungsräume zur Vernetzung und zum Austausch zwischen den Fachressorts geschaffen werden, sowie
- Gestaltungsräume für Kooperationen und Zusammenarbeit zwischen den Fachressorts geschaffen werden und
- der Ansatz von multifunktionalen Projekten, die zum Beispiel die Themen ÖPNV und Medizin integriert behandeln, unterstützt wird.

### ***Auslobung eines Wettbewerbs für MORO-Projekt „Ländliche Räume der Zukunft“***

Die Ideen für ein ressortübergreifendes Modellvorhaben „Ländliche Räume 2030“ wurden bereits kurz skizziert. Auch wenn sich ein solches ressortübergreifendes Modellvorhaben nicht realisieren ließe, ist über die Konzeption eines MORO von Seiten des BMVI nachzudenken, welches als Thema „Ländliche Räume der Zukunft“ hat. Die Themenschwerpunkte wären ähnlich den bereits genannten, wobei hier der Fokus auf das Handlungsfeld der Raumordnung läge und Fragen zur Sicherung der Daseinsvorsorge durch die innovative Verknüpfung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge untereinander sowie die konkrete Umsetzung von Projekten einfließen sollte. Projekte, die ganz konkret beispielsweise den Einsatz von flexiblen Standards erproben (z.B. im Bereich von Kleinschulen), würden für andere Regionen einen erheblichen Erkenntnisgewinn liefern.

Zur Gewinnung von Modellregionen bietet es sich an, einen Wettbewerb durchzuführen, bei dem sie die potenziellen Modellregionen bereits mit konkreten integrierten Projektideen bewerben können, die sich im Rahmen des Förderzeitraums umsetzen wollen. Dabei gilt es insbesondere zu berücksichtigen, dass innovative Projekte mit Vorbildcharakter entstehen.

### **6.1.2 Konzeptionelle und projektbezogene Weiterentwicklung des bestehenden MORO-Projekts zum Thema „Erreichbarkeiten“**

Ganz unmittelbar anknüpfend an die Ergebnisse aus dem MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge ist über eine konzeptionelle und auch projektbezogene Weiterentwicklung nachzudenken, die sich dem Thema „Erreichbarkeiten“ widmet.

Die Frage von Erreichbarkeiten bildet in unterschiedlichen Daseinsvorsorgebereichen ein wesentliches Element und Qualitätskriterium der Ausstattung. Gegenüber der Empfehlung für ein MORO „Ländliche Räume der Zukunft“ stellt dies eine eher konzeptionell-inhaltliche Weiterentwicklung als eine auf bestimmte Raumtypen abzielende Weiterentwicklung dar. Nachfolgend werden die Leitlinien sowie mögliche Projektbereiche eines solchen MORO skizziert.

#### ***Leitlinien: Nutzung der digitalen Infrastruktur, Capacity- und Network-Building sowie Verknüpfung mit regionaler Wertschöpfung***

Leitlinien für die inhaltliche Konzeption eines MORO „Erreichbarkeiten“ können sein:

##### **- Nutzung der digitalen Infrastruktur**

Zentrales Thema für ein solches MORO wäre die Entwicklung von Strategien und Projektansätzen mit denen Leistungen der Daseinsvorsorge, die in schrumpfenden Regionen nicht mehr stationär erbracht werden können, durch digitale Leistungen erhalten oder sogar verbessert werden können. Die Nutzung der digitalen Infrastruktur könnte in verschiedenen Infrastrukturbereichen zu Verbesserungen führen, z.B. im Bereich der Mobilität, der medizinischen Versorgung und Pflege oder in der Bildung. Die Entwicklung einer integrierten regionalen Strategie zur Nutzung der digitalen Infrastruktur könnte nicht nur unter Einbeziehung von unterschiedlichen Verwaltungsressorts entstehen, sondern insbesondere auch regionale Unternehmer mit einbeziehen, die ebenfalls von solchen Strategien maßgeblich profitieren könnten.

#### - **Capacity Building und Network-Building**

Ein solches MORO würde mit dem Ziel der Durchführung gemeinsamer (digitaler) Projekte den Aufbau von Wissen und Fähigkeiten sowie die Entwicklung von Kooperationen und integrierten Projekten unterstützen, und somit in der Region wesentlich zum Aufbau von fachlichen Kapazitäten als auch von Netzwerken beitragen.

Die Zielgruppe eines MORO „Erreichbarkeiten“ wären Regionen bzw. interkommunale Zusammenschlüsse.

#### - **Verknüpfung der Projekte mit regionaler Wertschöpfung**

Bei der Konzeption eines MORO „Erreichbarkeiten“ wäre es sinnvoll, das Thema des Aufbaus regionaler Wertschöpfungsketten mit zu berücksichtigen. Als integraler Bestandteil aller Projektideen sollte angestrebt werden, dass regionale Unternehmen bei Konzeption und späterer Umsetzung mit einbezogen werden, um somit zu einer Stärkung der regionalen Wirtschaft und damit mittelbar auch von Einrichtungen der Daseinsvorsorge beizutragen. Soll die langfristige Nutzung der digitalen Infrastruktur gegeben sein, so ist bei allen Strategien und Projekten eine regionale Verankerung von vorneherein anzustreben. Durch die Erhöhung der Anwendungsfelder und somit der Nutzerfrequenz kann ein Ausbau der Breitbandversorgung für Unternehmen interessanter werden, wodurch wiederum das Anbieten neuer Anwendungsfelder attraktiver wird. Dadurch kann die regionale Wertschöpfung erhöht werden.

#### ***Projektbereiche: Mobilität, Allgemeinmedizinische Versorgung und Pflege, Einzelhandel und Dienstleistungen sowie Bildung***

Zur Nutzung der digitalen Infrastruktur im MORO „Erreichbarkeiten“ würde es sich anbieten folgende Bereiche der Daseinsvorsorge in Projekten zu bearbeiten:

- **Mobilität** (z.B. vereinfachte E-Ticketing Systeme im ÖPNV)
- **Allgemeinmedizinische Versorgung und Pflege** (z.B. Konzeption und Umsetzung von E-Health Ansätzen, Ergänzende Informations- und Kommunikationsangebote im Bereich der Pflegeleistungen, Umsetzung und Erprobung von Ambient Assisted Living (AAL) Ideen)
- **Einzelhandel, Post- und Bank-Dienstleistungen** (z.B. lokales / regionales E-Commerce)
- **Bildung** (E-Learning in unterschiedlichen Bildungsphasen)

### **Konzeptioneller Aufbau und Umsetzung eines Huckepack-Modellprojekts „Dorf-Wirtschaft“**

Als Ergänzung und „Huckepack-Modellprojekt“ zum MORO „Erreichbarkeiten“ könnte ein Modellprojekt ausgelobt werden, welches die Umsetzung von „Dorf-Wirtschaften“ finanziert. Hinter dem Begriff Dorf-Wirtschaft verbirgt sich eine multifunktionale Einrichtung, die vielfältige öffentliche und private Dienstleistungen miteinander kombiniert und damit noch über bereits existierende Ansätze zur Kombination von Dienstleistungen hinausgehen und die ausländischen Erfahrungen, insbesondere aus Västernorrland mit den Lokalen Service Points, nutzen würde. Folgende Nutzungen und Dienstleistungsangebote könnten in der „Dorf-Wirtschaft“ als multifunktionale Einrichtung integriert werden:

- Verkauf rezeptfreier Medikamente
- Ambulatorien
- Verkauf von Lebensmitteln
- Post-Servicestelle
- Internet-Zugang mit „Unterstützung“
- Café mit Sitzmöglichkeiten
- Bushaltestelle bzw. Haltestelle von Bürgerbussen oder anderen alternativen Mobilitätsangeboten
- Tankstelle

Es hat sich gezeigt, dass – neben der Konzeption einer solchen multifunktionalen Einrichtung – insbesondere bei der Realisierung eine einheitliche Kenntlichmachung innerhalb einer Region sowie eine Begleitung und Qualitätskontrolle für den Erfolg bedeutsam ist. Solche Dorf-Wirtschaften würden auch als Begegnungspunkte dienen.

Besonderes Augenmerk ist auf die Standortwahl (regional und lokal) und die Frage unter welchen Bedingungen die (finanzielle) Unterstützung solcher „Dorf-Wirtschaften“ möglich ist zu legen. Aus regionaler Sicht bieten sich für die Standortwahl Entfernungskriterien zu bestehenden Einrichtungen und Angeboten an. Als Akteur wäre in jedem Fall die Regionalplanung an der Standortwahl zu beteiligen. Auf lokaler Ebene ist bei der Standortwahl eine in den Ortskern integrierte Lage zu bevorzugen. Darüber hinaus wäre die Umnutzung bereits existierender Gebäude vor einem potenziellen Neubau zu präferieren.

## **6.2 Weiterführung der Informations- und Erfahrungsaustausche**

Ein unmittelbarer und persönlicher internationaler Informations- und Erfahrungsaustausch hat sich als sehr fruchtbar und lohnenswert gezeigt. Die intensive Auseinandersetzung mit interessanten Beispielen für Strategien und Projekte kann in vielfältiger Hinsicht zu innovativen (Projekt-) Ansätzen führen, langfristige Kooperationen und Netzwerke sowie die Generierung von Fördermitteln, beispielsweise aus INTERREG, zur Folge haben und dient nicht zuletzt einer „Fort- und Weiterbildung“ von Akteuren der Regional- und Kommunalentwicklung. Vor diesem Hintergrund ist die Verstetigung eines europäischen Austausches sowie die Unterstützung der Bildung weiterer Kooperationen und Vernetzungen als sinnvoll anzusehen.

### **6.2.1 Weiterführung der internationalen Erfahrungsaustausche und Diskussion weiterer Best-Practice-Beispiele durch Fachexkursionen**

Das im Rahmen des Forschungsprojekts Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge – Internationale Erfahrungen konzipierte und erprobte Format der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche sollte weitergeführt werden, wobei es sich für unterschiedliche aktuelle Themenstellungen und Herausforderungen der Raumordnung und Regionalentwicklung anbietet: neben der Daseinsvorsorge sind beispielsweise auch Themen wie Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel und der Energiewende geeignet.

Das Format der Fachexkursionen bietet sich dabei sowohl für die Weiterführung eines internationalen Erfahrungsaustausches an, als auch für eine Organisation innerhalb von Deutschland z.B. in eine oder mehrere Modellregionen des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge für Akteure aus den MORO-Regionen sowie aus anderen deutschen Regionen, auch zu einer Verbreitung der dort entwickelten Erkenntnisse bezüglich der Formulierung von Regionalstrategien Daseinsvorsorge und der Umsetzung der Pilotprojekte. Für die Akteure aus den MORO-Regionen kann ein solcher Austausch interessant sein, weil diese in den Evaluationen zu den durchgeführten Fachexkursionen auch den Austausch untereinander als gewinnbringend gewertet haben und sich hierfür in Einzelfällen auch noch mehr Zeit gewünscht hätten.

Basierend auf den Erfahrungen des Forschungsprojektes können aus organisatorischer und inhaltlicher Sicht folgende Eckpunkte für die Durchführung weiterer Fachexkursionen empfohlen werden:

- Zeitlicher Umfang der Fachexkursionen inklusive An- und Abreise drei bis maximal vier Tage.
- Eine fachlich-inhaltliche Vorbereitung durch „Exkursionsreader“ mit Informationen über raumstrukturelle Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten und organisatorische Rahmenbedingungen sowie ersten Projektinformationen sind für einen gewinnbringenden intensiven Austausch unabdingbar.
- Inhaltliche Schwerpunktsetzung auf zwei bis drei Themenbereiche bzw. Bereiche der Daseinsvorsorge, um diese intensiv und vertiefend zu diskutieren.
- Planung einer ausgewogenen Mischung von Vortrags-/Diskussionsterminen und vor-Ort Besichtigungen von konkreten Projektbeispielen/Umsetzungsprojekten (z.B. Vortrag zu Mobilitätsprojekt und anschließende praktische „Nutzung“ des Angebotes mit der Möglichkeit zur weiteren Diskussion und eigenen Erfahrungen des Angebotes).

Aus den Erfahrungen mit den drei internationalen Fach- und Erfahrungsaustauschen kann konstatiert werden, dass sich als Ziele für internationale Erfahrungsaustausche in Europa besonders solche eigenen, in denen die Sprachbarriere möglichst gering ist, d.h. im besten Falle ein deutschsprachiger Austausch wie in Österreich, der Schweiz sowie in Südtirol möglich ist. Die fachlichen Diskussionen sind in der Muttersprache am direktesten und intensivsten möglich. Alternativ ist auch der Austausch in englischer Sprache möglich.

Wie beschrieben können demnach aus wissenschaftlicher Sicht

- **Fachexkursionen im nationalen Bereich,**
- **Fachexkursionen im europäischen (deutschsprachigen) Bereich** sowie
- **Projektbezogene Exkursionen** zu den MORO-Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge-Projekten

mit den oben genannten Rahmenbedingungen und inhaltlichen Ausprägungen empfohlen werden.

### 6.2.2 Durchführung von internationalen Workshops

Ein weiteres Format, das den internationalen und nationalen Austausch zum Thema Sicherung der Daseinsvorsorge unterstützen kann, ist die Konzeption, Organisation und Durchführung von Workshops. Diese können in regelmäßigen Abständen in unterschiedlichen (MORO-ArD) Regionen stattfinden.

Vorteil dieser Formate gegenüber den Fachexkursionen wäre die kürzere zeitliche Dauer.

Mögliche Workshop-Themen wären:

- **Möglichkeiten der Förderung digitaler Infrastruktur in ländlichen Räumen**
- **E-Government unter dem Aspekt der Kosten-Nutzen-Analyse im europäischen Vergleich**
- **E-Health-Ansätze unter dem Aspekt der Kosten-Nutzen-Analyse im europäischen Vergleich**
- **Start-up-Initiativen durch regionale Produkte – die Beispiele Südtirol und Niederösterreich**

### 6.2.3 Finanzielle Anreize für Partnerschaften und europäische Mentorenschaften für Projekte

Zur weiteren Förderung von Netzwerken und Kooperationen könnten finanzielle Anreize bzw. Unterstützungen für Projektpartnerschaften oder europäische Mentorenschaften ausgeschrieben werden.

Für **Projektpartnerschaften** könnten sich zwei Regionen bewerben, um einen fachlich-inhaltlichen Austausch von Akteuren in beide Richtungen organisieren zu können. Dabei ist an die finanzielle Unterstützung jeweils einer Gruppe von Akteuren aus Politik, Verwaltung und weiterer projektspezifisch fachlich relevanter Bereiche (möglich sind Vertreter von Unternehmen, Kammern und Verbänden, aus Bürgerinitiativen, von Vereinen, Hochschulen, u.a.) für den direkten persönlichen Austausch in den jeweiligen Partnerregionen zu denken. Vorteil eines solchen unmittelbaren Partnerschaftsaustausches wäre einerseits die Möglichkeit zur Berücksichtigung der Fragen und Interessenschwerpunkte der verschiedenen Akteursgruppen und andererseits die Möglichkeit zum intensiven Austausch und ggf. die Vorbereitung von Antragstellungen für gemeinsame Projekte (die z.B. aus europäischen Fördermitteln unterstützt würden). Die finanzielle Unterstützung sollte sowohl die finanziellen Förderung der Reise- und Veranstaltungskosten als auch die Förderung von Personal bzw. einer

externen oder internen „Begleitstruktur“, die den Austausch inhaltlich konzipiert, organisiert und auswertet, umfassen.

Durch **europäische Mentorenschaften** kann ebenfalls eine stärkere Projektzusammenarbeit gefördert werden. Denkbar ist, dass eine bereits Projekterfahrene Region (national oder international) die Mentorenschaft für die Umsetzung eines ähnlichen Projektes in einer anderen Region übernimmt. Vorteil wäre hier ein unmittelbarer Wissenstransfer und eine unmittelbare Netzwerkbildung. Durch diese Mentorenschaften kann beispielsweise auch die Nutzung europäischer Fördermittel, wie INTERREG, unterstützt werden, wenn beispielsweise ein Projektpartner schon vermehrt Erfahrung in der Beantragung und Abwicklung hat.

#### **6.2.4 Qualifikations- und Weiterbildungsangebote sowie Trainings-Offensive als Begleitmaßnahme in den Bereichen Projektmanagement und Sprache**

Um den internationalen Austausch und auch die Nutzung europäischer Fördermittel zur Sicherung der Daseinsvorsorge weiter zu unterstützen, können Qualifikations- und Weiterbildungsangebote für deutsche Regionen angeboten werden. Vor allem in den Bereichen Projektmanagement und Sprache können gezielt praxisnahe Trainings angeboten werden. Dazu gehören insbesondere das Projektmanagement zu integrierten, innovativen Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge sowie Fachbegriffe, hauptsächlich in englischer Sprache.

### **6.3 Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft peripherer Räume mit starker Betroffenheit vom demografischen Wandel als Interessensgemeinschaft der MORO-Regionen und organisatorische Weiterentwicklung mit einem ersten Arbeitsauftrag der Evaluierung des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge**

Die MORO Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge stehen alle vor ähnlichen Herausforderungen. Um eine gemeinsame Plattform zum internen fachlichen Austausch aber auch zur Interessensvertretung nach außen, auch nach Beendigung des MOROs zu haben, sollte eine Bundesarbeitsgemeinschaft peripherer Räume mit starker Betroffenheit vom demografischen Wandel gegründet werden. Die Modellregionen des Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge würden hier eine erste Basis für die Mitglieder bilden, denn eine solche Bundesarbeitsgemeinschaft sollte auch für andere Regionen offen sein.

Eine solche Bundesarbeitsgemeinschaft stellt eine langfristige und nachhaltige Vernetzung der Regionen untereinander dar. Als Vorbild und gutes Beispiel der möglichen Aufgabenfelder einer solchen Arbeitsgemeinschaft stellt die Schweizer Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) dar. Diese übernimmt die Interessenvertretung der ländlichen Räume, aber arbeitet auch daran, deren tatsächliche Situation durch Projekte, Studien und Lobbyarbeit maßgeblich zu verbessern (z.B. Anstoßen und maßgebliche Beteiligung am Projekt Bus Alpin).

Mit der Unterstützung weiterer Workshops zum Austausch und zur thematischen Vernetzung der Regionen (siehe oben) kann ein (indirekter) Beitrag dazu geleistet werden, dass sich eine solche Bundesarbeitsgemeinschaft bildet.

## 7. Reflektion und Ausblick

Die durchgeführten internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche trugen zu einem intensiven Austausch und zu anregenden Diskussionen der Modellregionen mit den europäischen Partnerregionen bei. Daraus sind Vernetzungen und persönlichen Kontakte entstanden. Ebenso lernten die Vertreter der Modellregionen zahlreiche innovative Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den europäischen Partnerregionen kennen, die sie anregen über übertragbare Elemente nachzudenken sowie Rahmenbedingungen zu hinterfragen.

Aus den kennengelernten Ansätzen und Projekten können zahlreiche Rückschlüsse auf deutsche ländliche Regionen und ihren Herausforderungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge gezogen werden. Die europäischen Ansätze und Projekte sind dabei, aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen, nicht immer 1:1 übertragbar, aber es gibt übertragbare Elemente.

Die vorgestellten europäischen Ansätze und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge haben meist einen fachlichen Schwerpunkt, indem sie einen bestimmten Bereich der Daseinsvorsorge verbessern möchten. Integrierte Ansätze, wie das MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, waren kaum vertreten, jedoch waren die Einzelprojekte stets von einer integrierten Betrachtungsweise gekennzeichnet.

Insgesamt konnten die vorgegebenen Ziele somit erreicht werden.

Weiterführend ergeben sich folgende Fragestellungen:

- Wie können die europäischen Austausche und Kontakte zur Sicherung der Daseinsvorsorge langfristig und nachhaltig weitergeführt werden?
- Wie können integrierte Betrachtungsweisen weiter gefördert werden?
- Wie kann für Einzelprojekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge die Einführung von flexiblen Rahmenbedingungen gelingen?
- Welchen Beitrag können virtuelle Angebote im Rahmen der digitalen Infrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge leisten?
- Wie kann der Austausch der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge untereinander sowie weiterer ländlicher Räume verstetigt werden?



## Literaturverzeichnis

### Printquellen

- Abel, Andrea (2010): Sprachen in der Ausbildung - Schulsystem und Lehrerausbildung in Südtirol. In: Geiger-Jaillet, Anemone (2010): Lehren und Lernen in deutschsprachigen Grenzregionen.
- Adamovich, Ludwig; Funk, Bernd-Christian (1987): Allgemeines Verwaltungsrecht, S. 3. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden.
- Amt für Raumentwicklung Graubünden (2007): Siedlungsbericht Graubünden. Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980. Chur.
- ARL/Nordregio/Blekinge Tekniska Högskola (Hrsg.) (2001): Planungs begriffe in Europa. Deutsch-Schwedisches Handbuch der Planungs begriffe. Tysk-svensk handbok för planeringsbegrepp. Hannover - Stockholm – Rönneby.
- Autonome Provinz Bozen/Südtirol, Landesinstitut für Statistik – ASTAT (Hrsg.) (2013): 2012. Statistisches Jahrbuch für Südtirol. Bozen.
- Bathelt, Julia (2005): Das italienische Gesundheitssystem. In: Rheinisches Ärzteblatt 5/2005.
- Brugger und Partner AG (BHP), Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Flury & Giuliani GmbH – Agrar- und regionalwirtschaftliche Beratung (Hrsg.) (2006): Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund, Zürich.
- Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz.
- Donati, Daniele; Grasse, Alexander (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien. In: Krautscheid, Andreas (2009): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Gemeinwohl.
- Favry, Eva; Hiess, Helmut (2008): Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in Österreichs ländlichen Gebieten, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2.2008.
- Graubündner Kantonalbank / Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden: Durchblick 2013. Graubünden in Zahlen.
- Huemer, Ulrike: Die Daseinsvorsorge der Gemeinden unter Liberalisierungsdruck. In: juridikum 2005. S. 160. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden.
- Köfel, Manuel; Mitterer, Karoline (2013): ÖPNV-Finanzierung in Österreichs Städten. Aktuelle Finanzierung und neue Steuerungs- und Finanzierungsmodelle. Endbericht KDZ Managementberatungs- und Weiterbildungs GmbH.
- Köppl, Stefan (2007): Das politische System Italiens, Wiesbaden.
- Lun, Georg (2009): Unsere Europaregion – ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. In: Die Gemeinde. Zeitschrift des Südtiroler Gemeindenverbandes. Ausgabe 6.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (2010): Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2010-2030 mit Ausblick bis 2050. Teil 1: Endbericht zur Bevölkerungsprognose. Wien.

Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden.

Schladebach, Marcus (2000): Der Einfluss des europäischen Umweltrechts auf die kommunale Bauleitplanung, Berlin.

Seelhofer, Maria (2009): Möglichkeiten und Grenzen von Verkehrs- und Tarifverbänden im Kontext des öffentlichen Regionalverkehrs in der Schweiz. Masterarbeit an der Universität Bern.

## Internetquellen

AMS Arbeitsmarktservice Österreich: Grafisches Arbeitsmarktinformationssystem – Bundeslandprofile 2011 Niederösterreich, aufgerufen unter:

[http://www.arbeitsmarktprofile.at/2011/PDF/Niederosterreich\\_2011.pdf](http://www.arbeitsmarktprofile.at/2011/PDF/Niederosterreich_2011.pdf), Zugriff 26.08.2013.

Arbeitsmarktservice Österreich, aufgerufen unter: [http://www.ams.at/\\_docs/001\\_amd-NUTS3\\_monate\\_2014.xls](http://www.ams.at/_docs/001_amd-NUTS3_monate_2014.xls), Zugriff 27.02.2014.

Bericht des Bundesrates «Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)», aufgerufen unter: <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2004/4569.pdf>, Zugriff 26.08.2013.

Blusi, M.; Asplund, K.; Jong, M. (2013): Older family carers in rural areas: experiences from using caregiver support services based on Information and Communication Technology (ICT), in: Eur J Ageing (2013) 10:191–199, aufgerufen unter: <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10433-013-0260-1>, Zugriff 21.08.2014.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013, aufgerufen unter: [http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr\\_bericht\\_vorstudie.pdf](http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf), Zugriff 22.06.2013.

Egger, Thomas: Medizinische Grundversorgung - Herausforderungen und Lösungsansätze für die schweizerischen Berggebiete. Vortrag im Rahmen der bundesweiten Projektwerkstatt im MORO-Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge am 06.06.2013, aufgerufen unter: [http://www.regionaledaseinsvorsorge.de/index.php?eID=tx\\_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/files/pdf/BPW\\_2013/Praesentation\\_Egger.pdf&t=1378216151&hash=fae911239d13add7b8dde637fba43bc029f40941](http://www.regionaledaseinsvorsorge.de/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/files/pdf/BPW_2013/Praesentation_Egger.pdf&t=1378216151&hash=fae911239d13add7b8dde637fba43bc029f40941), Zugriff 02.09.2013.

Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, aufgerufen unter: <http://www.crema-research.ch/bawp/2008-03.pdf>, Zugriff 26.08.2013.

ESPON & Leibniz Institute for Regional Geography (Hrsg.) (2011): SEMIGRA. Selective Migration and unbalanced Sex Ratio in Rural Regions. Targeted Analysis 2013/2/15. Interim Report | 30/September/2011, aufgerufen unter: [http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/TargetedAnalyses/SEMIGRA/SEMIGRA\\_Interim-Report\\_with-Annex.pdf](http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/TargetedAnalyses/SEMIGRA/SEMIGRA_Interim-Report_with-Annex.pdf), Zugriff 11.10.2013.

Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, aufgerufen unter: <http://www.crema-research.ch/bawp/2008-03.pdf>, Zugriff 26.08.2013.

Internetauftritt allehanda, aufgerufen unter:

<http://www.allehanda.se/angermanland/kramfors/starthuset-hjalper-nya-blivande-foretagare>, Zugriff 20.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter: <http://www.noel.gv.at/Verkehr-Technik/Oeffentlicher-Verkehr/Kleinraeumige-Mobilitaetsangebote-.html>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter: <https://www.noel.gv.at/Land-Zukunft/Raumordnung/Kleinregionen.html>, Zugriff 06.08.2014.

- Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter: <http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=123>, Zugriff 06.08.2014.
- Internetauftritt des Amtes der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter: [http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen\\_ssi.asp](http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen_ssi.asp), Zugriff: 22.01.2013
- Internetauftritt Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, aufgerufen unter: <http://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dienstleistungen/volkswirtschaftlichegrundlagen/Seiten/default.aspx>, Zugriff 26.11.2013.
- Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: [http://www.aok-bv.de/politik/europa/index\\_01378.html](http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01378.html), Zugriff 27.08.2013.
- Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: [http://www.aok-bv.de/politik/europa/index\\_01403.html](http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01403.html), Zugriff 23.08.2013.
- Internetauftritt der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/729212/de/autonomie/rechtsgrundlagen-autonomie.asp>, Zugriff 04.12.2013.
- Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/729212/de/autonomie/autonomie.asp>, Zugriff 04.12.2013.
- Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/land/landesverwaltung/suedtirol/zustaendigkeiten.asp>, Zugriff 15.04.2014.
- Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/mobilitaet/default.asp>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (ASTAT), aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/astat/de/service/daten-online.asp>, Zugriff 28.11.2013.
- Internetauftritt Avenir Suisse, aufgerufen unter: <http://www.avenirsuisse.ch/wpcontent/uploads/2012/02/potenzialarme-Raume.png>, Zugriff: 20.02.2014.
- Internetauftritt Bergauf. Ultner Wollprodukte, aufgerufen unter: <http://bergauf.it/>, Zugriff 19.08.2014
- Internetauftritt Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, aufgerufen unter: <http://www.bmvit.gv.at/verkehr/nahverkehr/verbuende/index.html>, Zugriff 11.02.2014.
- Internetauftritt Bundeszentrale für politische Bildung, aufgerufen unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72915/s-versorgungsstrukturen>, Zugriff 03.09.2013.
- Internetauftritt Bus alpin, aufgerufen unter: <http://www.busalpin.ch/>, Zugriff 11.08.2014.
- Internetauftritt Die Presse, aufgerufen unter: [http://diepresse.com/images/uploads/c/2/9/482345/27s03\\_System\\_Schulverwaltung20090526201422.jpg](http://diepresse.com/images/uploads/c/2/9/482345/27s03_System_Schulverwaltung20090526201422.jpg), Zugriff 20.08.2013.
- Internetauftritt Der Standard, aufgerufen unter: <http://derstandard.at/1237227593337/Schulverwaltung-Intransparenz-und-Doppelgleisigkeiten>, Zugriff 12.02.2014.
- Internetauftritt Deutsches Schulamts, Bereich Innovation und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: [http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale\\_netz\\_kap\\_5.pdf](http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf), Zugriff 28.08.2013.
- Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter: <http://www.eurac.edu/de/research/projects/pages/ProjectDetails.aspx?pid=11064>, Zugriff 19.08.2014.

Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter:

<http://www.eurac.edu/en/research/institutes/regionaldevelopment/Projects/Documents/Zukunft2030-NL-1-DE.pdf>, Zugriff 19.08.2014.

Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/sekundarstufe-ii-4>, Zugriff 27.08.2013.

Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeiten-bildungswesen>, Zugriff 27.08.2013.

Internetauftritt Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat, Präsenz Schweiz, aufgerufen unter: <http://www.swissworld.org/de/bildung/bildungssystem/>, Zugriff 15.04.2014.

Internetauftritt Eine Schule für alle – NRW Bündnis, aufgerufen unter: <http://www.nrw-eineschule.de/artikel/die-suedtiroler-bildungslandschaft>, Zugriff 27.08.2013.

Internetauftritt Europäische Kommission Eurostat, aufgerufen unter:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics\\_explained/index.php/Population\\_change\\_at\\_regional\\_level/de](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_change_at_regional_level/de), Zugriff 10.10.2013.

Internetauftritt Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.fouvasternorrland.se>, Zugriff 21.08.2014.

Internetauftritt Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Nordrhein-Westfalen e.V. (GGG NRW), aufgerufen unter: <http://www.ggg-nrw.de/website/Europa/GGG-Schweden.pdf>, Zugriff 23.08.2013.

Internetauftritt Gemeinde Ernstbrunn, aufgerufen unter:

<http://www.ernstbrunn.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=222529618&detailonr=222529618>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Gemeinde Gerersdorf, aufgerufen unter:

<http://www.gerersdorf.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=224318311&detailonr=224318311>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Gemeinde Kramfors, aufgerufen unter: <http://www.kramfors.se/index.asp?id=1188>, Zugriff 20.08.2014.

Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter:

[http://www.cseb.ch/download/Cseb-de\\_filebase/AttachmentDocument/Allegra-Nationalparkregion.pdf](http://www.cseb.ch/download/Cseb-de_filebase/AttachmentDocument/Allegra-Nationalparkregion.pdf), Zugriff 12.08.2014.

Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: <http://www.cseb.ch/Cseb-de/Home>, Zugriff 12.08.2014.

Internetauftritt Google Maps, aufgerufen unter: <https://www.google.de/maps>.

Internetauftritt Interessengemeinschaft Österreichischer Verkehrsverbände, aufgerufen unter:

<http://www.verkehrsverbund.at/verbuende/uebersicht/>, Zugriff 11.02.2014.

Internetauftritt Inera, aufgerufen unter:

[http://www.inera.se/Documents/TJANSTER\\_PROJEKT/Identifieringstjanst\\_SITHS/SITHS\\_om\\_estallning\\_av\\_SITHS-kort\\_pa\\_olika\\_sprak.pdf](http://www.inera.se/Documents/TJANSTER_PROJEKT/Identifieringstjanst_SITHS/SITHS_om_estallning_av_SITHS-kort_pa_olika_sprak.pdf), Zugriff 19.08.2014

Internetauftritt Kleinregionen, aufgerufen unter: <http://www.kleinregionen-noe.at/>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Kommune Sundsvall, aufgerufen unter: <http://www.sundsvall.se/Kommun-och-politik/Projekt-och-samarbeten/Norrandicus-Care-Lab/>, Zugriff 21.08.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: [www.kfvn.se](http://www.kfvn.se), Zugriff 30.05.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/om-oss.html>, Zugriff 30.05.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter:

[http://kfvn.se/in\\_english\\_1859.html](http://kfvn.se/in_english_1859.html), Zugriff 30.05.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/socialtjanst.html>,

Zugriff 30.05.2014.

Internetauftritt Länsstyrelserna, aufgerufen unter:

<http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/SiteCollectionDocuments/Sv/nyheter/2012/semigra-case-study-report-vasternorrland-12-05-01pdf#page=19&zoom=70,0,427>, Zugriff 14.10.2013.

Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter:

<http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/vart-uppdrag/regionalt-serviceprogram-2014-2018/Pages/default.aspx>, Zugriff 21.08.2014.

Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter:

<http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/eu-och-internationellt/vara-projekt/Pages/nya-digitala-perspektiv.aspx>, Zugriff 20.08.2014.

Internetauftritt Mobilitätszentralen, aufgerufen unter: <http://www.n-mobil.at/>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Münchner Bezirksverband des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, aufgerufen unter: [http://www.mliv.bliv.de/1-aktuell/bilder-und-texte/2010-05-30\\_Suedtirol/%28Microsoft%20PowerPoint%20-%20Schulsystem%20S-374dtirol%29.pdf](http://www.mliv.bliv.de/1-aktuell/bilder-und-texte/2010-05-30_Suedtirol/%28Microsoft%20PowerPoint%20-%20Schulsystem%20S-374dtirol%29.pdf),

Zugriff 27.08.2013.

Internetauftritt Norrlandicus Care Lab, aufgerufen unter: <http://norrlandicus.se/>, Zugriff 19.08.2014.

Internetauftritt des NORDREGIO, aufgerufen unter: <http://www.nordregio.se/en/Maps--Graphs/01-Population-and-demography/Populationchange-2003-2013-by-main-components-in-Local-Labour-Markets/>, Zugriff 30.05.2014.

Internetauftritt Örnsköldsvik, aufgerufen unter: [www.ornskoldsvik.se/landsbygd](http://www.ornskoldsvik.se/landsbygd), Zugriff 21.08.2014.

Internetauftritt Österreichischer Städtebund, aufgerufen unter:

[http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-in-der-schweiz.html?tx\\_felogin\\_pi1\[forgot\]=1](http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-in-der-schweiz.html?tx_felogin_pi1[forgot]=1), Zugriff 02.09.2013.

Internetauftritt Praktikplatsen, aufgerufen unter: [www.praktikplatsen.se](http://www.praktikplatsen.se), Zugriff 20.08.2014.

Internetauftritt Regionalmanagement Niederösterreich, aufgerufen unter:

<http://www.regionalmanagement-noe.at/>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Regionalmanagement Waldviertel, aufgerufen unter: <http://www.rm-waldviertel.at/>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin I, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/aktuelles.html>, Zugriff 12.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin II, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/>, Zugriff 12.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin, aufgerufen unter:

[http://www.schulealpin.ch/assets/files/FHNW\\_Kongress\\_2014\\_Vortrag\\_SchuleAlpin%20%282%29.pdf](http://www.schulealpin.ch/assets/files/FHNW_Kongress_2014_Vortrag_SchuleAlpin%20%282%29.pdf), Zugriff 12.08.2014

Internetauftritt Schweden, aufgerufen unter:

<http://www.sweden.se/de/Startseite/Ausbildung/Fakten/Das-schwedische-Schulsystem/>, Zugriff 08.10.2013.

Internetauftritt Schweden-Navigator, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.

Internetauftritt Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter:

<http://www.sab.ch/Bus-alpin.878.0.html>, Zugriff 11.08.2014.

Internetauftritt Schweizer Behörden, aufgerufen unter: <https://www.ch.ch/de/schweizer-federalismus/>, Zugriff 02.09.2013.

Internetauftritt Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, aufgerufen unter: <http://www.edk.ch/dyn/16600.php>, Zugriff 27.08.2013.

Internetauftritt Semigra - Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions, aufgerufen unter: [http://www.semigra.eu/de/cs\\_vasternorrand\\_de.html](http://www.semigra.eu/de/cs_vasternorrand_de.html), Zugriff 11.10.2013.

Internetauftritt Skolverket, aufgerufen unter: [http://www.skolverket.se/polopoly\\_fs/1.179236!/image/SVUS-Original-2012-EN\\_350x263.jpg](http://www.skolverket.se/polopoly_fs/1.179236!/image/SVUS-Original-2012-EN_350x263.jpg), Zugriff 22.10.2014.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_255006.aspx](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____255006.aspx), Zugriff 14.10.2013.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/Pages/TableAndChart\\_\\_\\_\\_159278.aspx](http://www.scb.se/Pages/TableAndChart____159278.aspx), Zugriff 14.10.2013.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/Pages/Product\\_\\_\\_\\_130402.aspx](http://www.scb.se/Pages/Product____130402.aspx), Zugriff 11.10.2013.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: [http://www.scb.se/en\\_/](http://www.scb.se/en_/), Zugriff 11.10.2013.

Internetauftritt Statistik Austria, aufgerufen unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/bildungsstand\\_der\\_bevoelkerung/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/bildungsstand_der_bevoelkerung/index.html), Zugriff 12.02.2014.

Internetauftritt Statistik Austria, aufgerufen unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/klassifikationen/regionale\\_gliederungen/ortschaften/index.html](http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/ortschaften/index.html), Zugriff 20.08.2013.

Internetauftritt Südtirol Marketing (SMG), aufgerufen unter: <http://www.smg.bz.it>, Zugriff 19.08.2014.

Internetauftritt Südtirol Mobil, aufgerufen unter: <http://www.sii.bz.it/de/die-konzessionaere-des-verkehrsverbands-suedtirol>, Zugriff 04.09.2013.

Internetauftritt Südtiroler Transportgemeinschaft, aufgerufen unter: <http://www.sta.bz.it/>, Zugriff 19.08.2014.

Internetauftritt Swedish Association of Local Authorities and Regions a, aufgerufen unter: [http://english.skl.se/municipalities\\_county\\_councils\\_and\\_regions/the\\_role\\_of\\_the\\_municipalities](http://english.skl.se/municipalities_county_councils_and_regions/the_role_of_the_municipalities), Zugriff 30.5.2014.

Internetauftritt der Technischen Universität Berlin, aufgerufen unter: [http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz\\_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf](http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf), Zugriff 16.08.2013.

Internetauftritt Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, aufgerufen unter: [www.engadin.com/gesundheit](http://www.engadin.com/gesundheit), Zugriff 12.08.2014.

Internetauftritt UdL DIGITAL, aufgerufen unter: <http://www.udldigital.de/ahndung-von-urheberrechtsverletzungen-eignet-sich-schweden-als-vorbild/>, Zugriff 15.10.2014.

Internetauftritt Verein Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung, aufgerufen unter: <http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageld=895>, Zugriff 06.08.2014.

Internetauftritt Verkehrsverbund Ost-Region, aufgerufen unter: <http://www.vor.at/der-vor/ueber-den-vor/>, Zugriff 11.02.2014.

Internetauftritt Vinnova, aufgerufen unter: <http://www.vinnova.se/sv/Var-verksamhet/Gransoverskridande-samverkan/Samverkansprogram/Strategiska-innovationsomraden/>, Zugriff 19.08.2014.

- Internetauftritt Vinschgauerbahn, aufgerufen unter: <http://www.vinschgauerbahn.it/de/554.asp>, Zugriff 19.08.2014.
- Internetauftritt Wikimedia, aufgerufen unter:  
[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Nieder%C3%B6sterreich\\_in\\_Austria.svg/800pxNieder%C3%B6sterreich\\_in\\_Austria.svg.png](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Nieder%C3%B6sterreich_in_Austria.svg/800pxNieder%C3%B6sterreich_in_Austria.svg.png), Zugriff 12.11.2013.
- Internetauftritt Wikimedia, aufgerufen unter:  
[http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Switzerland%2C\\_administrative\\_divisions\\_-\\_de\\_-\\_colored.svg](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Switzerland%2C_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg), Zugriff 11.12.2013.
- Internetauftritt Wikipedia, aufgerufen unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:South\\_Tyrol\\_in\\_Italy.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:South_Tyrol_in_Italy.svg), Zugriff 02.12.2013.
- Internetauftritt Wikipedia, aufgerufen unter:  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:V%C3%A4sternorrlands\\_l%C3%A4n\\_in\\_Sweden.svg](http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:V%C3%A4sternorrlands_l%C3%A4n_in_Sweden.svg), Zugriff 10.10.2013.
- Internetauftritt Winterschule Ulten, aufgerufen unter: <http://www.winterschule-ulten.it/>, Zugriff 19.08.2014.
- Jungermann, Franziska (2010): Schwedens Politik zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge am Beispiel Jämtlands, in: Europa Regional 18 (2-3), S. 72f, aufgerufen unter:  
<http://87.234.205.235/Ar/Text/ER2010-2-3Jung.pdf>, Zugriff 22.06.2013.
- Ministry of Enterprise, Energy and Communications Sweden (Hrsg.) (2011): ICT for Everyone – A Digital Agenda for Sweden, aufgerufen unter:  
<http://www.government.se/content/1/c6/18/19/14/70f489cb.pdf>, Zugriff 15.10.2014.
- Pasold, Stephanie: Deregulierung des schwedischen ÖPNV-Systems. Das neue schwedische ÖPNV-Gesetz, aufgerufen unter:[http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz\\_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf](http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf), Zugriff 16.08.2013.
- Regionales Strategieprogramm, aufgerufen unter:  
<http://www.almi.se/Images/Mitt/Dokument/Smart%20Europe%20Peer%20review%20Team/RUS-%20V%C3%A4sternorrland%20Brief%20version%20eng.pdf>, Zugriff 21.08.2014.
- Regionales Serviceprogramm Västernorrland 2010- 2013, aufgerufen unter:  
<http://www.tillvaxtverket.se/download/18.74f57d0f1283a4f88ff800040991/13699595615111/V%C3%A4sternorrland.pdf>, Zugriff 21.08.2014.
- Scandurra, Isabella; Blusi, Madeleine; Dalin, Rolf (2013): Norrlandicus Care Lab – The Novel Test Method for Aging Society Innovations, aufgerufen unter: [http://norrlandicus.se/wp-content/uploads/2013/11/NCL\\_NovelTestMethod\\_Vitalis\\_accept20140224.pdf](http://norrlandicus.se/wp-content/uploads/2013/11/NCL_NovelTestMethod_Vitalis_accept20140224.pdf), Zugriff 19.08.2014.
- Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter:  
[http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale\\_Selbstverwaltung\\_in\\_Schweden.pdf](http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf), Zugriff 30.05.2014.
- Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter:  
<http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff 23.08.2013.
- Statistischer Atlas Graubünden, aufgerufen unter: <http://www.statistik.gr.ch/geoclip/>, Zugriff 26.11.2013.
- Studie zu Potenzialarmen Räumen, aufgerufen unter:  
[https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Handlungsmoeglichkeiten\\_und\\_Strategien\\_von\\_Kanton\\_und\\_Bund\\_2006.pdf](https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Handlungsmoeglichkeiten_und_Strategien_von_Kanton_und_Bund_2006.pdf), Zugriff 11.08.2014.

Tagungsband „Zukunftsorientierte Lösungsansätze zur Sicherung der Grundversorgung“ der Schweizer Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter:  
[http://www.sab.ch/uploads/media/ST226\\_GrundversorgungFT\\_09.2014.pdf](http://www.sab.ch/uploads/media/ST226_GrundversorgungFT_09.2014.pdf), Zugriff 08.10.2014.

## Sonstige

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung INKAR. CD-ROM. Bonn, 2012.

Niklas Guss, Vortragsnotizen zum Vortrag „Experiences from Västernorrland“ bei der bundesweiten Projektwerkstatt der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge, 06.06.2013, Berlin.

Schriftliche Auskunft von Frau Karin Leiter, Ressort für Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal, Autonome Provinz Bozen-Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Sabine Klimitsch: „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung“, am 02.04.2014 in Krems an der Donau, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Samhaber: „Regionalentwicklung Waldviertel“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Barbara Ziegler: „Kleinregionen in Niederösterreichisch“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Ao. Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Zibuschka: „Öffentlicher Verkehr in NÖ. Strategie und Maßnahmen“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Regina Rausch: „Mikro ÖV in Niederösterreich. Kleinräumige Mobilitätsangebote“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Herbert Wandl: „Gemeindebus Gerersdorf“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Horst Gangl: „Mikromobilität in der Marktgemeinde Ernstbrunn“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Sonja Kreutzer: „Mobilitätszentralen Niederösterreichisch“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Michael Cafilisch: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Egger: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Urs Wohler: „Nationalparkregion Gesundheitsregion“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

- Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Ursina Kerle: „Schulische Versorgung in Graubünden - Unterengadin“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.
- Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Thomas Streifeneder, Miriam L. Weiß: „Zukunft 2030. Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental und Passeiertal“, am 22.05.2014 in Ulten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.
- Vortrag und Präsentationsfolien Andreas Tschurtschenthaler: „Lebens(t)raum Südtirol“, am 23.05.2014 in Bozen, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.
- Vortrag Waldtraut Schvienbacher am 22.05.2014 in Kuppelwies, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.
- Vortrag und Präsentationsfolien Joachim Dejaco: „Die neue Vinschgerbahn als Motor für die Entwicklung des ÖPNV in Südtirol“, am 23.05.2014 in Meran, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.
- Vortrag und Präsentationsfolien Ivar Hallin: „Regional Service Programs in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Ann Holst: „Örnsköldsvik. A simple choice“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Madeleine Blusi: „Together for better welfare“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Mattias Gillow: „E-Health in Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Beatrice Einarsson: „Norrandicus Care Lab - An open innovation platform for actors seeking to improve elder care through innovation. An initiative by the department of social services, the municipality of Sundsvall, Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Niklas Guss: „The County administrative board's coordination of ICT-infrastructure and digital development“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Peter Levin: „About the Swedish education system“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag Stefan Paulsson: „Inter-communal cooperation in the field of upper secondary school education in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.
- Vortrag und Präsentationsfolien Anders Bosenius: „Rural service provision for entrepreneurs“, am 25.06.2014 in Bollstabruk, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.